G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Demokratie als geschlossene Gesellschaft?
Zur Kritik der 5%-Klausel

Hans Günter Schumacher
Bürgerinitiativen im Visier des Staatsschutzes

Gerhard Kade
Die UNO-Sondertagung zur Abrüstung

Kurt Bayertz
Zur Funktion der Grundwerte-Diskussion

Wolfgang Pfaffenberger/Martin Meyer-Renschhausen
Energieeinsparung – Möglichkeiten und Grenzen

Kurt Gossweiler
Hitler und das Kapital

Julius Nyerere
Westliche Manöver in Afrika

7'78

Juli 1978 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juli 1978

CHRONIK DES MONATS JUNI 1978 769

KOMMENTARE UND BERICHTE

Demokratie als geschlossene Gesellschaft? Zur Kritik des Sperrklausel-Parlamentarismus ..... *Karl D. Bredthauer* 772

Bürgerinitiativen im Visier des Staatsschutzes ..... *Hans Günter Schumacher* 776

GLOSSE

Monolog eines älteren WM-Geschädigten, Heimatanschrift „Deutschland" ..... *Johannes Weidenheim* 779

HAUPTAUFSÄTZE

Die Sondertagung der UNO-Generalversammlung zur Abrüstung. Eine vorläufige Bilanz ..... *Gerhard Kade* 780

Aktuelle Entwicklungstendenzen der internationalen Beziehungen *Nikolai Poljanow* 785

NATO-Politik in Afrika ..... *Jürgen Ostrowsky* 793

Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie. Zur Funktion der gegenwärtigen Grundwerte-Diskussion ..... *Kurt Bayertz* 804

Möglichkeiten und Grenzen der Einsparung von Energie in der Bundesrepublik ..... *Wolfgang Pfaffenberger* und *Martin Meyer-Renschhausen* 821

Hitler und das Kapital. 1925–1928 ..... *Kurt Gossweiler* 842

BÜCHER

Die konservative Kritik an der Entnazifizierung. Eine Übersicht über die publizistische Auseinandersetzung ..... *Wilma Albrecht* 861

TAGUNGSBERICHT

Frauen als Subjekt und Objekt der Wissenschaft. Bericht über einen Kongreß des VDS-Projektbereichs Frauen vom 30. Juni bis 2. Juli 1978 in Bielefeld ..... *Kristine v. Soden* und *Gabi Zipfel* 868

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Zur Entwicklung der Sozialhilfe (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) *Jörg Goldberg* 870

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Dokumente der Weltkonferenz zur Ausmerzung des Rassismus und der Rassendiskriminierung in Basel vom 18.–21. Mai 1978 873

Rede des Präsidenten der Vereinigten Republik Tansania, Julius Nyerere, vor dem Diplomatischen Corps in Daressalam über „westliche Manöver in Afrika" vom 8. Juni 1978 (Wortlaut) 877

Rede des Präsidenten der USA, Jimmy Carter, über das amerikanisch-sowjetische Verhältnis in Annapolis/Maryland am 7. Juni 1978 (Wortlaut) 882

Artikel der „Prawda", Moskau, vom 17. Juni 1978: „Über die derzeitige Politik der USA-Regierung" (Wortlaut) 889

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Dreiundzwanzigster Jahrgang · Heft 7/1978

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Juni 1978

1. 6. – Bundestag. Bundeskanzler Schmidt berichtet dem Parlament über seinen Besuch auf der UN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York und seine anschließenden Gespräche mit Präsident Carter in Washington. Die Bundesregierung habe in New York ihre Erfahrungen bei der Kontrolle des Verzichts auf die Herstellung chemischer Waffen sowie seismologische Einrichtungen für die Verifikation eines vollständigen Verbots von atomaren Tests angeboten und sei außerdem für eine internationale Konvention über die Beschränkung des staatlichen und kommerziellen Handels mit konventionellen Waffen und für eine „größere Transparenz durch größere Durchsichtigkeit bei Aufwendungen für militärische Zwecke und bei militärischen Aktivitäten" eingetreten.

3. 6. – Zaire. Die USA richten eine Luftbrücke ein, um Soldaten einer „Feuerwehrtruppe" in die Bergbauprovinz Shaba einzufliegen. Mit den ersten elf Transportmaschinen werden von vier amerikanischen Stützpunkten 1500 marokkanische Soldaten und rund 1000 Soldaten aus anderen afrikanischen Staaten (u. a. aus Togo und Gabun) nach Shaba gebracht. – Am 5. 6. findet in Paris eine Konferenz statt, an der hohe Regierungsbeamte aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, der Bundesrepublik und den USA teilnehmen. Die Beratungen sind geheim. In einer Schlußerklärung

heißt es, man habe sich mit der Lage in Zaire nach den jüngsten Ereignissen (vgl. „Blätter", 6/1978, S. 642 f.) beschäftigt. – Am 7. 6. teilt Ministerpräsident Tindemans in Brüssel mit, die in Shaba stationierten belgischen Fallschirmjäger sollten stufenweise bis zu ihrer Ersetzung durch „panafrikanische" Truppen abgezogen werden. – Am 22. 6. begründet das Verteidigungsministerium in Brüssel die weitere Anwesenheit belgischer Soldaten in Zaire mit der Notwendigkeit, die Lieferung von Hilfsgütern der Europäischen Gemeinschaften zu überwachen.

4. 6. – H a m b u r g. Bei den Wahlen zur Bürgerschaft kann die Sozialdemokratische Partei, die mit der FDP den Senat stellt, die absolute Mehrheit zurückgewinnen; der Stimmenanteil der Freien Demokraten sinkt unter fünf Prozent, die FDP scheidet damit aus dem Parlament aus. Die Christlich-Demokratische Union verliert ebenfalls Stimmen. Es entfallen auf SPD 51,5 (1974: 44,9), CDU 37,6 (40,6), FDP 4,8 (10,9), DKP 1,0 (2,2), NPD 0,3 (0,8), KBW 0,1 (–), Bunte Liste 3,5 (–), Grüne Liste Umweltschutz 1,0 (–) Prozent. Zusammensetzung der Bürgerschaft (120 Abgeordnete): SPD 69 (56), CDU 51 (51) Mandate (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 3. März 1974 in „Blätter", 1/1975, S. 119).

– N i e d e r s a c h s e n. Die Landtagswahlen bringen der Christlich-Demokratischen Union trotz eines leichten Stimmenverlustes die absolute Mehrheit im Parlament. Die Sozialdemokratische Partei verliert ebenfalls leicht an Stimmen. Die Freien Demokraten, die zusammen mit der CDU regieren, erhalten weniger als fünf Prozent und sind damit parlamentarisch nicht mehr vertreten. Es entfallen auf CDU 48,7 (1974: 48,8), SPD 42,2 (43,1), FDP 4,2 (7,0), DKP 0,3 (0,4), Grüne Liste Umweltschutz 3,9 (–), KBW 0,1 (–), NPD 0,4 (0,6) Prozent. Zusammensetzung des Landtages (155 Abgeordnete): CDU 83 (77), SPD 72 (67) Mandate (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 9. Juni 1974 in „Blätter", 1/1975, S. 119).

– B e r l i n (W e s t). Der Regierende Bürgermeister Stobbe folgt einer Einladung des sowjetischen Botschafters Abrassimow. Die Begegnung, mit der Stobbe und Abrassimow ihren vertraulichen Meinungsaustausch von Februar 1978 fortsetzen (vgl. „Blätter", 3/1978, S. 259), findet im Rahmen eines Essens in der Residenz des Botschafters in der Hauptstadt der DDR statt.

6. 6. – B u n d e s k a b i n e t t. Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP) tritt zurück. In einem Brief an den Bundeskanzler schreibt Maihofer, er ziehe mit dieser Entscheidung die Konsequenzen aus den im „Höcherl-Bericht" festgestellten Fahndungspannen nach der Entführung des BDA-Präsidenten Hanns Martin Schleyer im September 1977 (vgl. „Blätter", 12/1977, S. 1424). Die Nachfolge übernimmt am 8. 6. der bisherige Staatssekretär im Bundesinnenministerium Rudolf-Gerhart Baum (FDP).

– U S A / D D R. Der amerikanische Außenminister Vance empfängt in Washington DDR-Außenminister Fischer zu einem Gespräch. In einer Mitteilung heißt es, die beiden Politiker hätten „ihre Befriedigung über den erreichten Stand der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zum Ausdruck" gebracht und „ausführlich Möglichkeiten für weitere Verbesserungen der Beziehungen" erörtert.

7. 6. – U S A / U d S S R. Vor den Absolventen eines Jahrganges an der Marineakademie in Annapolis hält Präsident Carter eine Grundsatzrede zur amerikanischen Außenpolitik, in der er sich ausführlich mit dem „Verhältnis zwischen den beiden größten Mächten der Welt, den USA und der Sowjetunion" befaßt. Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" nimmt am 17. 6. ausführlich zu dieser Rede Stellung (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). – Vom 8.–16. 6. finden in Helsinki zweiseitige amerikanisch-sowjetische Verhandlungen zur Untersuchung von Möglichkeiten eines Verbots von Anti-Satelliten-Versuchen (Versuchen mit „Killer-Satelliten") statt.

8. 6. – A b r ü s t u n g. Der sowjetische Delegationsleiter bei den Verhandlungen über eine Reduzierung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa in Wien unterbreitet im Namen der Staaten des Warschauer Vertrages ein neues Verhandlungskonzept, das zahlreiche Anregungen aus dem Vorschlag der NATO vom 19. 4. (vgl. „Blätter", 5/1978, S. 514) berücksichtigt. So wird u. a. zugestimmt, eine „gleiche, kollektive" Obergrenze der Truppenstärken beider Seiten auf jeweils 900 000 Mann (darunter 700 000 Mann Bodentruppen) zu akzeptieren. Der vollständige Text des Dokuments bleibt vertraulich.

12. 6. – D D R / B R D. Der Staatsratsvorsitzende Honecker empfängt in Berlin Staatssekretär Gaus, den Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR. Die Ini-

tiative zu der Begegnung geht von Honecker aus. – Am 14. 6. sucht der Ständige Vertreter der DDR in Bonn, Botschafter Kohl, den Bundeskanzler auf. Regierungssprecher Grünewald erklärt, Kohl und Schmidt hätten den allgemeinen Stand der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR besprochen. Auch die Frage eines Besuches des Bundeskanzlers in der DDR sei „in allgemeiner Form" zur Sprache gekommen. Ein solcher Besuch sei jedoch derzeit „nicht aktuell".

13. 6. – Naher Osten. Das letzte Kontingent der israelischen Truppen, die im März d. J. einen Teil des südlichen Libanon besetzt hatten (vgl. „Blätter", 4/1978, S. 387), kehrt über die Grenze nach Israel zurück. Die Kontrolle über die Grenzregion soll von Einheiten der UN-Friedenstruppe im Libanon übernommen werden.

20. 6. – KSZE. In Bonn treffen Experten aus den 35 Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zusammen, um ein wissenschaftliches Forum über eine engere Zusammenarbeit der KSZE-Staaten in Naturwissenschaften, Medizin, Geistes- und Sozialwissenschaften vorzubereiten. Das Forum, das kurz vor oder nach der zweiten KSZE-Folgekonferenz in Madrid im Herbst 1980 stattfinden soll, geht auf eine Anregung der Bundesrepublik zurück.

22. 6. – UdSSR/Türkei. Staatspräsident Breschnew und der türkische Ministerpräsident Ecevit, der sich zu einem Staatsbesuch in der Sowjetunion aufhält, unterzeichnen ein „Politisches Dokument über die Prinzipien gutnachbarlicher und freundschaftlicher Zusammenarbeit" zwischen beiden Ländern. Ecevit, der mit Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko konferiert hatte, erklärt auf einer Pressekonferenz, das Dokument bestätige die Kontinuität in der bisherigen positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Türkei.

23. 6. – UdSSR. Das Parteiorgan „Prawda" veröffentlicht eine „Erklärung der Sowjetregierung" über die jüngsten Entwicklungen in Afrika. Diese Entwicklungen zeigten, so heißt es, daß die NATO-Mächte unter Führung der USA zu einer umfassenden Offensive gegen die nationalen Befreiungskräfte ausgeholt hätten. Die Zeitung verweist auf den bewaffneten Konflikt am Horn von Afrika, die fortgesetzten „Provokationen" gegen Angola, die Intervention in Zaire und die Gründung einer sogenannten interafrikanischen Streitmacht, die in Wirklichkeit von Offizieren der NATO kommandiert werde. – Am 26. 6. hält KPdSU-Generalsekretär Breschnew eine Rede in Minsk, in der er die mangelnde Bereitschaft zur Abrüstung in „einer Reihe großer NATO-Länder" kritisiert. An anderer Stelle weist Breschnew auf die positive Entwicklung in den Beziehungen zur Bundesrepublik hin, die heute zu einem der Hauptelemente der Stabilität in Europa geworden sei.

24. 6. – Arabische Republik Jemen. Präsident Oberstleutnant Ahmed Hussein al-Ghashmi fällt einem Attentat zum Opfer. In einer Sendung von Radio Sanaa wird berichtet, der Attentäter sei als Beauftragter des Präsidenten der Demokratischen Volksrepublik Jemen in die nordjemenitische Hauptstadt gekommen.

26. 6. – Demokratische Volksrepublik Jemen. In der südjemenitischen Hauptstadt Aden wird ein Putschversuch von Teilen der Armee verhindert. Präsident Salem Rubayeh Ali wird als Anführer des Putsches bezeichnet und hingerichtet. In Meldungen heißt es, das Zentralkomitee der regierenden Nationalen Front habe sich unmittelbar vor dem Putsch mit 121 gegen 4 Stimmen dafür ausgesprochen, Präsident Rubayeh seiner Funktionen bis zur Aufklärung der Hintergründe des Attentats auf den Präsidenten der Arabischen Republik Jemen zu entheben. Das Amt des Staatspräsidenten übernimmt Regierungschef Ali Nasser.

27.–29. 6. – RGW. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe tagt auf der Ebene der Regierungschefs in Bukarest. Vietnam wird als 10. Mitglied aufgenommen.

30. 6. – UNO. Zwei Tage später als ursprünglich geplant (vgl. „Blätter", 6/1978, S. 641) wird in New York die 10. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung beendet. Ohne formelle Abstimmung verabschiedet die Versammlung eine Deklaration und ein Aktionsprogramm, das Prioritäten für die künftigen Verhandlungen festlegt. Die in Genf tagende „Conference of the Committee on Disarmament" (CCD) soll erweitert und die bisherige amerikanisch-sowjetische Co-Präsidentschaft durch monatlich wechselnden Vorsitz abgelöst werden. Mitglieder der Konferenz (gegenwärtig 31) sollen neben den fünf Atommächten („Nuclear-Weapon States") weitere 32 bis 35 Staaten sein. Frankreich, das der CCD bisher ferngeblieben war, sagt die Teilnahme zu, der VR China bleibt ein Sitz vorbehalten.

Demokratie als geschlossene Gesellschaft?

Zur Kritik des Sperrklausel-Parlamentarismus

Daß die Parteienlandschaft der Bundesrepublik in Bewegung gerate, und auch *warum*, nämlich weil wachsende Teile der Bevölkerung ihre Interessen von den Bundestagsparteien nicht effektiv vertreten glauben und beginnen, nach einer Alternative Ausschau zu halten – beides ist nach den jüngsten Wahlen in Hamburg und Niedersachsen fester Bestandteil der innenpolitischen Diskussion, schon fast Gemeinplatz geworden. Kaum die gebührende Beachtung hat dagegen bisher die Diskrepanz gefunden, die zwischen der Bewegung in der Wählerschaft einerseits und der Bewegung innerhalb der Parlamente andererseits aufklafft: Während sich in der Bevölkerung deutliche Ansätze einer Abkehr vom nicht ohne Grund so apostrophierten „Parteienkartell" der drei (bislang) Etablierten, CDU, SPD und FDP, abzeichnen, zeigt sich in beiden Landesparlamenten eine genau gegenläufige Bewegung, eine weitere Reduktion des Parteienspektrums vom Drei- zum Zweiparteiensystem. Obwohl die Ursache dieser eklatanten Verfälschung des Wählerwillens ohne Mühe erkannt und beim Namen genannt werden kann – die 5-%-Sperrklausel nämlich –, wird über sie kaum gesprochen. Eine am 5. Juni 1978 in Bonn veröffentlichte Erklärung des Parteipräsidiums der SPD konstatiert lakonisch: „Fragen des Umweltschutzes haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger zu einer Stimmabgabe und zum Engagement im Wahlkampf für neue Gruppen veranlaßt. Dies ist ein beachtliches Faktum. Sein politisches Ergebnis hat letztlich den konservativen Kräften der CDU geholfen, weil dieses Engagement parlamentarisch nicht zum Tragen kam." Warum das so ist, und daß durch eine simple Wahlgesetzänderung Abhilfe zu schaffen wäre, bleibt tabu. Die Zahl der Beiträge zum Thema „Sperrklausel" steht in umgekehrtem Verhältnis zur Zahl der täglichen Meldungen und Kommentare über Parteigründungen aller Art.

Dabei war der Schaden noch nie so unübersehbar und die Zahl der Geschädigten noch nie so hoch: neben der Glaubwürdigkeit des parlamentarischen Systems generell sind es im besonderen die Wähler der „bunten" und „grünen" Protestlisten und von zwei der vier parteipolitischen Grundströmungen, der Kommunisten und nun auch der Liberalen; insgesamt fast 500 000 Stimmen*), d.h. rund 10%, die infolge der 5-%-Sperrklausel in den Parlamenten Hamburgs und Niedersachsens nicht repräsentiert sind, ja deren Stimmen jene beiden Parteien bei der Sitzvergabe unter sich aufteilten, die sie gerade nicht bekommen sollten. Das ist die ebenso einfache wie skandalöse Erklärung dafür, daß die CDU in Hamburg zwar 63 555 Stimmen, aber nicht einen Sitz verlor, daß die SPD dort mit nur 23 648 Stimmen mehr 13 Sitze, über 10%, zusätzlich erobern konnte und daß in Niedersachsen sowohl CDU (–81 485) als auch SPD (–101 027) Wähler einbüßten,

*) Diese und die folgenden Angaben zu den Wahlergebnissen in Hamburg und Niedersachsen fußen auf der Berichterstattung der „Frankfurter Rundschau" v. 6.6. 1978 und der „Süddeutschen Zeitung" vom gleichen Tage.

aber im Landtag künftig unter sich sind und 11 Sitze (370 283 Stimmen) wie Beutegut untereinander aufteilen. Die Dimension der Verfälschung wird noch anschaulicher, wenn man die 36% der 18–25jährigen Wähler in Hamburg und die 22% derselben Altersgruppe in Niedersachsen berücksichtigt, die laut INFAS in den Parlamenten jetzt nicht vertretene Kräfte unterstützen, oder wenn man einmal in der Größenordnung einer Bundestagswahl rechnet: insgesamt 10% der Wähler unter der Guillotine der Sperrklausel, das wären bei den rund 38 Mio. 1976 abgegebenen Stimmen fast vier Millionen Wähler gewesen – und zusammen mit 4,3 Mio. Nichtwählern und fast 0,5 Mio. ungültigen Stimmen**) also 8,8 Mio. wahlberechtigte Bundesbürger –, deren politische Existenz in der Sitzverteilung des Hohen Hauses keinerlei Spur hinterließe. Was hier vielleicht als eher groteskes Rechenexempel erscheinen mag, kann bei der nächsten Bundestagswahl in Bonn genauso Realität werden wie jetzt in Hannover und womöglich im Herbst in Hessen, wenn das Ärgernis 5-%-Klausel weiter tabu bleiben sollte. Mit allen Konsequenzen, einschließlich der, daß die Union – wie jetzt in Hannover, obwohl sie dort wie in Hamburg und zuvor in Schleswig-Holstein den Scheitelpunkt ihrer Erfolgswelle überschritten und Wähler verloren hat – mit einer Minderheit der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit der Parlamentssitze, und damit die Regierung, übernehmen kann.

Das Thema „Abschaffung der Sperrklausel" sollte also nicht nur den unmittelbar Geschädigten auf den Nägeln brennen, sondern allen, die Strauß, Kohl und Dregger nicht in der Bundesregierung sehen wollen. Warum dennoch das große Schweigen darüber herrscht, selbst bei der unversehens in Existenzbedrängnis geratenen FDP, bedarf daher einer Untersuchung, die über die parlamentarische Ebene hinausblickt. Im „Parteienkartell", das sich ungeachtet lärmender Redeschlachten im Bundestag immer noch lieber als „Gemeinsamkeit der Demokraten" etikettieren läßt, herrscht, wie sich zeigt, ein eisern strenger „Comment", wenn es darum geht, daß diese geschlossene Gesellschaft unter sich bleibt. Auch für die FDP-Verantwortlichen heißt die Devise offenbar, eher schweigend unterzugehen, als um der eigenen Existenz willen für die Abschaffung der undemokratischen (von der FDP allerdings 1953 mitbeschlossenen) Sperrklausel einzutreten und damit die „Gefahr" heraufzubeschwören, daß alternative Kräfte in die Parlamente einziehen und deren reibungsloses „Funktionieren", die Exklusivität, den Grundkonsens der Etablierten stören könnten.

Es geht um den Grundkonsens, daß jede die herrschende Besitz- und Machtverteilung in Frage stellende Alternative, jegliche Regung demokratischer Bewegung niedergehalten und im Zweifel als „verfassungsfeindlich" abgestempelt werden müsse. Es geht um die Exklusivität, die sich in einer Quote von 5,2% Arbeitern *und Angestellten* unter den Bundestagsabgeordneten gegenüber 22,5% Unternehmern, Leitenden Angestellten und Managern ausdrückt (vgl. Georg Ahrweiler, Zur Krise des Parlamentarismus, in: „Blätter", 6/1978, hier S. 688). Es geht um nicht weniger als das reibungslose „Funktionieren" jener Art von Parlamentarismus, in der eine soziale Schicht, deren Bevölkerungsanteil weit unter 1% liegt, nämlich die Großunternehmerschaft, für die hier Peter v. Siemens als berufener Repräsentant zitiert sei, ohne Scheu vor irgendwelchen 5%- oder sonstigen Sperrklauseln die Parlamente aller Ebenen mit ihren Vertretern „beschikken" kann (wörtlich aus einer Meldung des BDA-Kurznachrichtendienstes, Nr. 85 v. 13. 12. 1977): „Peter von Siemens gliederte kürzlich die Zahl der *in die Politik entsandten Siemens-Mitarbeiter* (Hervorhebung v. Verf.), die von dem Unternehmen ganz oder teilweise freigestellt

**) Vgl. die Übersicht über die Ergebnisse der Bundestags- und Landtagswahlen für das Jahr 1976 in: „Blätter", 1/1977, S. 122–128.

werden, keine finanzielle Schlechterstellung erleiden und in ihre Positionen zurückkehren können, wie folgt genau auf: Drei sind im Bundestag, vier in Landtagen, elf in Kreistagen, 19 arbeiten als Bürgermeister und 350 im kommunalen Mandatsbereich." (Vgl. „Blätter", 1/1978, S. 126f.) Für das Haus Siemens gilt, wie man sieht, wie für andere seinesgleichen die 5-%-Klausel keineswegs. Und die Zahl der ganz offen „in die Politik entsandten" Siemens-Vertreter steht natürlich nur für den sichtbaren Teil großkapitalistischer Einflußnahme, die bekanntlich nur unter anderem auf parlamentarischer Ebene wirksam wird.

Daß das reibungslose Funktionieren dieser Art Parlamentarismus den Herrschenden einiges wert ist, wurde gerade jetzt durch einen „Betriebsunfall" wieder einmal peinlich deutlich: durch die Ermittlungsverfahren gegen mehr als hundert Unternehmer mit dem BDI-Präsidenten Fasolt an der Spitze, die illegaler Praktiken im Zusammenhang mit der einvernehmlichen Unter-der-Hand-Finanzierung der Bonner Parteien beschuldigt sind. Zugleich wurden die weit gediehenen Pläne zur „Neuordnung der Parteien-Finanzierung" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 29.6. 1978) bekannt, nämlich zur Einbetonierung des bestehenden Parteienkartells durch nunmehr gesetzlich abzusichernde Subventionierung der Kartellmitglieder aus (steuerbegünstigten) Unternehmerspenden. Sinnigerweise beim Bundespräsidenten möchten die Schatzmeister der Bonner Parteien einen gemeinsamen Topf eingerichtet sehen, den sie zu 97% (!) unter sich aufzuteilen gedenken – 3% wollen sie großzügig übrig lassen, für alle anderen! Auf genial einfache Weise würden somit die – oft für Geber wie Nehmer ein wenig peinlichen – Spuren der Parteifinanzierung durch Unternehmergelder verwischt und zugleich das zu schützende Gut, die „Gemeinsamkeit der (Monopol-)Demokraten", demonstrativ institutionalisiert. Natürlich soll daneben auch das bereits bestehende breitgefächerte System aus Sicherungen und Prämien weiterbestehen, das die Exklusivität der etablierten Parteien schützt. Pro Wählerkopf genehmigen sich diese Parteien DM 3,50 „Wahlkampfkostenerstattung" aus Steuerkassen, um unter Losungen wie „Freiheit statt Sozialismus" oder „Hessen ist schön" bei „der politischen Willensbildung des Volkes" mitzuwirken (GG, Art. 21,1). Eine weitere, einvernehmlich aufgeteilte Finanzierungsquelle sind öffentliche Zuschüsse für die Stiftungen dieser Parteien – die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD, die Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP, die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU und die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU –, bei deren Vergabe man unbefangen vom Schlüssel 3 (CDU/CSU): 2 (SPD): 1 (FDP) ausgeht. Auch hier wird die Exklusivität tapfer gegen „Systemfremde" oder „outgroups" verteidigt. So versagte jüngst der Düsseldorfer Innenminister Hirsch (FDP) einer Marx-Engels-Stiftung, deren Vorstand u. a. der DKP-Vorsitzende angehört, die Zulassung; Begründung: sie stelle eine „Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung in der Bundesrepublik, d.h. für die allgemeine Rechtsordnung und insbesondere für die freiheitlich demokratische Grundordnung" dar . . . (Zitiert nach der Protesterklärung der Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal, v. 21. 6. 1978.)

Eine weitere, im Zeichen der Massenarbeitslosigkeit zum Ärgernis gewordene, aber unverdrossen immer höher aufgestockte Prämie für die Mitgliedschaft in der geschlossenen Gesellschaft sind die Diäten, die die Abgeordneten der Monopolparteien sich, da ihnen ja u. a. dank Sperrklausel niemand auf die Finger schaut, kurzerhand selbst genehmigen dürfen. Die Illustrierte „Quick" (Nr. 45/1977) hat für den Bundestag folgende Kostenrechnung vorgelegt („Was jeder Abgeordnete den Steuerzahler im Monat kostet"): „Entschädigung" 7500 DM plus „Kostenpauschale" 4500 DM machen zusammen 12 000 DM monatlich; hinzukommen kostenlose

Vorteile (Freifahrten etc.) im geschätzten Wert von zusammen 2500 DM monatlich und weitere Zuwendungen aus Steuermitteln (Abgeordnetenpension, Übergangsgeld, Hilfskraft-Finanzierung) im geschätzten Wert von zusammen 8650 DM monatlich pro Abgeordneten.

Als Gegenleistung wird ein Einbahnstraßen-Gewissen des Abgeordneten erwartet, das für Operationen nach Art des 1972 von der CDU/CSU versuchten Kanzlersturzes durch Abgeordnetenabwerbung zugänglich, gegen demokratische Anfechtungen, wie sie etwa bei der Verabschiedung der „Anti-Terror-Gesetze" manifest wurden, aber gefeit ist.

Dafür, daß man unter sich bleibt, sorgt im übrigen neben der – im Grundgesetz nicht vorgesehenen – Sperrklausel eine ganze Palette weiterer Behinderungen alternativer Kräfte, z. B. die ungleiche Vergabe von Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen, von Werbeflächen usw., die – als Gegenstück zur umfassenden Subventionierung herrschaftskonformen Verhaltens – die etablierten Strukturen zementieren helfen. Vor allem aber bilden Antikommunismus und Antisozialismus, kodifiziert im immer noch fortbestehenden KPD-Verbot von 1956 und in neuen Diskriminierungen unterhalb der Parteiverbotsschwelle nach Art der „Radikalenerlasse", sorgfältig gepflegt im überwiegenden Teil der veröffentlichten Meinung und in der bundesdeutschen Bevölkerung immer noch weitaus stärker relevant als in irgendeinem anderen westeuropäischen Land, eine wirksame Barriere gegen jegliche prinzipielle Kritik der bestehenden Machtverteilung – auch in den Parlamenten.

Der Antikommunismus, oft als quasi „Staatsdoktrin" der Bundesrepublik bezeichnet, ist bis heute unentbehrliches Ingredienz für jenen „Konsens", den die Herrschenden auf parlamentarischer Ebene durch das skizzierte System aus Sperren und Begünstigungen, dessen Springpunkt die 5-%-Klausel ist, abzuschotten versuchen; außerhalb der derart „keimfrei" gehaltenen Parlamente, in den realen politischen und sozialen Auseinandersetzungen, wo die demokratische Bewegung sich in wachsenden außerparlamentarischen demokratischen Kämpfen entwickelt, oft quälend langsam zwar, aber weitaus stärker, als bisher bei Wahlen sichtbar geworden – dort ist heute allerorten sinnlich faßbar, worauf der sperrklausel- und radikalenerlaßbewehrte Exklusiv-Konsens der Herrschenden hinauszulaufen droht und warum also die Abschaffung von Sperrklausel und Radikalenerlaß gemeinsame Forderung aller Demokraten werden sollte.

„Ausgesperrt" nicht nur aus der staatlichen Schutz und Zuschüsse verheißenden, von drei Parteispitzen exklusiv verwalteten „Solidarität der Demokraten", nicht nur aus den Parlamenten, sondern aus dem politischen Leben überhaupt – und wie leicht in der Konsequenz auch aus dem bürgerlichen – werden, wenn es nach dem Willen der Herrschenden geht, letztenendes alle, die nicht die Kriterien des „Häberlein-Urteils"***) erfüllen können und wollen: Nach diesem Berufsverbots-Urteil genügt es nicht, kein Kommunist zu sein; man muß darüber hinaus die Gewähr bieten, jederzeit aktiv an der Verbreitung des Antikommunismus mitzuwirken, um als „zuverlässig" im Sinne der herrschenden Staatsräson zu gelten und vor amtlicher Diskriminierung halbwegs sicher zu sein. In den Berufsverboten richtet sich diese neudeutsche Staatsräson dementsprechend außer gegen Kommunisten zunehmend auch gegen Pazifisten, linke Sozialdemokraten, engagierte Christen, fortschrittliche Wissenschaftler, Juristen, Ärzte, gewerkschaftlich orientierte Kräfte; das System der Erfassung und Bespitzelung durch staatliche und privatwirtschaftliche Nachrichtendienste usw. wird von Gesetz zu Gesetz engmaschiger; der Bundesgrenzschutz führt seitenlange Schwarze

***) Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts Ansbach, Nr. AN 954 – I/77, v. 10. 1. 1978.

Listen über kritische Organisationen und Publikationen; Intellektuelle scheinen schon wieder per se verdächtig; Antifaschisten riskieren blutige Köpfe; schon werden auch Umweltschutz-Bürgerinitiativen überwacht und diffamiert (vgl. den Beitrag des BBU-Vorsitzenden Schumacher in diesem Heft); die „Haltet-den-Dieb"-Warnungen der Wirtschaftsverbände vor einem „Gewerkschaftsstaat", ihre Verfassungsklage gegen die Mitbestimmung, die anhaltenden Versuche, per Verfassungsgerichtsurteile noch die bescheidensten Reformbestrebungen der gegenwärtigen Regierungskoalition und jede demokratische Regung in SPD und FDP in den Dunstkreis der „Verfassungsfeindlichkeit" zu rükken, machen deutlich, wer und was alles nach Meinung der herrschenden Verwalter des „demokratischen Konsenses" vor die Tür, ins politische und gesellschaftliche Abseits gehört.

Die wachsende Kritik der Nachbarländer, insbesondere auch der EG-Partner der Bundesrepublik, an der Politik der Berufsverbote ist bekannt und bringt die Verantwortlichen hierzulande sichtlich in wachsende Bedrängnis. Nicht zuletzt auch im Hinblick auf die geplanten Europa-Wahlen. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß es außer in Dänemark (2-%-Klausel) in keinem anderen EG-Land eine Sperrklausel gibt (allerdings erhebliche Verzerrungen durch Wahlkreiseinteilung und Mehrheitswahlrecht vor allem in Großbritannien und Frankreich) und außer in Irland nirgendwo das Institut des Parteienverbots. In einem Land wie Italien beispielsweise wären, nebenbei bemerkt, bei Existenz einer 5-%-Klausel weder Liberale, noch Radikaldemokraten, noch Republikaner, noch Sozialdemokraten parlamentarisch existent – schwer vorstellbar, sicherlich nicht nur für Italiener.

Gewiß, die jetzt zu so ärgerlicher Aktualität gekommene 5-%-Klausel ist, wie auch die Praxis der Berufsverbote, nur eine Spitze des Eisbergs, an dem die bundesrepublikanische Demokratie scheitern könnte. Um so dringlicher ist es, endlich die Auseinandersetzung aufzunehmen, auch mit scheinempirischen und scheindemokratischen Rechtfertigungen der Sperrklausel, etwa, daß sie einer Wiederholung der Zustände vorbeugen solle, an denen die Weimarer Demokratie gescheitert sei. Aber die Weimarer Republik ist nicht an zuviel Demokratie, sondern an der – amtlich geförderten – Rechtsentwicklung und der Behinderung und Schwächung der Linken zugrunde gegangen. Im Interesse einer demokratischen Zukunft der Bundesrepublik: die 5-%-Klausel, die immer wieder jede alternative Bewegung zu ersticken und das Parteienspektrum vollends nach amerikanischem Modell zu sterilisieren droht, muß fallen. Karl D. Bredthauer

Bürgerinitiativen im Visier des Staatsschutzes

Anläßlich eines Gesprächs am 22. Juni 1978 mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie, Volker Hauff, sprach der Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. (BBU) die Erwartung aus, daß die Bundesregierung eine eindeutige politische Stellungnahme zu den sich immer mehr verschärfenden Tendenzen zur Diskriminierung und Kriminalisierung besorgter Bürger abgeben und die sofortige Einstellung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz und die Sicherheitsbehörden der Länder veranlassen werde. Außerdem forderte der Vorstand des BBU eine öffentliche Distanzierung der Bundesregierung von den Überwachungsmaßnahmen

durch private Wachkommandos. Zwar verurteilte Minister Hauff derartige Praktiken; die Bundesregierung schweigt sich aber nach wie vor aus. Bedeutet das Billigung?

Wenn man über Bürgerinitiativen schreibt und über die ständigen Versuche berichtet, im Umweltschutz engagierte Bürger einzuschüchtern, unter Druck zu setzen, sie zu Rechts- oder zu Linksextremisten abzustempeln, sie zu kriminalisieren oder zu diffamieren, dann ist in der Regel nur von solchen betroffenen und engagierten Bürgern die Rede, die sich gegen die großtechnologische Nutzung der Atomenergie zur Wehr setzen. Das heißt: Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Durchsetzung der sogenannten „friedlichen" Nutzung der Atomenergie – also der Planung, dem Bau und dem Betrieb atomarer Anlagen – und den verstärkten Aktivitäten und Einsätzen von Verfassungsschutz, Polizei und Bundesgrenzschutz gegen diejenigen, die diese Entwicklung verhindern wollen. Dies allein kennzeichnet schon die Gefährlichkeit der Atomenergie, auch für unsere Demokratie, gleichgültig auf welcher Seite man steht.

So bemerkenswert es ist, daß Bürger, die sich mit anderen als atomaren Umweltproblemen befassen, in der Regel keinen Pressionen ausgesetzt sind, so auffällig ist auch, daß es bis heute keine industriellen Anlagen gegeben hat, die solcher Sicherheitsvorkehrungen bedürfen, wie atomare Anlagen.

Südafrika

Jürgen Ostrowsky / Wolff Geisler
Südafrika
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
Eine Einführung
Kleine Bibliothek Bd. 125
161 Seiten, DM 12,80

Das Buch befaßt sich mit der Entstehung des rassistischen Systems in Südafrika sowie seiner ökonomischen Struktur. Südafrikas Beziehungen zu führenden Mächten Westeuropas, insbesondere der BRD, sowie zu den USA werden ausführlich dargestellt. Die Behandlung der nationalen wie internationalen Entwicklungen, die die letzten Bastionen des Kolonialismus ins Wanken brachten, sowie der Versuche der NATO-Mächte, ihre Interessen zu wahren, hat ein weiterer Abschnitt zum Inhalt. Den Abschluß bildet die Darstellung des nationalen Befreiungskampfes in Südafrika sowie der Rolle der internationalen Bewegung gegen Rassismus und Kolonialismus in Südafrika.

Pahl-Rugenstein

Tatsache ist, daß die Beobachtung, um nicht zu sagen Verfolgung, von Atomkraftwerksgegnern auf allen staatlichen Ebenen zum Teil absurde und zugleich erschreckende Formen angenommen hat. Dabei wird kaum noch zur Kenntnis genommen (weil an der Tagesordnung), daß die Autokennzeichen jener Kraftfahrzeuge registriert werden, die entweder Anti-Atomplaketten als Aufkleber haben oder in der Nähe solcher Lokale parken, in denen Informationsveranstaltungen von Atomkraftwerksgegnern stattfinden. Rein zufällig ruft dann ein Kriminalbeamter bei einem Kraftfahrzeughalter an und fragt, wer denn sein Auto am soundsovielten in der Stadt X gefahren habe?

Per Erlaß der Schulbehörde in Hamburg wird den Bediensteten im öffentlichen Dienst in Hamburg das Tragen von Anti-Atomplaketten während der Dienststunden untersagt. Bei der Deutschen Bundespost kommt es neuerdings hin und wieder vor, daß keine Briefsendungen versandt werden, die den Aufkleber „Atomkraft – nein danke" tragen. Und einige Finanzämter sind dazu übergegangen, Bürgerinitiativen gegen Atomenergie die Gemeinnützigkeit wieder abzuerkennen. Vermerkt werden muß an dieser Stelle, daß das Deutsche Atomforum, an dem auch der Bund finanziell beteiligt ist, ebenfalls gemeinnützig ist. Das Atomforum wirbt ausschließlich für die Nutzung der Atomenergie.

Einen vorläufigen Höhepunkt der massiven Beobachtungspraktiken leistete sich die Deutsche Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) in Gorleben, im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Sie engagierte ein privates Wachkommando einer Stader Werkschutzfirma und ließ unbescholtene Bürger im Landkreis Lüchow-Dannenberg systematisch bespitzeln und überwachen. Bauernhöfe wurden ausgeleuchtet, Bürger in Kraftfahrzeugen verfolgt. Die DWK gab diese Vorfälle nach anfänglichem Leugnen auch zu. Weder die Landesregierung in Niedersachsen noch die Bundesregierung in Bonn hat sich bisher davon distanziert. Ein trauriges Zeichen für die Geisteshaltung und das Demokratieverständnis der zur Zeit in Regierungsverantwortung stehenden Politiker und eine von vielen Ursachen für die Staatsverdrossenheit und Parteienmüdigkeit vieler Bürger in diesem Land.

Ein letztes Beispiel: Seit neuestem scheinen auch diejenigen als Verfassungsfeinde zu zählen, die im Landkreis Lüchow-Dannenberg ihren Zweitwohnsitz haben. Dabei ist es völlig unerheblich, wielange jemand dort bereits lebt. Dies jedenfalls ergibt sich aus einem Bericht des Niedersächsischen Verfassungsschutzes. Herr Gross hat sich als Innenminister und für die FDP keinen guten Abgang verschafft. In diesem Bericht des Verfassungsschutzes wird behauptet, viele Zweitwohnsitzler seien Linksextremisten, die im Landkreis Lüchow-Dannenberg Stützpunkte errichten wollten, um die „Entscheidungsschlacht um Gorleben" vorzubereiten. Gleichzeitig werden sie in die Nähe des Terrorismus gerückt.

Daß in Lüchow-Dannenberg ausgerechnet jetzt eine neue Polizeikaserne gebaut wird, kann kaum noch verwundern. Immerhin hat Ministerpräsident Albrecht den Begriff der „Schlacht um Gorleben" geprägt. Er wird wissen, was er beabsichtigt.

Das Kapitel „Pro und kontra Atomenergie" ist eines der trübsten in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Es droht, den Nerv unserer Demokratie zu zerschneiden. Keine etablierte politische Partei hat den Mut, die Dinge beim Namen zu nennen. Der Bürger kämpft gegen ein Establishment, gegen eine Koalition von Regierenden, Verwaltung, Parlamenten, Teilen der Gewerkschaften und Atomindustrie. Was wird am Ende dieses Kampfes stehen? Der Atomstaat – die totale Plutoniumwirtschaft (Robert Jungk)? Oder im letzten Augenblick doch noch der Sieg der Vernunft?

Hans Günter Schumacher

GLOSSE

Monolog eines älteren WM-Geschädigten, Heimatanschrift „Deutschland"

Von Johannes Weidenheim

So 'ne Schiebung . . . Zugegeben, wir waren nicht so wuchtig wie vor vier Jahren . . . Aber hätten wir die Deserteure Beckenbauer, Breitner, Stielike in die Mannschaft nehmen sollen? Niemals! Die soll'n im Lande bleiben und sich redlich nähren . . . (Nun ja, der Breitner ist ja heimgekehrt, aber der kommt schon aus Gründen der deutschen Denkungsart nicht in Frage.) Wenn man sich rumhört, kriegt man, Prost Mahlzeit, von jungen Leuten und Schreiberlingen aller Art an den Kopf geknallt: Die Deutschen haben in Argentinien bekommen, was sie verdienten . . . Unglaublich, diese Fehlanzeige an Nationalbewußtsein. Aber so ist das ja nun mal – bei einer solchen Regierung . . . Andererseits: Man muß immer Mensch bleiben . . . Aber: Die deutschen Belange – wo bleiben die? Wir hatten doch, will mal sagen, einen Anspruch auf die Weltmeisterschaft. Und jetzt das . . . Kapiert denn die Welt nicht, daß wir Deutschen („Salz der Erde" hin oder her) auf *einem* Gebiet die Ersten sein *müssen*? Schon zu Zeiten Willem Zwos haben die Welschen uns den Platz an der Sonne nicht gegönnt . . . Und noch heute, wie eh und je, sind wir von Neidern umstellt, die uns unseren Wohlstand nicht gönnen. Und um dem Faß die Krone aufzusetzen, vollstreckten ausgerechnet die Österreicher das Urteil an uns. Wieso konnten die uns nicht gewinnen lassen? Die hatten doch eh nichts von ihrem bißchen Sieg – und außerdem sprechen wir die gleiche Muttersprache! Statt dessen haben diese „Kameraden Schnürschuh" den Ittakern in die letzte Runde verholfen – statt uns! Weißt du, was das is'? Dolchstoß is' das – und sonst nichts; da laß ich mir nichts vormachen. Schließlich hab ich mal für das Großdeutsche Reich meine Knochen zu Markt getragen, verbunden mit einem mittleren Heimatschuß. Dafür bezieh ich jetzt eine auskömmliche Rente; was, Widerstandskämpfer, speziell Kommunisten, kriegen die meistens nicht? Nicht meine Schuld. Man muß immer Mensch bleiben . . . Das ist der Dank dafür, daß wir die Österreicher 1938 ans Großdeutsche Reich angeschlossen und Ostmärker aus ihnen gemacht haben . . . Undank ist der Welt Lohn . . . Die Rache des kleinen Mannes! Konnten diese Brüder uns nicht wenigstens unter die letzten vier kommen lassen? Nein – sie wollten sich an uns rächen . . . Ich möcht bloß wissen, wozu all unsere treuen Schlachtenbummler die weite Reise in ein Land auf sich genommen haben, wo's nicht mal Eisbein gibt . . . Man ist ja Kummer gewohnt als Deutscher . . . Aber man wird ja wohl noch was sagen dürfen. Also das war Schiebung! Der Schiedsrichter – Jude! Der österreichische Bundeskanzler – Jude! Der österreichische Bundestrainer – Slawe (wenn einer schon Senekowitsch heißt . . .)! Ich hab ja nichts gegen Juden und Slawen, aber . . . Es darf doch nie vergessen werden, daß 1966 der Linienrichter, der den Engländern ein nie geschossenes Tor zusprach, ein Russe war . . . Also klarer Fall: Die haben alle unter einer Decke gesteckt . . . Europa erwache! Mit anderen Worten: Die Deutschen an die Front! Hat denn im christlichen Abendland niemand bedacht, daß wir im Falle eines Sieges für die armen Brüder und Schwestern in der Ostzone mitgesiegt hätten? Zwar haben wir die beste DM der Welt – aber das kann einem aufrechten Deutschen nicht genügen, denn das wär ja Materialismus; nein – der Deutsche braucht immer noch was Höheres, Ideales dazu; früher die Germanische Rasse, heute die WM . . . Ich will ja kein Stänkerer sein – aber hat man sich in diesem winzigen Österreich mal überlegt, wieviel Millionen bestes deutsches Geld wir denen Jahr für Jahr ins Land bringen? Also, ich als solcher fahr da fürs erste nicht mehr hin. Und außerdem sollte man dem Otto v. Habsburg die deutsche Staatsbürgerschaft aberkennen.

Die Sondertagung der UNO-Generalversammlung zur Abrüstung

Eine vorläufige Bilanz

Von Gerhard Kade

Prof. Dr. Kade, Mitherausgeber der „Blätter", der als Vizepräsident des Internationalen Instituts für den Frieden, Wien, auf der UNO-Abrüstungskonferenz in New York referiert hat, gibt im folgenden eine erste Einschätzung zu Verlauf und Ergebnissen der Sondertagung. Eine Auswahl der wichtigsten Dokumente werden wir in einem der nächsten Hefte der „Blätter", sobald die offizielle deutschsprachige Fassung vorliegt, veröffentlichen. D. Red.

Mit der Verabschiedung des Schlußdokuments ist in den frühen Morgenstunden des 1. Juli 1978 die Abrüstungs-Sondersitzung der UNO-Generalversammlung nach vierzigtägiger Dauer zu Ende gegangen. Wenn auch zu diesem Zeitpunkt noch keine endgültige Bewertung möglich ist, so wird jeder, der den Verlauf der Sondertagung mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, weder den Minimalisten recht geben, die da meinen, es sei schon wichtig, daß eine solche Tagung überhaupt stattgefunden hat, noch wird er zu übertriebenen Erwartungen neigen. Wer heute eine vorläufige Bilanz über Vorbereitung, Verlauf und Abschluß der Abrüstungs-Sondersitzung zu ziehen versucht, muß von realistischen Voraussetzungen ausgehen. Zu diesen Voraussetzungen gehört nicht nur die Tatsache, daß eine Sondersitzung wie diese keine bindenden Beschlüsse fassen, sondern nur Empfehlungen aussprechen kann. Vor allem aber muß jede Bewertung der Ergebnisse die Schwierigkeiten berücksichtigen, mit denen die Abrüstungsverhandlungen in den letzten Jahren zu ringen hatten. Die militärische Entspannung ist kein geradliniger Prozeß; sie kann nur in kleinen Schritten vorangetrieben werden und ist vom Verlauf der politischen Entspannung ebenso bestimmt, wie sie selbst dazu beiträgt, den Prozeß der politischen Entspannung zu stabilisieren. Entscheidend ist in diesem Sinne, in welchem Ausmaß die UNO-Sondersitzung Einfluß haben wird auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen und auf die Atmosphäre, in der sich die konkreten Abrüstungsverhandlungen in nächster Zeit entwickeln werden.

Eine vorläufige Bilanz, die den Versuch macht, den Verlauf der Sondersitzung auszuwerten, erscheint schon deshalb geboten, weil die Berichterstattung in der Bundesrepublik mehr als kläglich war.

Eine solche Bilanz wird jedoch Verlauf und Resultat der Sondersitzung nicht isoliert bewerten können. Alle Erwartungen, die sich aus dem Schlußdokument herleiten lassen, werden beeinflußt von den Randbedingungen, unter

denen die Abrüstungs-Sondertagung stattfand. Gerade wenn man die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in den letzten Monaten beobachtet hat, wird einem auffallen, auf welche Weise die Abrüstungsdebatte in der UNO unter den Einfluß gezielter Störmanöver geriet, die während der Sondersitzung dann in konkrete Attacken gegen die militärische Entspannung umgemünzt werden konnten.

Die Sondersitzung über Abrüstung geht auf eine Initiative der Gruppe der nichtpaktgebundenen Staaten während der 31. Generalversammlung der Vereinten Nationen (1976) zurück. Bereits im Jahre 1961 hatten die nichtpaktgebundenen Staaten eine Sondersitzung zu Fragen der Abrüstung oder eine Weltabrüstungskonferenz vorgeschlagen. Im Jahre 1971 unterstützten sie den von der Sowjetunion vorgebrachten Vorschlag, eine Weltabrüstungskonferenz einzuberufen. Vier Jahre später war deutlich, daß vor allem wegen des Widerstands der USA und der VR China eine Weltabrüstungskonferenz vorläufig keine Chance hätte. Die nichtpaktgebundenen Staaten drängten nun erneut auf eine Sondersitzung und waren schließlich entscheidend an der Arbeit des Vorbereitungskomitees beteiligt. Die 32. Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigte die Tagesordnung für die Sondersitzung, die das Vorbereitungskomitee Ende letzten Jahres vorlegte.

Man muß sich noch einmal die entscheidenden Aufgaben ins Gedächtnis rufen, die der Sondersitzung gestellt wurden, um die Arbeit der Abrüstungstagung bewerten zu können:

– „Analyse und Beurteilung der gegenwärigen internationalen Lage im Lichte der drängenden Notwendigkeit, entscheidende Fortschritte auf dem Gebiet der Abrüstung zu erzielen; das Andauern des Wettrüstens und die engen Beziehungen zwischen Abrüstung, Frieden und internationaler Sicherheit sowie wirtschaftlicher Entwicklung."

– „Annahme einer Erklärung zur Abrüstung."

– „Annahme eines Aktionsprogramms zur Abrüstung."

– „Analyse der Rolle, die die Vereinten Nationen in Fragen der Abrüstung spielen, sowie der internationalen Gremien, die für Abrüstungsverhandlungen zur Verfügung stehen, einschließlich der Frage der Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz."

Die umfangreichen Arbeitspapiere, die das Vorbereitungskomitee vorlegte, ebenso wie der Entwurf eines Schlußdokuments, der buchstäblich in letzter Minute fertiggestellt wurde, lassen schon zu Beginn der Sondersitzung erkennen, wie die Positionen der einzelnen Gruppierungen der Vollversammlung aussehen. Es ist hier nicht der Platz, die ganze Vielfalt der Debatte vorzuführen. Untersucht man jedoch die wichtigsten Beiträge in der Vollversammlung auf dem Hintergrund der Tagesordnung und der Gliederung des Entwurfs eines Schlußdokuments, so ergbit sich das folgende Bild:

Alle wesentlichen Fragen, die in den letzten Jahren in konkreten Abrüstungsverhandlungen und in der internationalen Debatte über die militärische Ent-

spannung eine Rolle gespielt haben, werden angesprochen: Kernwaffenteststopp, Ausschaltung aller Kernwaffen, Verzicht auf Ersteinsatz von Kernwaffen, kernwaffenfreie Zonen, die Problematik anderer Massenvernichtungswaffen, Reduzierung der Militärbudgets, Truppenreduzierung, Begrenzung konventioneller Waffen etc. Die Beiträge der einzelnen Staaten in der Generaldebatte müssen daran gemessen werden, inwieweit sie realistische Vorschläge zur militärischen Entspannung enthalten, zur Verbesserung der internationalen Abrüstungsgremien beitragen und den Gedanken einer Weltabrüstungskonferenz der Vereinten Nationen unterstützen.

Unbekümmert um die eigentlichen Zielsetzungen der Abrüstungs-Sondertagung benutzte der amerikanische Vize-Präsident Mondale gleich zu Beginn das Weltforum dazu, scharfe Attacken gegen die Sowjetunion zu reiten. So als hätte man die Rollenverteilung genau abgesprochen, tauchten hier dieselben Argumente auf wie auf der NATO-Ratstagung in Washington. Die Schuld an der Eskalation des Wettrüstens wurde an andere Länder abgeschoben, die Fortsetzung des Wettrüstens wurde als für die NATO unabdingbare Verteidigungsanstrengung bezeichnet und das Thema der angeblich expansionistischen Afrika-Politik der Sowjetunion wurde so akzentuiert, daß es für die Dauer der Sondersitzung seine Ablenkungsfunktionen erfüllen konnte.

Daß mit der Rede Mondales Störmanöver eingeleitet wurden, sollte bald darauf noch deutlicher werden. Überall, wo sich Gelegenheit bot, wurden diese Fragen erneut aufgegriffen; ob es sich um Carters Rede vor den Absolventen der Marine-Akademie in Annapolis*) oder um Stellungnahmen des Präsidenten-Beraters Brzezinski zur Lage auf dem afrikanischen Kontinent handelte, immer wurde deutlich, daß von den amerikanischen Interessen an der Fortsetzung des Wettrüstens abgelenkt werden sollte. Daß diese Tatsachen der amerikanischen Öffentlichkeit nicht verborgen blieben, wird aus vielfältigen Kommentaren während der Sondersitzung deutlich. So hat der renommierte amerikanische Autor J. Barnet – hier bekannt durch seine Bücher über die Rolle der multinationalen Konzerne und über die „Ökonomie des Todes" – unmittelbar nach der Rede Mondales von einer Rückkehr zur Sprache des Kalten Krieges gesprochen, und der amerikanische Senator McGovern hat davor gewarnt, daß die Ablenkungsmanöver Brzezinskis dazu beitragen könnten, jene Kräfte in der Carter-Administration zurückzudrängen, die an der Fortsetzung des Entspannungsprozesses interessiert sind.

Daß die ständigen Denunziationen der Sowjetunion und der Länder des Warschauer Vertrages durch die USA während der Sondersitzung in der Entscheidung des amerikanischen Kongresses, alle Voraussetzungen für einen schnellen Bau der Neutronenwaffe zu schaffen, kulminierten, zeugt von den massiven Interessen, die hier wirksam sind.

Daß die Bundesrepublik keine wirklichen Akzente setzte, indem sie konkrete Abrüstungsforderungen stellte, konnte niemanden überraschen, der in den letzten Jahren den wachsenden Widerspruch zwischen der Ankündigung von

*) Vgl. Dokumente dieses Heftes. D. Red.

Abrüstungsinitiativen und wirklichen Taten beobachtet hat. Bundeskanzler Schmidt blieb dann auch der bekannten Vorstellung verhaftet, die militärische Entspannung solle – eben wegen der „Gefahr aus dem Osten" – verknüpft bleiben mit Rüstungsanstrengungen. Wenigstens eine deutliche Aufforderung an den NATO-Partner USA, die Widerstände gegen eine Weltabrüstungskonferenz aufzugeben, hätte man von Bundeskanzler Schmidt erwarten dürfen, ganz zu schweigen von einer klaren Stellungnahme zur Frage der Neutronenwaffe. Stattdessen blieb der Kanzler in sehr allgemeinen Äußerungen stecken, die nur das wiederholten, was man längst kannte.

Konzentrierten sich die Vorschläge Frankreichs und Großbritanniens wesentlich auf die Reorganisation von Abrüstungsgremien, vor allem auf die Erweiterung des Genfer Abrüstungsausschusses, so kamen konkrete Anregungen zur Beschleunigung der militärischen Entspannung, wie in der Vergangenheit so oft, von seiten der Sowjetunion. Außenminister Gromyko machte in seiner Rede vor den Vereinten Nationen deutlich, daß es zunächst um die Ausschaltung der Massenvernichtungswaffen geht und daß der Prozeß der militärischen Entspannung schrittweise vorangetrieben werden muß, orientiert an dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Einstellung der Produktion aller Arten von Kernwaffen und aller anderen Arten von Massenvernichtungswaffen, Einstellung der Entwicklung neuer Arten konventioneller Waffen mit großer Zerstörungskraft und Verzicht auf die Vergrößerung der Armeen und auf die Verstärkung der nichtnuklearen Rüstung der ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates und der mit ihnen durch Militärabkommen verbundenen Staaten. Verhandlungen über nukleare Abrüstung und über einen Vertrag zum Gewaltverzicht rundeten den sowjetischen Vorschlag ab. Daß Gromyko ebenso wie Giscard d'Estaing anregte, weitere Staaten an den bilateralen und multilateralen Abrüstungsverhandlungen zu beteiligen, traf auf berechtigte Erwartungen vieler Teilnehmerstaaten und zerstreute die häufig geäußerten Befürchtungen, Abrüstungsverhandlungen sollten ausschließlich eine Sache der Großmächte sein.

Kanadas Bereitschaftserklärung, alle Kernwaffen zu eliminieren, sowie vielfältige Vorschläge kleinerer Länder, auf die Produktion neuer Massenvernichtungswaffen, vor allem auf den Bau der Neutronenwaffe zu verzichten, sich gegenseitig zu verpflichten, Kernwaffen nicht als erster einzusetzen, alle Kernwaffen zu vernichten und vieles mehr, zeigte deutlich, wie stark das Interesse an konkreten Schritten zur militärischen Entspannung ist. Vor allem das Engagement der Länder der Dritten Welt rief der Weltöffentlichkeit erneut die Verbindung zwischen Abrüstung und Entwicklung ins Gedächtnis und verwies eindringlich auf die Rolle der militärischen Entspannung bei der Lösung der dringlichsten Probleme in der Welt – Hunger, Analphabetismus, Beseitigung menschenunwürdiger Lebensbedingungen.

Ein letzter Höhepunkt der Sondersitzung war der Auftritt von Vertretern der Nichtstaatlichen Organisationen (NGOs). Fünfundzwanzig verschiedene Gruppierungen präsentierten dem Ad hoc-Komitee der Sondersitzung ihre Positionen, darunter Organisationen wie das Internationale Friedensbüro, die

Solidaritätsorganisation der Afro-asiatischen Völker, die Internationale Demokratische Frauenföderation und die Sozialistische Internationale. Besonders eindringlich wurde am Tag der Nichtstaatlichen Organisationen das Interesse der Weltöffentlichkeit an einem dauerhaften Friedenmanifest. Immer wieder wurde in den Beiträgen der Redner unterstrichen, daß eine Beschleunigung der militärischen Entspannung unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der großen sozialen und ökologischen Probleme in dieser Welt sei.

Ergänzt wurde der Appell der Nichtstaatlichen Organisationen schließlich durch die Stellungnahme von Vertretern bedeutender wissenschaftlicher Institute, die mit profunden Analysen der internationalen Situation auf die Gefahren aufmerksam machten, die von einer Fortsetzung des Wettrüstens ausgehen. Die Forderungen, die die Wissenschaftler an die Sondersitzung richteten, ließen erkennen, wie wichtig die Rolle der Wissenschaftler für die Beschleunigung der militärischen Entspannung ist.

Das Schlußdokument der Sondersitzung, das jetzt vorliegt, wird viele enttäuschen, die mit zu hochgesteckten Erwartungen in die Abrüstungstagung gegangen sind. Es ist gewiß bedauerlich, daß keine Empfehlungen für konkrete Abrüstungsschritte ausgesprochen werden. Wer die Fülle der Anregungen registriert hat, die auf der Sondersitzung vorgetragen wurden, wird bedauern, daß hier nicht wenigstens ein, wenn auch kleiner, gemeinsamer Nenner gefunden werden konnte. Konstruktive Vorschläge für die Verbesserung des Verhandlungsapparats werden zu einer Erweiterung des Genfer Abrüstungsausschusses führen und lassen zumindest erwarten, daß Frankreich nicht weiterhin den Abrüstungsverhandlungen fernbleibt. Eine weitere Abrüstungssondersitzung in absehbarer Zeit wird dazu beitragen können, die Idee der militärischen Entspannung in der Weltöffentlichkeit noch stärker zu verankern. Die Empfehlung einer Weltabrüstungskonferenz schließlich ist die wichtigste Anregung, die von der Sondersitzung ausgeht. Diese Konferenz wäre ein Weltforum von höchster Autorität, das bindende Beschlüsse fassen könnte.

Die UNO-Sondersitzung zur Abrüstung war ein wichtiger Versuch, die Bemühungen um die militärische Entspannung erneut anzuregen und eine Atmosphäre zu schaffen, in der Fortschritte in konkreten Abrüstungsverhandlungen erzielt werden können. Im Prozeß der politischen Entspannung kann sie als eine vertrauensbildende Maßnahme von höchstem Wert angesehen werden. Daß ihr in den westlichen Ländern wenig Publizität geschenkt wurde; daß von Anfang an bestimmte Kreise bemüht waren, das ganze Unternehmen abzuwerten und mit fragwürdigen Störmanövern von der Bedeutung der militärischen Entspannung abzulenken, konnte dem Interesse der internationalen Öffentlichkeit an den Fragen der Abrüstung keinen Abbruch tun. Die Ergebnisse der UNO-Sondersitzung, die mehr sind, als im Schlußdokument zum Ausdruck kommen konnte, werden gerade über die Nichtstaatlichen Organisationen ihren Weg in die Öffentlichkeit finden und dem Kampf für Frieden und Abrüstung neue Impulse geben.

Aktuelle Entwicklungstendenzen der internationalen Beziehungen

Von Nikolai Poljanow

Die internationalen Beziehungen waren in den vergangenen Monaten zeitweilig besorgniserregenden Spannungen ausgesetzt. Insbesondere die Zuspitzung im Verhältnis USA–Sowjetunion, deren bisherigen Höhepunkt die Annapolis-Rede Präsident Carters vom 4. Juni 1978 und die darauffolgende Stellungnahme der „Prawda" vom 17. Juni 1978 markierten (vgl. die Dokumentation in diesem Heft), unterwarf die Entspannung einer Zerreißprobe, die sie, wie es heute scheint, bestanden hat. Positive Akzente für die Weiterentwicklung der Entspannungspolitik, auch im Hinblick auf ihre militärische Seite, setzten im gleichen Zeitraum der Besuch Leonid Breschnews in Bonn und die in diesem Zusammenhang erzielten Vereinbarungen sowie die Sondertagung der UNO zur Abrüstung. Mit dem nachstehenden Beitrag des maßgeblichen sowjetischen Publizisten Nikolai Poljanow veröffentlichen die „Blätter" eine Einschätzung der aktuellen internationalen Situation aus sowjetischer Sicht. D. Red.

I

Es ist kaum zu bezweifeln, daß die internationalen Beziehungen am Schnittpunkt zweier Wege angelangt sind, von denen der eine zu wachsendem Vertrauen und zunehmender Zusammenarbeit führt, der andere aber zum Anwachsen der gegenseitigen Furcht, des Argwohns und des Waffenhortens. Die Geschichte verlangt Regierungen und Völkern heute eine folgenreiche Entscheidung ab. Und es gibt nur eine vernünftige Wahl: eine entschiedene Wende in Richtung auf die Einstellung des Wettrüstens und auf die strikte Einhaltung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung herbeizuführen.

Die Ereignisse der letzten Monate haben besonders augenscheinlich gemacht, daß die Dialektik der internationalen Entwicklung durch zwei Tendenzen gekennzeichnet ist. Zum ersten ist es die Tendenz der Entspannung, die sich widerspiegelt in solch wichtigen Ereignissen wie dem Besuch von Leonid Breschnew in der Bundesrepublik, der UNO-Vollversammlung zu Fragen des Wettrüstens, der weiteren Belebung des Ost-West-Handels in Europa und anderen mehr. Zum zweiten ist es die Tendenz, die man Anti-Entspannung nennen könnte. Dabei ist an die NATO-Ratstagung in Washington, an die Rede des US-Präsidenten in Annapolis, an die Ereignisse in Zaire, an die Bewilligung von weiteren Mitteln für die Neutronenbombe durch den

US-Kongreß zu denken. In der jetzigen Phase der internationalen Entwicklung verlaufen beide Tendenzen parallel. Das heutige Kräfteverhältnis in der Welt, der Wille der Völker und der gesunde Menschenverstand können aber eine solche Parallelität nicht ewig dulden. Sie lassen nicht zu, daß das Tempo des Zustandekommens von Vereinbarungen über Fragen einer Begrenzung des Wettrüstens hinter dem Entwicklungstempo dieses Wettrüstens zurückbleibt; daß zwischenstaatliche Vereinbarungen über die Entspannung viel langsamer voranschreiten, als es die objektive Lage in der internationalen Arena verlangt.

Allem Anschein nach haben die Errungenschaften der Entspannungspolitik im letzten Jahrzehnt eine wachsende Beunruhigung im militärisch-industriellen Komplex des Westens heraufbeschworen und dazu geführt, daß kaum ein Entspannungsergebnis erzielt werden konnte, ohne daß sich die Anti-Entspannungskräfte zur Wehr gesetzt hätten. Beispiele dafür gibt es genug. Es wird versucht, durch den schon erwähnten Beschluß des US-Kongresses den erzwungenen Aufschub des Baus der Neutronenbombe zunichte zu machen. Mit einer Anheizung des Wettrüstens durch die NATO-Ratstagung wird versucht, die positiven Resultate der UNO-Abrüstungsdiskussion zu beeinträchtigen. Nicht von ungefähr kam es auch zu der jüngsten Anti-Entspannungswelle in der amerikanischen Außenpolitik: In Washington wollte man die günstige Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der BRD nicht tatenlos hinnehmen, die nach dem Besuch Leonid Breschnews am Rhein einen stabilisierenden Einfluß nicht nur auf die Politik in Europa, sondern auch auf die Weltpolitik schlechthin ausübte.

Die angeführten Beispiele bekräftigen nur die einfache Tatsache, daß die Entspannung ein Prozeß ist; genauer gesagt: ein weltweiter Kampf für die Erhaltung und Festigung des Friedens, der keineswegs automatisch verläuft. Zu diesem Kampf gibt es keine vernünftige Alternative, und er muß weitergeführt werden, ungeachtet seiner Schwierigkeit.

II

Es ist kaum zu bestreiten, daß bei der Beurteilung der heutigen Lage in Europa militärpolitische Aspekte von größter Bedeutung sind. Der sich beschleunigende und erweiternde Prozeß der Entwicklung, Produktion und Stationierung neuer Waffenarten und Rüstungssysteme nimmt immer gefährlichere Züge an. Das Vernichtungspotential ist heute schon so groß, daß es alles menschliche Leben auf der Erde austilgen könnte. Außerdem hat das Wettrüsten auch eine innere Logik: wenn ihm nicht Einhalt geboten wird, kann die politische Entspannung, die dank enormer Anstrengungen vieler Staaten und Völker erreicht wurde, blockiert werden. Sollte es zu militärischen Komplikationen im zwischenstaatlichen Bereich kommen, könnte man selbst den derzeitigen Stand des internationalen Vertrauens nicht weiter aufrechterhalten. Ohne dieses Vertrauen aber sind normale Beziehungen zwischen Staaten nicht denkbar. Immer mehr materielle und intellektuelle Ressourcen der Menschheit werden durch das Wettrüsten verschlungen. Dies kann die Pro-

bleme der wirtschaftlichen Entwicklung, die ohnehin schon außerordentlich schwierig sind, in eine Sackgasse führen. Sollte das Wettrüsten weitergehen, wird man kaum Lösungen für globale Probleme finden können, deren Aktualität in den letzten Jahrzehnten vielfach zugenommen hat, etwa für Probleme der Nahrungsmittelversorgung, der Entwicklung prinzipiell neuer Energiequellen, einer umfassenden Erschließung und Nutzung der Weltmeere und des Weltraums, der Ausrottung von Krankheiten und des Schutzes der natürlichen Umwelt. Alle diese Erwägungen haben die Sowjetunion und viele andere Staaten mehr als einmal dargelegt, um die Wichtigkeit der Abrüstung als eines der Hauptprobleme der Welt von heute zu betonen.

Nun stellt sich die Frage: Gibt es überhaupt eine Lösung für das Problem der Abrüstung im Rahmen des derzeitigen globalen Kräfteverhältnisses? Die Antwort kann nur ja lauten, mehr noch – es gibt einfach keine andere sinnvolle Möglichkeit. Die in den 60er und 70er Jahren abgeschlossenen bilateralen und multilateralen Abkommen über eine Begrenzung des Wettrüstens übten und üben ohne Zweifel eine eindämmende Wirkung auf das Wettrüsten aus. Die schon erzielten Abkommen bestätigen daher, daß heute eine effektive Abrüstung durchaus möglich ist. Es handelt sich um Vereinbarungen, die einige Kanäle für die Entwicklung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen geschlossen bzw. eingeengt haben; da sie aber nur einen begrenzten Charakter haben und da ihnen nicht alle Staaten und alle kernwaffenbesitzenden Mächte beigetreten sind, haben sie das Wettrüsten nicht gestoppt. Ein Beispiel für das inzwischen erreichte Ausmaß der Gefahren liefert das Buch des prominenten amerikanischen Physikers Professor Herman York, das auf deutsch als „Der Wettlauf ins Nichts" betitelt werden könnte. Professor York weist darauf hin, daß die fortschreitende Komplizierung der Waffensysteme die Staaten in eine Lage bringen könnte, in der bei einem überraschenden Überfall das Vorgehen des einzelnen so schwierig ist und die Zeit zur Beschlußfassung über Gegenmaßnahmen so kurz sein wird, daß man sie Computern überlassen müsse. Schon diese Tatsache birgt aber unendliche Gefahren, weil es keine Garantien gegen fehlerhafte Computerentscheidungen geben kann. Wenn sogar relativ einfache Kontrollsysteme in Atomkraftwerken versagen und gefährliche Zwischenfälle verursachen, so wird man sich doch kaum auf ein elektronisches Kontrollsystem verlassen können, von dem das Leben oder der Untergang ganzer Staaten abhängt? Aber die Gefahren sind noch größer: Durch das Anwachsen der Länge der Entscheidungskette würden nicht nur maßgebende Staatsmänner an den Computerknöpfen agieren, sondern auch niedrigere Dienstgrade, zum Beispiel Programmierer. Es könnte eine Situation entstehen, betont Professor York (der dabei natürlich auch auf die Situation in den USA eingeht), daß nicht der Hund mit dem Schwanz wedelt, sondern umgekehrt der Schwanz mit dem Hund. Es ist offensichtlich, wie gefährlich dies werden könnte, wenn es sich um eine kriegerische Auseinandersetzung handelt.

Ein zweites Beispiel liefert der amerikanische Geschichtsprofessor und Diplomat George Kennan. Er betont, daß es heutzutage illusorisch und gefährlich wäre, eine Kernwaffenüberlegenheit zum Beispiel über die Sowjetunion

zu suchen, weil der „overkill" der beiden Großmächte eine Überlegenheit gegenstandslos macht. Ganz abgesehen davon, daß die Weiterentwicklung der Kapazitäten und der Technik der Massenvernichtungswaffen nur im Rahmen einer endlosen Rüstungsspirale vor sich gehen könnte. Angesichts dieser einfachen, fast trivialen Gedanken müssen wir zugeben, daß die Logik der geschichtlichen und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung selbst die Staaten in eine vernünftige Richtung führt – in die Richtung der Neugestaltung der internationalen Beziehungen gemäß dem weltpolitischen Niveau unserer Zeit.

Einer der wichtigsten Schritte zu dieser Neugestaltung ist der Rüstungsstopp. Er kann und muß herbeigeführt werden, und die neueste Geschichte liefert dafür positive Beispiele. Bekanntlich fand im November 1974 in Wladiwostok ein sowjetisch-amerikanisches Gipfeltreffen statt, das zu einer Übereinkunft über den Abschluß eines langfristigen Abkommens zwischen der UdSSR und den USA zur Begrenzung der strategischen Offensivwaffen führte. Dabei kamen die Partner nach allseitiger Prüfung der Situation zu der Schlußfolgerung, daß es möglich sei, die Ausarbeitung des Abkommens bereits im darauffolgenden Jahr (1975) zum Abschluß zu bringen. Dreieinhalb Jahre sind seitdem vergangen. Das Abkommen ist leider immer noch nicht unterzeichnet. Aber die Erfahrungen der Verhandlungen und die gesamte Praxis bei bisherigen Vertragsabschlüssen auf diesem Gebiet zeigen, daß auch für die scheinbar kompliziertesten Fragen Lösungen gefunden werden können, wenn die Bedeutung des betreffenden Problems in gebührender Weise erkannt wird und tatsächlich der Wunsch besteht, sich auf der vereinbarten Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu einigen.

Nicht die Sowjetunion ist derjenige Vertragspartner, der eine Lösung bisher verhindert hat. Gerade Moskau hat die Initiative ergriffen, um ein umfangreiches Programm der Abrüstung zu präsentieren – ein Programm, das die Verwirklichung folgender Maßnahmen in einer zeitlich begrenzten Periode vorsieht:

– Einstellung der Produktion aller Arten von Kernwaffen;
– Einstellung der Produktion und Verbot aller anderen Arten von Massenvernichtungswaffen;
– Einstellung der Entwicklung neuer Arten konventioneller Waffen mit großer Zerstörungskraft;
– Verzicht auf die Vergrößerung der Armeen und auf die Verstärkung der konventionellen Rüstungen der Mächte, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind, sowie der Staaten, die mit diesen durch militärische Abkommen verbunden sind.

Diese Vorschläge gehen viel weiter, als es das SALT II-Abkommen vorsieht. Demzufolge wird von neuem bestätigt, daß die Sowjetunion nicht nur die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen wünscht, sondern konsequent für umfassende Abrüstung eintritt. Natürlich ist es nicht einfach, sich über solche Abrüstungsmaßnahmen zu einigen; aber ein überaus wichtiger Schritt in die-

ser Richtung soll und kann getan werden. Und dieser Schritt könnte im SALT II-Abkommen materialisiert werden.

Wenn es bis jetzt noch nicht zur Festschreibung der sowjetisch-amerikanischen Begrenzung der strategischen Offensivwaffen gekommen ist, so vor allem deswegen, weil Washington die Vereinbarungen von Wladiwostok nicht eingehalten hat. Es hat vielmehr Versuche unternommen, die Grundlage dieser Vereinbarung anzutasten und das Prinzip der gleichen Sicherheit zu revidieren. Es wurde sogar versucht, eine quasi-„theoretische" Grundlage für diese unrealistische Einstellung zu entwickeln. Etliche prominente amerikanische Politiker, so zum Beispiel der Sicherheitsberater des Präsidenten, Brzezinski, haben dazu beigetragen, daß in den westlichen Massenmedien der Mythos vom angeblichen „Übergewicht der Sowjetunion" propagiert wurde. Wie gegenstandslos dieser Mythos ist, hat unlängst der amerikanische Verteidigungsminister Brown gezeigt, als er in San Francisco zugeben mußte, daß die „Sowjetunion den Vereinigten Staaten militärisch nicht überlegen ist". Weder könne sie, so Brown, Amerikas Atommacht mit einem Schlag auslöschen, noch – zumindest derzeit – die NATO in Europa überrennen. Eine nicht uninteressante Einsicht, besonders wenn man sich an die Ausführungen des belgischen NATO-Generals Close erinnert, der nach wie vor der Meinung ist, „die Russen" könnten den Rhein in wenigen Stunden erreichen. Aber das soll nur am Rande vermerkt sein.

Wichtig ist etwas anderes: Der Zusammenbruch des Mythos von der „sowjetischen Überlegenheit" bewirkte den Versuch führender amerikanischer Politiker, eine neue Erklärung für ihre Abrüstungsunlust zu geben. So entstand die jüngste Rede des US-Präsidenten Carter in Annapolis. Sie sollte die Verwirrung zerstreuen, die in den Köpfen vieler Amerikaner und Westeuropäer entstand, als immer klarer wurde, daß nicht die Sowjetunion, sondern die Vereinigten Staaten für das künstliche Bremsen des SALT II-Abkommen verantwortlich sind. Aber auch Präsident Carter gelang es nicht, Klarheit in die amerikanische Politik zu bringen und zu beweisen, daß die Vereinigten Staaten in der Praxis für die Abrüstung eintreten. Er versuchte vielmehr, Unvereinbares zu vereinbaren: das Treuebekenntnis zu den Ideen der Entspannung und der Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen mit unverhüllten Angriffen auf die Sowjetunion. Nicht umsonst betonten Kommentatoren hüben und drüben, daß die Rede des Präsidenten mit zwei Zungen gesprochen wurde: eine sollte verbergen, was die andere verlangte. Die Entspannungsbekenntnisse, die in dieser Rede groß geschrieben waren, dienten eigentlich nur als Dekoration für die Befürwortung einer neuen Rüstungsspirale, die in Washington während der NATO-Ratstagung beschlossen wurde. In der Tat: Nicht zufrieden mit der Verabschiedung eines Rekordmilitärbudgets, das fast 130 Mrd. Dollar im Jahr erreicht; nicht zufrieden mit einem NATO-Budget von fast 200 Mrd. Dollar im Jahr; nicht zufrieden mit der Entwicklung immer neuer Systeme von Massenvernichtungswaffen, einschließlich der Neutronenbombe, hat das Pentagon auf der letzten NATO-Ratstagung eine Forcierung der Rüstungsaktivitäten des Westens befohlen. Das

zusätzliche Programm wird 80 Mrd. Dollar kosten und überschreitet bei weitem die Verteidigungsbedürfnisse der atlantischen Allianz.

Erwartungsgemäß hat man auch diesmal versucht, diese Maßnahmen mit der Behauptung zu rechtfertigen, sie seien lediglich die „Antwort" auf die Politik der Sowjetunion, die angeblich versuche, sich die militärische Überlegenheit über den Westen zu verschaffen. Die oben erwähnten Ausführungen von Minister Brown sprechen eine andere Sprache. Vor allem aber bestätigte vor kurzem Leonid Breschnew noch einmal, daß die Sowjetunion ihrerseits der Ansicht ist, daß eine annähernde Gleichheit und Ausgewogenheit der Verteidigungskräfte ausreichen. „Wir setzen uns nicht das Ziel", so Leonid Breschnew, „militärische Überlegenheit zu erlangen. Wir wissen außerdem, daß dieser Begriff angesichts der gegenwärtigen riesigen Bestände bereits gehorteter Kernwaffen und ihrer Trägermittel an und für sich sinnlos wird." Übrigens wurde dies nicht nur gesagt, sondern – sinngemäß – auch in der gemeinsamen Deklaration*) UdSSR – BRD von beiden Seiten unterschrieben. Entsprechend handelt auch die Sowjetunion. Ein weiterer Beweis dafür sind ihre Vorschläge in Wien vom 8. Juni dieses Jahres. Es sind, wie auch von prominenten westlichen Politikern – zum Beispiel vom Bundestagsabgeordneten Alfons Pawelczyk – bestätigt, konstruktive Vorschläge. Sie kommen dem Westen einen großen Schritt entgegen und sind darauf gerichtet, schließlich ein gegenseitig akzeptables Abkommen zu erreichen.

Nun stellt sich die Frage: Wie wird es weitergehen, wenn der Westen schon eine Woche früher, ohne diese Vorschläge abzuwarten, auf der Washingtoner NATO-Ratstagung beschlossen hat, seine Rüstungsanstrengungen aufzustocken? Auch eine andere Frage ist angebracht: Warum wird seit vier Jahren der Vorschlag der Länder des Warschauer Vertrages nicht angenommen, die Streitkräfte in Mitteleuropa bis zum Abschluß eines Abkommens auf den gegenwärtigen Stand einzufrieren? Wenn sich der Westen vor der Sowjetunion „fürchtet", so könnte diese Furcht durch den Abschluß eines solchen Abkommens für die Zukunft wirksam beseitigt werden. Diese und viele andere Fragen bleiben ohne Antwort. Gleichzeitig gibt es aber Anzeichen dafür, daß der militärisch-industrielle Komplex in den Vereinigten Staaten sich immer weniger mit den „direkten Rüstungen" zufrieden gibt. Er programmiert auch Geschäfte, die nicht unbedingt in den Vereinigten Staaten oder im NATO-Bereich selbst getätigt werden. Im Jahre 1977, als der Präsident der Vereinigten Staaten scharfe Worte gegen den Waffenhandel richtete, haben amerikanische Firmen für mehr als 11,3 Mrd. Dollar Waffen ins Ausland verkauft; 1978 soll der Verkauf auf 13,2 Mrd. erhöht werden. Dies sind Tatsachen, die bei der Beurteilung der heutigen US-Politik nicht wegzudenken sind. Sie legen Zeugnis dafür ab, daß Washington – gelinde gesagt – noch immer sehr große Reserven gegenüber vernünftigen Schritten in Richtung Entspannung hegt.

*) Vgl. „Blätter" 5/78, S. 619ff. D. Red.

III

Nicht von ungefähr kommt der NATO-Versuch, eine neue Spirale des Wettrüstens in Bewegung zu setzen. Man will die Entspannung dämpfen, die flaue wirtschaftliche Konjunktur durch Rüstungsgeschäfte beleben, an dem Prinzip des globalen Gleichgewichts rütteln, den Tätigkeitsbereich der NATO in die Regionen südlich des Wendekreises des Krebses ausweiten und die „chinesische Karte" ausspielen. Daß der Plan der Erweiterung der NATO nicht nur reine Theorie ist, bestätigen mehrere Tatsachen, nicht zuletzt die Ereignisse in Zaire. Schon während der Kämpfe in Angola hat die NATO eine verhängnisvolle Rolle in Afrika gespielt, als die Allianz versucht hatte, die Befreiungsbewegung des angolanischen Volkes zu liquidieren. Heute gehen die USA mit ihren NATO-Partnern offen zu einer interventionistischen und neokolonialistischen Politik in Afrika über. Das beweisen die Ereignisse in Zaire, wo sich mehrere westliche Länder unter politischer und militärischer Führung von Washington mit Waffengewalt in die inneren Angelegenheiten dieses Landes einmischten; das beweisen weiterhin die Pläne, nach denen einige afrikanische Länder in den Wirkungsbereich der NATO einbezogen werden sollen, sowie die Versuche, gemeinsame Streitkräfte mehrerer imperialistischer Länder zur Intervention auf diesem Kontinent aufzustellen.

Das Zaire-Abenteuer Washingtons und seiner NATO-Partner ist ein gefährliches Symptom: Es bedeutet, daß gewisse amerikanische Kreise nach dem Vietnam-Fiasko mit einer Neuauflage ihrer expansionistischen Ziele, diesmal auf dem afrikanischen Kontinent, aufwarten. Was Asien betrifft, so hoffen sie, mit Peking ins Geschäft zu kommen, um im Pazifischen Raum unter Beteiligung Japans ihre antisowjetische Politik abzurunden. Als die afrikanische Variante modelliert wurde, suchte man in Washington natürlich einen glaubhaften „Vorwand". Er wurde auch gefunden: die sogenannte sowjetisch-kubanische Einmischung – in die afrikanischen Angelegenheiten, vor allem in Zaire selbst. Es erübrigt sich an dieser Stelle, Einzelheiten über die Blamage mitzuteilen, die sich Washington zuzog, als amerikanische Stellen von Fidel Castro der Lüge überführt wurden. Von den Ereignissen in Zaire hatte man indes in Moskau erst aus Berichten westlicher Nachrichtenagenturen erfahren; in einer offiziellen Stellungnahme wurde unterstrichen, daß es in der Provinz Shaba keine Sowjetbürger oder Kubaner in irgendeiner Eigenschaft gegeben hat. Ebenso gibt es in diesem Lande auch keine der Sowjetunion gehörenden Kupfer-, Kobalt- oder Urangruben. Alle diese Schätze stehen westlichen Ländern, vor allem den Vereinigten Staaten, zur Verfügung. Das erklärt auch die NATO-Invasion in Zaire.

Die Afrika-Abenteuer der Allianz zielen aber nicht nur auf einzelne Regionen ab, die mit Bodenschätzen gesegnet sind. Vielmehr ist die Welt Zeuge des Versuchs, die gesamte Befreiungsbewegung auf dem schwarzen Kontinent „zurückzurollen". Zu diesem Zwecke erweist man korrupten Regimes seine Fürsorge, wie beispielsweise der Diktatur Mobutos in Zaire; zu diesem Zwecke unterstützt man Rhodesien und Südafrika und versucht man auch eine militärische Variante der neokolonialistischen Afrika-Politik einzufüh-

ren – entweder unter „afrikanischer" Flagge oder, wenn dies nicht gelingen sollte, unter der Flagge der NATO. Dabei wird versucht, die Länder, die auf der Seite der Befreiungsbewegungen in Afrika stehen, zu diffamieren. Die Sowjetunion und Kuba wurden zur Zielscheibe der westlichen Propaganda gemacht, weil sie Angola, gegen dessen Unabhängigkeit Truppen der Republik Südafrika und weiße Söldner aus NATO-Ländern aufmarschierten, militärische Hilfe erwiesen haben. Auch Äthiopien haben sozialistische Länder Hilfe geleistet, als es einer Aggression von seiten Somalias ausgesetzt war. Diese Hilfe erfolgte auf Ersuchen der legitimen Regierung und in voller Übereinstimmung mit den Normen des Völkerrechts der UNO-Charta. Nur diejenigen, die einem unabhängigen Angola die Herrschaft der südafrikanischen Rassisten vorziehen und die die Zersplitterung Äthiopiens oder sogar seine Beseitigung als selbständigen Staat begrüßen würden, können Einwände gegen die Hilfe für die afrikanische Befreiungsbewegungen haben.

Um, wie ein altes Sprichwort sagt, „trocken aus dem Wasser zu kommen", versuchen die NATO-Länder, bekannte Tatsachen zu verdrehen. So werden Voraussetzungen dafür geschaffen, um die 1975 vom US-Kongreß angenommenen Beschränkungen in bezug auf eine bewaffnete Einmischung der USA in Afrika aufzuheben. So wird Schritt für Schritt die Schaffung eines Mechanismus zustande gebracht, mit dessen Hilfe man die Erfolge der Entkolonisierung Afrikas rückgängig machen will. Man vergißt aber dabei, daß die Zeiten eines Lettows-Vorbeck oder eines „Panthersprungs" längst vorbei sind. Die Welt hat sich verändert, und es gibt keinen Weg zurück zu Onkel Toms Hütte, die von den Palästen der Weißen beherrscht war.

IV

Manchmal hört man, daß Pessimisten heutzutage auf ihre Kosten kommen: Der Horizont der internationalen Beziehungen sieht ziemlich düster aus. Und doch glaubt der Verfasser dieser Zeilen, daß eine solche Schlußfolgerung falsch wäre. Man sollte nur die Frage stellen, was besser ist, daß es Verhandlungen, wenn auch schwierige, gibt, daß es zu Vereinbarungen im Sinne der Entspannung kommt, oder daß all das ausbleibt. Nur ein Weg ist vernünftig, nur einer ist akzeptabel – der erste. Abrüstungsverhandlungen gibt es in der Welt seit mehr als 20 Jahren. An den zwei Jahrzehnten gemessen, die verstrichen sind, sind die Ergebnisse dieser Verhandlungen gering. Aber wenn es doch Ergebnisse gegeben hat, vor allem im nuklearen Bereich, und auf dem Gebiet der Verhütung eines Atomkrieges, so nur deshalb, *weil* verhandelt wurde.

Ein dauerhafter Frieden und internationale Sicherheit können nicht nur durch Reden und Deklarationen, sondern durch konkrete praktische Schritte zur Einstellung des Wettrüstens, zur Abrüstung und realen Entspannungsvereinbarungen gewährleistet werden. Wichtige Erfahrungen auf dieser Ebene wurden von den Staaten schon gesammelt. Es sind die bilateralen und multilateralen Vereinbarungen über verschiedene Bereiche der internationalen Politik. Man braucht nur einige erwähnen, um zu sehen, daß der vernünftige

Weg, den die Welt beschreiten muß, in vielen Abschnitten gut gepflastert ist. Die Beispiele dafür sind das sowjetisch-amerikanische Abkommen über die Verhütung des Atomkrieges, das Abkommen zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, die Schlußakte von Helsinki, die Verträge der Bundesrepublik mit den sozialistischen Ländern, das Viermächteabkommen von 1971, SALT II und viele andere. In ihrer Gesamtheit stellen diese Vereinbarungen und Abkommen Bausteine für eine Neugestaltung der internationalen Beziehungen dar, die die komplizierte Dialektik des heutigen Kräfteverhältnisses und die Realitäten der sich gewandelten Hemisphären widerspiegelt sowie ausreichende Garantien für die Erhaltung und Festigung des Friedens bietet.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung könnten internationale Vereinbarungen über die Vertiefung und Festigung der weltweiten Entspannung, über den internationalen Gewaltverzicht, über eine globale Verhütung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, über den Verzicht auf Erstanwendung von Kernwaffen und anderes mehr sein. Im Sinne dieser Ideen hat die Sowjetunion der UNO Vorschläge unterbreitet, die breite Unterstützung gefunden haben. Skeptiker haben Einwände gegen solche Vorschläge parat: Sie meinen, mit guten Vorschlägen sei leider sehr wenig getan. Die Skeptiker sollten sich daran erinnern, daß der Vorschlag zur Einberufung der KSZE schon 1966 vorgetragen wurde, erst 1972 im NATO-Rat Zustimmung fand und 1975 doch verwirklicht werden konnte. Alle 35 Länder, die in Helsinki vertreten waren, sind 100%ige Nutznießer dieser Entwicklung. Sie war langwierig, aber erfolgreich.

NATO-Politik in Afrika

Von Jürgen Ostrowsky

Kollektive Interventionen wie 1977 und 1978 in Zaires Südprovinz Shaba stellen im Methodenfundus des Kampfes gegen Unabhängigkeitsbewegungen, fortschrittliche und revolutionäre Bestrebungen keine Neuerung dar[1]). Die nationalistische Revolte der I Ho Chü-an[2]) in China gab 1900 den imperialistischen Mächten den Vorwand für einen Raubzug mit dem Ziel, das halbkoloniale Land ihrer Kuratel zu unterwerfen und es auszuplündern, wobei die

1) Zu den Interventionen in Shaba 1977 und 1978 vgl. u. a.: „Afrique Asie", Paris, 132, 133 und 134 (1977); „Antiimperialistisches Informationsbulletin" (AIB), Marburg, 5/1977; „Afrique Asie", Nr. 162, 163, 164 (1978); Rainer Falk, Hintergründe der Intervention in Zaire, in: „Blätter", 6/1978, S. 652 ff.
2) „Fäuste der rechtschaffenen Harmonie" (Im Englischen irreführend als „Boxer"-Aufstand bezeichnet.)

konkurrierenden Mächte um ihren jeweiligen Vorteil weitteiferten. War diese Konkurrenz noch auslösender Faktor für den Ersten Weltkrieg, so änderte sich das Bild durch die Oktoberrevolution: Erstmals vereinte das gemeinsame Systeminteresse die USA, England und Frankreich zu einer Intervention. An der Seite der weißrussischen Reaktion griffen sie 1918 in den Bürgerkrieg gegen die Bolschewiki ein; die letzten US-Truppen wurden erst im April 1920 aus Sibirien abgezogen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der Entstehung eines sozialistischen Lagers sowie im Zuge der Zerschlagung des Kolonialsystems wurden immer wieder Nationalstaaten in Afrika, Asien und Lateinamerika, welche als zum Einflußgebiet des „Westens" gehörig betrachtet wurden und in denen die Westmächte ihre Interessen bedroht glaubten, Opfer kollektiver Aggressionen:

– 1956 überfielen England, Frankreich und Israel (durch die USA begünstigt) Ägypten, dessen Präsident Nasser die Verstaatlichung des Suez-Kanals proklamiert hatte[3]).

– Zwischen 1960 und 1965 erlebte der gerade unabhängig gewordene Kongo-Staat mehrere Invasionen, in deren Verlauf sein erster Präsident, Patrice Lumumba, einem CIA-Mordplan zum Opfer fiel.

– 1964 gingen die USA zur Eskalation ihres Krieges gegen das vietnamesische Volk über; südkoreanische und australische Truppen sollten der Aggression ein multilaterales Aussehen verleihen.

– 1965 stürzten Einheiten der US-Marineinfanterie die demokratisch orientierte Militärjunta des Obersten Caamano in der Dominikanischen Republik; symbolische Kontingente willfähriger Mitgliedsländer der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wie der faschistischen Militärdiktatur Brasiliens sollten der Weltöffentlichkeit suggerieren, Lateinamerika wehre sich selbst gegen „fremde Einflüsse"[4]).

Von jeher waren die Interventionsmächte darauf bedacht, ihre Aggressionen zu „begründen". Zu den beliebtesten Stereotypen gehört dabei das auch 1977 wie 1978 für die Shaba-Aktionen benutzte Argument, es handle sich um „humanitäre" Einsätze; Theo Sommer in der „Zeit" vom 26. Mai 1978: „eine menschlich selbstverständliche, humanitäre Aktion". Eine konzertierte Propagandakampagne über angebliche Greuel der Befreiungsbewegung in Shaba – „Newsweek" am 29. Mai: „Massacre in Zaire" – muß zur Rechtfertigung herhalten[5]); Außenminister Genscher dankte „für die entschlossene Hilfeleistung"[6]); wer die „Rechtfertigung" in Frage stellt, gilt der pluralistischen Presse als „ultralinken Fanatikergrüppchen" zugehörig[7]). Meist unterschwellig, oft genug aber offen, wird das rassistische Grundmuster dieser Einstimmung der Öffentlichkeit erkennbar, so wenn „Der Spiegel" Afrika zum

3) Vgl. hierzu: Anthony Nutting, Die Suezverschwörung 1956, Wien 1967.
4) Vgl. hierzu: Juan Bosch, Der Pentagonismus, Reinbek 1969.
5) Zur Realität vgl. die unter Anm. 1) angegebenen Darstellungen.
6) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 23. 5. 1978.
7) FAZ v. 24. 5. 1978.

„Schlachtfeld der Weißen" deklariert und versichert: „Jetzt haben 600 französische und 1200 belgische Fallschirmjäger in Zaire den Afrikanern mal wieder (!) weiße Überlegenheit bewiesen"[8]). Die „humanitäre" Absicht diente schon der deutschen Truppe als Vorwand für ihren Einsatz in China 1900. Die wahren Beweggründe stellte Helmuth von Moltke dar: „Wenn wir ganz ehrlich sein wollen, so ist es Geldgier, die uns bewogen hat, den großen chinesischen Kuchen anzuschneiden"[9]). Schließlich sei angemerkt, daß bereits die Überlassung des Kongo (Zaire) an Belgien auf der Berliner Konferenz 1884/85 im Zuge einer kollektiven „Humanitätsintervention" der imperialistischen Mächte vorgenommen worden war[10]).

Die wahren Motive werden seitens der NATO-Mächte nur indirekt eingestanden – was nicht ausschließt, daß Presseorgane bisweilen offene Worte finden[11]). Kaschiert mit der Losung „Afrika den Afrikanern" (so Frankreichs Staatspräsident Giscard d'Estaing), zielt das Engagement der NATO-Mächte auf die Erhaltung des Status quo in Zentralafrika, auf die monopolistische Verfügung über die Rohstoffe Afrikas und die strategische Beherrschung des Kontinents.

Eben diese Positionen des Imperialismus in Afrika sind bedroht[12]).

Nationalrevolutionäre Entwicklungen in zahlreichen afrikanischen Staaten (Benin, VR Kongo, Äthiopien), die Versuche dieser und anderer Nationalstaaten, ihre Unabhängigkeit vom Neokolonialismus zu erringen und zu festigen (Algerien, Libyen), die Siege der nationalen Befreiungsbewegungen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien und die wachsende Stärke der Befreiungsbewegungen in Zimbabwe, Namibia und Südafrika – dies sind die Entwicklungen, die Afrika heute zum revolutionären Kontinent machen, und in deren Gefolge die Bestrebungen der Völker anderer Staaten zunehmen, ihre reaktionären Regimes zu beseitigen und Elend und Unterentwicklung zu überwinden, wie im Tschad oder nunmehr in Zaire.

Es sind internationale Konzerne, die Afrikas Rohstoffvorkommen noch immer weitestgehend allein ausbeuten und aus Niedriglöhnen Profit erwirtschaften; die von der rassistischen Unterdrückung im südlichen Afrika profitieren und in deren Interesse westliche Länder in Afrika Militärstützpunkte unterhalten und Truppen stationiert haben. Dennoch bringt es die westliche Propaganda in geradezu phantastischer Verdrehung der Fakten fertig, zu behaupten, Afrikas Unabhängigkeit sei von „fremden Mächten" bzw. „Einflüssen" bedroht. Als diese „Bedrohung" wird das Gespenst kubanischer, sowjetischer usw.

---

8) „Der Spiegel", 22/1978, S. 135. Noch etliche Tonarten schärfer der „Münchner Merkur", zit. nach FAZ v. 24. 5. 1978: „Was einige Jahrhunderte Kolonialismus in Afrika hinterließen, ... ist Tünche ... über einem Vulkan der Gewalt und der Stammeskriege. Auf der Suche nach der Identität stoßen die Afrikaner Stück um Stück wieder ab, der Mord am Missionar ist fast schon ein Programm. ... die wahren Afrikaner heißen Amin oder Bokassa, die Götter aus dem Regenwald, die ihre Feinde zermalmen und die Witwen schwängern."
9) Zit. nach: Fritz Klein, Deutschland von 1897/98 bis 1917. Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Bd. 9, Berlin (DDR) 1972, S. 77.
10) Vgl. hierzu: Heinrich Loth, Kolonialismus und „Humanitätsintervention", Berlin (DDR) 1966.
11) „Wirtschaftswoche" v. 23. 5. 1978: „Im diplomatischen Sprachgebrauch nannte sich das Ganze ‚eine humanitäre Rettungsaktion unter militärischem Schutz'. In Wirklichkeit aber setzten die Großmächte Fallschirmjäger ein, um Wirtschaftsinteressen zu wahren". Zit. nach: „Unsere Zeit" (UZ) v. 5.6. 1978.
12) Vgl. hierzu: AIB, 5 u. 10/1977.

Interventionen an die Wand gemalt, mit deren Hilfe „Moskau" sich Afrika unterwerfen wolle. Bereits im Frühjahr 1976 stellte „Der Spiegel" die Hilfsaktion kubanischer Truppen für die Regierung der Volksrepublik Angola als Ausgangspunkt einer strategischen Ausbreitung über Afrika dar[13]); für die „Frankfurter Allgemeine" (FAZ) ist Angolas Präsident Neto „von der Sowjetunion und Kuba eingesetzt"[14]). Die „Frankfurter Rundschau" verband ihre Behauptung, es gehe der Sowjetunion „nur darum (. . .), diese jungen Staaten in neue wirtschaftliche, politische und militärische Abhängigkeit zu zwingen", mit einem Aufruf, „eine westliche Antwort auf diese östlichen Aktivitäten zu finden"[15]). Dem „Stern" schließlich blieb die dreiste Behauptung vorbehalten: „Es war nicht der Westen, der mit der Neo-Kolonialisierung Afrikas begonnen hat."[16])

Zur politischen Existenzlüge der Propaganda in den NATO-Ländern, jede autonome revolutionäre Bewegung zum „Werk Moskaus" zu verfälschen, kommt diejenige, die Erfüllung von Hilfsersuchen souveräner Staaten durch die UdSSR, Kuba u. a. als Intervention zu diffamieren – selbst dort, wo nachweislich keinerlei Aktionen sozialistischer Länder stattgefunden haben wie in Shaba[17]). Sambias Staatspräsident Kaunda äußerte gegenüber der US-Regierung dazu: „Ich bezweifle, daß ein einziger Kubaner auf dem afrikanischen Kontinent ist, der nicht durch irgendeinen afrikanischen Staat dorthin eingeladen wurde. Und so lange dies der Fall ist, kann man schwerlich die Anwesenheit der Kubaner kritisieren"[18]).

Dennoch hatten die, vor allem von der CIA ausgehenden, Fälschungen und ihre Wiedergabe in der westlichen Presse den erwünschten Effekt. Insbesondere in der Außenpolitik der Carter-Administration nahmen aggressive und entspannungsfeindliche Äußerungen und Drohungen zu; der Einsatz amerikanischer Transportflugzeuge für die französischen Truppen stellte den ersten überseeischen Militäreinsatz der Carter-Regierung dar. Neben der Alarmbereitschaft für die 82. US-Fallschirmjägerdivision und der raschen Bereitstellung von 17,5 Mio. Dollar für militärische Güter an Zaire[19]) weisen vor allem die Bemühungen um eine Beseitigung des sogenannten Clark Amendment auf gefährliche Kursänderungen in der US-Afrika-Politik hin. Senator Dole, Vizepräsidentschaftskandidat der Republikaner 1976, kündigte an, er werde einen Änderungsantrag zu diesem Amendment – das faktisch ein offenes Eingreifen der USA in den angolanischen Befreiungskrieg untersagte – einbringen; die Änderung solle klarstellen, daß das Clark Amendment „in keiner Weise militärische, paramilitärische oder nichtmilitärische Unterstüt-

13) „Der Spiegel", 12/1976; Titelbild: „Wird Afrika rot? Castros Legionäre".
14) FAZ v. 1. 7. 1978.
15) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 1. 6. 1978; ähnlich: FAZ v. 18. 5. 1978, „Neue Zürcher Zeitung", zit. nach: FAZ v. 18.5. 1978.
16) „Der Stern", 24/1978, S. 136/37.
17) Vgl. hierzu: FAZ v. 12. 6. 1978 und UZ v. 10. u. 13.6. 1978. Dies hielt den „Spiegel" nicht davon ab, ein Pamphlet eines Autors des Pentagon-Blattes „U.S. News & World Report" abzudrucken, in dem dieser Kuba als kriegslüsternes Land darstellte.
18) FAZ v. 19. 5. 1978.
19) „New African", London, Juli 1978, S. 27. „Der Spiegel" brachte es fertig, in Nr. 21/1978, S. 136, diese 17 Mio. Dollar als „humanitären Nachschub" auszugeben, in der darauffolgenden Nr. 22, S. 122, dann als „Lieferung von ‚nicht tödlichem' Kriegsgerät"!

zung der USA an irgendeinen afrikanischen Staat wie Zaire zum Zwecke der Verteidigung seines Territoriums gegen innere (!) oder äußere Angriffe behindert"[20]). Eine zusätzlich drohende Note erhielten die amerikanischen Behauptungen und Anwürfe gegenüber Kuba und der Sowjetunion durch die Herstellung einer Verzahnung zwischen militärischer Entspannung und anderen Gebieten der internationalen Beziehungen, konkret: der Forderung nach einem „Verzicht" der Sowjetunion, nach „Zurückhaltung" auf – wie es in der Sprache des Sicherheitsberaters Brzezinski heißt – „anderen Gebieten"[21]). Dieser vorsätzlichen Verfälschung der Prinzipien der Entspannungspolitik zu einem „Agreement" über die Erhaltung des Status quo im nationalrevolutionären und antiimperialistischen Kampf (wobei zugleich wieder die Einflußnahme der UdSSR unterstellt wird) schloß sich indessen auch Bundeskanzler Schmidt in einem Interview an[22]).

Deutet sich in diesen Entwicklungen eine Veränderung der NATO-Politik gegenüber Afrika und in der Entspannungspolitik an, so muß zugleich festgehalten werden, daß es sich beim Engagement Frankreichs, der USA und anderer NATO-Mächte um die Verfolgung einer bereits vor mehreren Jahren eingeschlagenen Strategie gegenüber Afrika handelt, in der sich aggressive und reaktionäre Methoden mit flexibleren abwechseln, einander ergänzen und stets zwei Seiten ein und derselben Medaille darstellen. Eine solche Strategie des Neokolonialismus zeichnete sich vor allem nach dem Debakel der Versuche ab, den Sieg der Befreiungsbewegung in Angola (MPLA) durch CIA-gesteuerte und von Zaire aus operierende Söldner- und Marionettenarmeen sowie mittels offener militärischer Aggression durch Südafrika zu verhindern[23]).

Das strategische Ziel dieses zunehmend kollektiven und koordinierten Vorgehens der NATO-Mächte und ihrer Verbündeten besteht in der Erhaltung der ökonomischen, politischen und militärischen Positionen, d. h., der Ausbeutungsbedingungen auf dem afrikanischen Kontinent, der Verhinderung und Eindämmung revolutionärer Entwicklungen also zum einen, in einem möglichen „Roll back" solcher Prozesse zum anderen. Die Methoden, diese Ziele zu erreichen, sind unterschiedlich:

– Ökonomische Stabilisierungsversuche (wie bereits nach dem Aufstand in Zaire 1977) und Maßnahmen der Entwicklungshilfe gegenüber einigen der sogenannten Frontstaaten des südlichen Afrika (vorzugsweise Sambia);

– Unterstützung neokolonialer Lösungen („friedliche" Lösungen) für Zimbabwe und Namibia; verbaler „Druck" auf Südafrika, seine rassistische Apartheid-Politik zu reformieren;

– Ausbau eines Geflechts strategischer Bastionen in und um Afrika und Schaffung von Regionalblöcken (Kenia, Zaire; eventuell Somalia; Saudi-Arabien; Marokko-Mauretanien);

---

20) „New African", a.a.O., S. 17.
21) FAZ v. 30. 5. u. 8. 6. 1978.
22) „Newsweek" v. 29. 5. 1978, S. 20.
23) Vgl. hierzu: Afrika im antiimperialistischen Kampf. Probleme eines Kontinents, Autorenkollektiv unter Leitung von Hans Kramer, Berlin (DDR) 1978, hier: S. 38 ff.

– „Destabilisierung" fortschrittlicher und revolutionärer Staaten (wie Angola, Moçambique, Benin, VR Kongo), durch Geheimdienst-initiierte Putschversuche, Söldnerüberfälle, Sabotage, Terror durch konterrevolutionäre Banden wie FNLA und UNITA in Angola.

– Duldung und teils direkte Unterstützung von Aggressionsakten sowie Interventionen (Überfälle wie die der Republik Südafrika und Rhodesiens auf Angola bzw. Moçambique, Aggressionen wie die Somalias und schließlich Aktionen wie die in Shaba).

Zwar sehen sich die NATO-Staaten mit der Methodenfrage „Geld oder Soldaten"[24]) konfrontiert, doch ist der Gegensatz rein taktischer Natur. Im Grundsatz besteht Einmütigkeit darüber, daß beide Methoden sich nicht ausschließen. Geht man davon aus, daß die Aggressivität des Imperialismus bei der Verteidigung seiner ihm verbliebenen Positionen trotz eingeschränkter Möglichkeiten und veränderter Kräfteverhältnisse wachsen kann, so ist der tansanischen Wochenzeitung „The Sunday News" durchaus zu folgen, wenn sie schreibt, nach den jüngsten Reden des US-Präsidenten hätten „die rassistischen Machthaber in Südafrika guten Grund zu der Annahme, daß der Westen in dem Kampf, die Afrikaner weiterhin zu beherrschen, auf ihrer Seite stehen wird"[25]). In diesem Zusammenhang ist auch der innerhalb der NATO lancierte Vorstoß zu sehen, eine interafrikanische Eingreiftruppe unter NATO-Ägide zusammenzustellen, der die Aufgabe zukäme, von ihren eigenen Völkern bedrohte Regimes wie das Mobutus in Zaire an der Macht und das internationale Kapital im Besitz seiner Investitionen zu halten.

Diskussionen innerhalb der NATO wie außerhalb, den Geltungsbereich der NATO südwärts über den Wendekreis des Krebses auszudehnen oder sie durch eine SATO zu ergänzen, sind nicht neu[26]). Eine quasi als Appendix zur NATO bestehende afrikanische multinationale Streitmacht böte die Vorteile, die „westlichen" Interessen durch Interventen schwarzer Hautfarbe schützen lassen zu können und sich in das Konzept strategischer Bastionen zwischen Azoren, Marokko, Kenia, Diego Garcia (Indischer Ozean) und Saudi-Arabien/Iran einzufügen[27]) und gleichzeitig einen Verteidigungsring um das südliche Afrika zu bilden, der über Zaire die Landverbindung aufrecht erhielte und umgekehrt Angola und Moçambique stärker isolierte. NATO-Unterstützung für militärische Aktionen in Afrika ist überdies ebenfalls nichts Neues: Frankreichs Kolonialkrieg gegen das algerische Volk wurde ebenso unterstützt (und nach Artikel VI des Nordatlantik-Vertrages auch vertragsgemäß) wie – freilich unter Bruch des NATO-Geltungsbereichs – die portugiesischen Kolonialkriege in Angola, Guinea-Bissau und Moçambique.

Die Initiative zur Bildung einer afrikanischen Streitmacht ging von Frankreich aus, wobei es die willfährige Unterstützung seiner Klientelregierungen

24) FAZ v. 6. 6. 1978.
25) Zit. nach: FAZ v. 12. 6. 1978.
26) Vgl. hierzu: Jürgen Ostrowsky / Wolff Geisler, Südafrika – Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf, Köln 1978, S. 54ff.
27) Die Finanzierung einer Shaba-Streitmacht soll angeblich auch durch Saudi-Arabien getragen werden. Nach: „Jeune Afrique", Paris, 21.6. 1978, S. 57.

in den frankophonen Staaten Elfenbeinküste, Senegal, Gabun und Togo erhielt.

Frankreichs Stellung in Afrika, insbesondere in den französischsprachigen Ländern, ist einmalig. Fast alle ehemaligen Kolonien Frankreichs sind durch eine gemeinsame Währungszone an die einstige Kolonialmacht gekettet. Französische Banken, Versicherungen, Handelsunternehmen, Industriekonzerne beherrschen große Teile der Wirtschaft in den fraglichen Ländern; französische Experten nehmen immer noch zahlreiche Schlüsselpositionen ein, die afrikanischen Verwaltungsfachleute, Wirtschaftsexperten usw. einschließlich eines immer noch großen Teils der Lehrer sind in Frankreich oder nach französischen Konzeptionen ausgebildet[28]). Andererseits ist Frankreichs Abhängigkeit von afrikanischen Ressourcen beträchtlich: 20% des französischen Außenhandels werden mit Afrika (ohne die RSA) abgewickelt, darunter eine Anzahl essentieller Importgüter wie Öl (Gabun), Uran (Niger und Gabun), Mangan (Gabun), Eisenerz (Mauretanien), Phosphate (Marokko, Senegal)[29]). Zur Absicherung dieser ökonomischen Interessen und der sie garantierenden Regime unterhält Frankreich zahlreiche Stützpunkte und insgesamt rund 14 000 Soldaten auf afrikanischem Boden (davon 4100 in Djibouti und je 2000 auf der Komoren-Insel Mayotte und auf Reunion). Frankreichs Militär unterstützt Marokko und Mauretanien in ihrem Kolonialkrieg gegen die Westsahara-Befreiungsfront POLISARIO und das Militärregime im Tschad gegen die Befreiungsbewegung FROLINAT. Diese Positionen – und seine „Erfahrungen": 1964 retteten französische Einheiten die gabunesische Regierung M'Ba vor einem Putsch progressiver Militärs – prädestinieren Frankreich zur militärischen Speerspitze der NATO in Afrika und zum Advokaten eines militärischen Engagements seiner Partner, denn bereits die Verwicklungen in der Westsahara, im Tschad, in Zaire sowie auf Mayotte drohen die militärischen Kräfte Frankreichs zu übersteigen. Freilich kommt noch hinzu das Selbstverständnis des französischen Imperialismus als Patron der frankophonen „Communauté" und als kultureller Missionsträger: Phrasen, die den Ausbeutungscharakter seiner Afrika-Beziehungen verschleiern sollen. Bezeichnenderweise entwickelte der Präsident der gaullistischen Partei, Jacques Chirac, aus diesen Gegebenheiten bzw. ihren ideologischen Chiffren ein Konzept besonderer Beziehungen zwischen Europa und Afrika, das sich auf vier Bereiche erstreckt: „Gemeinsam anerkannte Prinzipien", „Verstärkung der Sicherheit", „ökonomische und finanzielle Solidarität" sowie menschlicher, kultureller und technologischer Austausch. Zu den auffallendsten Vorschlägen dieses Konzepts, das Chirac unter dem Titel „Europa und Afrika wieder annähern" vorstellte[30]), gehören die Betonung gemeinsamer Sicherheitsinteressen auf der einen, die ausdrückliche Beschränkung auf die „Demokratien" Europas und Afrikas auf der anderen Seite. Hierin befindet sich Chiracs Konzept der Bildung regionaler Verteidigungspakte in Afrika in Widerspruch zu demjenigen Giscards, aus dem sich ein enger Anschluß an die

28) Vgl. hierzu auch den Artikel von G. Krabbe in: FAZ v. 31.5. 1978.
29) Nach: „New African", a.a.O., S. 26.
30) „Le Monde" v. 19. 5. 1978.

NATO ergibt. Giscard wiederum findet, wie die Regierung Carter einräumte[31]), mit seinem Vorstoß in den USA bislang die stärkste Resonanz.

Der französische Vorschlag sollte erstmals auf dem vierten Gipfeltreffen der frankophonen Staaten mit Frankreich in Dakar im April 1977 als gemeinsamer Vorstoß Giscards, Senghors (Senegal) und Houphouet-Boignys (Elfenbeinküste) vorgetragen werden, wurde jedoch nach Bekanntwerden dementiert. Im Februar 1978 schlug der französische Staatspräsident dann bei einem Besuch in der Elfenbeinküste einen „euro-afrikanischen Pakt der militärischen und politischen Solidarität" vor. Aber auf dem Gipfeltreffen am 22./23. Mai dieses Jahres in Paris scheiterte der Plan am Widerstand einiger Regierungen, darunter Malis und Benins[32]).

Die anfänglich emphatischste Resonanz fand Frankreichs Vorschlag bei Präsident Carter auf der Washingtoner NATO-Konferenz Ende Mai – die provokatorisch parallel zur UNO-Abrüstungstagung ein gigantisches langjähriges Aufrüstungsprogramm beschloß –, so daß „selbst die Franzosen sich genötigt sahen, den amerikanischen Elan etwas zu bremsen"[33]). Gleichwohl wurde zwischen den NATO-Hauptmächten vereinbart, auf einer Konferenz in Paris nähere Details zu beraten. Namentlich die US-Politik nahm unter dem unmittelbaren (gezielt hergestellten)Eindruck der Shaba-Ereignisse einen widersprüchlichen Kurs an, der zeitweilig überwiegend von entspannungsfeindlichen und wirren Vorstellungen geprägt war, die in Präsident Carters Rede in Annapolis zum Ausdruck kamen. Geeint im Grundsätzlichen, stand diesen abenteuerlichen Intentionen die Position des State Department gegenüber, dessen Chef Vance zu mehr Nüchternheit in der Beurteilung der Afrikaproblematik riet und sich vor allem gegen eine Koppelung mit den Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen wandte[34]). Nicht zuletzt die kühlen und präzisen Entgegnungen der sowjetischen Regierung auf die Annapolis-Rede Carters sowie die Erklärung der „Prawda" dürften hier mäßigenden Einfluß ausgeübt haben[35]).

Reserviert standen dem Vorschlag die kleineren NATO-Staaten sowie Großbritannien gegenüber, wohingegen die Rolle der Bundesrepublik als zumindest zwiespältig anzusehen ist. Während Außenminister Genscher die Auffassung äußerte, „die politische Stabilität" in Afrika könne nur „auf der Grundlage eines gesunden wirtschaftlichen Wachstums gesichert werden", und sich damit „indirekt Vorstellungen über die Bildung einer von westlicher Seite initiierten Art von panafrikanischer (!) Sicherheitstruppe entgegen(stellte)"[36]) und Kanzler Schmidt in einem Interview lediglich betonte: „Wir drücken uns

31) FAZ v. 26. u. 31. 5. 1978.
32) Nach: „Jeune Afrique" v. 7. 6. 1978, S. 29ff.; vgl. auch: „New African", a.a.O., S. 25/26; „Afrique Asie", Nr. 163 (1978), S. 30/31; FAZ v. 26. 5. 1978.
33) FAZ v. 1. 6. 1978.
34) Vgl. hierzu: FAZ v. 6., 21., 22. und 28. 6. 1978.
35) Zur Rede in Annapolis vgl.: FAZ v. 8. u. 10. 6. 1978; Zur Entgegnung der UdSSR: FAZ v. 8. 6. 1978; Wortlaut der Annapolis-Rede sowie der „Prawda"-Stellungnahme im Dokumententeil dieses Heftes der „Blätter".
36) FAZ v. 3. 6. 1978. Zum zynischen Mißbrauch des Begriffs „panafrikanisch" erklärte Präsident Julius Nyerere: „Es ist der Gipfel der Arroganz für irgendeinen Anderen über die Schaffung einer panafrikanischen Streitmacht zur Verteidigung Afrikas zu sprechen." Nach: „The Guardian" v. 9. 6. 1978.

nicht um unsere internationale Verantwortung. Aber jeder wird verstehen, daß wir mit der Entsendung deutscher Soldaten in Krisengebiete überaus vorsichtig (!) sein müssen"[37]), sprechen die Fakten bereits eine andere Sprache. „Der Spiegel" berichtete, das Bundeskabinett sei sich einig gewesen, daß Mobutu „mit allen Mitteln gestützt werden müsse"[38]). Des weiteren war die Raketenversuchsgesellschaft OTRAG, die in Südost-Zaire über ein gewaltiges Testgelände verfügt, mit ihren Transportmaschinen am Verfrachten bundesdeutscher „Hilfsgüter" nach Zaire beteiligt[39]). Marokkanische Interventionstruppen in Shaba waren u. a. mit Material (Unimog-Lastwagen) aus der BRD ausgerüstet[40]). Zu den einkalkulierten Aktionen der Bundeswehr gehört schließlich laut „Spiegel", „im nächsten Notfall" (!) Flugzeuge der Luftwaffe vom Typ „Transall" samt deutschen Piloten für den Truppentransport an die Front abzukommandieren. An einer anderen „Front" ist die Bundesrepublik bereits „im Einsatz": Das Magazin „New African" will erfahren haben, daß ein Konsortium verschiedener Länder die Terrororganisation UNITA mit etwa 30 Mio. US-Dollar ausgestattet habe; zu dem Konsortium gehörten Frankreich, die BRD, Saudi-Arabien und Südafrika[41]).

Die Skepsis der Bundesregierung gegenüber einer afrikanischen Interventionstruppe scheint eher von Opportunitätsgesichtspunkten bestimmt zu sein als von einer kategorischen und bindenden Absage. Das von Schmidt hervorgehobene (globale) Verantwortungsbewußtsein kann kaum als platonisch angesehen werden, zumal auch die Diskussionen in militärischen Kreisen kaum mehr Zweifel lassen an der Absicht, daß „der ‚Zweite'" in der NATO[42]) gewillt ist, künftig in überseeischen Gebieten militärisch aufzutreten[43]).

Auf der Pariser Konferenz von hohen Beamten und Militärs aus den NATO-Staaten USA, Frankreich, BRD, Großbritannien und Belgien (Kanada war ihr ferngeblieben) wurde die Bildung einer afrikanischen Eingreiftruppe zwar vom belgischen Außenminister explizit abgelehnt; daß der Plan ad acta gelegt worden ist, darf dennoch kaum angenommen werden. Die Beschlüsse der Konferenz blieben weitgehend geheim, bis auf die Einrichtung eines „Krisenstabes", der „von Fall zu Fall prüft, was getan werden kann, um auf eine Krise (in Afrika) zu reagieren"[44]).

Einstweilen scheinen sich diejenigen Kräfte innerhalb der NATO und ihrer Verbündeten durchzusetzen, die primär auf ökonomische Stabilisierungsmethoden setzen. In teils geradezu naivem Vertrauen auf die Beispielkraft kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung und ihre angeblichen segensreichen Auswirkungen wird in der an der neokolonialen Beherrschung Afrikas interessierten Presse propagiert, „effektive" Wirtschaftshilfe und „eine Wieder-

37) Nach: „Der Stern", 24/1978, S. 133.
38) Nach: „Der Spiegel", 26/1978, S. 38.
39) Interview mit der „Süddeutschen Zleitung"; nach: UZ v. 30. 6. 1978.
40) FAZ v. 13. 6. 1978.
41) „New African", a.a.O., S. 28.
42) FAZ v. 22. 5. 1978.
43) Vgl. hierzu: Lorenz Knorr, Vor einer qualitativ neuen Phase der Militärpolitik in der Bundesrepublik? In: „Blätter", 12/1976, S. 1336 ff.
44) FAZ v. 7. 6. 1978.

herstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in Zaire (seien) notwendig, um einer Expansion der Sowjetunion durch kubanische Hilfe in Zentralafrika vorzubeugen"[45]). Über den Nutzen neuerlicher ökonomischer Stützungsmaßnahmen für Zaire schienen indessen bereits die Mitgliedsstaaten der EG geteilter Meinung zu sein: An der Konferenz zwischen Zaire und seinen wichtigsten Kreditgebern in Brüssel nahmen Dänemark, Luxemburg und Irland erst gar nicht teil. Andererseits „verlautete" anläßlich einer vorbereitenden EG-Außenministerkonferenz, daß die Bundesregierung „auch zur logistischen Unterstützung einer möglichen afrikanischen Friedensstreitmacht bereit (sei), sofern sich die EG hier zu einer gemeinsamen Haltung durchringe"[46])!

Die Brüsseler „Gläubiger-Konferenz", an der neben den übrigen EG-Staaten die USA, Japan, Kanada, Saudi-Arabien, der Iran sowie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds teilnahmen, verordnete Zaires Regierung ein Sanierungsprogramm, das dieses Land zu einem Protektorat herabwürdigt. Obwohl z.B. ein IWF-Beauftragter stellvertretender Leiter der zairischen Notenbank werden und auch im Finanzministerium ein Beauftragter mit weitgehenden Vollmachten residieren soll, brachte es Belgiens Außenminister Simonet fertig zu sagen, von einem Protektorat könne man nicht reden[47]).

Ein unmittelbarer Beschluß der NATO-Mächte, eine afrikanische Eingreifreserve zu schaffen, besteht – wenigstens offiziell – nicht; ökonomische Maßnahmen haben (vorerst) den Vorzug erhalten. Das durchsichtige Erpressungsmanöver der Carter-Regierung, im Rückgriff auf Kissingersche Rezepte Entspannung und andere Bereiche der Beziehungen zwischen UdSSR und USA zu koppeln, scheint – zum Leidwesen der reaktionären Kräfte – einstweilen abgeblasen zu sein[48]). Wenn dennoch eine Verschärfung der Auseinandersetzungen um Afrika und entspannungsfeindliche Manöver keineswegs abgewendet sein dürften, so hat dies folgende Gründe:

– Die Vereinigten Staaten setzen nach wie vor auf die „China-Karte", um die Sowjetunion zweiseitig unter Druck zu setzen. In diesem Sinne äußerte sich auch Andrew Young in einem Interview zur Rolle Chinas, das sich im Zaire-Konflikt überdies ganz auf die Seite des Westens geschlagen hat[49]).

– Anstelle der französischen und belgischen Invasionstruppen in Shaba haben Einheiten aus neokolonialen Musterländern wie Marokko, Gabun und dem Senegal deren Funktion übernommen; hinzu sollen Truppen aus der Elfenbeinküste, Togo und dem Zentralafrikanischen Kaiserreich kommen. Dieser Aufmarsch wurde in der Presse als „interafrikanische Truppe" bezeichnet. Sie stellt eine Vorform der diskutierten Eingreiftruppe dar.

---

45) FAZ v. 14. 6. 1978; vgl. auch: FAZ v. 24. 5. u. 2. 6. 1978.
46) Nach: FAZ v. 13. 6. 1978.
47) FAZ v. 15. 6. 1978; vgl. hierzu die Glossierung durch: „Jeune Afrique" v. 28.6. 1978, S. 61/62.
48) FAZ 28. 6. 1978.
49) Interview mit: „Der Spiegel", 25/1978, S. 109; vgl. auch: FAZ v. 28. 6. 1978. Zur Rolle der VR China vgl.: FAZ v. 30. 5., 7 u. 27.6. 1978.

Damit bleibt die Schaffung einer antikommunistischen „Heiligen Allianz" in Afrika eine Option der NATO-Mächte. Unmißverständlich warnte Tansanias Präsident Nyerere: „Es ist ganz offensichtlich, daß jene, die diese Idee vorbringen, und ebenso jene, die solch eine Truppe ins Leben rufen, nicht an der Freiheit Afrikas interessiert sind. Sie sind an der Beherrschung des Kontinents interessiert." Und bezogen auf eine der Hauptfunktionen einer solchen „Fünften Kolonne" (Nyerere): „Wir müssen das Prinzip zurückweisen, daß auswärtige Mächte das Recht haben, afrikanische Regierungen an der Macht zu halten, (. . .) wenn ihr Volk versucht, einen Wandel herbeizuführen."[50]) „Die Gefahr für Afrika geht nicht von den Staaten des östlichen Bündnisses aus. Es ist der Westen, der Afrika als in seiner Einflußsphäre liegend betrachtet und dementsprechend handelt. Die gegenwärtigen Entwicklungen zeigen, daß die größte und unmittelbare Gefahr für Afrikas Freiheit von den Staaten des westlichen Blocks ausgeht."[51])

Diese Gefahr besteht in der Übertragung eines Blocksystems auf Afrika, dessen Funktion – gleich derjenigen der NATO bzw. analoger Pakte wie dem CENTO-Pakt in Vorderasien, der SEATO in Südostasien und der OAS in Amerika – in der Unterdrückung gesellschaftlicher Veränderungen besteht, einschließlich der Intervention gegen Mitgliedsländer. Um so auch die gesellschaftlichen Verhältnisse in möglichst vielen Ländern Afrikas zu zementieren, hat die Bundesregierung im Unterschied zur ursprünglichen französischen Vorstellung auch die Anregung parat, über die frankophonen Staaten hinaus auch englischsprachige wie Ghana und Kenia „für das Expeditionskorps" zu gewinnen[52]). Blockbildung zum einen, ihr gegen die fortschrittlichen Regime in Afrika gerichteter Charakter überdies hätten die Spaltung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) zur Folge. So schrieb die algerische Zeitung „El Moudjahid", „eine imperialistische Interventionstruppe zu akzeptieren, bedeute, eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der afrikanischen Länder gutzuheißen und damit die Charta der UNO und der OAU zu mißachten"[53]), die überdies die Blockfreiheit fordert. Nahezu eine Spaltung der OAU hatte es bereits im Jahre 1976 über die Frage gegeben, ob die MPLA-Regierung Angolas anerkannt werden sollte. Die Regierungen Zaires, des Senegal, der Elfenbeinküste, Gabuns und einige andere stimmten gegen Angola und die MPLA. Angesichts der weit ernsteren Spaltung, die nunmehr droht, riefen bereits mehrere afrikanische Staatsmänner progressiver Länder zu gemeinsamen Gegenaktionen auf, um gegebenenfalls einen afrikanischen Verteidigungsblock zu schaffen[54]). Doch die Gefahr reicht weiter. Die Realisierung eines Vorhabens, das als Versuch zu begreifen ist, das Kräfteverhältnis aggressiv zugunsten der NATO-Mächte und ihrer Verbündeten zu verändern, würde die Entspannungsbemühungen gefährden und jenen Kräften den Weg öffnen, die ohnehin „befürchten" (FAZ),

50) „The Guardian" v. 9. 6. 1978.
51) Zit. nach: UZ v. 12. 6. 1978.
52) Nach: „Der Spiegel", 26/1978, S. 38.
53) Nach: UZ v. 6. 6. 1978.
54) FAZ v. 9. u. 10. 6., 1. 7. 1978.

daß die Vertreter der „harten" Linie zurückgedrängt werden könnten[55]). In beängstigender Verkehrung aller Realitäten kommt z. B. die Londoner „Times" zu dem absurden Schluß: „Die Gefahr für den Weltfrieden ist nicht, daß der Westen mit den Sowjets zu hart sein wird, sondern daß Signale westlicher Schwäche die Russen dazu verführen werden, zu weit zu gehen"[56]).

Der Versuch einer proimperialistischen Blockbildung in Afrika nach dem Vorbild von CENTO usw. ist anachronistisch; das beweist das Schicksal der genannten Allianzen, die, wenn nicht wie die SEATO formell aufgelöst, so doch faktisch liquidiert sind. Der Widerstand der Völker wird auch eine afrikanische Allianz dieser Art zunichte machen. Dennoch kann eine Realisierung solcher Pläne, eine unrealistische und erpresserische Verknüpfung von Abrüstung und Entspannung mit den Entwicklungen in Afrika, die Gefahren für den Frieden beträchtlich vergrößern und über die Völker Afrikas Blutvergießen und Verwüstung bringen.

Am 5. Juni demonstrierten in Paris Tausende ihre internationale Solidarität unter Losungen wie „Nein zur kolonialistischen Allianz Giscard-Schmidt-Carter! Keine militärischen Abenteuer! Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Völkern Afrikas!" – ein Beispiel.

Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie

Zur Funktion der gegenwärtigen Grundwerte-Diskussion

Von Kurt Bayertz

Von Politikern und Kommentatoren wird seit geraumer Zeit eine wachsende „Staatsverdrossenheit" unter den Bürgern unseres Landes beklagt. Anstatt ihre Ursache in der anhaltenden Arbeitslosigkeit, in der verschärften Gesinnungsschnüffelei und der abgeblasenen Reformpolitik der späten 60er Jahre zu sehen, wird in allgemeinen Worten von einer „Legitimationskrise" oder

55) „Daily Telegraph", zit. nach: FAZ v. 26. 6. 1978: „Falls dies stimmt, so ist es eine höchstdeprimierende Nachricht."
56) „The Times", zit. nach: FAZ v. 3. 6. 1978.

vom Verlust eines ehemaligen Konsenses über die geistigen Grundlagen der Demokratie gesprochen, der durch die Rückbesinnung auf gemeinsame Grundwerte überwunden werden müsse. Der folgende Aufsatz analysiert den Hintergrund dieser Grundwerte-Strategie und zeigt ihre Funktion in der gegenwärtigen politischen Situation auf. Der Aufsatz ist die gekürzte Fassung eines Beitrags für einen im Herbst im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinenden Sammelband: K. Bayertz/H. H. Holz (Hrsg.), Grundwerte – Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie. D. Red.

Grundwerte-Diskussionen haben seit geraumer Zeit Konjunktur. Wenn kaum noch eine Partei auszumachen ist, die nicht in Programmen oder programmatischen Erklärungen ihre Grundwerte der Öffentlichkeit offerierte; wenn die Kirchen in gewichtigen Verlautbarungen eine stärkere Rückbesinnung auf die Grundwerte des Christentums fordern; wenn in der politischen Theorie die Grundwerte-Problematik in den Vordergrund gerückt wird, dann stellt sich die Frage nach dem politischen Sinn dieser Diskussion, nach ihren Ursachen und nach den Absichten ihrer Wortführer.

I

Unter „Grundwerten" wollen ihre Verfechter bestimmte fundamentale politisch-ethische Orientierungen verstanden wissen, die in unserer Gesellschaft allgemein anerkannt sind, und die, indem sie ein geistiges Band zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft stiften, aus einzelnen Individuen eine Gemeinschaft formen. Die Grundwerte sind demzufolge konstitutiv für den gesellschaftlichen Zusammenhang und bilden *das ideelle Fundament des Staates.* Charakteristisch ist dabei, daß der ideelle Zusammenhalt der Gesellschaft als eine von objektiven Bedingungen abgelöste Gesamtheit ethischer Ideen vorgestellt wird. Die Beantwortung der Frage, *woher* diese Werte kommen sollen, muß notwendig offen bleiben, denn nach Voraussetzung soll ihr Herkunftsort außerhalb der materiellen Existenzbedingungen der Gesellschaft liegen. Staat und Gesellschaft haben demzufolge die Grundwerte nicht hervorgebracht, sondern diese sind ihnen als ihre geistige Basis vorgegeben. Die verschiedenen Varianten der Grundwerte-Konzeptionen stimmen darin überein, daß die Grundwerte als *rational nicht begründbar* und als einer Rechtfertigung nicht bedürftig vorgestellt werden. Eine solche Rechtfertigung von Grundwerten ist schon deshalb ausgeschlossen, weil sie selbst als Basis der Rechtfertigung für politisches Handeln und gesellschaftliche Institutionen fungieren. Als Instanz der Rechtfertigung unterliegen die Grundwerte selbst keinem Rechtfertigungszwang. Wenn ein Parteiführer Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit als „die verpflichtenden Grundwerte unseres Programms" und als „Orientierungsmarken für unsere Politik"[1]) charakterisiert, so ist damit auf den *normativen* Charakter des Terminus „Grundwerte" abgehoben: Grundwerte sind demzufolge „die Maßstäbe, die . . . an alle poli-

1) Helmut Kohl, Perspektiven freiheitlicher Politik. Referat auf dem Grundsatzforum der CDU in Berlin (West) v. 22.–24. 9. 1977, S. 1.

tischen Entscheidungen, an alle vorgeschlagenen Maßnahmen oder neue Insitutionen"[2]) anzulegen sind.

Der Terminus „Grundwerte" dient also nicht nur zur Beschreibung der gemeinsamen ethischen Überzeugungen der in einem gesellschaftlichen Verband zusammenlebenden Individuen, sondern wird diesen Individuen als Norm präsentiert. Der Grundwert „Solidarität" z. B. fungiert keineswegs nur als Beschreibung einer faktisch gegebenen Solidarität zwischen den Gesellschaftsmitgliedern, sondern als Postulat, diese Solidarität – über die faktisch gegebenen Interessenwidersprüche hinweg – überhaupt erst einzuführen: „Solidarität ist die wichtigste und zugleich schwierigste Forderung für das freie Zusammenleben von Menschen, Gruppen und Staaten. Dort, wo sich die Interessen decken, ergibt sie sich von selbst. Wo aber Interessenkonflikte vorherrschen und wo die Macht ungleich verteilt ist, dort gewinnt Solidarität an Bedeutung. Solidarität unter Machtungleichen ist das zentrale Motiv für die weltweiten Entwicklungsaufgaben. Solidarität ist geboten, um unsere eigenen gesellschaftlichen Konflikte durch Partnerschaft zu bewältigen."[3]) Hier wird von den divergierenden Interessen nicht mehr nur abstrahiert, hier wird die Forderung erhoben, die als existent eingeräumten sozialen Antagonismen im Rahmen einer über den Interessen stehenden Ethik zum Stillstand zu bringen. Es bedarf kaum der Erwähnung, *wer* von dieser Einebnung der gesellschaftlichen Widersprüche profitiert, zumal das „Gemeinwohl", auf das alle Klassen und Schichten der Gesellschaft unter Berufung auf die angeblich gemeinsamen Grundwerte verpflichtet werden sollen, natürlich stets von denen definiert wird, die über die ökonomischen und politischen Mittel verfügen, ihre Interessen auch ideologisch zur Geltung zu bringen.

Der Rekurs auf gemeinsame Grundwerte erweist sich somit als der Versuch, die in der Struktur der Produktionsverhältnisse angelegten und von hier aus auf alle Ebenen des gesellschaftlichen Lebens durchschlagenden Widersprüche mit Hilfe einer politischen Ethik zu vernebeln. „Das Wesen dieser freiheitlichen Ordnung beruht auf Gewinnstreben und Wettbewerb, unternehmerischer Privatinitiative und privater Eigentumsordnung, Eigenverantwortung und privater Risikohaftung. Anders ausgedrückt: Der sozialen Marktwirtschaft liegt das ‚Individualprinzip' zugrunde. Recht besehen, sind das im wesentlichen ‚zentrifugale' Verhaltensweisen. Sollen sie das Gemeinwesen dennoch nicht sprengen, bedürfen sie eines weltanschaulich-ideologischen sowie sozialphilosophischen und -moralischen Gegengewichts ... Denn ganz ohne Rückgriff auf die überkommenen Werte und Wertordnungen läßt sich kein tragfähiges Fundament für Gegenwart und Zukunft denken. Christliche Ethik und Moral, gesundes Nationalgefühl, europäisch-humanistisches philosophisches Erbgut werden aller Wahrscheinlichkeit nach zu ihnen gehören müssen, um die eigennützigen, konkurrenzmotivierten, individualistischen Fliehkräfte des ökonomischen Neoliberalismus (auf welchem die so-

2) Theorie und Grundwerte. Grundwerte in einer gefährdeten Welt. Vorgelegt von der Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand, S. 6.
3) Richard v. Weizsäcker, Selbstverantwortung und Mitverantwortung. Referat auf dem Grundsatzforum der CDU in Berlin (West) v. 2.–24. 9. 1977, S. 10.

ziale Marktwirtschaft beruht) auszubalancieren."[4]) Was hier im verklärenden Vokabular der bürgerlichen Nationalökonomie formuliert wird, ist die Einsicht, daß die Fortexistenz der „sozialen Marktwirtschaft" von der erfolgreichen Bemäntelung ihrer Widersprüche abhängt. Nur so lange, wie die Opfer der kapitalistischen Privatwirtschaft sich mit deren Nutznießern durch gemeinsame Grundwerte verbunden fühlen, sind die „Fliehkräfte" dieses Gesellschaftssystems „ausbalanciert". Daß sich hinter den Grundwerten, die den Bürgern als segensreicher Ausfluß altruistischer Gemeinwohlorientierung angepriesen werden, in Wahrheit eine kalkulierte Strategie der Durchsetzung partikularer Interessen verbirgt, wird deutlich, sobald man sich von den wohlklingenden Reden der Politiker ab- und den nachdrücklich vertretenen Ansprüchen der in unserer Gesellschaft maßgeblichen Kräfte zuwendet. Da lesen wir z. B. in einem Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie eine aufschlußreiche Definition des Grundwerts „Freiheit": „Das Zusammenwirken von freier Unternehmerinitiative und freier Konsumwahl schafft nicht nur den höchsten Lebensstandard für alle, sondern auch ein Maximum an persönlicher Freiheit. Wirtschaftsfreiheit und Bürgerfreiheit sind identisch . . . Voraussetzung für den Erfolg dieses freiheitlichen Systems sind ertragreiche Unternehmen. ‚Gewinn' klingt vielen anrüchig, vor allem verglichen mit ‚Gerechtigkeit'. Er ist aber Grundlage für alles andere . . ."[5]) Der Grundwert „Freiheit", vom BDI unverhohlen als Freiheit zur Profitschöpfung definiert, bekommt offenbar sehr schnell einen klassenmäßigen Inhalt, sobald er nur in eine politische und ökonomische Praxis umgesetzt werden soll. Am Beispiel des Freiheitsbegriffs zeigt sich deutlicher noch als anderswo, daß sich hinter den wohlklingenden und scheinbar neutralen Grundwerten in Wirklichkeit die partikularen Interessen der herrschenden Kräfte in Wirtschaft und Politik verbergen.

II

Indem die Grundwerte als das geistige Fundament der bestehenden Gesellschaft und ihrer politischen Institutionen dargestellt werden, erhalten diese offenbar eine aus übergeordneten – ethischen oder religiösen – Instanzen geschöpfte Rechtfertigung. Da in der Selbstdarstellung der Parteien und des Staates die Grundwerte „Orientierungsmarken" bzw. „Maßstäbe" ihres Handelns sind, ergibt sich eine Argumentationskette, die Rückschlüsse auf die politische Funktion der Grundwerte-Konzeption erlaubt: Wenn nämlich der Staat und die ihn tragenden Parteien nichts weiter im Sinn haben als die Verwirklichung der Grundwerte, dann ergibt sich, daß die Politik dieses Staates und der ihn tragenden Parteien als die einzig legitime Politik gelten muß.

4) Anton Szöllösi, Wertordnung und Wirtschaftsordnung. In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 10. 5. 1977.

5) Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie 1970/71, S. 11. Daß sich hinter dem Grundwert „Freiheit" vielfach nur die Verfügung über Privateigentum verbirgt, zeigt sich auch in den Programmen der etablierten Parteien. In den „Freiburger Thesen" der FDP etwa heißt es: „Freiheit braucht Eigentum. Eigentum schafft Freiheit . . . Es gewährleistet dem Bürger einen Eigenbereich freier Betätigung und ungehinderter Verfügung über Sachen, in dem er seine persönliche Eigenart entfalten, seine gesellschaftliche Unabhängigkeit behaupten, berufliche Tätigkeit ausüben und wirtschaftliche Sicherheit erlangen kann." Zit. nach: Rainer Kunz/Herbert Maier/Theo Stammen (Hrsg.), Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik, München 1975, S. 245.

Kurz, die Grundwerte dienen der *Legitimation* der bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse: „Die Grundwerte sind das ideelle Integrationselement, das in besonderer Weise dazu beiträgt, die geschichtliche Identität unseres Staates zu stiften. Sie schaffen die Grundlage, um staatliche Macht und Kultur zu verbünden. Sie begründen die Autorität des Staates, die es ihm ermöglicht, Recht und individuelle Ethik wenigstens teilweise in Einklang zu bringen. Sie sind die Voraussetzungen für eine Rechtsgemeinschaft, die nicht nur wegen des Rechtszwanges das Recht befolgt, sondern es auch innerlich bejahen kann."[6])

Die Grundwerte legitimieren die bestehende staatliche Ordnung und setzen zugleich jeden Versuch ihrer Veränderung ins Unrecht. Der sich auf die Grundwerte berufende Politiker sieht sich daher beauftragt, diese Ordnung vor Modifikation oder Umsturz zu schützen. Ja, mehr noch: Er ist nicht nur beauftragt, die staatliche Ordnung selbst zu schützen, sondern muß die Verteidigungslinie so weit nach vorn rücken, daß die Grundwerte selbst – auf denen die staatliche Ordnung ja beruhen soll – in den Wall mit einbezogen sind. „In der Weimarer Zeit ging die Staatslehre bekanntlich vom Relativismus als der gedanklichen Voraussetzung der Demokratie aus. Danach sei dem demokratischen Verständnis gemäß jeder politischen Auffassung, die sich die Mehrheit verschaffen könne, die Führung im Staat zu überlassen. Wir haben durch höchst leidvolle Erfahrungen gelernt, daß ein schrankenloser Wertrelativismus keine geeignete Voraussetzung für einen freiheitlich-demokratischen Staat ist. Wir haben gelernt, daß ein freiheitlicher Staat nur bestehen kann, wenn er bereit ist, unverzichtbare Grundwerte anzuerkennen und sie entschieden gegen ihre Feinde und Verächter zu verteidigen."[7])

Sieht man davon ab, daß diese Darstellung des Untergangs der Weimarer Republik und seiner Ursachen mit dem tatsächlichen Verlauf kaum in Übereinklang zu bringen ist, so bleibt in diesen Ausführungen eine fundamentale Revision demokratischer Prinzipien in drei Punkten festzuhalten. *Zunächst* wird das für demokratische Verhältnisse grundlegende Prinzip der Volkssouveränität außer Kraft gesetzt. In polemischer Wendung gegen die Auffassung, Recht und Politik müßten sich an den Überzeugungen der Bevölkerung ausrichten, heißt es kurzerhand: „Der Staat ist aber nicht nur der Notar von Mehrheitsmeinungen."[8]) Mehrheitsmeinungen kann der Staat demzufolge nur dann akzeptieren, wenn sie in den durch die Grundwerte festgelegten Grenzen des Zulässigen und Gebotenen verbleiben. Die Frage, *wer* darüber befindet, *welche* ethischen Normen als Grundwerte gelten und *wie* sie zu interpretieren sind, ist implizit schon beantwortet: da die Mehrheitsmeinung (deren Notar der Staat ja nicht sein soll) es nicht sein kann, bleibt nur noch der Staat selbst und die ihn jeweils beherrschenden gesellschaftlichen Gruppen und Klassen. Die Grundwerte dienen somit nicht der Begrenzung staatlicher Machtausübung durch eine Verpflichtung staatlichen Handelns auf ethische

6) Helmut Kohl, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. In: Günter Gorschenek (Hrsg.), Grundwerte in Staat und Gesellschaft, München 1977, S. 56.
7) Ebd., S. 55.
8) Ebd., S. 57.

Normen, sondern stellen sich als Instrument heraus, die demokratische Willensbildung der Bürger von vornherein in ein ethisch-ideologisches Korsett einzuschnüren, über dessen Zuschnitt die jeweils Herrschenden entscheiden. Der Einwand, daß die Grundwerte dem Staat vorgeordnet und von ihm daher auch nicht „manipulierbar" sein sollen, erweist sich im Kontext der Grundwerte-Konzeption als fadenscheinig: solange der Staat über das Interpretationsmonopol im Hinblick auf die Grundwerte verfügt und für seine Auslegungen bestenfalls die „höhere Einsicht" der Regierenden, aber keine demokratische Legitimation geltend machen kann, sind die Grundwerte nichts anderes als Instrumente der Ausübung einer ideologischen Hegemonie der Minderheit über die Mehrheit.

Zum *zweiten* ist charakteristisch für die zitierte Passage, daß an die Stelle der Grund*rechte* allenthalben Grund*werte* treten: die im Grundgesetz fixierte Verfassung wird unter der Hand substituiert durch eine ihr angeblich zugrundeliegende Ethik. In offensichtlichem Widerspruch zu den Tatsachen[9]) behauptet der CDU-Vorsitzende, das Grundgesetz kenne „nicht nur formale Grundrechte, sondern auch materielle Grundwerte"[10]). Wie Helmut Schmidt zu Recht (wenn auch im Gegensatz zu der auch unter seiner Regierung praktizierten Politik der Gesinnungsschnüffelei und der Berufsverbote) hervorhebt, sind die Grundrechte Abwehrrechte[11]), die den Bürger vor Übergriffen der staatlichen Macht schützen sollen; sie sind, im Grundgesetz kodifiziert, feststehende Normen, deren Einhaltung von jedermann überprüft und gegebenenfalls vom Staat gefordert werden kann. Die Grund*werte* sind demgegenüber prinzipiell nicht objektivierbar und daher beliebiger Auslegung zugänglich; einen Schutz vor Übergriffen des Staates vermögen sie schon deshalb nicht zu geben, weil dieser sich vorab das Interpretationsmonopol gesichert hat. Grund*rechte* sind das, was der Bürger vom Staat reklamieren kann – umgekehrt verlangt der Staat ein Bekenntnis der Bürger zu den von ihm proklamierten Grundwerten.

Drittens schließlich wendet sich die Grundwerte-Strategie gegen die in unserer Gesellschaft bestehende Pluralität der Weltanschauungen. Wurde der Pluralismus in den Zeiten ökonomischer Stabilität stets als Beweis für die Freiheitlichkeit der westlichen Welt angeführt, so sehen die Herrschenden im Zeichen krisenhafter Entwicklungen in dem existierenden Pluralismus eher eine Gefahr: läßt dieser doch trotz aller faktischen Einschränkungen immerhin noch gewisse Möglichkeiten für die Entwicklung kritischen Bewußtseins gegenüber den bestehenden Verhältnissen offen. In einer Erklärung der Bun-

9) Otto Kimminich kommt als Befürworter der Grundwerte nicht umhin, festzustellen: „Der Text des Grundgesetzes enthält die Ausdrücke ‚Grundwert' oder ‚Grundwerte' nicht. Wer sich die Mühe macht, die Kommentare zum Grundgesetz und die Lehrbücher des Staatsrechts, mit denen Wissenschaft und Praxis unablässig arbeiten, daraufhin zu untersuchen, ob und wie oft sie den Ausdruck ‚Grundwerte' verwenden, gelangt zu einer erstaunlichen Feststellung: der Ausdruck ‚Grundwerte' taucht in der verfassungsrechtlichen Literatur überhaupt nicht auf." Otto Kimminich, Die Grundwerte im demokratischen Rechtsstaat. In: „Zeitschrift für Politik", 1/1977, S. 1.
10) Helmut Kohl, a.a.O., S. 54.
11) Helmut Schmidt, Ethos und Recht in Staat und Gesellschaft. In: Gorschenek a.a.O., S. 18. Nicht nur von seiten der CDU ist H. Schmidt für diese korrekte Bestimmung heftig kritisiert worden, sondern auch aus den eigenen Reihen. Vgl. Alexander Schwan, Grundwerte, Grundrechte, Grundkonsens. In: H. Horn/A. Schwan/Th. Weingartner (Hrsg.), Sozialismus in Theorie und Praxis. Berlin (West)/New York 1978, S. 646ff.

desvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen heißt es in diesem Zusammenhang: „... die Entwicklung zur pluralistischen Gesellschaft hat ihre zweifache Auswirkung. Sie vergrößert einerseits zwar die Entfaltung des einzelnen und seinen mitwirkenden Gestaltungseinfluß auf die gesellschaftliche Willensbildung, zum anderen führt sie jedoch dazu, den gesellschaftlichen Pluralismus als Wert absolut zu setzen, und beeinträchtigt deshalb die verbindende Vorstellung eines Bildes vom Gemeinwohl mit integrierender Kraft."[12]) Hier ist klar gesagt, worin die Unternehmer das Dilemma des Pluralismus sehen: Solange es bei einem „mit(!)wirkenden Gestaltungseinfluß" der Bürger bleibt, wird der Pluralismus als Integrationsmechanismus in die bestehende gesellschaftliche Ordnung akzeptiert; sobald die Bürger aber im Rahmen des Pluralismus dazu übergehen, ihre Interessen geltend zu machen und ein kritisches Bewußtsein gegenüber den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft zu entwikkeln, beeinträchtigt dies natürlich jenes von den Unternehmern gezeichnete „Bild vom Gemeinwohl" und dessen „integrierende Kraft".

Berücksichtigt man, daß der existierende Pluralismus ethischer Wertvorstellungen und weltanschaulicher Orientierungen nur eine Widerspiegelung der existierenden Antagonismen der bürgerlichen Gesellschaft ist, so kann die Forderung nach für alle verbindlichen Grundwerten nur als die Absicht *einer* gesellschaftlichen Gruppe oder Klasse begriffen werden, *ihre* Wertorientierung für alle anderen Gruppen und Klassen verbindlich zu machen. Dahinter steht die Einsicht, daß eine durch soziale Widersprüche gespaltene Gesellschaft nur schwerlich ein gemeinschaftliches Weltbild und eine allgemeine Ethik hervorbringen kann. Die jeweils herrschende Klasse oder Gruppe muß daher, um ihre Herrschaft zu legitimieren, *ihre* Interessen und *ihre* Werte als *allgemeine* darstellen und versuchen, die übrigen Klassen und Gruppen der Gesellschaft zu einer Identifikation mit diesen partikularen Interessen und Werten zu bewegen. Der im Dienste der Herrschenden stehende Politiker hat daher „nicht nur die Aufgabe, Wertvorstellungen der Gesellschaft zu registrieren. Er hat die Pflicht, für die Grundwerte der Verfassung aktiv einzutreten. Das heißt, er muß ernsthaft versuchen, ein Maximum an Konsens über Grundwerte der Gesellschaft, die verfassungsrechtlich relevant sind, anzustreben."[13]) Diese Aufgabe ist um so wichtiger unter den heutigen Bedingungen, wo die Herrschenden zu einer winzigen Minderheit von Monopolisten und ihren politischen und ideologischen Repräsentanten zusammengeschrumpft sind, die ihre Privilegien nicht ausschließlich durch ökonomische Macht oder staatliche Gewalt aufrechterhalten können. Es kommt daher für sie mehr denn je darauf an, die Masse der Bevölkerung über eine nur passive Hinnahme der herrschenden Wertvorstellungen hinaus zu einer aktiven Identifikation mit ihnen zu bewegen. Wie weit die Versuche zu einer geistigen Formierung der gesamten Gesellschaft gehen, zeigt die Einbeziehung von Ehe- und Bodenrecht und der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung in

12) Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen (Entwurf), Köln 1974, S. 12.
13) Helmut Kohl, ebd., S. 57.

den Bereich derjenigen gesellschaftspolitischen Probleme, die die Grundwerte berühren. Im Klartext kann das nur heißen: Wer sich nicht mit der Institution Ehe identifizieren kann, wer für eine Vergesellschaftung des Bodens eintritt oder eine Indikationslösung bei Schwangerschaftsunterbrechungen anstrebt, verstößt gegen die vom Staat zu schützenden Grundwerte. Daß derartige „Grundwertfeinde" vom Staatsdienst ausgeschlossen werden müssen, liegt auf der Hand. Und auf der Hand liegt auch, daß hier eines der fundamentalen Prinzipien unserer Verfassung, die Weltanschauungsfreiheit, beiseitegeschoben und eine Grenze des weltanschaulich Zulässigen gezogen wird: die Grundwerte-Diskussion soll das Terrain eines Gesinnungsstaates mit rechtskonservativem Zuschnitt abstecken.

III

Wenn Grundwerte gesellschaftliche Verhältnisse und politische Institutionen legitimieren sollen, so sind Grundwerte-Diskussionen Anzeichen dafür, daß diese Verhältnisse und Institutionen diskussionsbedürftig geworden sind. Im Umkreis der Grundwerte-Diskussion ist daher auch häufig von einer *Legitimationskrise* der Bundesrepublik oder der westlichen Demokratien überhaupt gesprochen worden[14]). Entscheidend für die gegenwärtige Grundwerte-Diskussion ist nun, daß der Blick, der die aktuellen Zustände in der Bundesrepublik als geistige Krise oder als Legitimationskrise diagnostiziert, nach rückwärts gewandt ist: auf eine Zeit, die man in bestimmten Kreisen wohl bald die „golden fifties" nennen und zur Heilen Welt verklären wird. Diese heroische Phase des Wiederaufbaus und die ihm nachfolgende Epoche des „Wirtschaftswunders" erscheinen im nostalgischen Rückblick als Periode politischer Stabilität und ideologischer Ruhe. „Fast zwei Jahrzehnte lang herrschte in der Bundesrepublik weitgehende Übereinstimmung, wenn es um die Beurteilung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ging."[15]) Die politischen Meinungsverschiedenheiten der damaligen Zeit, so hören wir, bewegten sich „im Rahmen eines breiten *Konsensus* über die theoretischen und faktischen Grundlagen der Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik"[16]).

Die Grundwerte-Diskussion ist offenbar Bestandteil einer breit angelegten Kampagne zur Restauration jener ideologischen Idylle. Es geht dabei weniger um ein einfaches Zurück in die 50er Jahre, denn auch die Restaurateure wissen, daß die Entwicklungen der Zwischenzeit nicht einfach getilgt werden können; es geht vielmehr um den Versuch, unter veränderten Bedingungen eine ideologisch formierte Gesellschaft wiederherzustellen, indem Ansätze für sozialkritisches Bewußtsein in der Bevölkerung ausgemerzt und politische und ökonomische Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen an den Rand der Legalität gedrängt oder gar kriminalisiert werden.

---

14) So z. B. bei Hermann Lübbe, Endstation Terror, Stuttgart 1978, S. 9; und: Martin Kriele, Legitimitätsprobleme der Bundesrepublik, München 1977, S. 7 ff.
15) Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie 1972/73, S. 11.
16) Kurt Sontheimer, Das Elend unserer Intellektuellen, Hamburg 1976, S. 29.

Wenn die Grundwerte-Diskussion nur vor dem Hintergrund der seit Mitte der 60er Jahre grundlegend veränderten innenpolitischen Situation der Bundesrepublik verstanden werden kann, so ist unter den Faktoren, die diese Veränderung herbeigeführt haben, zunächst die *ökonomische Krise* zu nennen, hat diese doch der entscheidenden objektiven Grundlage für jenen verlorengegangenen „Konsensus" der 50er Jahre ein Ende gemacht: der langen Nachkriegskonjunktur. Die bis heute anhaltende Wirtschaftskrise, die zu einem relativ stabilen „Sockel" von ca. einer Million Arbeitslosen, zu einer Unzahl von Konkursen kleinerer und mittlerer Betriebe und zu einer deutlichen Senkung des Lebensstandards relevanter Teile der Bevölkerung geführt hat, hat den Mythos von einem krisenfreien Kapitalismus, der quasi automatisch wachsenden Lebensstandard, soziale Sicherheit und politische Stabilität gewährleistet, nachdrücklich erschüttert. Konnte die Wirtschaftskrise von 1966/67 noch als bloße Folge einer verfehlten Wirtschaftspolitik erscheinen, die durch „konzertierte Aktion" überwunden werden könne, so erwies sich die Krise von 1974–76 als resistent gegen alle Versuche, sie wirtschaftspolitisch zu bewältigen. Wenngleich nicht davon gesprochen werden kann, daß sie zu einer massenhaften Einsicht in die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise und damit zu einer Legitimationskrise des Systems schlechthin geführt habe, so ist doch immerhin das naive Vertrauen in eine selbständige Tendenz zur Erhöhung des Wohlstands unter den gegebenen Verhältnissen in Frage gestellt.

Diese Vertrauenskrise wurde verschärft durch die seit Beginn der 70er Jahre einsetzende Diskussion über die „Grenzen des Wachstums", in deren Gefolge die ehemals vorherrschende Zukunftsgewißheit und das Vertrauen, daß die weitere Entwicklung von Technik und Industrie zu einer umfassenden Erleichterung des Lebens führen werden, einer tiefgreifenden Erosion unterworfen wurden. Nach repräsentativen Erhebungen demoskopischer Institute war 1966 die Gruppe derjenigen Bürger, die meinten, das Leben werde „immer leichter", noch ungefähr gleich groß wie die Gruppe derjenigen, die befürchteten, das Leben werden „immer schwerer"; 1977 hofften nur noch 12 % der Befragten, das Leben werde „immer leichter", während 63% erwarteten, es werde „immer schwerer" [17]). Die ganze Bedeutung dieser demoskopischen Ergebnisse wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der seit Kriegsende ständig gestiegene Lebensstandard der Bevölkerung und die These, daß dies so weitergehen werde, von der herrschenden Ideologie stets als untrüglicher Beweis für die höhere Leistungsfähigkeit der „sozialen Marktwirtschaft" ausgegeben wurden. Wenn dieser Beweis für die Überlegenheit der kapitalistischen Produktionsweise gegenüber der sozialistischen Planwirtschaft entfällt, so entfällt eine der zentralen legitimatorischen Stützen der bestehenden Verhältnisse, und andere müssen an ihre Stelle treten. Durch die gesamte Grundwerte-Diskussion zieht sich daher wie ein roter Faden die Intention, durch einen Rekurs auf metaphysisch begründete Werte zu kompensieren, was der kapitalistischen Produktionsweise an ökonomischem Re-

17) FAZ v. 21. 11. 1977.

nommee verlorengegangen ist. Nach Helmut Kohl z. B. war die Nachkriegsperiode beherrscht „durch konkrete Nöte, durch die Sorgen des Alltags, durch den Glauben an die problemlösende Kraft des wirtschaftlichen Wachstums. In dieser Zeit haben wir viel erreicht. Heute freilich wissen wir auch: Der materielle Wohlstand allein vermag die Menschen nicht zu befriedigen. Er läßt ihre Fragen nach dem Sinn des Lebens, nach gemeinsamen Werten, nach den Zielen unseres Gemeinwesens nicht verstummen, wirft sie vielmehr um so nachdrücklicher auf. So begann vor allem die junge Generation immer bohrender nach der Legitimität von Staat und Gesellschaft zu fragen"[18]). Und deutlicher noch wird Heiner Geißler in seiner Rede zum Grundsatzprogramm der CDU: „In einer Zeit geringeren Wachstums brauchen wir daher eine neue gesellschaftspolitische Konzeption."[19])

Die Sozialdemokratische Partei ihrerseits hat die ökonomische und ökologische Krise geradezu zum Kernproblem ihrer Grundwerte-Konzeption gemacht. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt, so heißt es im Grundwerte-Papier der SPD, habe im letzten Jahrzehnt „immer mehr seinen im Wortsinne zweideutigen Charakter enthüllt: über die verheerenden Möglichkeiten der Rüstungstechnik und der Repressionstechnik hinaus hat sich ein neues Bewußtsein der Gefahren der Umweltzerstörung und der Erschöpfung einzelner Rohstoff- und Energiequellen gebildet, das gewahr wird, wie leicht die Entwicklung der Produktivkräfte von der Entfesselung destruktiver Kräfte begleitet werden kann. Weit entfernt davon, den Fortschritt zu menschlicheren Lebensverhältnissen zu garantieren, kann der technische Fortschritt je nach den Umständen ein menschenwürdiges Leben gefährden"[20]). Die gesamte Palette zivilisationskirtischer Topoi wird aufgeboten, um zu begründen, „daß wir uns in einem geschichtlichen Umbruch befinden, in dem ein Handeln im Sinne der Grundwerte schwerer wird als bisher"[21]). Soweit überhaupt ökonomische Krisenerscheinungen angeführt werden (Zusammenbruch des Weltwährungssystems, Arbeitslosigkeit, Kapitalkonzentration), erscheinen sie als bedauerliche Entwicklungen, deren Zusammenhang mit der Struktur kapitalistischer Produktionsverhältnisse und den Gesetzmäßigkeiten ihrer Bewegung in keinem Zusammenhang stehen. Im übrigen legt das SPD-Papier in quantitativer wie qualitativer Hinsicht größten Wert darauf, daß es die Folgen der technologischen Entwicklung sind, die „ein Handeln im Sinne der Grundwerte schwerer" machen. Systematisch wird die Tatsache ausgeblendet, daß die *Ziele* des Einsatzes technologischer Systeme Resultate politischer und ökonomischer Entscheidungen sind und daß die Auswirkungen dieses Einsatzes auf die Lebensbedingungen der Menschen wesentlich davon abhängen, nach Maßgabe welcher Interessen dieser Einsatz erfolgt.

Die Grundwerte-Diskussion stellt also einerseits den Versuch dar, auf die zugespitzten Krisenerscheinungen der 70er Jahre, die einen tragenden Pfeiler

18) Helmut Kohl, ebd., S. 53
19) Heiner Geißler, Das Grundsatzprogramm – Instrument einer gestaltenden Politik. Referat auf dem Grundsatzforum der CDU in Berlin (West) v. 22.–24. 9. 1977, S. 9.
20) Theorie und Grundwerte, a.a.O., S. 12.
21) Ebd., S. 6.

des im Verlaufe des „Wirtschaftswunders" hergestellten „Grundkonsenses" in der Bundesrepublik zu erschüttern drohen, eine ethisch-ideologische Antwort zu finden. Zugleich aber antwortet die Grundwerte-Konzeption auch auf eine *politisch-ideologische Herausforderung.* Der seit den 50er Jahren angeblich herrschende „Grundkonsens" in der BRD war ja nicht einfach Ergebnis einer durch das „Wirtschaftswunder" hergestellten Identität der Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen und Klassen, sondern war *politisch* das Resultat der Ausschaltung der Arbeiterbewegung und jeder radikaldemokratischen und sozialistischen Opposition aus dem politischen Leben der Bundesrepublik (Stichwort: KPD-Verbot, Kalter Krieg etc.) und *ideologisch* der Tabuisierung des Marxismus als einer philosophisch und politisch ernstzunehmenden Theorie. In diese hermetisch abgeschlossene politische Landschaft brach Ende der 60er Jahre die Studentenbewegung ein, machte die Existenz einer radikaldemokratischen und sozialistischen Opposition für breite Kreise der Bevölkerung plötzlich wieder sichtbar und stellte zugleich den Marxismus als prinzipielle Alternative zu den herrschenden philosophischen und politischen Theorien erneut zur Diskussion.

Erheblich erleichtert wurde dieser Prozeß durch die Entwicklungen im internationalen Maßstab: Das Ende des Kalten Krieges und der Übergang zu einer Politik der Entspannung führten nicht nur zu einer Entkrampfung der Beziehungen zwischen den Staaten, sondern hatten zugleich Auswirkungen auf das innenpolitische Klima in der Bundesrepublik. Der rigide Antikommunismus, der während des Kalten Krieges zu einer Art Staatsdoktrin geworden war, verlor an Glaubwürdigkeit und stumpfte demzufolge als ideologische Waffe gegen jede radikaldemokratische Opposition zusehends ab. Die Veränderungen des internationalen Kräftefeldes bot somit günstigere Voraussetzungen für die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik, ihren politischen Handlungsspielraum zu erweitern, und erschwerte es zugleich den Herrschenden, die Entwicklung der radikaldemokratischen Opposition mit dem ideologischen Instrumentarium des Kalten Krieges einzudämmen oder gar mit unmittelbaren Repressivmaßnahmen zu unterdrücken.

In den folgenden Jahren kam es zu einem beachtlichen Wandel im politischen Bewußtsein breiter Teile der Bevölkerung, der zu einer kritischeren Betrachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundsrepublik und zu einer Erneuerung der Diskussion über die Zukunftsperspektiven des gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik überhaupt geführt hat. „Eine dahinschwindende Grundübereinstimmung über Sinn und Inhalt des menschlichen Daseins, aber auch der demokratischen Normen, über Rolle und Funktion der gesellschaftlichen Gruppen und des Staates, sowie ein gestörtes Verhältnis zu den Proportionen des wirtschaftlichen Fortschritts sind Merkmal dafür; sie kennzeichnen ein Klima, das zur Konfrontation der weltanschaulichen Vorstellungen und politischen Meinungen treibt. Der Konflikt über die Richtung, in die sich die gesellschaftliche Ordnung fortentwickeln soll, ist heute totaler und tiefgreifender als zu Beginn der Bundesrepublik."[22]) Dieser von der BDA

22) Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände . . ., a.a.O., S. 11.

mit offenkundiger Besorgnis zur Kenntnis genommene Konflikt gefährdete zwar zu keinem Zeitpunkt in unmittelbarer Weise das Fortbestehen der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik; das Bewußtwerden dieses Konflikts führte aber immerhin zu beachtlichen Veränderungen der politischen Landschaft, indem sie den von der CDU/CSU repräsentierten politischen Rechtskurs in den Augen breiter Bevölkerungskreise diskreditierten und die sozialliberale Koalition an die Regierung brachten.

Mußte diese politische Klimaverschiebung allein schon Bestürzung in rechtskonservativen Kreisen hervorrufen, so mußten die Veränderungen in Teilen des ideologischen Überbaus – in Schulen, Hochschulen, Rundfunkanstalten, Verlagen etc. also – erst recht alarmierend wirken. In wachsendem Maße nämlich gewann in diesen meinungsbildenden Institutionen eine kritische Haltung gegenüber den bestehenden Verhältnissen in der Bundesrepublik an Boden. Mit wenigen Ausnahmen weit davon entfernt, die Grundstrukturen des gegenwärtigen Systems in Frage zu stellen, bedrohten diese kritischen Positionen immerhin den Monopolanspruch der bis dahin weitgehend vorherrschenden rechtskonservativen Ideologie. Es ging dann – nach einer Phase anfänglicher Lähmung – unter Vertretern dieser Ideologie bald die Rede von einer „Kulturrevolution" um, die die Grundwerte der abendländischen Tradition ausgehöhlt und die bewußtseinbildenden Institutionen den Zwecken einer schleichenden Systemveränderung dienstbar gemacht habe. Unterstellt wird dabei, daß diese Kulturrevolution Kernstück eines politischen Kalküls sei, mit dem die Lehre aus dem Einverständnis der Bevölkerung mit der herrschenden Ordnung gezogen worden sei: „Die Strategie der Systemüberwindung beruht nun auf der richtigen Einsicht, daß die erfolgreiche Eroberung eines ideologischen Monopols in den genannten Bewußtseinsbildungsinstitutionen das geeignete Mittel der Systemüberwindung ist, nachdem man die Erfahrung hat machen müssen, daß die ‚Massen' öffentlich nicht mehr zu revolutionärer Aktivität zu bewegen sind. Die Zentren des staatlichen Machtmonopols, auf die sich dem klassischen Revolutionsbegriff zufolge der revolutionäre Angriff zu konzentrieren hätte, sind nicht bedroht."[23])

Wenn aber richtig ist, daß von einer Bedrohung der Zentren des staatlichen Machtmonopols nicht die Rede sein kann, dann stellt sich die Frage um so dringlicher, was die Tatsache so bedrohlich erscheinen läßt, daß „in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre . . . der Konsensus über die Grundwerte der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik von einer wachsenden Zahl von Intellektuellen vor allem der jungen Generation aufgekündigt worden"[24]) ist. Aufgekündigt – das gilt es zunächst zu korrigieren – wurde von der Mehrheit der Intellektuellen der jungen Generation nicht das Einverständnis mit den im Grundgesetz fixierten demokratischen Rechten; aufgekündigt worden ist vielmehr die in der Restaurationsphase der Bundesrepublik herrschende Doktrin gewordene Verklärung einer miserablen Verfassungs*wirklichkeit* zu der durch das Grundgesetz einzig legitimierten poli-

23) Hermann Lübbe, a.a.O., S. 54.
24) Kurt Sontheimer, a.a.O., S. 31 f.

tischen und sozialen Ordnung. Und aufgekündigt wurde der Konsens der herrschenden Lehre darüber, daß Demokratie gleichbedeutend mit Kapitalismus sei. In diesem Sinne hat die „Kulturrevolution" der 60er Jahre das Bewußtsein größerer Teile der Bevölkerung dafür geschärft, daß die Diskrepanzen zwischen dem demokratischen und sozialstaatlichen Anspruch und den tatsächlichen Verhältnissen nicht naturgegeben und unüberwindlich sind. Der bestehenden sozialstrukturellen Ungleichheit und den defizitären demokratischen Verhältnissen drohte die Legitimationsbasis zu entgleiten, und zugleich wurden alternative politische und soziale Strukturen plötzlich wieder denkbar und vorstellbar.

Nach einer anfänglichen Phase der Lähmung gingen die rechtskonservativen Kräfte unter Führung der CDU/CSU zu einer breit angelegten Gegenoffensive über. So setzte sich 1972 der bayerische Kultusminister Maier in einer sprachkritisch verfahrenden Rede mit den „seit den sechziger Jahren sichtbar gewordenen Veränderungen unseres politischen Vokabulars"[25]) auseinander. Sein Angriff richtet sich dabei präzise auf den Kern des neu erwachten demokratischen Bewußtseins: auf die erkannte Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in den politischen Verhältnissen der Bundesrepublik, die sich sprachlich darin niederschlägt, daß ein Begriff wie „Demokratie" nicht mehr einfach als Beschreibung der gegebenen politischen Zustände, sondern als noch einzulösender Auftrag angesehen wird. Dies gehe so weit, daß das Wort „Demokratie" heute, „vor allem in der dynamisierten Form der ‚Demokratisierung', dabei ist, ein Kampfbegriff gegen rechtsstaatliche und parlamentarische Status-quo-Befestigung schlechthin zu werden"[26]). Mit der Besorgnis eines Verteidigers der bestehenden Mißverhältnisse konstatiert Maier, daß „zentrale Begriffe unserer politischen Ordnung in den letzten Jahren aus ihrer Normallage gelöst, dynamisiert, ja eschatologisch aufgeladen worden sind: das gilt für Verfassung, Demokratie, Sozialstaat so gut wie für Rechtsstaat und Grundrecht. Aus Ordnungsbegriffen wurden Verheißungen. Die Stilisierung des Grundgesetzes zum ‚großen Versprechen' machte den Anfang"[27]).

Unter dem Kampfbegriff der „Tendenzwende" wurde schließlich eine breite Kampagne gegen jegliche Kritik an den bestehenden Verhältnissen in der Bundesrepublik inszeniert. Von der CDU/CSU über mehrere Stationen hinweg (vom Tendenzwende-Kongreß 1974 über den Kampf gegen die hessischen Rahmenrichtlinien bis zum Anti-Terror-Kongreß 1977) gezielt als Kreuzzug gegen alle fortschrittlichen Positionen unter Einschluß selbst der Sozialdemokratie geführt, schlossen sich die Koalitionsparteien dem straffen Rechtskurs bald an. Wenn es heute darum geht, die Identifizierung der bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse mit den Prinzipien des Grundgesetzes zum Kriterium demokratischer Gesinnung zu stilisieren, so stehen sozialdemokratische Theoretiker in vorderster Front. Nach Auffassung des Staatsrechtlers Martin Kriele z. B. beruht „die Legitimität der Bundesrepublik

25) Hans Maier, Die Sprache der Neuen Linken verhindert den Dialog. In: FAZ v. 13. 7. 1972.
26) Ebd.
27) Ebd.

. . . auf der Selbstverständlichkeit, mit der unsere politische Grundentscheidung und die verfassungsgestaltende Grundentscheidung der Bundesrepublik *identisch* sind: nämlich den demokratischen Verfassungsstaat als das Erbe des mehrhundertjährigen aufklärerischen Kampfes aufzubauen und festzuhalten . . ."[28]), um dann zum großen ideologischen Schlag gegen jegliche Alternative zum Bestehenden auszuholen: „Der neomarxistischen Jugendbewegung ist es gelungen, diese Selbstverständlichkeit aufzulösen. Alternativen zum demokratischen Verfassungsstaat erschienen als *prinzipiell gleichberechtigte* andere Möglichkeiten. Im Zwischenfeld zwischen den Alternativen entstand eine Zone der Unentschiedenheit, des zunächst nur gedanklichen Experimentierens, kurz, der *demokratischen Verunsicherung*."[29]) Daraus, so Kriele, ergab sich ein unüberbrückbarer Freund/Feind-Gegensatz „mitten durch die Demokratie"[30]). „Wo der ‚Kapitalismus', also die Marktwirtschaft, in ein irrationales Feindverhältnis gerückt wurde, endete die rationale und dialektische Analyse . . . Das bedeutete den Abbruch der demokratischen Diskussion."[31]) Die Absicht ist deutlich: Die kapitalistische Produktionsweise wird mit der im Grundgesetz verankerten verfassungsmäßigen Ordnung identifiziert, jegliche Kapitalismuskritik für den „Abbruch der demokratischen Diskussion" verantwortlich gemacht und somit als ebenso verfassungsfeindlich qualifiziert wie die Diskussion über alternative ökonomische Strukturen.

Die Grundwerte-Diskussion muß offenbar als Bestandteil des breit angelegten Versuchs gewertet werden, die in den 60er Jahren geschaffenen Ansätze für ein fortschrittliches politisches Klima rückgängig zu machen und zugleich einen aufnahmebereiten Boden für konservative Ideologien zu schaffen. Und wenn heute eingeschätzt wird, „Das Gemeinschaftsmoral und -ethos lähmende, weltanschaulich-ideologische Vakuum der Nachkriegszeit hat sich zuerst die Linke zunutze gemacht"[32]), so spricht daraus die Einsicht, daß sich die ehemals propagierte Entideologisierung als Bollwerk gegen das Vordringen fortschrittlichen Bewußtseins nicht bewährt hat. Gerade in einer Zeit, wo es die Verschärfung der ökonomischen Krisenerscheinungen immer schwerer macht, die *materiellen* Bedürfnisse breiter Bevölkerungskreise ausreichend zu befriedigen, entdecken die Vertreter der herrschenden Ordnung, wie wichtig die *geistigen* Bedürfnisse sind. Die Grundwerte-Theoretiker haben erkannt, daß die Skepsis über die Zukunftsperspektiven der bestehenden Ordnung zugenommen hat: „In dieser Lage sucht der Bürger festen Boden unter den Füßen. Wenn es ernst wird, ist eine politische Marschroute vonnöten, die sich an gültigen Werten orientiert."[33])

28) Martin Kriele, a.a.O., S. 8.
29) Ebd.
30) Ebd., S. 9.
31) Ebd.
32) Anton Szöllösi, a.a.O.
33) Richard v. Weizsäcker, a.a.O., S. 1.

IV

Aus den bisherigen Überlegungen über die politische Funktion der Grundwerte-Strategie scheint sich zwangsläufig die Schlußfolgerung zu ergeben, daß die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik sich keinesfalls auf „Grundwerte" berufen darf, da sie mit einer solchen Berufung einen mit konservativer Ideologie besetzten Topos zur Legitimationsbasis ihres Handelns machen würde. Gegen die Möglichkeit fortschrittlicher Grundwerte scheint sich ein weiterer, noch prinzipiellerer Einwand aufzudrängen: von den Vertretern der etablierten Mächte werden Grundwerte als feststehende, vorgegebene und nicht hinterfragbare Instanzen definiert, aus denen sie Begründung und Rechtfertigung ihrer Politik ableiten. Eine solche Hypostasierung von Werten steht jedoch in unüberbrückbarem Gegensatz zu einem grundlegenden und unverzichtbaren Moment fortschrittlicher Politik: zu ihrer *wissenschaftlichen Begründung,* die prinzipiell unvereinbar ist mit der in den Grundwerte-Konzeptionen vorgenommenen Irrationalisierung der Politik.

Wenn hier die Auffassung vertreten werden soll, daß die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik sehr wohl *Grundwerte* vertritt, an denen sie ihre Politik orientiert und für deren Realisierung sie sich einsetzt, so müssen zunächst diese Bedenken entkräftet werden. Dabei ist vorab geltend zu machen, daß Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität, deren Herkunft aus den fortschrittlichen Strömungen der europäischen Geschichte unzweifelhaft ist, nicht schon deshalb fallengelassen werden sollten, weil die Bewahrer der gegenwärtigen Verhältnisse sie für ihre Politik reklamieren wollen. Es gilt, an dem durch diese Begriffe abgesteckten Terrain vielmehr um so hartnäckiger festzuhalten, je heftigere Versuche die Gegenseite unternimmt, es für ihre Zwecke zu okkupieren: kampflose Preisgabe käme einer Kapitulation gleich, die den herrschenden Kräften die Möglichkeit gibt, sich als die legitimen Erben und heutigen Vertreter der fortschrittlichen Traditionen der europäischen Geschichte darzustellen. Zum zweiten ist darauf hinzuweisen, daß im Gegensatz zu den beschriebenen irrationalistischen Grundwerte-Konzeptionen eine rationale Begründung von Werten durchaus möglich ist. Eine an Grundwerten orientierte Politik kann daher durchaus eine wissenschaftlich begründete Politik sein, sofern die Grundwerte nicht einfach als vorgegeben vorausgesetzt, sondern aus dem Prozeß ihrer Entstehung heraus erklärt werden. Eine fortschrittlich-demokratische Grundwerte-Konzeption weist also im Vergleich mit ihren reaktionären oder irrationalistischen Konkurrenten wesentliche Unterschiede auf:

1. Grundlegend für eine solche Grundwerte-Konzeption ist zunächst, daß diese nicht aus einem Reich schöner Vorstellungen geschöpft, von einem übergesellschaftlichen Wertehimmel herabgezogen oder einfach als gegeben akzeptiert, sondern als normativ-ideeller Ausdruck gesellschaftlicher Interessen aufgefaßt werden. In diesem Sinne sind die Grundwerte der demokratischen Bewegung als Ideale zu verstehen, die auf hoher Abstraktionsstufe materielle und geistige Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

2. Indem dergestalt die Genesis der Grundwerte über ihre Interessenbasis bis hin in die historisch sich entwickelnden materiellen Strukturen der Gesellschaft nachverfolgt werden kann, ist der Vorstellung von überhistorisch fixierten „ewigen" Grundwerten die Basis entzogen. Ohne einen Relativismus im Sinne der Beliebigkeit von Grundwerten einzuschließen, siedelt eine fortschrittliche Gesellschaftstheorie den Entstehungsort der Grundwerte in den jeweilig konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen an und entzieht sie damit metaphysischer Verschleierung oder religiöser Verbrämung: sie macht sie wissenschaftlich analysierbar.

3. Die Grundwerte sind dementsprechend als gesellschaftlich produzierte und historisch entstandene Ideale zu verstehen, deren Inhalte ebensowenig vorgegeben sind wie sie selbst; ihre Inhalte ergeben sich aus den ihnen zugrundeliegenden Interessen und werden durch die Erfahrungen der politischen, ökonomischen und geistigen Kämpfe der Vergangenheit und Gegenwart präzisiert. Müssen die herrschenden Kräfte die Herkunft ihrer Grundwerte aus partikularen gesellschaftlichen Interessen sorgsam verbergen und ihre Inhalte in wohlklingende Phrasen hüllen, so kann die demokratische Bewegung auf der Grundlage ihrer historisch akkumulierten Erfahrungen die Inhalte der von ihr vertretenen Grundwerte präzise und historisch konkret bestimmen. Der Grundwert „Freiheit" z. B. gewinnt feste Umrisse, sobald sein Inhalt nicht mehr aus überhistorischen Instanzen hergeleitet wird, sondern aus den historischen Kämpfen gegen absolutistische Feudalherrschaft und für die uneingeschränkte Volkssouveränität in den Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts; aus der Abwehr gegen die Verfolgung von Demokraten und Sozialisten in der Demagogenverfolgung, unter dem Sozialistengesetz und durch die Berufsverbote; aus dem Kampf gegen die faschistische Diktatur und für die Errichtung der demokratischen Republik; der Grundwert „Freiheit" bleibt so lange unbestimmt, wie die Freiheit von materieller Not und sozialer Unsicherheit ausgeklammert bleibt. In Abgrenzung von den inhaltsleeren Versicherungen der etablierten Kräfte wird die demokratische Bewegung also die Inhalte ihrer Grundwerte stets präzise bestimmen und mit dem Fortschreiten des historischen Prozesses auch weiterentwickeln. Aus den Erfahrungen der sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Geschichte abgeleitet, weisen die Grundwerte der demokratischen Bewegung zugleich über den gegebenen gesellschaftlichen Zustand hinaus in eine gerechtere Zukunft.

4. Mit ihrer Herleitung aus den jeweils konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen ergibt sich folgerichtig, daß die Grundwerte nicht als ein von den antagonistischen Interessen der widerstreitenden politischen und sozialen Kräfte abgehobenes ideelles Allgemeines aufgefaßt werden dürfen. Die Grundwerte entstehen vielmehr in den Auseinandersetzungen zwischen diesen Kräften, und in ihren Inhalten kommen zwangsläufig die antagonistischen Interessen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Klassen zum Ausdruck. Anstatt diese sozialen Interessendivergenzen im Namen einer vorgeblichen ethischen Gemeinschaft zu verschleiern, orientieren die Grundwerte der demokratischen Bewegung die Bürger auf die konsequente Wahrnehmung ihrer Interessen und auf deren Verteidigung gegen alle Versuche der Herrschenden,

ihre partikularen Interessen als allgemeingültige durchzusetzen. Die Behauptung von über den Klassen schwebenden Grundwerten ist nur eine Variante jener Ideologie von einem über die gesellschaftlichen Widersprüche erhabenen Staat; indem dessen tatsächliche Abhängigkeit von den ökonomisch Herrschenden hinter einer ethischen Nebelwand verborgen wird, soll er als eine quasi-metaphysische Instanz erscheinen, deren Grundlagen möglicher Einflußnahme demokratischer Mehrheiten entzogen sind. Mit der Betonung der gesellschaftlich-historischen Genesis der Grundwerte wendet sich die demokratische Bewegung daher auch gegen alle Versuche, bestimmte Bereiche von Gesellschaft, Staat und Recht den Entscheidungen mehrheitlicher Willensbildung zu entziehen. Nicht nur die Prozesse innerhalb der gegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern auch deren Grundlagen sind dem Prinzip der Volkssouveränität unterworfen.

5. Wenn die Fiktion einer alle gesellschaftlichen Gegensätze überbrückenden Ethik abgelehnt wird, so bedeutet dies andererseits keineswegs, daß mit den Grundwerten der demokratischen Bewegung nun wiederum partikulare Interessen als schlechthin allgemeingültige erklärt werden sollen. Dem steht entgegen, daß die von der demokratischen Bewegung vertretenen Grundwerte die Interessen des weitaus größten Teils der Bevölkerung repräsentieren. Sie repräsentieren diese Interessen auf einem relativ hohen Abstraktionsniveau und können auf diese Weise aus der Heterogenität der Einzelinteressen unterschiedlicher Gruppen und Klassen die verbindenen Elemente hervorheben. Im Grundwert „Gleichheit" konvergieren auf diese Weise die Forderung von Eltern und Schülern nach Chancengleichheit im Bildungswesen mit der Forderung der Frauenbewegung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit etc. Ein gemeinsames Handeln dieser unterschiedlichen Kräfte wird um so eher möglich sein, je deutlicher in der Spezifik der eigenen Situation das Verbindende mit den Situationen anderer gesellschaftlicher Gruppen gesehen wird; die Grundwerte können dazu beitragen, das Bewußtsein für die Gemeinsamkeiten in den vielen Einzelkämpfen zu schärfen.

Mit diesen Bestimmungen ist zugleich ein weiterer Einwand entkräftet, der einer fortschrittlichen Grundwerte-Konzeption entgegengehalten werden kann: die Politik der demokratischen Bewegung habe sich nicht an ideellen Grundwerten, sondern an den materiellen *Interessen* der Bevölkerung auszurichten. Ein solcher Einwand geht jedoch aus einem doppelten Grunde am Kern des Problems vorbei. Einerseits nämlich müssen Grundwerte nicht notwendig im Gegensatz zu Interessen stehen; die hier in groben Umrissen skizzierte Grundwerte-Konzeption geht vielmehr davon aus, daß Grundwerte sozialökonomische Interessen widerspiegeln, daß die Grundwerte fortschrittlicher Politik daher so konzipiert werden müssen, daß sie die Interessen der Mehrheit zum Ausdruck bringen. Andererseits übersieht dieser Einwand, daß die Begriffe „Grundwerte" und „Interessen" sich auf unterschiedliche Ebenen des gesellschaftlichen Lebens beziehen und daher gar nicht unmittelbar einander gegenübergestellt werden können: „Interesse" ist eine gesellschaftstheoretisch-analytische Kategorie, die die materiellen Beweggründe des menschlichen Handelns bezeichnet, wohingegen mit dem Terminus

„Grundwerte" bestimmte gesellschaftliche Ideale erfaßt werden, deren Realisierung die Menschen anstreben. Interessen sind daher gleichsam *objektive Handlungsdeterminanten,* die den Subjekten nicht notwendig als solche bewußt sein müssen und die ihr Handeln daher auch niemals unmittelbar steuern können, sondern stets über einen Komplex vermittelnder Instanzen wirken; Grundwerte hingegen sind als *subjektive Handlungsmotivationen* den Menschen notwendig bewußt und beeinflussen ihr Handeln daher unmittelbar.

Diese begriffliche Differenzierung mag zunächst akademisch erscheinen, hat aber tatsächlich weitreichende politische Konsequenzen, insofern sich aus ihr für die demokratische Bewegung die Notwendigkeit der Erarbeitung einer politischen Strategie zur Umsetzung objektiver Handlungsdeterminanten in subjektive Handlungsmotivationen ergibt. Die These, daß sich fortschrittliche Politik ausschließlich an Interessen zu orientieren habe, hat in der Praxis einen Rationalismus zur Folge, der glaubt, die Menschen seien allein durch den Verweis auf ihre objektiven Interessen mobilisierbar. Einer solchen Auffassung liegt ein auf Gesellschaftstheorie reduzierter Begriff von Politik zugrunde, der übersieht, daß zwischen den sozialökonomischen Interessen und dem tatsächlichen Handeln der Menschen nicht einfach eine Ursache-Wirkung-Beziehung besteht, sondern daß zwischen beiden ein Komplex subjektiver (emotionaler, moralischer etc.) und objektiver (Organisationen, sozialstrukturelle Differenzierungen etc.) Faktoren vermittelt.

Möglichkeiten und Grenzen der Einsparung von Energie in der Bundesrepublik

Von Wolfgang Pfaffenberger und Martin Meyer-Renschhausen

Nach monatelangen Auseinandersetzungen zwischen Koalition und Opposition verabschiedete der Bundestag am 22. Juni ein von Bund und Ländern gemeinsam getragenes Energiesparprogramm, das Zuschüsse und Steuervergünstigungen für Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie vorsieht. Das Programm beschränkt sich damit jedoch nur auf einen Ausschnitt aus dem Spektrum der vielfältigen Möglichkeiten zur Energieeinsparung, wie sie der nachstehende Artikel aufzeigt. D. Red.

1. Einleitung: Was bedeutet Energieeinsparung?

Die energiewirtschaftliche Situation hat sich in der Bundesrepublik in den letzten Jahren hauptsächlich durch die anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten grundlegend geändert. Der Energieverbrauch stagniert seit nunmehr vier Jahren, und in der Elektrizitätswirtschaft deuten sich für die nächsten Jahre Überkapazitäten an, die wahrscheinlich einen Rückgang der Kohleverstromung zur Folge haben werden[1]). Auch die mehrfache Revision der Energieprogramme der Bundesregierung sowie anderer Prognosen konnte diese Entwicklung nicht antizipieren, insbesondere weil die Programme der Bundesregierung als „Maximalprognosen" anzusehen sind, da sie auf der Annahme stetigen Wirtschaftswachstums basieren.

Die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Dekade ist aber kaum hinreichend genau vorhersehbar, da für eine Anzahl struktureller Probleme der Volkswirtschaft der Bundesrepublik Lösungen noch nicht gefunden sind. Jedoch hat sich in den letzten Jahrén deutlich gezeigt, daß der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und Energieverbrauch weniger starr ist, als in der Vergangenheit angenommen wurde. Insbesondere aber ist dieser Zusammenhang beeinflußbar: Der zukünftige Energieverbrauch ist u. a. auch Folge der heute getroffenen Einsparungsmaßnahmen. Der Begriff „Energieeinsparung", der sich in diesem Zusammenhang eingebürgert hat, bedarf freilich der Erläuterung. Denn er umfaßt mehrere Möglichkeiten der Senkung des Energieverbrauchs:

1) Energieeinsparungen können durch Einschränkungen des Verbrauchs von Energie zustandekommen. Wegen der vielfältigen technischen und sozialen Faktoren, die den Energieverbrauch bestimmen, sind solche Einschränkungen jedoch kaum wahrscheinlich.

2) Energieeinsparungen im engeren Sinne werden erzielt, wenn der Aufwand von Nutzenergie für einen bestimmten Bedarf verringert werden kann, ohne daß das Bedarfsniveau verändert wird; z. B. ist die Zahl der pro Liter Benzin erreichbaren Kilometer bei einem Automobil mit geringerem Luftwiderstand größer.

3) Im allgemeinen wird nur ein bestimmter Teil der für einen Zweck eingesetzten Primärenergie als Nutzenergie verfügbar, da bei der Umwandlung der Energie hohe Verluste auftreten. Energieeinsparungen lassen sich daher erzielen, wenn diese Umwandlungsvorgänge rationeller gestaltet werden. Um im Beispiel zu bleiben: Ein Dieselmotor nutzt den Kraftstoff etwas besser für Bewegungsenergie aus als ein Benzinmotor. Beide sind jedoch schlechte Energieumwandler, da der größte Teil des Kraftstoffs in Wärme verwandelt wird.

Die in den Anmerkungen in runden Klammern stehenden Ziffern beziehen sich auf die entsprechenden Nummern des Anhangs „Literatur". D. Red.

1) Vgl. (4)–(7), (25) und (29).

Die Veränderung der Umwandlungs- und Ausnutzungsbedingungen von Energie zur Einsparung von Energie verursacht im allgemeinen aber selbst wieder Aufwand, so daß, wirtschaftlich betrachtet, der „Einsparungsaufwand" mit dem ursprünglichen Energieaufwand konkurriert. Daraus ergibt sich, daß die Wirtschaftlichkeit von Energiesparmaßnahmen umgekehrt proportional zum Preis der Energieträger ist: Je höher die Energiepreise, desto eher werden sich Energiesparmaßnahmen lohnen. In diesem Aufsatz sollen kurz die Möglichkeiten der Energieeinsparung und deren Realisierungschancen dargestellt werden. Vor diesem Hintergrund werden die von der Bundesregierung in der zweiten Fortschreibung des Energieprogramms angekündigten Maßnahmen zum rationelleren Einsatz von Energie diskutiert.

2. *Verbrauchseinschränkungen*

Zeigt ein Vergleich des gesamten Energieverbrauchs, bezogen auf die Bevölkerung zwischen hochentwickelten Ländern, bereits erhebliche Unterschiede, so sind die Unterschiede zwischen unterentwickelten und entwickelten Ländern um Größenordnungen beträchtlicher. So wurde 1972 in den USA pro Kopf doppelt so viel Energie verbraucht wie in der Bundesrepublik, in der Bundesrepublik aber 17mal so viel wie in den Entwicklungsländern[2]). Vor diesem Hintergrund der ungleichen Verteilung der Ausnutzung begrenzter Ressourcen ist der Debatte um das Nullwachstum, insbesondere um das Nullwachstum des Energieverbrauchs, ein rationaler Kern kaum abzusprechen. Eine Anhebung des Energieverbrauchs der Welt auf das Niveau der entwikkelten Länder würde zu einer Verdreifachung des gegenwärtigen Energieverbrauchs führen. Ein solcher Standard ließe sich bei realistischen Annahmen über die Bevölkerungsentwicklung aufgrund der gegenwärtig bekannten Reserven von fossilen Energieträgern etwa 20 Jahre halten[3]). Aus dieser ungleichen Verteilung sind zwei Fragen abzuleiten:

1) Welche neuen Energiequellen können entwickelt werden, um eine Anhebung des Energieverbrauchsniveaus der Entwicklungsländer möglich zu machen?

2) Welche Einschränkungen des Energieverbrauchs sind in den Ländern des hohen Energieverbrauchs möglich?

Zur Beantwortung der zweiten Frage, die hier behandelt werden soll, sind Kriterien zur Beurteilung der Angemessenheit des Energieverbrauchs erforderlich. Vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus ist diese Angemessenheit grundsätzlich dann gegeben, wenn auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Verhältnisse alle Verwender von Energie diese Angemessenheit unter Abwägung aller Alternativen selbst entscheiden, da sich das Marktergebnis sozusagen selbst rechtfertigt. Auf der anderen Seite läßt sich unter Heranzie-

---

2) 1976 entfielen 82% des Mineralölverbrauchs und 86% des Stromverbrauchs der Welt auf die Regionen Nordamerika, Europa (einschließlich UdSSR) und Japan, in denen 28% der Weltbevölkerung leben. Die übrigen 72% der Weltbevölkerung mußten sich mit 18 bzw. 14% begnügen. [Nach (8), (18) und (24).]
3) Berechnet nach Angaben in (17) und (24). Aufgrund der Unsicherheit über die Größe der Weltenergiereserven können solche Zahlen nur der Veranschaulichung der Größenordnungen dienen.

hung stofflich-physikalischer Kriterien für viele Anwendungsbereiche zeigen, daß die Effektivität der Energieverwendung weit vom Maximum entfernt ist[4]). Es fragt sich also, ob nun dem marktwirtschaftlichen System eine Tendenz zugesprochen werden kann, die Verwendungsentscheidungen in Richtung auf das energetisch Beste hinzulenken. Es kann als ziemlich verbreitete Einsicht gelten, daß eine im physikalischen Sinne rationale Struktur der Energiewirtschaft unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht automatisch entsteht. Dies liegt an der Erschöpfbarkeit der Ressourcen, der Leitungsgebundenheit einiger Energieträger, dem hohen Monopolisierungsgrad, der langen Entwicklungsdauer neuer Energiegewinnungs- und Umwandlungsverfahren, dem hohen Kapitalaufwand sowie den in den Marktpreisen nicht zum Ausdruck kommenden Umwelteffekten.

Die Umsetzung dieser Einsicht in eine notwendigerweise langfristig orientierte Energiepolitik muß sich jedoch an den Gesetzen kapitalistischer Reproduktion stoßen: während die Vertreter des Nullwachstums glaubten, eine Reduzierung des Problems durch geringeres Wachstum erreichen zu können, das wiederum durch die Propagierung von Enthaltsamkeit abgesichert werden sollte, und mit dieser Forderung bei vielen gesellschaftlichen Gruppen, z. B. auch den Kirchen, auf große Resonanz stießen, würde sich eine solche Enthaltsamkeit mit den Gesetzen der Wirtschaftsentwicklung kaum vertragen. Gamm hat sich mit der Forderung auseinandergesetzt, ein solches Enthaltsamkeitsziel in Erziehungsziele umzusetzen. Sein Ergebnis läßt sich durchaus auf die Wirtschafts- und Energiepolitik übertragen: „Globale Verantwortlichkeit könnte nur heißen, daß die im Überfluß lebenden Minoritäten zu einer radikalen Konsumselbstbeschränkung willens wären und sich dadurch konkret verantwortlich verhielten. Hier jedoch sind die Widersprüche sofort unüberhörbar. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist auf die ständige Erweiterung der Produktion angewiesen, es muß daher einerseits die vorhandenen Bedürfnisse erhalten und andererseits neue suggerieren. . . Der Pädagoge, der hier mit der stillen Selbstdurchsetzung der Weltvernunft argumentiert, findet sich ständig widerlegt."[5]) Ähnlich steht es mit der Wirtschaftspolitik: Sie steht unter dem kurzfristigen Erfolgszwang des Beschäftigungsproblems und wird deshalb von den realen Kräften des Systems dazu gedrängt, immer zuerst die Reproduktionsbedingungen zu sichern, bevor auf die Angebotsbedingungen Einfluß genommen werden soll[5a]). Auch die zweifellos vorhandene bessere Einsicht der Wirtschaftspolitiker setzt sie noch nicht in den Stand, sich diesem kurzfristigen Druck zu entziehen. Denn – und das ist wieder der rationale Kern der Forderung nach Nullwachstum – die wirtschaftspolitische Beeinflussung der Angebotsbedingungen würde genau das voraussetzen, was der Club of Rome propagiert wissen wollte. Eine Orientierung an Enthaltsamkeit oder Bescheidenheit, freilich in einem anderen

4) Vgl. dazu (11), insbes. Kap. 2.
5) (14), S. 341.
5a) In der Energiewirtschaft zeigt sich dieser Konflikt besonders deutlich. Für die Beschäftigungspolitik spielten – auch wegen der Beeinflußbarkeit dieser Investitionen – in den letzten Jahren die Investitionen der Energiewirtschaft eine besondere Rolle. Die entstandenen Überkapazitäten in der Elektrizitätswirtschaft zeigen deutlich, daß das Voreilen *eines* Sektors dies Problem nicht lösen kann.

Sinne: Eine politische Planung der Wirtschaft setzt voraus, daß über einen kollektiven Entscheidungsprozeß eine Ordnung von individuellen Bedürfnissen zustandekommt, die das kontrollierte Stagnieren bestimmter Märkte ermöglicht.

Die inhaltliche Position des Club of Rome [6]) wurde immer von zwei Seiten kritisiert: Von denjenigen, die Wachstum zur Aufrechterhaltung des Status quo för nötig halten [7]) und von denjenigen, die die negativen Folgeentwicklungen wirtschaftlichen Wachstums im wesentlichen für eine Frage der gesellschaftlichen Kontrolle des Produktionsprozesses halten. Diese zweite Auffassung läßt sich so zusammenfassen: Hätten wir ein gesellschaftliches System, in dem die in unserem gegenwärtigen System auftretenden Widersprüche nicht vorhanden wären, so gäbe es theoretisch keinen Grund, wirtschaftliches Wachstum – das dann gesellschaftlich kontrollierte Ausdehung der Wirtschaft wäre – zu verurteilen. Diese Auffassung ist in sich schlüssig. Fraglich ist jedoch, welcher heuristische oder politische Stellenwert ihr in der gegenwärtigen Debatte zugemessen werden kann, einer Debatte, die in einem System stattfindet, das diese Voraussetzung nicht erfüllt. Denn tatsächlich stellt sich die gesellschaftliche Rationalität nicht als Summe der individuellen Handlungen her: Wirtschaftlich betrachtet, ist die gesellschaftliche Rationalität in erster Linie vom Kapitalinteresse abhängig und schließt deshalb einen Interessenkonflikt ein. Dagegen steht politische Willensbildung unter dem Anspruch, eine gesellschaftliche Zielsetzung für alle Bürger zu entwickeln, die dann freilich in Widerspruch zu den ökonomischen Möglichkeiten geraten kann. Der Widerspruch zwischen politischer Willensbildung und ökonomischen Möglichkeiten kann insofern zum Motor gesellschaftlicher Dynamik werden, als vielfältige ökonomische Ausgangsdaten im Resultat politischer Auseinandersetzung verändert werden können. Vom Theoretiker als „falsch" eingestufte Werthaltungen können sich daher real als „richtig" erweisen, und umgekehrt. Die Auffassung vom möglichen harmonischen Wachstum (als gesellschaftlich kontrolliertem Wachstum) verbleibt in gewisser Weise außerhalb der angegebenen Ebene der politischen Auseinandersetzung. Sie konzentriert sich auf die ökonomischen Systembedingungen und gerät dabei in Gefahr, den Bezug auf den politischen Willensbildungsprozeß zu verlieren, weil die ökonomischen Implikationen insofern nicht den politischen Willensbildungsprozeß bestimmen, als dieser nicht auf Ökonomie reduzierbar ist.

---

6) Historisch betrachtet, sind Visionen vom Ende der Wirtschaftsentwicklung und sich daran anknüpfende soziale Bewegungen nichts Neues. Erstaunlich ist jedoch „that Malthus and Malthus-like models have led to predictions which have been demonstrably and emphatically wrong. Indeed, it is difficult to understand the persistence of widespread attachement to a hypothesis which has been so decisively refuted by the facts of history". [(23), S. 233.] In solchen Vorhersagen wurden die ein Ausweichen ermöglichenden Substitutionsprozesse jeweils total unterschätzt. Soziale Bewegungen, die sich an den „Grenzen des Wachstums" orientieren, tragen aber gerade zur Entstehung eines gesellschaftlichen Bewußtseins von der Notwendigkeit solcher Substitutionsvorgänge bei. Der „Umweltfreak", der sich mit selbstgebauter Windmaschine und Sonnenkollektor etc. von der zentralen Energieversorgung abkoppeln will, demonstriert immerhin Erneuerungswillen.

7) Vgl. dazu (28) und (2). Bombach charakterisiert die Anhänger des Nullwachstums folgendermaßen: „Erstaunlich, daß gerade die Ökonomen mit der größten Skepsis reagieren, abgesehen von einer Minderheit, die sofort die Ideen des Club of Rome aufgreift und weiterentwickelt. Wir finden Zustimmung im Lager der Techniker, bei den professionellen Kulturpessimisten, natürlich bei den Systemkritikern, aber auch bei einer weiteren breiten Gruppe, für die eine Typologie schwieriger ist: Politiker am Ende ihrer Karriere, Unternehmer, die ihr Wachstumsziel erfüllt sehen, Beifall aus Branchen, die vor Wachstumsgrenzen stehen und der irrigen Meinung sind, Schrumpfen sei leichter, wenn andere Bereiche dann eben auch schrumpfen." (2), S. 149.

Zwar versteht sich diese Auffassung als Alternative zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem, sie muß jedoch abstrakt bleiben, weil sie nur in ihren eigenen Voraussetzungen gültig ist. Die verbreitete Forderung nach der Einschränkung des Konsums ist demgegenüber politischer, da sie sich innerhalb der Widersprüche der Gesellschaft ansiedelt und direkt auf die politische Willensbildung gerichtet ist. Dies sei an einem konkreten Bespiel gezeigt.

Exkurs: Verbrauchseinschränkungen von Elektrizität

Bekanntlich ist Elektrizität nicht speicherbar. Die Erzeugungs- und Verteilungskapazität muß deshalb auf die absoluten Verbrauchsspitzen angelegt sein. Diese Spitzen sind jedoch als Produkt der Verbrauchsgewohnheiten aller Stromverbraucher im Prinzip beeinflußbar. Ein Abbau von Verbrauchsspitzen würde allerdings voraussetzen, daß allgemein akzeptiert wird, daß nicht jede beliebige Strommenge zu jedem beliebigen Zeitpunkt bezogen werden kann. Dies mag als scharfe Restriktion erscheinen, Tatsache ist jedoch, daß die gesamte installierte Verbraucherkapazität in Form von Maschinen, Elektrogeräten, Heizungen, Heißwasserbereitern usw. ohnehin viel größer ist als die gegenwärtige Verteilungs- oder Erzeugungskapazität. D. h., das gegenwärtige System setzt ohnehin voraus, daß nicht alle möglichen Verbraucher zur gleichen Zeit eingeschaltet werden, und muß sich dabei auf das Gesetz der großen Zahl verlassen. Im industriellen und gewerblichen Verbrauch gelten darüber hinaus ohnehin direkte oder indirekte Restriktionen durch Tarife bzw. Schaltmodalitäten. In der Industrie sind sogenannte Maximumtarife üblich, bei denen der Preis des bezogenen Stroms nicht von der bezogenen Menge, sondern ebenso von dem über eine bestimmte Periode immer wiederkehrend gemessenen Maximum der Leistungsaufnahme abhängig ist. Das periodische Ein- und Ausschalten verschiedener Geräte zur Einhaltung eines gewählten Maximums wird nicht als Freiheitsbeschränkung aufgefaßt, sondern als Möglichkeit der Verringerung der Strombezugskosten. Lediglich im Bereich der Haushalte ruft eine Einschränkung der zeitlichen Disposition über Strom Freiheitsängste hervor. Da die Erzeuger an Verbrauchseinschränkungen kein Interesse haben, fördern sie diese Ängste. Wie wenig begründet solche Ängste sind, zeigt folgendes Beispiel: Noch niemand ist auf die Idee gekommen, sich in seinem Freiheitsspielraum eingeengt zu sehen, weil er sich für die Benutzung der Eisenbahn nach deren Fahrplan richten muß. Daß bei den Haushalten ebenso wie in der Industrie ein auf Belastungsspitzen eingerichtetes Tarifsystem zum Ausgleich von Belastungsspitzen führen kann, haben großangelegte Tarifexperimente in England gezeigt[8]). Das englische Tarifexperiment ergab, daß bei ansonsten gleichen Tarifen die zusätzlichen Zählerkosten von den Verbrauchern durch die Veränderung ihrer Gewohnheiten eingespart werden konnten. Eine Quantifizierung des Gesamteffekts (d. h. einschließlich der Einsparung von Stromerzeugungs- und Verteilungskapazität) unterblieb bei diesem Experiment. Es ist jedoch zu vermuten, daß bei veränderter Tarifierung Erzeugungs- und Verteilungskapazitäten einge-

8) Vgl. dazu (1).

spart werden können, die insgesamt zu einer Kostensenkung führen könnten. Mit Hilfe solcher Kostensenkungen ließe sich z. B. ein Ausgleich für die Verwendung von teuerer Steinkohle in der Verstromung finden.

Nach Angaben der Bundesregierung gab es 1976 in der BRD eine Stromerzeugungskapazität von 81 730 MW. Als höchste Auslastung (Höchstlast) wurde am Morgen des 15. Dezember 1976 eine Leistung von 46 149 MW registriert; das entsprach einem Auslastungsgrad von 56,5%. Die Durchschnittsbelastung des Jahres 1976 betrug jedoch weniger als 50%. Dies dürfte Anlaß genug sein, über eine bessere Auslastung der teueren Verteilungs- und Erzeugungsanlagen nachzudenken[9]). Gleichwohl hat die Bundesregierung bislang die Ausbaupläne der Elektrizitätswirtschaft ohne Abstriche in ihre Programme aufgenommen.

Daß die Regierung sich in dieser Weise zum Anwalt der Erzeugerinteressen macht, geschieht freilich nicht ohne Grund: Die hochmonopolisierte Elektrizitätswirtschaft unterliegt – quasi als Preis für die rechtliche Absicherung der Monopolstellung – einem gesetzlichen Versorgungsauftrag, der sie zu einem preisgünstigen Angebot verpflichtet. Insoweit unterliegen die Unternehmen auch der staatlichen Fachaufsicht. Es besteht also der begründete Verdacht, daß nicht nur die Unternehmen gegen das gesetzliche Gebot des preisgünstigen Angebots verstoßen, sondern auch die staatliche Fachaufsicht im Hinblick auf die Preis- und Angebotsplanung versagt. Wie diese staatliche Fachaufsicht angesichts der verschiedenen Rechnungssysteme der einzelnen Erzeuger und angesichts der bundeseinheitlichen Planung der Verbundunternehmen auf Landesebene materiell werden soll, ist ohnehin nicht zu erkennen[10]). Es besteht kaum Zweifel daran, daß der Bau zusätzlicher Kraftwerke allein dadurch verringert werden könnte, daß Anstrengungen unternommen werden, die zu einem gleichmäßigeren Stromverbrauch auch der Haushalte führen würden. So ist es z. B. zur Zeit noch weitgehend üblich, montags vormittags zu waschen. Eine bessere Verteilung der Belastung setzt aber zweierlei voraus:

1. Die Bereitschaft der Bevölkerung, Einschränkungen im Sinne einer Veränderung der Verbrauchsgewohnheiten hinzunehmen.

2. Da die Unternehmen kein Interesse an solchen Einschränkungen haben, sondern vielmehr an einer Ausweitung des Marktes interessiert sind, können solche Maßnahmen nur durch starken öffentlichen Druck durchgesetzt werden.

Hier ergibt sich die Anknüpfung an die Diskussion um den politischen Stellenwert bestimmter Auffassungen zum wirtschaftlichen Wachstum. Besteht kein Zweifel daran, daß einsparungsfördernde Maßnahmen der geschilderten Art im Interesse der Bevölkerung liegen, so ist es andererseits klar, daß sich im Wechselspiel von Regierung und Opposition die Position der Erzeuger als Po-

9) (3), S. 14. Nach dem verlangsamten Wachstum des Stromverbrauchs der letzten Jahre ist in der Elektrizitätswirtschaft in der mittleren Zukunft ohnehin mit weiteren Überkapazitäten zu rechnen. Vgl. dazu (29).
10) Vgl. dazu den Abschnitt über die Elektrizitätswirtschaft im Gutachten der Monopolkommission (21).

sition der Konsumentenfreundlichkeit darstellen wird. Dazu wieder Gamm: „Sollte eine Partei sich dazu durchringen, Opferbereitschaft um einer großen Sache willen von jedem Bürger zu fordern, so würde die Opposition in ihrer angestammten Rolle verkünden, man brauche keine Opfer. . . Durch eine solche, zweifellos publikumswirksame Empfehlung hätte die Opposition bei der nächsten Wahl eine wichtige Sympathievorgabe und damit Erfolgschance. Das plebiszitäre Prinzip schafft daher bei neuen globalen Anforderungen seinen eigenen politischen Hemmschuh."[11]) Die sich hierin wieder zeigende Widersprüchlichkeit von politischer Willensbildung und ökonomischer Realität erlaubt jedoch verschiedene Auflösungen. Wenn es heute ein weit verbreitetes Bewußtsein von der Notwendigkeit der Energieeinsparung gibt, so ist dies durchaus der breiten Bewegung gegen die Atomenergie zu danken, die insoweit folgerichtig eine außerparlamentarische Bewegung sein mußte. Zusammenfassend läßt sich feststellen: Einschränkungen des Energieverbrauchs können nicht die Lösung des Energieproblems herbeiführen; die Überprüfung des gegenwärtigen Volumens dieses Verbrauchs, die sich an einem Beschränkungsziel orientiert, vermag jedoch wichtige Impulse für Veränderungen in der Energiewirtschaft zu geben.

3. Rationelle Energieverwendung und Einsparung von Nutzenergie

3.1 Erzeugung und Umwandlung

Nach der Energiebilanz der Bundesrepublik betrugen 1975 die Umwandlungsverluste in diesem Bereich (Raffinerien, Kraftwerke etc.) 89,3 Mio. t Steinkohleeinheiten (SKE), das ist ein knappes Drittel der in der Umwandlung eingesetzten Energie und ein Viertel des gesamten Primärenergieverbrauchs der Bundesrepublik. Da diese Umwandlungsverluste Erzeugungskosten darstellen, besteht offensichtlich ein Interesse der Erzeuger, sie zu minimieren; so konnte z. B. in der Stromerzeugung der Brennstoffaufwand pro Kilowattstunde erheblich gesenkt werden. Wenn im Umwandlungsbereich dennoch Einsparungsreserven vermutet werden, so weniger in den jeweils eingesetzten Techniken als vielmehr in der Frage, welche umgewandelte Energie zu welchem Zweck verwendet werden soll. Ein *solches* Effektivitätskriterium wird durch die Erzeuger bei ihrer einzelwirtschaftlichen Kalkulation nicht angewendet. Das Problem wird jedoch deutlich, wenn die Umwandlungsverluste letztlich dem Endverbrauch zugerechnet werden, da die Effektivität des gesamten Umwandlungssystems auch davon abhängig ist, zu welchem Zweck die umgewandelten Energien verwendet werden: Es nützt wenig, in einem Kraftwerk fossile Brennstoffe mit größtmöglicher Effektivität in Elektrizität zu verwandeln, wenn diese Elektrizität später bei einem Verbraucher zu Heizzwecken verwendet wird, da der Nutzeffekt der eingesetzten fossilen Brennstoffe, würden sie direkt zum Heizen verwendet, wesentlich höher wäre. Ebensowenig sagt die erreichte Effektivität in der zentralisierten öffentlichen Elektrizitätsversorgung etwas darüber aus, wie effektiv Elektrizität in

11) (14), S. 346.

dezentralen Eigenanlagen erzeugt werden könnte, wenn z. B. in einem Industriebetrieb ohnehin Wärme erzeugt werden muß und diese dann in der sogenannten Kraft-Wärme-Kopplung auch noch zur Stromerzeugung mit herangezogen werden kann.

Für die hohen Umwandlungsverluste bei der Elektrizitätserzeugung ist die Tatsache maßgeblich, daß die zur Stromerzeugung eingesetzte Wärme (in Form von Wasserdampf) nur teilweise ausgenutzt werden kann, weil der Dampf bei weit über der Umgebungstemperatur liegenden Temperaturen aus den Turbinen entlassen werden muß. Die so anfallende *Abwärme* ist im Prinzip ein nützliches Produkt. Die Effektivität der Stromerzeugung ist also davon abhängig, inwieweit diese Abwärme anderswo nützlich eingesetzt werden kann. Wirtschaftlich betrachtet, ist die bei der Stromerzeugung anfallende Abwärme ein Kuppelprodukt des Stroms. Der für den Strom angesetzte Preis hängt davon ab, ein wie großer Teil der Kosten auf das Hauptprodukt Strom und auf das Nebenprodukt Abwärme verrechnet wird. Bei der Mehrzahl der Energieversorgungsunternehmen (EVU) bildet dieses Kuppelprodukt Abfall, dessen Beseitigung (z. B. durch Kühltürme) noch dazu Kosten verursacht. Daß die Mehrzahl der EVU die an sich nützliche Abwärme als preisloses Gut verrechnen kann, liegt nur zum Teil an den besonderen technischen Problemen der Speicherung und Verteilung der anfallenden Abwärme, zum anderen aber daran, daß die EVU aufgrund ihrer gesetzlich abgesicherten Monopolstellung für den Strom Preise fordern können, die es ihnen auch erlauben, diese Abwärme als Abfall zu behandeln. Intensive Versuche der Elektrizitätswirtschaft – wie etwa in der Mineralölindustrie für das Heizöl –, für ihr Nebenprodukt Abwärme einen Markt aufzubauen, hat es nicht gegeben. Dies war nur möglich, weil vom Markt ein entsprechender Druck nicht ausgeübt wurde und die mit der Fachaufsicht beauftragten Ministerien diese Lücke nicht entsprechend gefüllt haben. Für die Struktur der Elektrizitätserzeugung hatte dies Konsequenzen: In den letzten Jahren zeigt sich ein starker Zentralisierungstrend, der sich an dem Wachstum der Kraftwerksgrößen ablesen läßt. Je größer aber ein Kraftwerk, um so schwieriger gestaltet sich die Nutzung der Abwärme, weil sie billig nur über geringe Entfernungen transportiert werden kann. Unter Abwärmegesichtspunkten sinnvolle kombinierte Heiz- und Stromerzeugungsanlagen für Wohnblocks oder Stadtteile könnten also mit Großanlagen konkurrieren, wenn die nicht genutzte Abwärme z. B. durch eine Art Steuer in die Kalkulation internalisiert würde. Daß sich die Elektrizitätswirtschaft in diesem Punkt unter Legitimationsdruck befindet, zeigt die vom RWE erfundene Formel vom „natürlichen Fernwärmenetz unserer Flüsse"[12]).

Der Zentralisierungstrend zeigt sich auch in den Maßnahmen der EVU gegenüber der Erzeugung von Industriestrom. Insbesondere in den letzten Jahren, in denen aufgrund der Rezession die Auslastung der Kraftwerke erheb-

12) VDI-Tagung, Energieanwendung im Endverbrauch, Mai 1977. Die Formel soll besagen, daß anstelle der Nutzung der Abwärme von Kraftwerken mithilfe von (stromverbrauchenden) Wärmepumpen den Flüssen Wärme entzogen werden kann, die dann zur Raumheizung etc. verwendet werden kann.

lich zurückging, hatten die EVU wenig Interesse an der Aufnahme von fremderzeugtem Strom. Nach dem Energiewirtschaftsgesetz von 1936 ist es zulässig, daß Betreiber von Eigenanlagen mit ihrem Reserve- oder Spitzenbedarf zu anderen als den sonst üblichen Konditionen beliefert werden und daß der Strom von ihnen zu jeweils vertraglich vereinbarten Konditionen gekauft wird. So ist es üblich geworden, daß EVU sogenannte Parallelfahrgebühren erheben, mit denen die Eigenerzeugungsanlage eines Betriebs hinsichtlich ihrer Leistung und unabhängig von der Betriebsdauer „besteuert" wird. Dies läuft darauf hinaus, daß der mächtigere Konkurrent einen Wettbewerber zur Kasse bitten darf, um sich selbst vor dessen Konkurrenz zu schützen. Das Rechtfertigungsargument dafür lautet, daß solche Gebühren notwendig seien, weil das EVU, auch wenn seine Leistung nicht in Anspruch genommen werde, die Kapazitäten bereithalten müsse, um bei Ausfällen als Reserve zur Verfügung zu stehen. Dies Argument trifft jedoch nur in Fällen zu, bei denen es sich bei der Eigenerzeugungsanlage um eine im Verhältnis zur Leistung des EVU große Anlage handelt, wie das folgende Beispiel zeigt: Nehmen wir an, eine Gemeinde betreibt ein öffentliches Verkehrsnetz. Sie verlangten von allen Kraftfahrzeugbesitzern eine „Parallelfahrgebühr", da sie annimmt, daß die Autobesitzer bei Ausfall ihres Wagens die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, und daß sie dafür zusätzliche Reservekapazitäten bereithalten muß. Bei hinreichend großer Zahl von privaten Kraftfahrzeugen trifft dies jedoch nicht zu: Denn die Ausfälle der privaten Kraftfahrzeuge verteilen sich in etwa gleichmäßig über das Jahr, so daß z. B. immer 5% der Kraftfahrzeugbesitzer die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. In diesem Falle sind keine Leerkapazitäten erforderlich. Aus diesem Beispiel folgt, daß die EVUs ihre Kosten für die Bereithaltung von Reservestrom um so kleiner halten können, je größer die Zahl der an ihr Netz angeschlossenen Eigenerzeugungsanlagen ist, da sich die gleiche Reservekapazität dann sozusagen häufiger verkaufen läßt. Im Hinblick auf die gesamte Effektivität des Versorgungssystems müßten die EVU also als „öffentliche Unternehmen" die Eigenanlagen fördern. Das gleiche gilt natürlich für die Spanne zwischen dem Preis, den die Eigenerzeuger pro Kilowattstunde zahlen und dem Preis, den sie im Falle von Spitzenlieferungen erhalten. Denn auch für die Einspeisung aus Eigenanlagen in das öffentliche Netz gilt, was für den Bezug von Reserve- oder Spitzenstrom gesagt wurde: Je größer die Zahl der Teilnehmer, um so geringer müssen die Reservekapazitäten des EVU sein. Nach einer Schätzung der Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft beträgt das Einsparungspotential bei verstärkter Nutzung der industriellen Kraft-Wärmekopplung etwa 10 Mio. t SKE. Dieses Einsparungspotential wird nur dann genutzt werden können, wenn das Verhältnis von Eigenerzeugern und öffentlichen Versorgungsunternehmen gesetzlich geregelt wird.

Eine Reform des Energiewirtschaftsgesetzes in diesem Punkt ist aber auch deshalb notwendig, weil sich abzeichnet, daß in Zukunft im Zusammenhang mit der Einführung neuer Heizsysteme und regenerativer Energiequellen auch die dezentrale Eigenversorgung von Wohnblocks und anderen kleinen Einheiten wirtschaftlich sein kann. In diesem Zusammenhang sind völlig

neue Aufgaben zu lösen: Es müssen nämlich Formen gefunden werden, innerhalb derer diese Anlagen finanziert und gewartet werden. Quasi verlangt dies ein Energieversorgungsunternehmen neuen Typs. Angesichts der Marktmacht der großen Energieversorgungsunternehmen werden solche neuen Ansätze der Energieversorgung nur dann gleiche Startchancen haben, wenn darüber eindeutige gesetzliche Regelungen getroffen werden[13]).

3.2 Industrie

Stärker als in den Bereichen Haushalte und Kleinverbrauch sowie Verkehr wurden in der Industrie bereits in der Vergangenheit zahlreiche Möglichkeiten der Energieeinsparung ausgenutzt. Dies hat sich in einem kontinuierlich sinkenden Energieverbrauch je Produkteinheit niedergeschlagen. Wenngleich von daher spektakuläre Einsparungsmöglichkeiten in der Industrie nicht zu erwarten sind, so läßt sich doch die weitere Entwicklung des spezifischen Energieverbrauchs mit Hilfe entsprechender wirtschaftspolitischer Maßnahmen nachhaltig beeinflussen. Diese hätten an folgenden vier Punkten anzusetzen:

1) Der erste Ansatzpunkt liegt paradoxerweise in denjenigen Industriezweigen, in denen die Energiekosten keine besondere Rolle spielen. Sofern in solchen Unternehmen keine selbst hergestellten Anlagen verwendet werden, liegt für diese Unternehmen der Energieverbrauch im allgemeinen durch die von anderen Unternehmen produzierte Anlage unbeeinflußbar fest. Hier käme es darauf an, die Hersteller von Anlagen dazu zu veranlassen, bei der Konstruktion von Maschinen den Gesichtspunkt der rationellen Energieverwendung stärker zu berücksichtigen. Die Aufgabe, die verschiedenen Produktionstechniken unter dem Gesichtspunkt der energiewirtschaftlichen Rationalisierung zu durchdenken, ist dem gewerkschaftlichen Anliegen der arbeitsfreundlicheren Gestaltung von Maschinen vergleichbar und könnte von einer entsprechenden Beratungsinstanz übernommen werden.

2) Nicht immer lassen sich für vorgegebene Produkte und Techniken Einsparungen erarbeiten. Jedoch können sie möglicherweise dadurch erzielt werden, daß eine Substitution gefördert wird oder für einen bestimmten Zweck gleichwertige Produkte, deren Herstellung wesentlich weniger Energie erfordert, entwickelt werden.

3) Im Zusammenhang damit liegt ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt zur Einsparung von Energie in dem verstärkten Recycling energieintensiver Rohstoffe. Derzeit beträgt die Recycling-Quote in der Glasindustrie 10%, in der Papier- und Pappe-Industrie 45%, bei Blei 52%, Zinn 48%, Kuper 40%, Eisen 35%, Aluminium 32%, Zink 30% und bei Kunststoffen zwischen 25 und 80%. Jedoch sind die Möglichkeiten, auf diesem Wege Energie einzusparen, nach

13) Die Linie der Bundesregierung, „bei der Lösung auch komplizierter Probleme der Energieversorgung weitgehend auf die privatwirtschaftliche Verantwortung zu bauen" [(27), S. 352], dürfte sich nicht als hinreichend erweisen. Von der Reform des Energiewirtschaftsgesetzes wird zwar viel gesprochen. Weder im Energieprogramm der Bundesregierung noch in der Rede des Bundeswirtschaftsministers in der energiepolitischen Debatte des Bundestags am 20. 4. 1978 wurde dies jedoch auch nur erwähnt.

Auffassung des Bundesforschungsministeriums bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Zur Verdeutlichung kann das Beispiel des Aluminiums dienen: Beim Umschmelzen von Aluminiumschrott wird nur 10% der Energiemenge benötigt, die zur Herstellung der gleichen Metallmenge aus Bauxit erforderlich wäre[14]).

4) Kleine und mittlere Unternehmen können die vorhandenen Einsparungsmöglichkeiten vielfach aufgrund mangelnder Informationen nur unzureichend ausschöpfen.

3.3 Haushalte

Die Entwicklung des Energieverbrauchs der Haushalte hängt, grob gesprochen, von den folgenden vier Größen ab: Der Entwicklung der Bevölkerung, der Entwicklung der Wohnungsgröße pro Kopf der Bevölkerung, der Ausstattung mit energieverbrauchenden Geräten insbesondere dem Heizungs- und Warmwasserbereitungssystem und schließlich der Intensität der Nutzung der Geräte, die sich zusammen im spezifischen Energieverbrauch pro Person ausdrücken. Die Maßnahmen zur Förderung der Energieeinsparung können an einer ganzen Reihe verschiedener Punkte ansetzen, die hier kurz erörtert werden sollen:

1) Bessere Information der Verbraucher über die Energiekosten von Haushaltsgeräten: Diese bessere Information ist allerdings nur nützlich, wenn von der Herstellerseite versucht wird, dem Gesichtspunkt des Energieverbrauchs bei der Konstruktion besser Rechnung zu tragen.

2) In der Bundesrepublik wird ein erheblicher Teil der Heißwasserbereitung mit Hilfe des energetisch wenig effektiven Stroms erzeugt. Wegen der hohen Abwärmeverluste im Kraftwerk kann bezogen auf die Primärenergie höchstens 30% der Energie nutzbringend eingesetzt werden. Die Heißwasserbereitung mit Gas oder anderen fossilen Brennstoffen erreicht demgegenüber leicht die doppelte Wirksamkeit. Durch den allmählichen Abbau der Elektrizität als Quelle von solcher Niedrigtemperaturwärme könnte eine erhebliche Einsparung erzielt werden. Dazu kommen alle Geräte, die in größerem Umfang Heißwasser benutzen, wie Geschirrspüler und insbesondere Waschmaschinen. Wie in anderen Ländern bereits üblich, sollten solche Geräte direkt an die Heißwasserversorgung angeschlossen werden können, so daß die elektrische Aufheizung des Wassers in dem Gerät entfallen kann. Nach eigener Berechnung ließe sich allein durch den Anschluß der Waschmaschinen an die Heißwasserversorgung eine Einsparung von etwa 2 Mio. t SKE erreichen. Weiterhin würde dadurch Kraftwerkskapazität von etwa 1200 MW eingespart werden, also Kapazität von der Größe eines Atomkraftwerks. Das Beispiel zeigt, daß die Umstellung aller Heißwasserbereiter von Elektrizität auf andere Energieträger wesentlich größere Einsparungen zur Folge haben könnte.

14) Vgl. (10), S. 25, S. 33f. und S. 47.

3. Bessere Wärmedämmung und Isolierung von Wohngebäuden: Es dürfte keine Übertreibung sein, zu behaupten, daß die Bauwirtschaft sich bisher um die Isolierung von Gebäuden nicht sehr intensiv gekümmert hat. Die gesetzliche Einführung höherer Mindestnormen für die Wärmedämmung wird sicherlich einen Anstoß zur Veränderung geben. Jedoch fehlt es noch an wirtschaftlichen Anreizen: Im Falle von Eigentumsobjekten ist es möglich, daß Wärmedämm-Maßnahmen unterbleiben, da sie sich auf den Preis auswirken, auch wenn die durch sie erzielbaren Einsparungen die Kostensteigerung überschreiten würden (vgl. dazu Abschnitt 4).

Im übrigen fehlt eine für den Verbraucher nachvollziehbare deutliche und überprüfbare Kennzeichnung von Wärmedämmungs-Maßnahmen, die um so notwendiger wird, je mehr in der Werbung mit der Wärmedämmung operiert wird. Ähnliches gilt für Mitetwohnungen: Da die laufenden Heizkosten vom Mieter zu zahlen sind, hat der Vermieter zunächst kein Interesse an Wärmedämmungs-Maßnahmen, die seinen Aufwand erhöhen. Der Mieter dagegen hat keinen Anreiz an sparsamen Umgang mit der Heizenergie, solange die Heizkosten nicht individuell auf die einzelnen Wohnungen abgerechnet werden, da der von ihm zu zahlende Teil sonst je nach der Anzahl der Wohnungen von seinem Verhalten relativ unabhängig bleibt. Durch eine verbrauchsbezogene Abrechnung im Zusammenhang mit dezentralen Regelungsmöglichkeiten entsteht jedoch eine Interessiertheit des Mieters. Um Vermieter und Mieter an der Energiekostensenkung zu interessieren, sind aber darüber hinausgehende Regelungen notwendig. Eine bessere Wärmedämmung von Gebäuden geht Hand in Hand mit der Möglichkeit, durch die Reduzierung der Raumtemperatur weitere Energie einzusparen: Die als angenehm empfundene Temperatur hängt nämlich sowohl von der Oberflächentemperatur der Raumwände als auch von der Lufttemperatur des Raumes ab. Bei schlechter Wärmedämmung muß der höhere Abstand zwischen beiden Temperaturwerten durch eine Erhöhung der Lufttemperatur kompensiert werden. Dieser Effekt entfällt bei besserer Isolierung.

4) Andere Heizsysteme: Warmwasserbereitung und Heizung schlucken den größten Teil des Energieverbrauchs der Haushalte. Einsparungen lassen sich nicht nur durch bessere Isolation der Gebäude erzielen, sondern auch durch eine Veränderung der Heizverfahren. Zunächst ist es wegen der Abwärme immer unsinnig, Energie zuerst in Elektrizität zu verwandeln und anschließend zur Erzeugung von Niedrigtemperaturwärme einzusetzen. Dennoch enthält die Kapazitätsplanung der Energieversorgungsunternehmen große Reserven für eine Expansion der Elektroheizung. In einer internen Studie der Vereinigung der Deutschen Elektrizitätswerke wurde festgestellt, daß von den für 1985 für die Haushalte eingeplanten Kapazitäten die Hälfte nur dann verkaufbar sein werde, wenn Anstrengungen unternommen würden, die Elektroheizung stark zu expandieren.

Früher wurde das Heizen mit Strom dadurch gerechtfertigt, daß sich durch die Nachtstromheizungen die Kapazitäten in der Stromerzeugung besser ausnutzen ließen. Dies Argument wird jedoch zum Bumerang, wenn Erzeugungska-

pazitäten ausgebaut werden, um nun *mehr* Elektroheizungen zu installieren. Im übrigen ist die Elektroheizung trotz der Nachttarife keineswegs billig: Bei einem Preis von 0,07 DM pro kWh kostet das einem Liter Heizöl entsprechende Wärmeäquivalent 0,57 DM, also fast doppelt so viel wie 1 Liter Heizöl. Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Wirkungsgrad von Ölheizungen weit unter 100% liegt, ergibt sich immer noch ein um 50% höherer Energiepreis der Elektroheizungen. Von der Elektrizitätswirtschaft wird nun gerade die Tatsache, daß sie auf dem Wärmemarkt „konkurrenzfähig" der Konkurrenz anderer Energieträger ausgesetzt sei, als Beweis dafür angeführt, daß in der Elektrizitätswirtschaft marktwirtschaftlich alles in Ordnung sei[15]). Hier ist jedoch darauf zu verweisen, daß insbesondere bei Mietwohnungen nicht der spätere Verbraucher der Heizleistungen (der Mieter) über die Installation der Heizanlage entscheidet, sondern der Vermieter für den in erster Linie der Vergleich der Anlagekosten von Bedeutung ist, bei dem die Elektroheizung zum Teil günstig abzuschneiden vermag. Wenn man also im Vordringen der Elektroheizungen schon ein Funktionieren der Marktwirtschaft erkennen will, dann höchstens auf dem Markt für Heizanlagen, nicht jedoch auf dem Energiemarkt.

Sprechen so zunächst alle Argumente gegen die Ausweitung der Elektroheizung und der Heißwasserbereitung mit Strom, so wird dagegen das Argument angeführt, daß mit Hilfe der Atomenergie für die Elektroheizung eine neue Energiequelle nutzbar gemacht werden könnte, die dazu beitragen könnte, den Ölverbrauch zu reduzieren. Dieses Argument gilt freilich nur für Brutreaktoren und kann angesichts des gegenwärtigen Standes der Entwicklung dieser Reaktoren nicht als Argument für die Elektroheizung zählen, weil nicht absehbar ist, ob nicht andere Heizsysteme (Wärmepumpen, Solarkollektoren und zum Teil auch Windgeneratoren etc.) soweit zu entwickeln sind, daß sie eine auch wirtschaftliche Alternative darstellen könnten. Bei entsprechend intensiver Forschungsförderung ist dies langfristig nicht auszuschließen. Im Kern ist die Kontroverse um die Atomenergie also eine Kontroverse um die Frage der zukünftigen Heizsysteme. Eine forcierte Expansion der Elektroheizung würde fast unabwendbar und zunächst unsichtbar die Weichen in Richtung von mehr Atomenergie stellen, ohne daß dies für lange Frist begründet werden kann.

Welche Einsparungsmöglichkeiten im Haushaltsbereich zur Verfügung stehen, ergibt sich aus einer Schätzung der Essener Arbeitsgruppe Umwelt, Gesellschaft, Energie, nach der bis zum Jahre 1990 eine Anhebung des Lebensstandards der Gesamtbevölkerung auf das Niveau der sogenannten „Konsumprotagonisten" möglich wäre (größere Wohnfläche, bessere Ausstattung mit Elektrogeräte etc.), ohne daß der Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung ansteigen müßte[16]).

15) Diese Position vertritt z. B. Oberlack (22).
16) Vgl. (20), S. 124ff.

3.4 Einsparungen im Verkehr

Die Möglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs im Verkehrswesen liegen auf drei Ebenen. Zum einen lassen sich die vor allem im Bereich des Straßenverkehrs extrem niedrigen Wirkungsgrade verbessern (rationellere Energieverwendung); zum anderen kann die Nachfrage nach Verkehrsleistungen verstärkt auf die energetisch günstigsten Verkehrsträger umgelenkt werden; schließlich läßt sich langfristig der Nutzenergiebedarf des Verkehrssektors insgesamt senken. Die wesentlichen Möglichkeiten zur Verringerung der Energieverluste im Bereich des Straßenverkehrs, auf den 1975 85% des Energieverbrauchs des Verkehrssektors insgesamt entfielen, liegen in der Verringerung des Luft- und Rollwiderstands und der Reibungswiderstände, in der Verminderung des Fahrzeuggewichts sowie in der Weiterentwicklung von Verbrennungsmotoren, Getrieben usw.[17]). Im Bereich des PKW-Verkehrs lassen sich bei Ausnutzung dieses Potentials bis zum Jahre 2000 mehr als 20% an Energie einsparen[18]). Beträchtlich sind darüber hinaus die Einsparungseffekte von Maßnahmen, die auf eine Verminderung des Nutzenergiebedarfs des Verkehrssektors abzielen. Neben der energetischen Optimierung des Fahrverhaltens[19]) zählen hierzu insbesondere[20]):

– höhere Besetzungsgrade im Individualverkehr, besonders im Berufsverkehr (Fahrgemeinschaften);

– die Verlagerung von Individualverkehr auf öffentlichen Verkehr mit wesentlich geringerem spezifischen Energieverbrauch (s. Tabelle 1, S. 836).

– Verkürzung der Fahrwege durch bessere Zuordnung von Wohnungen, Arbeitsstätten, Dienstleistungseinrichtungen und Freizeitgebieten;

– Verlagerung des motorisierten Verkehrs auf Fahrradverkehr und Fußwege, wobei allerdings die Vermehrung der kurzen Wegstrecken durch eine entsprechende Siedlungsordnung eine wesentliche Voraussetzung ist;

– Ersetzung von physischem Verkehr durch die verschiedenen Möglichkeiten der Telekommunikation.

Bei konsequenter Nutzung der genannten Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung und zur Energieeinsparung ist es auf längere Sicht möglich, den Energiebedarf des Verkehrssektors auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren, wenn nicht gar zu senken[22]). Die wesentlichen Hemmnisse für die Durchsetzung solcher Maßnahmen sind bei der Automobilindustrie zu suchen, die sich sowohl gegen staatliche Auflagen und Regelungen hinsichtlich einer energiesparenden Ausstattung und Nutzung der Kraftfahrzeuge ausspricht, als auch insbesondere gegen eine anteilmäßige Verringerung des Straßenverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen auftritt. Der Einfluß der Au-

17) Vgl. (9), S. 226ff.
18) Vgl. (9), S. 225.
19) Vgl. (12), Teil 3.1, S. 19ff.
20) Vgl. (15), S. 21.
22) (15), S. 21.

tomobilindustrie auf die Verkehrspolitik hat sich anläßlich des sogenannten Leber-Planes gezeigt, der die Verlagerung eines Teils des Güterfernverkehrs von der Straße auf die Schiene vorsah.

Tabelle 1: Spezifischer Primärenergieverbrauch (PEV) der Verkehrsmittel in der BRD bei gleichen, vorgegebenem Auslastungsgrad[21])

Verkehrsmittel	spez. PEV (kg SKE/1000 Pkm bzw. tkm)
PKW	80
Bus	9
Stadtbahn	13
Nahverkehrszüge (Diesel)	28
Fernreisezüge (E-Traktion)	37
Langstrecken-Jet	170
LKW (über 2t), Autobahn	50
Bahn (E-Traktion)	19
Binnenschiff	14

4. Hemmnisse gegenüber der Einführung von energiesparenden Maßnahmen

Der Einführung von Maßnahmen und Mitteln der Energieeinsparung und der rationellen Energieverwendung stehen verschiedene Hemmnisse entgegen. Zunächst handelt es sich um all diejenigen Hemmnisse, die Neuerungen gegenüber allgemein auftreten und aus der Trägheit von Wirtschaft und Technik gegenüber Veränderungen resultieren. Diese Trägheit selbst ist keine feste Größe, sondern u. a. abhängig von den jeweils ergriffenen Maßnahmen. Auf diese „Innovationshemmnisse" soll hier nicht weiter eingegangen werden. Bevor jedoch energiesparende Maßnahmen überhaupt diskutabel werden, muß jeweils vorausgesetzt werden, daß die Schwelle der Wirtschaftlichkeit bereits erreicht worden ist. Die Einführung solcher Maßnahmen ist also immer nur dann zu erwarten, wenn sie nicht nur zu einer Energieeinsparung, sondern auch zu einer finanziellen Einsparung führen (bzw. mindestens keinen zusätzlichen Aufwand verursachen). Die Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs hängen vom Energiepreis, den Anschaffungs- und Betriebskosten der Energiesparmaßnahmen, dem Zinssatz und dem Amortisationszeitraum ab.

In Tabelle 2 (S. 837) ist eine solche Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt. Sie ist folgendermaßen zu lesen: Eine energiesparende Maßnahme amortisiert sich in . . . Jahren, wenn mindestens . . .% der Anschaffungskosten (einschließlich Betriebs- und Wartungskosten) jährlich eingespart werden können. Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß das Spektrum der idealtypisch ökonomisch möglichen Energiesparmaßnahmen im wesentlichen von dem zugrundegelegten Amortisationszeitraum abhängt. Z. B. wäre eine Wärmedämmungsmaßnahme, die 3000 DM kostet und zu einer Einspa-

21) Vgl. (26).

rung von jährlich 360 DM Heizkosten führt, über den Zeitraum von 10 Jahren betrachtet wirtschaftlich, während sie bei Zugrundelegung eines kürzeren Zeitraums als unwirtschaftlich erscheinen müßte. Wegen der langen Lebensdauer des Gebäudes wäre es sicher angebracht, auch eine längere Amortisationsperiode zugrundezulegen. Da aber nicht darauf vertraut werden kann, daß der Marktmechanismus dazu führt, daß der jeweils adäquate Zeitraum zugrundegelegt wird, kann eine auf Energieeinsparung bedachte Politik nicht darauf verzichten, auch die wirtschaftlichen Bedingungen für Energiesparmaßnahmen zu beeinflussen. Durch Maßnahmen der steuerlichen und finanziellen Förderung von Investitionen, die eine Senkung des Energieverbrauchs zur Folge haben, läßt sich der Amortisationszeitraum verkürzen, was angesichts der sonst bei Investitionen üblichen Amortisationsdauer geboten erscheint.

Tabelle 2: Wirtschaftlichkeit von Energiesparmaßnahmen

Amortisationszeit in Jahren	*Mindestens notwendige jährliche Energieeinsparung in % der Anschaffungskosten*	
	A	*B*
3	36	35
5	22	21
10	12	11

A = Kapitalmarktzins von 4% über der Inflationsrate.
B = Berücksichtigung einer jährlichen 2%igen Preissteigerung der Energie gegenüber dem Preisniveau.

Die Betriebs- und Wartungskosten der Energiesparmaßnahmen sind den Anschaffungskosten hinzuzufügen.

Damit sind freilich noch nicht diejenigen Hemmnisse beseitigt, die aus der Monopolisierung erheblicher Teile der Energiewirtschaft der Bundesrepublik resultieren. Bei dem hohen Monopolgrad der Energiewirtschaft ist nicht gewährleistet, daß sich die Wirtschaftlichkeit bestimmter Energiesparmaßnahmen, die sich im idealtypischen Modell ergibt, auch real durchsetzen kann.

5. *Die Maßnahmen der Bundesregierung nach der 2. Fortschreibung*

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit die Bundesregierung die skizzierten Möglichkeiten der Energieeinsparung auszuschöpfen beabsichtigt. Im Energieprogramm des Jahres 1973 sowie in der 1. Fortschreibung (1974) wurde die Problematik der rationellen und sparsamen Energieverwendung im wesentlichen auf der Ebene allgemeiner Absichtsbekundungen abgehandelt, ohne daß konkrete Maßnahmen angegeben wurden. Die Sicherheit der westdeutschen Energieversorgung sollte diesen Programmen zufolge in der Hauptsache durch eine langfristige vertragliche Absicherung von Öl- und Erdgasbezügen sowie durch den raschen Ausbau der Atomenergie erreicht werden.

Bedingt vor allem durch die starke außerparlamentarische Bewegung gegen die Kernkraftwerke, sah sich die Bundesregierung genötigt, ihre Strategie zu revidieren und Fragen der Energieeinsparung eine höhere Priorität einzuräumen. In der im Dezember 1977 verabschiedeten 2. Fortschreibung des Energieprogramms heißt es: „Schwerpunkt des hier vorgelegten Programms ist es, den langfristigen Zuwachs der Energienachfrage zu verringern und das Angebot zur Deckung dieser Nachfrage zu verbreitern und zu sichern."[23]) Folgende Maßnahmen zur Energieeinsparung sind danach vorgesehen:

Abwärme-Nutzung

– Mit Hilfe einer „privatwirtschaftlichen Vereinbarung" zwischen der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft und der Industrie soll eine stärkere Nutzung der in der Industrie anfallenden Abwärme für die Stromerzeugung ermöglicht werden;

– durch den Ausbau der Fernwärme, die im Rahmen des „Programms für Zukunftsinvestitionen" mit 680 Mio. DM sowie durch eine 7,5%ige Investitionszulage gefördert wird, soll eine verstärkte Nutzung der bei der Stromerzeugung entstehenden Abwärme erreicht werden.

Einsparungen im Sektor Haushalte und Kleinverbrauch

– Minderung der verbrauchsfördernden Degression des Strom-Grundpreistarifs II;

– Verbesserung der Wärmedämmung bei Neubauten durch die Wärmeschutz-Verordnung vom 11. August 1977;

– Verbesserung des Wärmeschutzes bei Altbauten durch das für fünf Jahre konzipierte „Programm zur Förderung heizenergiesparender Investitionen in bestehenden Gebäuden" mit einem Volumen von 4,35 Mrd. DM. Längerfristig soll die Verbesserung der Wärmeisolierung bestehender Bauten durch das in diesem Sinne zu erweiternde Wohnungsmodernisierungsgesetz gefördert werden;

– gesetzliche Vorschrift des Einbaus von Zentralsteuerungsanlagen bzw. Thermostatventilen in Mietshäusern mit Zentralheizung;

– Gesetzliche Vorschrift des Einbaus von doppelt verglasten Fenstern in Mietwohnungen bei Ersatzbedarf;

– Verbesserung des energetischen Wirkungsgrades von Heizungsanlagen durch gesetzliche Auflagen hinsichtlich der technischen Ausstattung und der Wartung der Anlagen;

– Kennzeichnung des Energieverbrauchs bei wichtigen Elektrogroßgeräten;

– Förderung des Einbaus von Wärmepumpen und Solarkollektoren im Rahmen des genannten 4,35 Mrd. DM umfassenden Sofortprogramms;

---

23) (7), S. 2.

– Beratung der privaten Haushalte über Energie-Einsparungsmöglichkeiten (3 Mio. DM).

Industrie

– Förderung energiesparender Investitionen durch eine 7,5%ige Investitionszulage nach § 4a des Investitionszulagegesetzes;

– Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen über Einsparungsmöglichkeiten (2,5 Mio. DM).

Verkehr

– Präzise Information der Kfz-Besitzer über den Energieverbrauch (Normierung der Werksangaben über den Benzinverbrauch, verbrauchsanzeigende Geräte usw.).

Die Tatsache, daß mit der 2. Fortschreibung des Energieprogramms die staatlichen Maßnahmen zur rationellen und sparsamen Energieverwendung stark zugenommen haben, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wichtige Fragen nach wie vor offen geblieben sind. Ungeklärt ist z. B. für den Bereich der Industrie, wie die industriellen Widerstände gegen eine verstärkte Wiederverwendung von Altmaterial überwunden werden können. Für den Bereich der Elektrizitätswirtschaft ist nicht geklärt, wie die energetisch günstigen Blockheizkraftwerke in das herrschende System der Elektrizitätserzeugung integriert werden können. Unberücksichtigt bleibt ferner die elektrische Erzeugung von Niedertemperaturwärme (s. o.).

Daß an eine Beschränkung des Stromverbrauchs zu Heizzwecken und zur Warmwasserbereitung nicht gedacht ist, hat zur Konsequenz, daß der Stromverbrauch des Sektors Haushalte und Kleinverbrauch weiterhin überdurchschnittliche Wachstumsraten aufweist und 1990 bereits deutlich den industriellen Stromverbrauch übertreffen soll[24]). Der starke Stromverbrauchszuwachs dieses Sektors trägt somit entscheidend dazu bei, daß der Anteil des Stromverbrauchs am Gesamtenergieverbrauch der BRD weiter expandieren wird und die gesamtwirtschaftlichen Energieverluste zunehmen: von 25,9% im Jahre 1975 auf 30,1% 1990. Daher ist die mangelnde Ausschöpfung der Stromeinsparungsmöglichkeiten im Sektor Haushalte und Kleinverbrauch als eine Ursache dafür anzusehen, daß die von der Bundesregierung angestrebte Auflockerung der Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Primärenergieverbrauch nur unzureichend verwirklicht werden kann. Eine Stabilisierung des Stromverbrauchs auf dem heutigen Niveau allein im Bereich der privaten Haushalte (ohne Kleinverbrauch), die nach Berechnungen der Essener Arbeitsgruppe Umwelt, Gesellschaft, Energie (AUGE)[25]) auch bei einer weiter verbesserten Ausstattung der Haushalte mit elektrischen Geräten möglich wäre, wenn

24) (7), S. 14.
25) (20), S. 124f.

– Niedertemperaturwärme unterhalb von ca. 60 Grad nicht mehr durch Elektrizität gewonnen und

– der Wirkungsgrad der Elektrizität in Elektrogeräten verbessert wird,

würde 1990 eine Einsparung von ca. 90 Mrd. kWh Strom bedeuten[26]); das entspricht der Erzeugungskapazität von 12 bis 13 1200-MW-Kraftwerken im Grundlastbereich und 18 bis 25 Mio. t SKE Primärenergie. Der Zuwachs des Primärenergieverbrauchs könnte auf diese Weise nicht unbeträchtlich verringert werden.

Faktisch keine Maßnahmen zur Begrenzung des Energieverbrauchs sieht das Energieprogramm für den Sektor Verkehr vor; die Nutzung des vorhandenen Einsparungspotentials bleibt damit allein dem Marktmechanismus überlassen, dessen Unzulänglichkeit in bezug auf die Durchsetzung energiesparender Technologien und Strukturen als erwiesen gilt und auch von der Bundesregierung gesehen wird. So ist weder vorgesehen, den Kraftstoffkonsum mit Hilfe einer stärkeren Verbrauchsorientierung der Kfz-Steuer und anderen staatlichen Auflagen zu begrenzen, noch ist daran gedacht, die Struktur des Verkehrswesens zugunsten der energetisch günstigeren Massentransportmittel zu verändern oder das Verkehrsaufkommen insgesamt durch entsprechende raumordnerische und stadtplanerische Strategien zu reduzieren.

Was die Verlagerung des Verkehrs auf die Massenverkehrsmittel anbelangt, fällt die 2. Fortschreibung noch hinter das Energieprogramm aus dem Jahre 1973 zurück. Dort hieß es noch: „Die von der Bundesregierung geförderten Entwicklungen von leistungsfähigen Massenverkehrssystemen für den Nah- und Fernverkehr . . . können in diesem Bereich einen nützlichen Beitrag leisten."[27]) Die seit 1974/75 vollzogene Abkehr von der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs[28]) hat dazu geführt, daß auch die Nutzung der in diesem Bereich liegenden Möglichkeiten zu Energieeinsparung nicht mehr in Betracht gezogen wurde.

Zusammenfassend läßt sich folgendes sagen: Trotz der Vielzahl vorgeschlagener oder angekündigter Maßnahmen ist das Programm zur rationellen Energieverwendung nach wie vor lückenhaft. Staatliche Maßnahmen sind vor allem für jene Bereiche vorgesehen, in denen organisierter Widerstand nicht zu erwarten ist: nämlich bei den Haushalten und den energiesparenden Investitionen der Industrie. Maßnahmen jedoch, die mit den Interessen relevanter Industriezweige konfligieren könnten (Elektrizitätswirtschaft, Automobilindustrie), bleiben ausgeklammert; so wird etwa die unrationelle Erzeugung von Niedrigtemperaturwärme durch Strom nicht angesprochen. Es liegt auf der Hand, daß hier auch kurzfristige Beschäftigungsüberlegungen eine Rolle spielen (vgl. Anm. 5a). Die Glaubwürdigkeit des Energieprogramms wäre jedoch erheblich größer, wenn zu den Beschäftigungseffekten verschiedener

26) Berechnet nach (20), S. 123 und (7), S. 14, unter Annahme eines konstanten Anteils des Sektors Haushalte und Kleinverbrauch am Stromverbrauch.
27) (4), S. 18.
28) (19), S. 60ff.

vorgeschlagener Maßnahmen etwas ausgesagt würde. Der Zusammenhang von Energieverbrauch und Beschäftigung ist durchaus komplex, so daß auch der Pfad größerer Energieeinsparung beschäftigungspolitisch günstiger sein könnte.

Literatur

(1) J. G. Boggis, Field trials show domestic consumers respond to seasonal and demand tariffs, in: „Electrical Review", 1974, S. 162–163.
(2) G. Bombach, Wachstumstheorie und Grenzen des Wachstums, in: G. Bombach u. a. (Hrsg.), Ausgewählte Probleme der Wachstumspolitik, Tübingen 1976, S. 135–159.
(3) Bundesregierung, Antwort auf die Große Anfrage der SPD und FDP zur Energiepolitik vom 8. 6. 1977, Bundestagsdrucksache 8/570.
(4) Dieselbe, Energieprogramm 1973, Bundestagsdrucksache 7/1057.
(5) Dieselbe, Erste Fortschreibung des Energieprogramms, Bundestagsdrucksache.
(6) Dieselbe, Grundlinien und Eckwerte für die Fortschreibung des Energieprogramms, in: „Bulletin des Presse und Informationsamtes der Bundesregierung, („Bulletin . . ."), 30/1977.
(7) Dieselbe, Zweite Fortschreibung des Energieprogramms, Bundestagsdrucksache 8/1357.
(8) Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie (Dokumentation), Bonn 1977.
(9) Dasselbe, Technologien zur Einsparung von Energie, Kurzfassung und Erläuterung des technischen Teils, Stuttgart 1977.
(10) Dasselbe, Rahmenprogramm Forschung und Entwicklung zur Sicherung der Rohstoffversorgung 1976–1979, Bonn 1976.
(11) B. Commoner, Energieeinsatz und Wirtschaftskrise, Hamburg 1977.
(12) Forschungsstelle für Energiewirtschaft (Hrsg.), Technologien zur Einsparung von Energie im Endverbrauchssektor Verkehr, München 1977.
(14) H. J. Gamm, Die Wiederentdeckung der Bescheidenheit, in: „Demokratische Erziehung", 3/1977.
(15) K. Ganser, Die energiepolitische Kontroverse, in: Probleme der Energieversorgung, Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Hannover 1977.
(16) V. Hauff, Energiesparende Systeme, Referat auf der Veranstaltung der VEW am 10. 10. 1977, in: „Bulletin . . .", 100/1977.
(17) Jahrbuch der Atomwirtschaft.
(18) Jahrbuch für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie.
(19) W. Linder, U. Maurer, H. Resch, Erzwungene Mobilität – Alternativen zur Raumordnung, Stadtentwicklung und Verkehrspolitik, Köln 1975.
(20) K. Meyer-Abich, Energieeinsparung als Energiequelle, in: Energie, Beschäftigung, Lebensqualität, hrsg. von W. Dröscher u. a., Bonn 1977.
(21) Monopolkommission, Mehr Wettbewerb ist möglich, Baden-Baden 1976.
(22) H. W. Oberlack, Situationsanalyse des Energieträgers Strom in der Bundesrepublik, in: „Zeitschrift für Energiewirtschaft", 1/1977, S. 24–30.
(23) N. Rosenberg, Technological change and natural resources: the niggardliness of nature reconsidered, in: N. Rosenberg, Perspectives on Technology, Cambridge 1976, S. 229–248.
(24) Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik.
(25) VDEW, Überlegungen über die Entwicklung des Stromverbrauchs privater Haushalte bis zum Jahre 1990, Frankfurt/M. 1977.
(26) Verkehrswissenschaftliches Institut an der RWTH Aachen, Spezifischer Energieeinsatz im Verkehr. Ermittlung und Vergleich spezifischer Energieverbräuche, Aachen 1976.
(27) Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, Ziele und Schwerpunkte des Energieprogramms, in: „Bulletin . . .", 37/1978.
(28) Karl-Friedrich v. Weizsäcker, Friedliche Nutzung der Kernenergie – Chancen und Risiken. Vortrag im Wissenschaftszentrum Bonn am 9. 3. 1978, in: „Bulletin . . .", 26/1978.
(29) K. P. Möller, Energieprobleme entschärft, in: „Umschau in Wissenschaft und Technik", 1978, S. 107.

Hitler und das Kapital

1925–1928

Von Kurt Gossweiler

Der am 1. und 2. Juli 1978 in Aschaffenburg mit großem Aufwand als „Gipfeltreffen" der „Hitler-Forscher" in Szene gesetzte Kongreß „Hitler heute" hat nur ein weiteres Mal deutlich gemacht, wie sehr eine Forschung, die es ablehnt, den Zusammenhang von Faschismus und Monopolkapital zur Kenntnis zu nehmen, um den deutschen Faschismus stattdessen allein aus der persönlichen Biographie und Psyche Adolf Hitlers zu erklären, der derzeitigen „Hitler-Welle" in die Hände arbeitet und der politischen Rehabilitierung des deutschen Faschismus bewußt oder unfreiwillig Vorschub leistet. Über den für die aktuelle Entwicklungsrichtung der Hitler-Welle aufschlußreichen Aschaffenburger Kongreß, der einen skandalösen Verlauf nahm, werden wir noch ausführlich berichten.

Nachfolgend beginnen wir mit der Veröffentlichung eines zweiteiligen Aufsatzes von Kurt Gossweiler, Vorabdruck aus einer in Vorbereitung befindlichen Arbeit über das Verhältnis von Monopolkapital, Staat und NSDAP 1925–1933, der den von der bürgerlichen „Hitler-Forschung" tabuisierten Zusammenhang der Aufstiegsgeschichte der NSDAP und Adolf Hitlers mit den deutschen Kapitalinteressen für den bislang wenig untersuchten Zeitabschnitt 1925 bis 1928 behandelt und damit den Personalisierungstendenzen und jeder Dämonisierung Hitlers den Boden entzieht. D. Red.

Hitler vor dem Hamburger Nationalklub

Am 27. Februar 1925 wurde die NSDAP neugegründet, nachdem das wegen des Putsches vom November 1923 erlassene Verbot der Partei am 7. Januar 1925 in Preußen, am 16. Februar 1925 in Bayern und danach auch in den anderen Ländern aufgehoben wurde[1]).

Bei den Massen in Deutschland fand diese Gründung kaum Beachtung. Von Anfang an erfreute sich die neugegründete NSDAP jedoch wohlwollender Unterstützung in bestimmten Kreisen des Bürgertums, und schon ein Jahr nach der Neugründung wurde Hitler wieder in den Klubs und Salons hochkarätiger Monopolisten herumgereicht, um dort sich selbst und seine Partei als Retter vor dem Marxismus und Bolschewismus anzubieten. Am 28. Februar

1) Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945 (künftig: Handbuch der bürgerlichen Parteien), Bd. II, Leipzig 1970, S. 397; Albrecht Tyrell, Führer befiehl . . . Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 95; Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 10.

1926 konnte Hitler vor dem Hamburger „Nationalklub von 1919" auftreten[2]), und zwischen Juni 1926 und Dezember 1927 war er nicht weniger als fünfmal Gast von Ruhrindustriellen[3]).

Zur Klärung des Verhältnisses von Monopolbourgeoisie und NSDAP sind diese Treffen, die Referate Hitlers und ihre Aufnahme durch die Zuhörer ungemein aufschlußreich. Über den Auftritt in Hamburg lesen wir in einer Nazi-Festschrift „Adolf Hitler in Hamburg": „Adolf Hitler hatte . . . schon einmal . . . in Hamburg gesprochen. Allerdings nicht vor der breiten Öffentlichkeit . ., sondern in dem streng geschlossenen Kreise eines politischen . . . Klubs. Es war der „Nationalklub von 1919", eine Vereinigung der, wie man damals noch sagte, die Spitzen der Gesellschaft und der Wirtschaft angehörten."[4]) Gründer des Nationalklubs war der Bankier Max v. Schinkel von der führenden Norddeutschen Bank und Discontogesellschaft[5]). Der frühere Reichskanzler Cuno, Direktor der Hapag, war selbstverständlich Mitglied, zeitweilig sogar Vorsitzender des Nationalklubs[6]). Anfang 1926 hatte der Klub 400–450 Mitglieder[7]). Der Leiter der Versammlung stellte Hitler den Hamburger Reedern, Werftbesitzern und Großkaufleuten mit Worten vor, die das Maß der gebotenen Höflichkeit von Gastgebern doch erheblich überstieg und bereits einer Sympathiekundgebung leichkam: „Meine Herren!", so eröffnete Dr. Vorwerk die Veranstaltung, „Worte der Einführung sind eigentlich unnötig bei dem Gast, den wir heute abend bei uns zu sehen die Ehre haben. Er hat sich in kurzer Zeit durch seine politische Tätigkeit einen Namen gemacht. Er ist erst nach Kriegsende in die Öffentlichkeit getreten. Sein mannhaftes Eintreten für seine Überzeugung hat ihm in den weitesten Kreisen Achtung, Verehrung und Bewunderung eingetragen. Wir freuen uns sehr, daß er heute abend zu uns gekommen ist. Dieser Freude haben auch die Klubmitglieder dadurch Ausdruck gegeben, daß sie heute abend so zahlreich erschienen sind. . . . Die heutige Veranstaltung ist so stark besucht wie vielleicht noch keine Veranstaltung des Klubs."[8]) Mit lebhaftem Händeklatschen begrüßt, begann Hitler seine mehrstündigen Ausführungen[9]). In den Mittelpunkt stellte er die Notwendigkeit der Vernichtung des Marxismus, die aber nicht allein durch Gewalt bewerkstelligt werden könne, sondern nur durch eine Gewalt, die wie der Marxismus auf einer Weltanschauung beruhe. Wenn Jochmann in gespielter Naivität sich gar nicht genug darüber wundern kann, wie „Männer im reiferen Lebensalter mit guter Menschenkenntnis und großen beruflichen Verdiensten dem demagogischen Einfluß eines politischen

2) Zu den Nationalklubs s. Handbuch der bürgerlichen Parteien, Bd. II, S. 341 ff. Vor dem Berliner Nationalklub hatte Hitler schon im Mai 1922 auftreten dürfen.
3) Tyrell, a.a.O., S. 107.
4) Adolf Hitler und Hamburg, Hamburg 1939, S. 8.
5) Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sogenannten Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, XIII. Bd., 1973, S. 411.
6) Werner Jochmann, Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt/M. 1960, S. 33.
7) Ebd., S. 32.
8) Ebd., S. 69.
9) Der Abdruck der Rede nimmt über 50 Druckseiten in Anspruch.

Neulings" hätten unterliegen können[10]), so zeigt das Studium der Rede, daß hier überhaupt kein Grund zum Wundern vorliegt: von einem „Unterliegen" der Zuhörer kann hier keine Rede sein. Hitler hat in vollster Offenheit und Klarheit den Herren klargemacht, daß *sein* Programm *ihr* Programm ist; dafür erhielt er immer wieder Beifall, den stürmischsten Beifall bezeichnenderweise für besonders brutale Auslassungen. Er hat sie darüber hinaus davon zu überzeugen gesucht, daß keine der anderen bürgerlichen Parteien, auf die die Herren bislang ihre Hoffnung setzten, imstande sei, das von ihnen als notwendig Erachtete zu leisten; diese Argumentation nahm die Mehrzahl der Herren natürlich nicht ernst. Für sie waren selbstverständlich nur „seriöse" Parteien, wie die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei, regierungsfähig; aber in einem hatte der beredte Gast ganz sicher recht: ohne Massenunterstützung war die verhaßte Republik nicht zu überwinden, und wenn er sich anbot, die Massen, die jetzt noch auf der linken Seite standen und die sich von DNVP und DVP niemals angesprochen fühlen würden, zusammenzubringen, dann war ein solches Unternehmen nur zu begrüßen und verdiente eine angemessene Unterstützung.

Die Hamburger Rede Hitlers war eine Modellrede. Alle späteren, bekanntgewordenen Reden Hitlers vor Monopolherren folgten ihr im Aufbau und in der Argumentation, wie sie ihrerseits dem Aufbau und der Argumentation seiner bekannten Denkschrift aus dem Jahre 1922 folgte[11]). Die folgenden Auszüge aus der Rede machen zur Genüge deutlich, weshalb und womit Hitler die Monopolherren zu begeisterter Zustimmung hinreiß. Er machte zwar kein Hehl aus seiner Ansicht, daß das Bürgertum politisch versagt habe, aber er gab dafür eine durchaus schmeichelhafte Erklärung, indem er ausführte: „. . . an Geistigkeit, ich möchte sagen an Mangel an Geistigkeit, ist Deutschland nicht zugrunde gegangen. Geistvoller als im allgemeinen die deutsche Intelligenz war, war weder die englische noch die französische noch eine andere. Nur etwas hat uns gefehlt. Uns fehlte durch die Abschnürung des Blutzulaufes von unten nach oben Willenskraft, die brutale Willenskraft. Hätten unsere bürgerlichen Parteien, die nur auf Geistigkeit eingestellt waren, nur einen Bruchteil der brutalen, rücksichtslosen Kraft besessen, wie ihn der Kommunismus hat, niemals wäre Deutschland soweit gekommen."[12])

Nun, dieser Mangel an Blutzufuhr „von unten nach oben" konnte behoben werden: Hitler war persönlich und mit seiner „Bewegung" bereit, der Bourgeoisie zur notwendigen „brutalen Willenskraft" zu verhelfen, wenn man ihn „nach oben" ließ. Dabei machte er deutlich, daß für ihn „Bürgerblut" das kostbarste Blut war: „Ja, meine Herren, Bürgerblut ist das, was den Kampf sabotiert und der Front den Dolch in den Rücken treibt, niemals! Das war kein Bürgerblut damals! (Stürmischer Beifall!) Das bürgerliche Blut ist 4 1/2 Jahre vergossen worden, und zwar in Strömen . . . Das war bürgerliches Blut; was zu Hause revoltierte, war nicht Bürgertum, nicht Bürger, sondern das war Gesin-

10) Jochmann, a.a.O., S. 67 f.
11) Tyrell, a.a.O., S. 47 ff.
12) Jochmann, a.a.O., S. 95 f.

del, gemeinstes Verrätergesindel. (Bravo!) Das Blut von denen zu vergießen, hätte eigentlich leichter fallen können als das Blut kostbarer Menschenleben an den Fronten."[13]) Die Herren verstanden sehr gut: der da warf ihnen vor, ihre eigene Sache 1918 nicht gut genug verteidigt, nicht genügend Blut, Arbeiterblut vergossen zu haben; er tat ihnen damit zwar Unrecht, denn was ihnen ihre Machtmittel in dieser Hinsicht erlaubten, das hatten sie getan. Aber so einen, der entschlossen war, wenn es hart auf hart ging, rücksichtslos und brutal Blut fließen zu lassen, und der dafür eine Massenbewegung aufbauen wollte, der verdiente, daß man ihn im Auge und für kommende Gelegenheiten in Reserve behielt.

Und was den Kern seiner Ausführungen betraf, so konnten sie dem ohne weiteres zustimmen, wiederholte er damit doch nur, was bei den Rechten, besonders bei den Alldeutschen und den Deutschnationalen, seit der Revolution Allgemeingut war – nur, daß er daraus noch radikalere Schlußfolgerungen zog, als die inzwischen gouvernemental gewordene DNVP: „Politisch müssen wir uns die prinzipielle Frage vorlegen: an was ist Deutschland zugrunde gegangen? Am Nichterkennen der marxistischen Gefahr . . . Das Wesentliche in diesem Staate ist: mehr als die Hälfte aller erwachsenen männlichen und weiblichen Einwohner ist bewußt antideutsch eingestellt . . . Es steht also hier auf der einen Seite der Block der gemeinsamen Internationalen, auf der anderen Seite der Block der Nationalen[14]) . . . Wenn heute der Kommunismus siegt, marschieren zwei Millionen aufs Schafott, wenn dagegen die Rechte siegen würde und würde einen festen Griff machen, würde man sofort rufen: Ach, so arg darf man nicht vorgehen, das geht zu weit! (Heiterkeit und stürmischer Beifall)[15]) . . . Die Frage der deutschen Wiedererhebung ist eine Frage der Vernichtung der marxistischen Weltanschauung in Deutschland. Wenn diese Weltanschauung nicht ausgerottet wird, wird Deutschland niemals wieder emporsteigen[16]) . . . Wir haben 15 Millionen, die bewußt und gewollt antinational eingestellt sind, und solange diese 15 Millionen, die den lebendigsten und kräftigsten Teil repräsentieren, nicht in den Schoß des gemeinsamen Nationalgefühls und Empfindens zurückgeführt werden, ist jede Rede von Wiederaufstieg und Wiedererhebung Geschwätz ohne jede Bedeutung. (Sehr richtig!)[17]) . . . Die Zertrümmerung und Vernichtung (der marxistischen Weltanschauung), das ist etwas wesentlich anderes als das, was die bürgerlichen Parteien als Ziel vor Augen haben. Den bürgerlichen Parteien schwebt als Ziel nicht die Vernichtung vor, sondern nur ein Wahlsieg . . . Das wäre anders, wenn man prinzipiell kämpfen wollte. Einer bleibt dann am Boden liegen, entweder der Marxismus rottet uns aus, oder wir rotten ihn aus bis zur letzten Spur. Diese Formel würde naturgemäß eines Tages eine Macht bringen, die allein regiert, so wie in Italien heute eine Weltanschauung, eine Macht regiert, die den anderen rücksichtslos das Genick zermalmt und zerbricht und

13) Ebd., S. 82.
14) Ebd., S. 92, 94.
15) Ebd., S. 98.
16) Ebd., S. 101.
17) Ebd., S. 102.

kein Hehl daraus macht, daß der Kampf erst an dem Tage beendet ist, an dem der andere restlos erledigt ist[18]). . . . Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann. Da ist das erste: eine Bewegung, die das durchführen will, muß sich an die breite Masse wenden, an die Masse, mit der der Marxismus selbst kämpft. . . . Es wird also eine solche Bewegung sich an die Masse zu wenden haben. In der Masse liegt die Quelle aller Kraft[19]) . . . weil in der Masse allein jene primitive Kraft der Einseitigkeit[20]) liegt, das, was gerade unseren Höherstehenden soviel Grauen abnötigt, diese Einseitigkeit, dieses Nichtverstehen auch des anderen. . . . Erkenntnis gibt der Geistigkeit granitene Festigkeit, der breiten Masse wird sie schwankende Plattform sein . . . Was stabil ist, ist das Gefühl: der Haß. Er ist viel weniger zu erschüttern, weil er eine menschliche Leidenschaft ist, als eine minderwertige Einschätzung auf Grund irgendeiner wissenschaftlichen Erkenntnis. Das kann sich ändern; der persönliche Haß bleibt[21]) . . .

Diese breite, sture Masse, die vernarrt, verbohrt für den Marxismus kämpft, ist die einzige Waffe für die Bewegung, die den Marxismus brechen will. . . . Wenn eine Bewegung aber an die breite Masse appellieren will, in der Erkenntnis, daß man nur mit ihr allein das machen kann, und wenn die gestellte Aufgabe die Lebensfrage der Nation an sich ist, tritt das große Recht in Erscheinung, daß dann jedes Mittel zu verantworten ist, das zum Ziele führt. (Bravo!)[22]) . . . Wenn ich die breite Masse in den Schoß der deutschen Nation zurückzuführen vermag, wer wird mir da später Vorwürfe über die Mittel machen?[23]) . . . Wenn wir siegen, wird der Marxismus vernichtet, und zwar . . . restlos; . . . Wir haben nicht eher Ruhe, bis die letzte Zeitung vernichtet ist, die letzte Organisation erledigt ist, die letzte Bildungsstätte beseitigt ist und der letzte Marxist bekehrt oder ausgerottet ist. Es gibt kein Mittelding. (Stürmischer Beifall.)"[24])

Nachdem Hitler seine Rede beendet hatte, bereiteten ihm die steifen und würdigen Hamburger Patrizier „stürmische Ovationen" und gaben ihrer Zustimmung mit Heil-Rufen Ausdruck[25]).

Die angeführten Auszüge machen deutlich: Die Besonderheit, die Hitler vor den übrigen Führern der nationalistischen Rechten auszeichnete, war das Versprechen, zwei Aufgaben zu lösen, die den reaktionärsten Kreisen der herrschenden Klasse seit langem, besonders aber seit der Oktoberrevolution in Rußland und der Novemberrevolution in Deutschland sehr am Herzen lagen, die Aufgabe der Vernichtung der Arbeiterbewegung zum einen, die der „Nationalisierung" der bislang sozialistischen Arbeiter zum andern. Es war

18) Ebd., S. 103.
19) Ebd., S. 104.
20) Bei Jochmann irrtümlich: Einsichtigkeit.
21) Ebd., S. 104ff.
22) Ebd., S. 106.
23) Ebd., S. 116.
24) Ebd., S. 114.
25) Ebd., S. 121.

gerade das Bemühen um die Lösung dieser beiden Aufgaben, die dem deutschen – wie übrigens vorher schon dem italienischen – Faschismus sein besonderes, eben „faschistisches" Gepräge gegeben hat.

Es fällt auf, daß Hitler vor seinen millionenschweren Zuhörern in Hamburg – wie auch in den Reden vor den Ruhrmagnaten – darauf verzichtete, seine antisemitischen Tiraden, die das A und O seiner Massenreden bildeten, an den Mann zu bringen. Die bürgerlichen Weißwäscher vom Schlage eines Jochmann oder Turner versuchen daraus sofort eine Entlastung der Monopolherren zu basteln, indem sie dies als einen geschickten Täuschungsversuch Hitlers ausgeben; Hitler habe die Mitglieder des Nationalklubs bewußt getäuscht, indem er ihnen vieles verschwieg, und sie hätten das nicht einmal erkennen können, erklärt Jochmann. Und Turner meint, Hitler habe seinen Antisemitismus vor Kirdorf gedämpft, weil er gemerkt habe, daß der kein Antisemit sei[26]). Das alles sind äußerst plumpe Entlastungsversuche. Die antisemitische Hetze der Nazis wurde vor aller Augen Tag für Tag betrieben, ohne daß auch nur einer der Herren es für nötig hielt, Hitler deshalb Vorhaltungen zu machen. Der Grund: die deutsche politische Rechte war antisemitisch lange bevor ein Hitler das Geschäft des Antisemitismus betrieb; umgekehrt wird ein Schuh daraus: Hitler lernte seinen Antisemitismus unter anderem bei den Alldeutschen, deren Führer Claß schon im Oktober 1918 auf einer Tagung des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes erklärte, alle Alldeutschen seien jetzt Antisemiten; Kirdorf, früher ein ausgesprochener Philosemit, sei „jetzt ganz entgegengesetzter Ansicht, sogar ein rabiater Antisemit, wie alle Leute in der Schwerindustrie." Auch die Armee und der preußische Adel seien „mit Vehemenz" dabei, aber das genüge nicht: „das ganze Volk muß es sein und mitmachen". Und er fügte dem hinzu, er werde „vor keinem Mittel zurückschrecken", um das zu erreichen[27]).

Wenn Hitler vor den Monopolherren den Antisemitismus beiseite ließ, dann aus dem ganz einfachen Grunde, daß für ihn der Antisemitismus wie die ganze sogenannte „nationalsozialistische Weltanschauung" ein Manipulationsmittel für die *Massen* war. Zu welchem Zweck aber sollte er *diesen* Zuhörern mit derlei kommen? Was ihnen gegenüber notwendig schien und worum Hitler sich nachdrücklich bemühte, das war, ihnen klarzumachen, wie unentbehrlich es für ihn war, wenn er in ihrem Sinne erfolgreich sein wollte, den Massen eine „Weltanschauung" zu verkünden und einzuhämmern; „Denken Sie nicht", rief er beschwörend, „daß einer die Masse gewinnen könnte, außer, sie erhält das Gefühl von der Redlichkeit und Aufrichtigkeit der Gesinnung dieses Menschen auch für das Wohl der breiten Masse. Wenn sie dieses Gefühl nicht erhält, ist jeder Versuch des Appells an die Masse im voraus im Keime unmöglich. . . . Die zweite Voraussetzung ist: Der Masse muß wirklich ein politisches Glaubensbekenntnis geboten werden, ein Programm, das unabänderlich ist, ein politischer Glauben, der unerschütterlich ist. . . . Der

26) Ebd., S. 61; Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 69.
27) Zentrales Staatsarchiv (ZStA) Potsdam, Alldeutscher Verband (ADV), Nr. 121, Bl. 44.

Mensch wünscht einen Glauben, auch in politischer Hinsicht, eine Weltanschauung, die ihn trägt, auf die er baut, die ihn in allen Lebenslagen begleitet und Richtung gebend sein ganzes Leben bestimmt, in wenigen Dogmen. Auch hier werden die Parteitage von rechts keinen Erfolg haben. Im Fluktuieren ihrer Programme liegt schon die Ursache des Nichtgeglaubtseins dieser Programme, und vor allem des Nichternstnehmens. . . . Was aber die breite Masse wünscht, ist eine Plattform, die dauernd unter ihren Füßen sich befindet. Mag daher das Programm des Marxismus noch so blödsinnig sein, in der Festigkeit, in der es vertreten wird, liegt die Ursache zum Geglaubtwerden."[28])

Deutlicher konnte und brauchte Hitler den damagogischen Charakter und die manipulatorische Funktion der „NS-Weltanschauung" nicht darzulegen.

Diese Hamburger, wie auch die anderen Reden Hitlers vor Monopolherren, beweisen mit aller Eindeutigkeit, daß sich Hitler den Mächtigen dazu anbot, deren Hauptfeind, die Arbeiterbewegung, ein für allemal zu erledigen, und daß den Mächtigen dieses Angebot sehr willkommen war. Diese Reden wurden nicht umsonst so ängstlich geheimgehalten, denn ihr Bekanntwerden hätte es der Arbeiterbewegung um vieles leichter gemacht, den wahren Charakter der NSDAP als einer Agentur der Monopolbourgeoisie vor den breitesten Massen zu entlarven.

Die „Arbeiterpartei" der Unternehmer

Die Parteiführung blieb auch nach der Neugründung in München – in den neuen Statuten hatte Hitler nicht nur seine diktatorischen Vollmachten, sondern auch die Identität der Reichsleitung der Partei mit der Leitung der Münchener Ortsgruppe aus den Statuten von 1922 übernommen[29]) –, aber der Schwerpunkt der Parteientwicklung verlagerte sich im Gegensatz zu den Jahren bis 1923 nach Nord- und Nordwestdeutschland[30]). Mit dem Aufbau der Partei in diesem Teil des Reiches beauftragte Hitler am 2. Februar 1925 Gregor Strasser[31]). Dieser, bis zum Verbot der NSDAP Leiter des Gaues Niederbayern, war bereits vor dieser Beauftragung der tatsächliche Führer der NSDAP in Norddeutschland.

Nach dem Verbot der NSDAP waren verschiedene ihrer Führer mit Gregor Strasser an der Spitze bei den Landtags- und Gemeindewahlen im Frühjahr 1924 ein Wahlbündnis mit anderen völkischen Gruppen, vor allem mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei, eingegangen und hatten zu den Reichstagswahlen vom 4. Mai mit diesen den „Völkisch-Sozialen Block" gebildet[32]). Durch dieses Wahlbündnis hatte auch Gregor Strasser ein Reichstagsmandat erhalten. Bald nach den Wahlen unternahm der Führer der Deutschvölkischen, der mecklenburgische Gutsbesitzer v. Graefe-Goldebee im Ver-

28) Jochmann, a.a.O., S. 109f.
29) Hüttenberger, S. 12.
30) Ebd., S. 15; s. a. Geoffrey Pridham, Hitlers Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria, 1923–1933, London 1973, S. 45f.
31) Hüttenberger, S. 11.
32) Ebd., S. 9f.

ein mit Erich Ludendorff, der trotz seiner mehrfach unter Beweis gestellten politischen Unfähigkeit in nationalistischen Kreisen noch immer über ein erhebliches Ansehen als Heerführer und Führer des „nationalen Deutschland" verfügte, den Versuch, das Wahlbündnis in ein dauerhaftes Zusammengehen durch Bildung der „Nationalsozialistischen Freiheitspartei" umzugestalten – mit dem Ziel, diese Partei zum Sammelbecken der zahlreichen zersplitterten völkischen und nationalsozialistischen Gruppen, zur großen völkisch-nationalistischen Massenpartei zu entwickeln. Durch Eintritt in die Reichsführerschaft dieser Partei (20. Juli 1924) in Stellvertretung Hitlers unterstützte Gregor Strasser diesen Versuch[33]). Hitler selbst nahm aus seiner komfortablen Landsberger Haft offiziell weder für noch gegen diese Fusion Stellung[34]), umso mehr wurde sie von Hermann Esser und Julius Streicher, den Führern der „Großdeutschen Volksgemeinschaft", der Bayerischen Nachfolgeorganisation der NSDAP, bekämpft. Als Hitler im Dezember 1924, nach nur knapp neunmonatiger Haft „auf Bewährung" wieder in Freiheit gesetzt und kurz darauf auch das NSDAP-Verbot aufgehoben wurde, nahm er jedoch nicht seinen Platz in der Reichsführerschaft der Nationalsozialistischen Freiheitspartei ein, sondern Kurs auf die Neugründung der NSDAP. Das bedeutete den Bruch mit Ludendorff und v. Graefe. v. Graefe ging seinerseits zur Neuaufrichtung der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DvFP) über (17. Februar 1925). Damit mußte zwischen diesen beiden Parteien ein heftiger Rivalitätskampf entbrennen, vor allem in Norddeutschland, wo bisher aufgrund des Verbotes der NSDAP seit 1922 die DvFP einen erheblichen Vorsprung vor der NSDAP besaß. Dort hatten sich die meisten NSDAP-Gruppen aus Tarnungsgründen mit der DvFP vereinigt[35]). Darum kam es der Naziführung bei der Neugründung der NSDAP darauf an, soviel wie möglich Ortsgruppen der DvFP in Norddeutschland zum Anschluß an die NSDAP zu bewegen. Keiner war für eine solche Aufgabe besser geeignet als Gregor Strasser, der sich sofort Hitler zur Verfügung gestellt hatte, nachdem der Beschluß zur Neugründung der Partei gefaßt war. Strasser hatte durch seine Tätigkeit in der Reichsführerschaft der Nationalsozialistischen Freiheitspartei den besten Überblick über die Verhältnisse in den Parteiorganisationen des Nordens, er war dort allgemein bekannt und anerkannt und verfügte über zahlreiche persönliche Kontakte zu den örtlichen Führern. Außerdem hatte er als Mitglied des Reichstages die Möglichkeit, mit dem Freifahrschein eines „Volksvertreters" kostenlos im ganzen Lande herumzureisen, was für den Aufbau der Organisation von unschätzbarem Wert war[36]).

Von besonderer Bedeutung war der Aufbau der NSDAP im Ruhrgebiet. Die Neugründung der NSDAP für das Rheinland und Westfalen, Hannover und Pommern wurde auf einer Tagung der Gau- und Bezirksleiter der früheren Nationalsozialistischen Freiheitspartei (die sich auch als Nationalsozialisti-

33) Ebd., S. 10.
34) Ebd., S. 9; Tyrell, S. 78.
35) ZStA Potsdam, ADV, Nr. 228, Bl. 42; ebd., Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung (RKO), Nr. 287.
36) Hüttenberger, S. 20.

sche Freiheitsbewegung Großdeutschland bezeichnet hatte) beschlossen, die am 22. Februar 1925 in Hamm unter der Leitung Gregor Strassers durchgeführt wurde[37]). Die Ruhrgaue der NSDAP[38]) – im März 1926 wurden sie zu einem einzigen Gau Ruhr zusammengelegt[39]) – spielten in der norddeutschen NSDAP in den nächsten Jahren eine zentrale Rolle. Hier vor allem, in dieser Hochburg der Arbeiterbewegung, mußte die NSDAP beweisen, ob sie fähig war, die großspurigen Versprechungen Hitlers von der Zerschmetterung des Marxismus und der Eroberung der Arbeiterschaft für den „nationalen Gedanken" zu erfüllen. Und hier im Ruhrgebiet fand die NSDAP die früheste und wirkungsvollste moralische, politische und finanzielle Unterstützung aus den Reihen der mächtigsten Monopolherren.

Die NSDAP war durch unzählige Fäden persönlicher Beziehungen mit den „nationalen" Kreisen des Bürgertums, mit Beamten, Reichswehroffizieren und Kreisen der „Wirtschaft" des Ruhrgebietes verbunden. Eine große Rolle spielte dabei der Alldeutsche Verband. Zwar hatte der Führer der Alldeutschen, Claß, den Novemberputsch Hitler/Ludendorffs entschieden verurteilt, weil durch diesen seine eigene Diktatur-Konzeption durchkreuzt worden war, aber schon im Oktober 1924 hatte er in seiner Zeitung heftig gegen eine etwaige Ausweisung Hitlers (der bekanntlich Österreicher war) protestiert und Hitler bescheinigt, daß er durch seine Freiwilligenmeldung im Weltkrieg und durch seinen Kampf „wider Marxismus und Kommunismus" „seine Zugehörigkeit zum deutschen Volke und seine Hingebung an die vaterländische Sache in einem Maße bestätigt" habe, „daß es nicht wohl übertroffen" werden könne. Die „Ausstoßung" eines solchen Mannes aus der „deutschen Gemeinschaft", durch die ihm die Möglichkeit genommen werde, „seinem Volke zu dienen", sei eine „Ungeheuerlichkeit"[40]). Was schon der Prozeß gegen Hitler und seine Mitputschisten deutlich gemacht hatte, das wurde durch diese Stellungnahme des Führers der Alldeutschen bestätigt; daß nämlich die reaktionärsten Kreise der deutschen Bourgeoisie entschlossen waren, diesen außergewöhnlich begabten Demagogen Hitler für kommende Gelegenheiten in Reserve zu halten. Von dieser Grundposition war auch die Haltung dieser Kreise gegenüber der NSDAP bestimmt.

Dazu kam noch, daß zahlreiche Ortsgruppen der NSDAP im Ruhrgebiet aus einer Gründung des Alldeutschen Verbandes, dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund nämlich, hervorgegangen waren, dessen Mitglieder sich nach dem Verbot des Bundes im Sommer 1922 (nach dem Mord an Walther Rathenau) auf Empfehlung der Bundesleitung vielfach der NSDAP anschlossen[41]). Diese engen Verbindungen zwischen den Alldeutschen und der NSDAP aus den frühen 20er Jahren dürften nicht ohne Einfluß auch auf die

37) Tyrell, S. 104; Hüttenberger, S. 15; Wilfried Böhnke, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 95.
38) Es waren dies die Gaue Rheinland-Nord und Gau Westfalen mit den Gauleitern Axel Ripke und – ab September 1925 – Karl Kaufmann, Sitz in Elberfeld, und Franz Pfeffer v. Salomon, Sitz in Münster (s. Böhnke, S. 101).
39) Ebd., S. 106.
40) ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium (RJuM), Nr. 5053/29, Bl. 20; „Deutsche Zeitung", v. 19. 10. 1924.
41) Böhnke, S. 32 ff.

Haltung des prominentesten Alldeutschen im Ruhrgebiet, Emil Kirdorf, geblieben sein, über die noch zu sprechen sein wird.

In ähnlicher Weise werbend für die NSDAP in den Kreisen der Bourgeoisie hatte in den frühen 20er Jahren auch deren Verbindung mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei, vor allem aber mit General Ludendorff, gewirkt, war dieser während des Ersten Weltkriegs doch ein ausgesprochener Interessenvertreter der Ruhrschwerindustrie gewesen[42]). Gerade durch Vermittlung Ludendorffs waren 1923 sowohl Hugo Stinnes (über Minoux) und Fritz Thyssen mit der NSDAP in Kontakt getreten und hatten sie bereits zu diesem frühen Zeitpunkt auch finanziell unterstützt.

Auch Emil Kirdorf interessierte sich bereits damals für die Nazipartei. Darüber berichtete er selbst: „Mein erster Versuch, mit der Bewegung Fühlung zu bekommen, reicht zurück in das Jahr 1923, in die Zeit der Ruhrbesetzung." „Während eines Besuches bei meinem Bruder in München", so erzählte Kirdorf weiter, „nahm ich an einer nationalsozialistischen Versammlung teil in der Hoffnung, Adolf Hitler zu sehen und sprechen zu hören." Leider habe dann nicht Hitler, sondern ein anderer Redner gesprochen, aber: „Aus dem starken Eindruck, den diese Versammlung auf mich machte, erwuchs mein Interesse für die Bewegung, die bald darauf, nämlich am 9. November 1923, durch den Versuch der Machtergreifung in den Vordergrund trat. Man hoffte damals, es könnte vom Süden des Reiches aus der Anstoß zu einer Gesundung der unerträglichen Verhältnisse gegeben werden. Leider hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt."[43]) Wie sich bereits 1926 während der ersten Reisen Hitlers ins Ruhrgebiet zeigte, hatte man ihm und seiner „Bewegung" in den Kreisen der Ruhrindustriellen beträchtliche Sympathien bewahrt. Dazu hat sicherlich auch noch der Umstand viel beigetragen, daß ein großer Teil der Leute aus den Freikorps, die sich während der Ruhrbesetzung durch die Franzosen am aktiven Widerstand, d. h. an Sabotageakten, beteiligt hatten, entweder bereits damals Mitglieder der NSDAP waren oder später den Weg in diese Partei fanden. Der illegale aktive Kampf gegen die Besatzungsmacht hatte damals die heimliche Unterstützung so ziemlich aller Kreise des Bürgertums, darüber hinaus auch der deutschen Behörden gefunden[44]); seine Leitung lag in den Händen der Reichswehr, die jedoch nach außen hin jede Beziehung zu den Sabotageaktionen und den sie betreibenden Verbänden weit von sich wies[45]).

Selbstverständlich blieb ein großer Teil der Beziehungen, die sich in den Monaten des sogenannten „Ruhrkampfes" zwischen den Angehörigen der illegalen Verbände einerseits, Offizieren der Reichswehr, Beamten und Industriellen andererseits knüpften, auch späterhin erhalten. Bezeichnenderweise

42) Hellmuth Weber, Ludendorff und die Monopole, Berlin 1966.
43) „Rheinisch-Westfälische Zeitung" v. 28. 7. 1935, in: ZStA Potsdam, ADV, Nr. 211/1, Bl. 84.
44) Klaus Pabst, Der Ruhrkampf, in: Walter Först (Hrsg.), Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau, Köln und Berlin (West), 1972, S. 24 ff.
45) Günter Hortzschansky, Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes 1923, Berlin (DDR) 1961, S. 106 f.; Friedrich v. Rabenau, Seeckt. Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig 1940, S. 324.

war ein großer Teil der führenden Nazifunktionäre im Rhein-Ruhrgebiet Teilnehmer des „aktiven Widerstandes"[46]):

Karl Kaufmann, Sohn eines Unternehmers, 1925 erster Gauleiter des Gaues Rheinland-Nord, 1926 erster Gauleiter des Gaues Ruhrgebiet-Westfalen und des späteren Ruhrgaues, war zuerst Mitglied der berüchtigten Brigade Ehrhardt, dann des nicht minder berüchtigten Freikorps v. Killinger. Bereits 1921 Mitglied der NSDAP, war er führend in Sabotagekommandos im Ruhrgebiet tätig.

Josef Grohé, von Beruf kaufmännischer Angestellter, seit der Neugründung der NSDAP Geschäftsführer des Gaues Rheinland-Süd (Köln – Aachen, Koblenz – Trier), wurde 1921 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes und beteiligte sich nach dessen Verbot an der Gründung der Ortsgruppe Köln der NSDAP. Während der Ruhrbesetzung gehörte er einer Terrorgruppe an, die sich mit Eisenbahnsprengungen befaßte.

Friedrich Karl Florian, Grubenbeamter in Buer, Gründer der Ortsgruppe Buer der NSDAP, später (1930) Leiter des Gaues Düsseldorf, war Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes und Teilnehmer am „aktiven Widerstand".

Erich Koch, Eisenbahnbeamter, Sohn eines Werkmeisters in Elberfeld, seit 1922 Mitglied der NSDAP im Ruhrgebiet, 1927 Bezirksführer der NSDAP in Essen, war wie Kaufmann 1921 Angehöriger des Freikorps v. Killinger, Teilnehmer am „aktiven Widerstand" im Kreise um den von den Franzosen wegen Sabotage zum Tode verurteilten Albert Leo Schlageter. Schlageter war übrigens selbst Mitglied der „Großdeutschen Arbeiterpartei", einer von dem Freikorpsführer Gerhard Rossbach gegründeten Ersatzorganisation für die verbotene NSDAP gewesen[47]), und seine Herausstellung als Nationalsozialist war in den „nationalen Kreisen" äußerst werbewirksam für die NSDAP.

Gab es so bereits einen gut bereiteten Boden für eine wohlwollende Aufnahme der NSDAP durch das „nationale" Bürgertum im Ruhrgebiet, so traten 1926/27 zusätzliche Umstände hinzu, die bestimmte Kreise der Ruhrindustrie veranlaßten, der NSDAP eine verstärkte Aufmerksamkeit und Förderung zuteil werden zu lassen.

Das war erstens der Fehlschlag des von Heinrich Claß geplanten und vorbereiteten „legalen" Putsches im Frühjahr 1926[48]). Claß und andere maßgebliche Alldeutsche, darunter Hugenberg und Kirdorf, glaubten nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, mit dessen Hilfe einen „legalen" Staatsstreich durchführen zu können. Die Vorbereitungen waren bereits soweit gediehen, daß man eine Regierungsliste aufgestellt und den Text einer Notverordnung verfaßt hatte, die sofort nach vollzogenem Regierungswechsel

46) Siehe die Kurzbiographien der Nazigauleiter bei Hüttenberger, S. 213 ff.
47) Böhnke, S. 54.
48) Zum Gesamtkomplex dieses vereitelten Putsches s. Wolfgang Ruge, Hindenburg, Porträt eines Militaristen, Berlin (DDR) 1974, S. 287 ff.

erlassen werden sollte und derzufolge die Reichsverfassung aufgehoben, alle Parlamente aufgelöst, sämtliche Grundrechte suspendiert und jede Form des Widerstandes gegen die Putschisten mit dem Tode geahndet werden sollte[49]).

Die Preußische Regierung, über diese Machenschaften in Kenntnis gesetzt, veranlaßte am 11. Mai 1926 eine Haussuchung bei einer Reihe der Beteiligten, darunter auch bei den Großindustriellen Emil Kirdorf und Albert Vögler[50]). Die gesamte Rechtspresse nahm diese Haussuchungen zum Anlaß für eine wütende Pressekampagne gegen die „Polizeiaktion" gegen „unbescholtene Bürger", wobei sie den Umstand weidlich ausnutzte, daß die Behörden selbst daran interessiert waren, die festgestellten Tatsachen zu vertuschen, weil auch Hindenburg in die Angelegenheit verwickelt war.

Durch das Scheitern dieses Putschversuchs hatten sich nunmehr auch Claß, Hugenberg und Kirdorf davon überzeugen lassen müssen, daß auf diesem Wege eine Änderung der Verhältnisse nicht zu erreichen war, sondern daß man den Weg über die Gewinnung einer starken Massenbasis einschlagen mußte, um die parlamentarische Republik mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen. Dadurch wurde ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf den „Trommler" Hitler gelenkt, der schon einmal seine Fähigkeit bewiesen hatte, mit seiner Partei eine „nationale" Massenbewegung auf die Beine zu stellen. Besonders Kirdorf, dem der Kurs der Westarpführung der DNVP immer weniger behagte, entwickelte starkes Interesse für die NSDAP.

Die Deutschnationale Volkspartei und der „Stahlhelm" hatten unter dem Eindruck der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten und angesichts der Tatsache, daß sie die Berücksichtigung der Interessen der hinter ihnen stehenden Industrie- und Landwirtschaftskreise bei der Steuer- und Zollgesetzgebung nur *in* der Regierung, nicht aber in der Opposition erreichen konnten, seit Anfang 1925 eine allmähliche Kursänderung vollzogen, die ihren Ausdruck in der Parole „Hinein in den Staat!" fand. Im Januar 1925 war die DNVP zum erstenmal in eine Regierung der Weimarer Republik eingetreten, hatte jedoch nach Annahme der Zoll- und Steuergesetze den Abschluß des Locarno-Pakts benutzt, um im Oktober 1925 aus der Regierungskoalition wieder auszuscheren[51]). Als im Januar 1927 wieder eine neue Regierung gebildet wurde, die wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Beschlüsse zu fassen hatte, sah sich die Deutschnationale Parteiführung erneut einem starken Druck eines großen Teils ihrer industriellen Hintermänner und des Reichslandbunds zum Eintritt in das Kabinett ausgesetzt. Dieser Eintritt wurde der DNVP von den Koalitionspartnern aber nur für einen hohen politischen Preis erlaubt: die deutschnationalen Minister mußten die bisher so viel geschmähte Weimarer Verfassung anerkennen, und der deutschnationale Innenminister Walter v. Keudell ausdrücklich erklären, daß er diese Verfassung schützen

49) „Frankfurter Zeitung" v. 13. 5. 1926 und der folgenden Tage.
50) Egelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1926, (künftig Egelhaaf, . . .), S. 189 f., hrsg. v. Hermann Haug, Stuttgart 1927, S. 120 ff. Turner nimmt bezeichnenderweise Stellung für die republikfeindlichen Verschwörer (Turner, S. 65 f.).
51) Handbuch der bürgerlichen Parteien Bd. I, Leipzig 1968, S. 736 f.

werde[52]). Damit nicht genug, mußten die deutschnationalen Minister nun auch den Locarno-Pakt akzeptieren, dessen Annahme sie ein Jahr zuvor zum Anlaß genommen hatten, aus der Regierung auszutreten. Und schließlich mußten sie sogar der Verlängerung des Republikschutzgesetzes zustimmen, gegen das die DNVP seinerzeit einen unversöhnlichen Hetzfeldzug unternommen hatte.

Zweifellos entsprach der neue, realistischere Kurs der DNVP-Führung der Stimmung eines großen Teils der DNVP-Wähler. Aber für besonders radikal nationalistisch und reaktionär gesinnte deutschnationale Parteigänger bedeuteten diese Schritte einen unverzeihlichen Verrat an den „nationalen" Grundsätzen. Der Alldeutsche Verband drückte eine weitverbreitete Stimmung gegen die „Umfaller" in der DNVP-Führung aus, wenn er am 13. Februar 1926 in einer Kundgebung zur „nationalen Opposition" gegen die Regierung, damit also auch gegen die derzeitige DNVP-Führung und ihre Minister, aufrief[53]). Nicht wenige begaben sich auf die Suche nach einer neuen politischen Heimat, in der die alten Grundsätze der Deutschnationalen Partei, ihre unbedingte Absage an die Weimarer Republik, ihre Feindschaft gegen jede Form des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie, besser gewahrt würden. Zu ihnen gehörte auch Emil Kirdorf. Im Jahre 1927 trennte er sich von der DNVP und wurde Mitglied der NSDAP.

Dieser Schritt wurde Kirdorf erleichtert durch die Haltung und den innerparteilichen Sieg Hitlers, den er im Vorjahr in der Angelegenheit der Fürstenenteignungskampagne errungen hatte; während nämlich ein Teil der Parteiführung mit Gregor und Otto Strasser an der Spitze bereit gewesen war, diese Kampagne zu unterstützen, hatte Hitler die Entscheidung durchgesetzt, daß die NSDAP sich von dieser, von der kommunistischen Partei eingeleiteten, von der SPD unter dem Druck ihrer Mitglieder mitgemachten und von einem überparteilichen Komitee unter dem Vorsitz des Wirtschaftswissenschaftlers Robert Kuczynski getragenen Aktion schärfstens abgrenzte.

So war also die Situation im Ruhrgebiet für die NSDAP ziemlich günstig, als Hitler sich anschickte, gerade hier eine Propaganda- und Werbeoffensive für die NSDAP zu eröffnen. Die Naziführer des Ruhrgebiets hatten ihn schon mehrfach eingeladen, aber er hatte trotz Zusagen immer „gekniffen"; offenbar fürchtete er einen Mißerfolg angesichts der Stärke der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet und der Entschlossenheit der Ruhrarbeiter, dem Faschistenhäuptling eine Abfuhr zu erteilen. Bezeichnend für Hitlers Kneifen ist folgender Vorfall: Hitler hatte auf vielfaches Drängen endlich zugesagt, am 24. und 25. Oktober 1925 auf geschlossenen Mitgliederversammlungen zu sprechen; (aufgrund des über ihn verhängten Redeverbotes durfte er nicht in öffentli-

52) Cuno Horkenbach (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute, Berlin 1930, S. 234f.
53) Ebd., S. 236; s. a. Egelhaaf, 1927, S. 112ff., wo der DNVP vorgeworfen wird, sie habe den Regierungseintritt mit einer Verleugnung der Grundrichtung der Partei in allen wesentlichen Punkten erkauft.
54) Entfällt.

chen Versammlungen auftreten[55]); um ihn abzuholen, war der damalige Gauleiter von Westfalen, Franz Pfeffer v. Salomon, nach München gefahren. Hitler fuhr aber „absichtlich langsam zum Bahnhof, so daß sie den Zug verpaßten. Hitler erklärte das als Omen und weigerte sich, einen späteren Zug zu benutzen". Den vergeblich auf ihn wartenden Mitgliedern wurde als Erklärung für sein Ausbleiben die Lüge aufgetischt, Hitler habe nicht kommen können, da er von preußischer Polizei verhaftet werden sollte[56]). Erst im Juni 1926 wagte Hitler erstmals die Reise ins rote Ruhrrevier. Abgesehen davon, daß die NSDAP nunmehr auch dort eine gewisse Konsolidierung erreicht hatte, dürfte die Aussicht, direkten Kontakt mit den Mächtigen an Ruhr und Rhein aufnehmen zu können, eine Hauptrolle für den Entschluß zu dieser Reise gespielt haben.

Am 15. Juni sprach Hitler in Hattingen, der Gemeinde, in der sich die stärkste Ortsgruppe der Nazipartei des ganzen Ruhrgebiets befand, am nächsten Tag in Bochum und am 17. Juni in Essen[57]), im mit 300 Personen nur etwa halbgefüllten großen Saal des Vereinshauses[58]). Am 18. Juni folgte die bei weitem wichtigste Veranstaltung, nämlich sein erster Auftritt vor einigen führenden Ruhrmagnaten.

Über die beiden Essener Hitler-Veranstaltungen berichtete ausführlich und schon fast im enthusiastischen Stil eines NS-Parteiblatts die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", eines der Sprachrohre des Ruhrbergbaues[59]). Am 18. Juni 1926 rührte sie anläßlich eines Berichtes über Hitlers Rede vor seinen Anhängern in Essen folgendermaßen die Werbetrommel für die Nazis: „Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß in den Industriestädten des Ruhrgebiets der Nationalsozialismus über eine große Anhängerschaft verfügt, daß er Mitglieder hat, die durch ihre Zahl bei einer Veröffentlichung Staunen erregen würden, weil man von dieser gewaltigen Arbeit der nationalsozialistischen Führer in der Öffentlichkeit wenig erfährt. Im Ruhrgebiet tritt die Hitlerbewegung auch fast nur an den Arbeiter heran, und daher kommt es, daß die bürgerliche Öffentlichkeit, die ja im allgemeinen keinen großen Einblick in unsere Arbeiterverhältnisse gewinnt, zum anderen Teile aber auch aus Gleichgültigkeit oder prinzipieller Ablehnung keinen Anteil an der nationalsozialistischen Bewegung zu nehmen sucht, darüber nur wenig orientiert ist."[60])

---

55) Bayern verhängte als erstes Land ein Redeverbot über Hitler, am 9. März 1925, das am 5. März 1927 wieder aufgehoben wurde; in Preußen wurde ein Redeverbot am 25. September 1925 erlassen, und am 29. September 1928 von der Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun wieder aufgehoben. Entsprechende Verbote erfolgten in allen Ländern mit Ausnahme von Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Thüringen und Württemberg (Tyrell, S. 107 f.).
56) Böhnke, S. 104 f.
57) Ebd., S. 111 f.
58) Adolf Hitler und seine Bewegung im Lichte neutraler Beobachter und objektiver Gegner, 2. Aufl., München 1928, S. 39. (Alle folgenden Presseberichte über die Hitler-Versammlungen im Ruhrgebiet sind, falls nicht anders angegeben, nach dieser Nazischrift zitiert.)
59) Herausgeber der RWZ war Theodor Reismann-Grone, ehemals führender Alldeutscher, nach persönlicher Auseinandersetzung mit Claß aus der Führung des Verbandes ausgeschieden, politischer Berater des Bergbaulichen Vereins. (Zu Reismann-Grone s. a. George W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918–1933, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1955, S. 96; Konrad Heiden, Hitler, Zürich 1936, S. 259 f.
60) Adolf Hitler und seine Bewegung, S. 11 f.

Nach einem Seitenhieb auf den sozialdemokratischen preußischen Innenminister Severing wegen dessen Redeverbot für Hitler fuhr das Blatt fort: „Wie spricht Hitler und was sagt er? – . . . Staatsgefährdend und volksvergiftend ist . . . keines seiner Worte, aber von einer ungeahnten Art, die Seele zu fassen und hinzureißen . . . Was Hitler predigt, das ist nicht Klassenkampf. . . . Unsere Nationalen haben es nicht fertig gebracht, den nationalen Gedanken aus seiner Isolierung zu erlösen, . . . und nicht verstanden, zu seinem Träger die Masse der ‚Menschen der Faust' zu machen. Unsere Sozialisten haben es nicht fertig gebracht, die soziale Gedankenwelt als Wunschwelt der Masse in den Erfüllungswillen der Intelligenz zu verwurzeln. Darüber laufen beide nebeneinander her. . . . Das aber ist der Sinn des nationalsozialistischen Gedankens, den einen mit dem anderen in eins zu verbinden. Nationalist ist, sagt Hitler, in Wahrheit nicht der, der den Arbeiter lehrt patriotische Lieder zu singen und Hurra zu rufen, sondern der für sein Volkstum die Waffen schafft, die es auf allen Gebieten des Lebens zum Lebenskampf braucht. . . . Sozialist sein aber ist dasselbe. Wer Sozialist sein will, der hat seinem Volke zu dienen, daß es im brutalen Lebenskampf der Völker sich behaupten kann. . . . Soll aus dieser Erkenntnis heraus ein neuer Gemeinschaftsbegriff geformt werden, so gibt es als Weg nur eine Möglichkeit: Daß sich die soziale Kraft der breiten Massen paart mit dem nationalen Gedanken der Intelligenz."[61])

Für einen solchen „Sozialismus", der verspricht, die „breiten Massen" vor den Karren der „Intelligenz", d. h. der herrschenden Klasse zu spannen, war das Blatt des Lobes voll: „Man kann in Einzelheiten Kritik an Hitlers Ausführungen üben. Der große Flug der Gedanken aber ist edel . . ."

Das schwerindustrielle Blatt berichtete ebenfalls sehr ausführlich über Hitlers Vortrag vor den Ruhrmagnaten: „Ein Kreis westdeutscher Wirtschaftler", schrieb die Zeitung am 20. Juni 1926, „hatte Adolf Hitler gebeten, vor geladenen Wirtschaftsführern des Bezirks einen Vortrag über „Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik" zu halten. Die Tatsache, daß man der Einladung zu diesem Vortrag seitens der ersten Wirtschaftskreise so zahlreich gefolgt war, beweist am besten, zu welcher Bedeutung die nationalsozialistische Bewegung unter der Führung Hitlers bereits gelangt ist. Sie muß um so mehr auch von der Wirtschaft beachtet werden, als sie sich ja in erster Linie auf den Arbeiter erstreckt und um dessen deutsche Seele ringt."[62])

Aus einem späteren Rückblick der Zeitung auf diese Veranstaltung geht hervor, daß der Einladung Hitlers Vortrag rund 40 Ruhrindustrielle gefolgt waren[63]), unter ihnen befand sich wohl auch Kirdorf, der dann hier Hitler zum erstenmal sprechen hörte[64]). Was Hitler vortrug, war Kirdorf so sehr aus dem Herzen gesprochen, daß, wie er selbst berichtete, „ich am Schluß impulsiv

61) Ebd.
62) Ebd., S. 13.
63) Ebd., S. 39.
64) Möglicherweise war es auch eine der anderen Versammlungen des Jahres 1926; Kirdorf selber vermochte sich nicht mehr genau zu erinnern (s. RWZ v. 28. 7. 1935). Es ist auch ziemlich gleichgültig, ob Kirdorf Hitler im Juni, September oder Dezember 1926 erstmals reden hörte; entscheidend ist seine Reaktion auf die Rede.

aufgestanden bin und ihm die Hand gedrückt habe"[65]). Hinter diesem Händedruck standen Millionen – nicht Anhänger, das hatte noch gute Weile –, sondern Millionen Mark: Das 263-Millionen-Kapital der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft; 120 Millionen vom Aktienkapital der Vereinigten Stahlwerke, die sich im Besitz der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft befanden; das 7,5-Millionen-Kapital des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, auf das 1926 über Dreiviertel der gesamten Steinkohlenförderung Deutschlands entfielen. Denn Emil Kirdorf war Ehrenvorsitzender im Aufsichtsrat der Gelsenberg (so die börsengängige Abkürzung) wie auch im Kohlensyndikat, das von ihm 1893 gegründet worden war[66]).

Der Primus unter den gelehrten Weißwäschern des deutschen Monopolkapitals, Turner, hat viele Seiten vollgeschrieben, um zu beweisen, daß der damals 80jährige Kirdorf nur noch ein seniler Einzelgänger gewesen sei, der höchstens sich selbst vertreten habe, da er keinen Zugang mehr zu den politischen Fonds der Industrie und ihrer Verbände besessen habe; und was er als Person zur Finanzierung der Nazipartei habe beisteuern können, sei herzlich wenig gewesen, da er über ein nur realtiv bescheidenes persönliches Vermögen verfügt habe; zudem sei er als Geizkragen bekannt gewesen[67]). Sehen wir einmal davon ab, daß Turner keinerlei Beweise für die Einflußlosigkeit Kirdorfs beibringt, und auch davon, daß Kirdorf selbst berichtet, er sei jahrelang Verbindungsmann zwischen Hitler und der Industrie gewesen[68]), so genügt ein Blick auf die Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Gelsenberg und des Kohlensyndikats, um zu erkennen, daß dort noch genügend aktive Mitglieder saßen, mit deren Hilfe Kirdorf seinem Willen hätte Geltung verschaffen können, wenn das notwendig gewesen wäre: Vorsitzender des Vorstands der Gelsenberg war Generaldirektor Ernst Tengelmann, ein Mann, auf den sich Kirdorf verlassen konnte. Er und seine Söhne Walter und Wilhelm schwenkten schon 1930 unter dem Einfluß Kirdorfs zur NSDAP ab[69]). Sohn Walter und Sohn Fritz Tengelmann waren ebenfalls Vorstandsmitglieder der Gelsenberg[70]). Damit aber noch nicht genug: Auch Kirdorfs Schwiegersohn Hans Krüger, früher Marineoffizier, war Vorstandsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G.[71]). Und in deren Aufsichtsrat saß außer Kirdorf solch ein früher Förderer Hitlers wie Fritz Thyssen, außerdem Albert Vögler[72]), dessen politische Auffassungen sich von denen Kirdorfs nur in Nuancen unterschieden[73]).

Nicht viel anders sah es im Steinkohlensyndikat aus. In dessen Aufsichtsrat konnte sich der Ehrenvorsitzende Kirdorf zumindest auf seinen Schwiegersohn Herbert Kauert, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, und

65) RWZ v. 28. 7. 1935.
66) Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, Berlin/Leipzig, 1932/IV, S. 5403, 5406, 5410, 5412.
67) Turner, S. 16f., 60–86, bes. S. 79ff.
68) „Berliner Lokal-Anzeiger" v. 28. 10. 1936.
69) Stegmann, S. 417.
70) Handbuch der Aktiengesellschaften, S. 5408.
71) Ebd.
72) Ebd.
73) Ebd., S. 5413.

Ernst Tengelmann stützen, sofern es dessen hier, bei seiner ureigensten Schöpfung, überhaupt bedurfte. Wie unbegründet Turners Behauptungen über die Bedeutungslosigkeit und Senilität Kirdorfs sind, zeigt übrigens auch die Tatsache, daß Kirdorf noch 1933, im Alter von 86 Jahren, eine Unterredung mit Hitler auf dem Obersalzberg dazu benutzte, diesem nachdrücklich die Wünsche des Steinkohlensyndikats zu unterbreiten[74]).

Die Auftritte Hitlers in den Jahren 1926 und 1927 vor den Ruhrindustriellen, von denen hier weiter zu berichten ist, setzen auch die Behauptung eines anderen Weißwäschers, Iring Fetscher, ins rechte Licht, der sich die Feststellung zu eigen machte: „Das Geld hat ihm (Hitler, d. Verf.) den Weg zur Macht weniger geebnet, als daß es vielmehr der Macht nachgelaufen war."[75])

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" (RWZ) gab seinerzeit in gedrängter Form wieder, was Hitler am 18. Juni 1926 den Herren über die deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik zu sagen wußte. Wie bei ihm üblich, ging er auf konkrete Fragen überhaupt nicht ein, sondern führte seinen Zuhörern einen „großen Flug der Gedanken" vor; denn, so Hitler, was immer auch unter dem jetzigen System unternommen werde – es könne nichts daran ändern, „daß die Entwicklung in der großen Linie abwärts gehe"[76]). Mit Nachdruck versicherte Hitler seinen Zuhörern, daß die NSDAP „für die Aufrechterhaltung des Privateigentums" eintrete und die „freie Wirtschaft" beschütze als „die zweckmäßigste oder einzig mögliche Wirtschaftsordnung". Aber nur in einem kraftvollen Staat könne es eine kraftvolle Wirtschaft geben. Dieser Staat könne aber nur durch eine „Auseinandersetzung" mit dem Marxismus geschaffen werden. Hier – so Hitler – setze die Arbeit und die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung ein[77]). Wie in Hamburg einige Monate zuvor, wie schon in den frühen 20er Jahren, bot er den Herren auch jetzt wieder sich selbst und seine Partei als ideologischen und politischen Stoßtrupp für ihre Ziele an.

Es kann keine Rede davon sein, daß Hitler auf diese seine Zuhörer in irgendeiner Weise eine unwiderstehliche „dämonische Ausstrahlung" gehabt, sie fasziniert oder „in seinen Bann" geschlagen habe (mit derartigen Redensarten versuchen die bürgerlichen Apologeten gewöhnlich, die Hinwendung der deutschen Monopolisten zur NSDAP zu „erklären"). Sie beurteilten ihn ganz nüchtern unter dem Gesichtspunkt seiner Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit. Wie dieses Urteil ausfiel, läßt sich in etwa nachfolgender Bemerkung der RWZ ablesen: „Welch einen Eindruck der eineinhalbstündige Vortrag Hitlers machte, kann man nach der großen Aufmerksamkeit, mit der man ihm lauschte, und dem Beifall, der ihm am Schluß gezollt wurde, beurteilen."[78]) Das ist einigermaßen zurückhaltend formuliert: Von seiner Brauchbarkeit, darf man dem entnehmen, hatte Hitler die Herren überzeugt, von seiner persönlichen

74) RWZ v. 28. 7. 1935.
75) Iring Fetscher, Faschismus und Nationalsozialismus. Zur Kritik des sowjetmarxistischen Faschismusbegriffes, in: „Politische Vierteljahresschrift", 1/1962, S. 54.
76) Adolf Hitler und seine Bewegung, S. 14.
77) Ebd., S. 15f.
78) Ebd., S. 13f.

Zuverlässigkeit im großen ganzen wohl auch; gegen die Ziele war jedenfalls nichts einzuwenden. Aber – die Zeit, wo man solche Leute und eine solche Bewegung wirklich brauchen und einsetzen konnte, sie war im Sommer 1926 noch nicht gekommen. Dennoch durfte jener engere „Kreis westdeutscher Wirtschaftler", der die Veranstaltung initiiert hatte, mit dem Erfolg zufrieden sein, und mehr noch durfte es Hitler: er hatte aufgehört, in der Vorstellung der meisten der Anwesenden als eine etwas exotische Figur im fernen Bajuwarenland zu existieren, er war durch ihr Kommen zu seinem Vortrag als ein politischer Führer anerkannt worden, der ihre Beachtung verdiente, und das war – so kurz nach der Wiedergründung der Partei – ein Ereignis von hoher Bedeutung, weil es die NSDAP mit einem Schlage aus all den vielen anderen völkischen Gruppen und Grüppchen heraushob. Dieser Auftritt Hitlers vor der Ruhrindustrie war deshalb ein wahrhaft bedeutsamer Einschnitt in der Geschichte der NSDAP und im Verhältnis der herrschenden Klasse zu dieser Partei und damit zum Faschismus überhaupt. Hier nahm ein Verhältnis seinen Anfang, das Jahr für Jahr breitere Kreise zog und immer fester wurde – nicht gradlinig und nicht ohne Krisen, versteht sich –, bis die maßgebendsten der deutschen Monopolherren schließlich überein kamen, Hitler vor allen anderen Mitbewerbern um die Geschäftsführung der Firma „Deutscher Imperialismus" den Vorzug zu geben.

Von nun an war Hitler häufiger Gast im Ruhrrevier. Seinen nächsten Vortrag vor Ruhrindustriellen hielt er am 1. Dezember 1926 in Königswinter, und bereits zwei Tage später, am 3. Dezember, sprach Hitler erneut vor geladenem Unternehmerpublikum, diesmal wieder in Essen. Über diese Veranstaltung lieferte der „Essener Anzeiger"[79]) einen eingehenden Bericht. Der geladene Kreis dürfte nicht größer gewesen sein als im Juni, denn das Ereignis fand im städtischen Kammermusiksaal statt. Die Zeitung vermerkte lediglich einen „stattlichen Besuch". Diesmal mutete Hitler seinen Zuhörern schon einen Vortrag von 2 3/4 Stunden zu. Die Aufnahme war wohl ähnlich wie im Juni: „Den ersten Teil seines Vortrages nahm die Versammlung abwartend und zurückhaltend entgegen, später unterbrach sie ihn wiederholt mit Zustimmungsäußerungen, die sich am Schluß in anhaltendem Beifall kundgaben."[80]) Das Thema dieses Vortrags lautete: „Volksgesundung auf nationaler Grundlage"[81]). Liest man die Inhaltswiedergabe der Rede im „Essener Anzeiger", dann ist nicht zweifelhaft, was den Herren beifallswürdig erschienen ist. Gleich einleitend gab Hitler eine verblüffende Definition des Begriffs Politik, mit der er zu verstehen gab, daß er die Verwirklichung der Expansionsziele des deutschen Imperialismus als zentrale Aufgabe der Politik betrachtete; seine „Definition" lautete nämlich, den „Essener Nachrichten" zufolge, so: „Die ursprünglichste und segensreichste Art, Politik zu treiben, sei die Herstellung eines vernünftigen Ausgleichs zwischen Grundfläche und Volkszahl, mit anderen Worten: die Steigerung der Volkszahl bedinge ein natürliches

79) Das Blatt gehörte ebenfalls Reismann-Grone.
80) Adolf Hitler und seine Bewegung, S. 19.
81) Ebd.

Anrecht auf Bodenzuwachs." . . . Hitler, so berichtet das Blatt weiter, „sieht nur *ein* Mittel, nämlich den Erwerb von weiterem Grund und Boden, der auch der deutschen Wirtschaft neue Absatzgebiete eröffne. Dieser Weg aber erfordere . . . eine starke Machtstellung."[82])

Sicherlich bedurften die Herren keines Dolmetschers, um diese Ausführungen in den Klartext zu übersetzen, falls nicht überhaupt erst die Zeitung den deutlicheren Text des Vortrags in die Form einer dezenten Umschreibung der Zielsetzung, (Rüstung für Eroberungskrieg) gebracht hat. Dieses Ziel aber sei nicht zu erreichen mit dem „Prinzip der Majorität", führte Hitler weiter aus, und befand sich damit, wie ihm wohl bekannt war, in vollster Übereinstimmung mit seinen Zuhörern; denn dieses Prinzip bedeutete, „daß letzten Endes die wichtigsten Probleme von Leuten entschieden würden, die nichts davon verstünden und nur der Dummheit und Feigheit die Tür öffneten". Ein solches System, so Hitler weiter, „könne keine Köpfe gebrauchen. Wie morsch und untauglich es . . . sei, ergebe sich ohne weiteres, wenn man es aus dem Parlament einmal auf die Verwaltung, die Armee, auf die Wirtschaft übertragen würde: man lasse doch einmal zuvor ein Regiment abstimmen, ob ein Angriff vorgenommen werden solle oder nicht".

Am bezeichnendsten für den Geist, von dem Hitlers Zuhörer beseelt waren, ist die Tatsache, daß er vor ihnen den italienischen Faschismus als das nachahmenswerte Vorbild preisen konnte und nicht Widerspruch, sondern Beifall erntete: „Der Faschismus habe tatsächlich das Wunder vollbracht, aus einem verrotteten Volk wieder eine stolze und selbstbewußte Nation zu machen. Wenn man aber dieses Ziel erreichen wolle, so müsse man . . . bedenken, daß die Wirtschaft wohl den Menschen ernähre, aber nicht zum Sterben begeistere."[83])

In aller nur wünschenswerten Deutlichkeit erklärte Hitler also den Ruhrmagnaten in dieser Rede, daß er seine Aufgabe darin sah – und es sich zutraute –, die Masse des deutschen Volkes zum Sterben zu begeistern in einem Krieg für die Eroberung von Raum und Absatzmärkten für sie.

Es wäre unnötig, die Reden Hitlers so ausführlich wiederzugeben, wenn nicht ganze Kompanien bürgerlicher Historiker unisono erklärten, die Wirtschaftsführer und Generale, die Hitler 1933 zum Kanzler kürten, hätten das getan in völliger Unkenntnis von dessen außen- und innenpolitischen Zielen. Die historische Wahrheit – das beweisen gerade diese frühen Reden Hitlers vor den Wirtschaftsführern – besteht umgekehrt darin, daß er überhaupt nur deshalb als Kanzlerkandidat für sie in Frage kam, weil sie seit langem genau wußten, daß er gerade diese Ziele, die *ihre* Ziele waren, zu seinen eigenen gemacht hatte.

(Zweiter Teil folgt)

82) Ebd., S. 20.
83) Ebd., S. 21. In einem Polizeibericht über diese Versammlung wird aus der Rede noch die Passage hervorgehoben, in der Hitler erklärte, der Machtstaat könne nur durch die Beseitigung der Klassenspaltung erreicht werden, die Klassenspaltung wiederum könne nicht durch Kompromisse, sondern nur durch schärfste Kampfstellung gegenüber dem Marxismus beseitigt werden, „getreu der Devise, daß der Sieg immer im Angriff liege" (Böhnke, S. 112).

Die konservative Kritik an der Entnazifizierung

Eine Übersicht über die publizistische Auseinandersetzung

Die Entnazifizierung bildete ein Kernstück antifaschistischer Besatzungspolitik im Nachkriegsdeutschland. Jedoch schon Ende der 40er Jahre konnte man feststellen, daß diese so wichtige und notwendige Strukturreform in den Westzonen und der späteren Bundesrepublik gescheitert war. Und heute weist auch der einzige organisatorisch-institutionelle Überrest der Entnazifizierung, die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg, eine Negativbilanz auf. So mußte anläßlich einer Podiumsdiskussion in Köln deren Leiter feststellen: „Die 1958 in Ludwigsburg gegründete Zentralstelle stellte in 3000 Fällen Vorermittlungen an. 2700 davon gab sie an zuständige Staatsanwaltschaften. Doch nur 542 Täter, davon wiederum nur 118 zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe, wurden verurteilt." [1])

Das Scheitern der Entnazifizierungspolitik widerspiegelt sich jedoch auch im politischen Alltag der Bundesrepublik. So konnten hier hohe Beamte der faschistischen deutschen Regierung wieder zu staatlichen Repräsentaten aufsteigen: z. B. der Mitverfasser der Nürnberger Rassengesetze, Hans-Maria Globke, zum Staatssekretär des Bundeskanzleramtes unter Adenauer; der stellvertretende Abteilungsleiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des faschistischen Außenministeriums, Hans-Georg Kiesinger, avancierte zum Bundeskanzler, und ein mit dem Bau von Konzentrationslagern betrauter Baumeister, Heinrich Lübke, wurde Bundespräsident[2]). Auch wirken heute noch und wieder verantwortlich an der verfassungswidrigen Berufsverbotspraxis Männer wie Willi Geiger, ehemaliger Landgerichtsrat beim Sondergericht Bamberg, heute Richter beim Bundesverfassungsgericht, oder Rudolf Weber-Lortsch, vor 1945 Oberregierungsrat beim „Reichskommissariat" Ukraine/Nikolajewsk und heute Richter beim Bundesverwaltungsgericht, mit[3]). Darüber hinaus und entgegen den Bestimmungen des Grundgesetzes, Art. 139, agieren und propagieren eindeutig in der Tradition des Nationalsozialismus stehende Gruppen, Verbände und Verlage Antisemitismus, faschistische und nazistische Ziele.

Von daher kann die wissenschaftliche Aufarbeitung des Scheiterns der Entnazifizierung[4]) nicht nur im akademischen Raum Interesse beanspruchen. Verfolgt man beispielsweise – wie es im weiteren geschieht – die zeitgenössische Publizistik um die Entnazifizierung nach 1945 in den Westzonen und der späteren Bundesrepublik, dann trifft man nicht nur auf Institutionen und Personen, die das öffentliche Leben der Bundesrepublik mitprägten, sondern es lassen sich auch tapische Argumentationsfiguren und -stränge konservativer Interessenvertreter und Ideologen aufzeigen, die gegenwärtig wieder im Zusammenhang mit der Einschränkung demokratischer Grundrechte in unserem Lande eine Rolle spielen.

1) W. Honert, Schwierig, Nazis vor Gericht zu stellen. Eine Diskussion zu der Frage: Noch NS-Prozesse, in: „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 15./16. 3. 1975. Angesichts des Eintritts der Verjährung der unter dem NS-Regime begangenen Mordtaten am 31. 12. 1979 sollen dazu noch die anhängigen 193 Vorermittlungsverfahren in Sachen NS-Verbrechen nicht weiterverfolgt werden. Vgl. H. Düx, Warum die Mörder noch immer unter uns sind. Das unbewältigte Problem der NS-Verbrechen. In: „Die Tat" v. 31. 3. 1978, S. 9–10.

2) Vgl. hierzu ausführlicher: Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin (DDR) 1968.

3) H. Stein, Die Justiz – traditioneller und aktiver Faktor der Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik, in: „Marxistische Blätter", 1/1978, S. 31–37.

4) Als die wichtigsten Arbeiten zur Entnazifizierung gelten von den in der Bundesrepublik veröffentlichten: J. Fürstenau, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied/Berlin (West) 1969. – R. Billerbeck, Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 1971. – L. Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt/M. 1972. – I. Lange, Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1977.

I

Die *vorherrschende* Tendenz in der Auseinandersetzung mit der Entnazifizierung war in den 40er Jahren *polemisch-konservativ*, d. h. gegen den politischen Charakter der Entnazifizierung überhaupt sowie gegen einzelne gesetzliche Bestimmungen im besonderen gerichtet. Dabei traten in der Öffentlichkeit der ersten Nachkriegsmonate als erste entschiedene Gegner der politischen Säuberungsmaßnahmen die Kirchenleitungen der beiden großen Konfessionen auf. Eingebettet in den *christlichen Sühne- und Vergebungsgedanken* artikulierten sie die *konservative* und *reaktionär-bürgerliche* Kritik an der Entnazifizierung. Diese Kritik, die verbunden wurde mit dem Anspruch, im Sinne der demokratischen Erneuerung zu wirken, benötigte eine Institution, die sich in den vergangenen zwölf Jahren nationalsozialistischen Eingriffen verwehrte, um glaubwürdig erscheinen zu können. In den Augen der westlichen Besatzungsmächte, insbesondere der USA, und einem Teil der deutschen Bevölkerung besaßen neben den antifaschistischen linken Kräften besonders die Kirchen moralischen und politischen Kredit, insofern, als sie als „unpolitische Einrichtungen" nicht mit dem Nationalsozialismus identifiziert wurden und ihnen die Teilnahme einiger Mitglieder am antifaschistischen Widerstand die Aura der Moralität verschaffte[5]).

So waren es zunächst die amtlichen kirchlichen Würdenträger, die die Entnazifizierung angriffen. Am 20. Juli 1945 schon erhoben Kardinal Michael Faulhaber (Erzbischof von München), und der evangelische Landesbischof D. Meiser „Einspruch gegen die Massenverfolgungen, die pauschale Verurteilung aller SS-Männer und die Verfolgung von führenden Männern der Wirtschaft."[6]) Sie wandten sich damit gegen die auf der Grundlage der US-FET-Direktive vom 7. Juli 1945[7]) vorgenommenen schematischen Entlassungen und teilweisen Internierungen aller Personen, die als aktive Nationalsozialisten und Helfershelfer des Nationalsozialismus und Militarismus positionell beschrieben und kategorisiert wurden, aus höheren und mittleren Stellungen des staatlichen und öffentlichen Lebens. Stattdessen forderten diese klerikalen Kräfte entsprechend ihrem „Schuld"-Verständnis eine *individuelle* Schuldprüfung[8]), die bei den Konservativen auf allgemeine Resonanz stieß und als Parole lautete: „Nicht Parteizugehörigkeit allein, nicht Stichtag darf maßgebend sein, auf die *Gesamtpersönlichkeit* kommt es an."[9])

Dieser Forderung nach Individualisierung wurde mit dem Spruchkammerverfahren auf der Grundlage des Befreiungsgesetzes vom 5. 3. 1946 (Gesetz Nr. 104)[10]), das die Ausführungsbestimmungen der Kontrollratsdirektive Nr. 24 beinhaltete[11]), für die US-amerikanische Besatzungszone Rechnung getragen. Mittels eines Meldebogens, den jeder Deutsche über 18 Jahre ausfüllen mußte, erfolgte seitens der Spruchkammern die Eingruppierung in fünf Gruppen: Hauptbelastete, Belastete (Aktivisten/Militaristen/Nutznießer), Minderbelastete (Bewährungsgruppe), Mitläufer und Entlastete. Die Gruppenmerkmale wurden im einzelnen festgelegt, die Betroffenen mit abgestuften Sühnemaßnahmen bedacht. Gleichzeitig kam mit der Verabschiedung des Gesetzes die Durchführung der Entnazifizierung in deutsche Hände, wenngleich sich die Besatzungsmacht Einspruchrechte vorenthielt. Dieses Gesetz verstand sich ausdrücklich als ein *politisches* und *nicht* als ein Strafgesetz:

5) Dieses eng mit dem CDU-Staat Adenauerscher Provenienz zusammenhängende soziale Syndrom wurde erst in den frühen 60er Jahren aufgebrochen. Vgl. z. B. die Aufnahme und die Diskussion um den „Stellvertreter" von Rolf Hochhuth.

6) J. Neuhäusler, Entnazifizierung und katholische Kirche, in: „Der Überblick. Nachrichten-Dienst aus der christlichen Welt" v. 17. 3. 1948, S. 4–8, zit. S. 4. – Neuhäusler selbst war seit 1933 einer der Führer der katholischen Widerstandsbewegung und von 1941–1945 im KZ Dachau.

7) U.S. Forces, European Theater 7. July 1945, Directive Removal of Nazis and Militarists, in: Office of Military Government for Germany (U.S.): Denazification (Cumulative Review). Report of the Military Governor (1. April 1947 – 30. April 1948), Nr. 34, S. 23–36.

8) So z. B. nachhaltig im Hirtenbrief der katholischen Bischöfe Deutschlands v. 23. 8. 1945, wo es heißt: „Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, daß immer und überall die Schuld von Fall zu Fall geprüft wird, damit nicht Unschuldige mit den Schuldigen leiden müssen", in: „Keesings Archiv", 1945, 392 A.

9) E. Müller-Meiningen (jun.), Die Parteigenossen. Betrachtungen und Vorschläge zur Lösung des „Naziproblems", München 1946, zit. S. 14.

10) E. Schullze, Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946, München 1946.

11) Direktive Nr. 24: Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen, in: „Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland", 5/1945, S. 98–115.

„1. Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur Sicherung dauernder Grundlagen eines deutschen demokratischen Staatslebens in Frieden mit der Welt werden alle, die die nationalsozialistische Gewaltherrschaft aktiv unterstützt oder sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigennützige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantworlich gemacht haben, von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet." [12])

In diesem Sinne führte auch der Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, H. Ehard (CSU), vor dem Beratenden Landesausschuß aus: „Das ist ein politisches Gesetz. Man kann daher bei seiner Anwendung und Auslegung nicht den Maßstab streng juristischer Ausdeutungskunst anlegen. Aber es ist ein Gesetz . . ." [13]).

Auch H. Schmitt (KPD), Befreiungsminister in Bayern, charakterisierte ausführlich den *politischen* Grundzug des Gesetzes, versuchte schon lautwerdende juristische Gegenargumente zu entkräften, wies auf die *rechtssetzende* Bedeutung nach zwölf Jahren Unrechtsstaat hin und warb nicht zuletzt um aktive Mitarbeit bei der Durchführung[14]). Doch gerade dieser Mitarbeit versagten sich die Kirchenleitungen in den Westzonen. Die EKiD sah sich nicht in der Lage „dem Gesetz und seiner Durchführung im Vollmaße ihre Unterstützung zu verleihen" [15]).

Darüber hinaus gaben die evangelische und katholische Kirche die Weisung an die Pfarrer und Priester aus, sich nicht als Mitglieder den Entnazifizierungsausschüssen und Spruchkammern zur Verfügung zu stellen[16]). Ferner wandten sich die Kirchenleitungen bewußt gegen das *politische* Anliegen des Gesetzes, bezweifelten, von einem metaphysischen und konservativen Rechtsverständnis ausgehend, dessen ethische Verankerung und interpretierten das Befreiungsgesetz als *Strafgesetz.*

Besonders klar formulierte diesen Standpunkt als Antwort auf die Kritik A. Arndts[17]) an der Stellungnahme der EKiD E. Schwarzhaupt, Oberrätin der Kanzlei der EKiD: „Die Kirche hat nicht aufgehört zu verkünden, daß der einzige Weg zu einer Erneuerung unseres Volkes *vom christlichen Glauben her über die Schulderkenntnis und einer inneren Umkehr führt. (. . .)* Neue Achtung vor dem Gesetz könnte nur entstehen, wenn das deutsche Volk Gesetzen begegnet, die ihm *überzeugend als Auswirkung göttlicher Gerechtigkeit* erscheinen und die frei sind von menschlicher Rache oder menschlicher Machtpolitik. Besonders empfindlich wird das Volk stets gegenüber einem Strafgesetz reagieren, das nicht nur über die äußere Existenz der betroffenen Menschen, sondern auch über ihre Ehre ein Urteil fällt." [18])

Da A. Arndt zuvor in seinem Artikel dem Befreiungsgesetz Verfassungsrang zubilligte[19]), signalisierte diese Stellungnahme der evangelischen Kirche auch gleichzeitig, daß sie einem Staatsgebilde, das die Kontinuität betont, stärkere Sympathien entgegenzubringen gewillt war als einem das mit grundlegenden Strukturreformen eine staatliche Abgrenzung vom NS-Staat und einen Neubeginn vorzunehmen gedachte. Des weiteren loteten die Kirchenleitungen insbesondere mit ihrer Detailkritik an der Entnazifizierung und am Befreiungsgesetz den *Spielraum für konservative Positionen* aus, insbesondere um antifaschistische Forderungen ins Zwielicht zu rücken; mit den einzelnen von den Kirchenleitungen vorgetragenen Re-

12) E. Schullze, a.a.O. (Anm. 10), zit. S. 4.
13) Referat des Staatssekretärs, Dr. Hans Ehard vor dem Beratenden Landesausschuß am 9. 4. 1946, in: H. Schmitt/H. Ehard, Grundlegende Reden zum Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus des Staatsministeriums für Sonderaufgaben H. Schmitt und des Staatssekretärs im Justizministerium Dr. Ehard Hrsg. im Auftrag des Ministeriums für Sonderaufgaben, Frankfurt/M. 1946, S. 23–32, zit. S. 23.
14) H. Schmitt, Die politischen Grundlagen des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, in: H. Schmitt,/H. Ehard, a.a.O. (Anm. 13), S. 3–22.
15) Brief des Rates der EKiD an die Amerikanische Militärregierung für Deutschland vom 26. 4. 1946, in: H. Diem, Kirche und Entnazifizierung. Denkschrift der kirchlich-theologischen Sozietät in Württemberg, Stuttgart 1946, Anlage 4, S. 74–84, zit. S. 74.
16) Richtlinien des Rates der EKiD zur Durchführung der Selbstreinigung der Kirche, beschlossen in Treysa am 2. 5. 1946, in: H. Diem, a.a.O. (Anm. 15), S. 72–73. – Weisung des Kardinals Faulhaber an die Priester v. 17. 6. 1946, in: J. Neuhäusler, a.a.O. (Anm. 6), S. 4.
17) A. Arndt, Die Evangelische Kirche in Deutschland und das Befreiungsgesetz, in: „Frankfurter Hefte", 5/1946, S. 35–46. – Arndt war 1945–1949 Ministerialrat im Hessischen Justizministerium; seit 1949 MdB (SPD).
18) E. Schwarzhaupt, Die evangelische Kirche und das Befreiungsgesetz, in: „Frankfurter Hefte", 12/1946, S. 872–875, zit. S. 872. – Schwarzhaupt war lange Jahre juristische Beraterin in zentralen Dienststellen der EKiD, 1953 MdB (CDU) und 1961 Bundesminister für Gesundheit.
19) A. Arndt, a.a.O. (Anm. 17), S. 46.

visionsforderungen wurden Etappenziele auf dem Wege, die Entnazifizierung überhaupt zu beenden, markiert.

II

Einen günstigen Nährboden fand diese Ablehnung der Entnazifizierung in den realen Mißständen bei der Durchführung der politischen Säuberung: so verzögerte sich die Einrichtung der Spruchkammern, weil sich zu wenig Personen, insbesondere Juristen, mit antifaschistischer Vergangenheit zur Mitarbeit in den Spruch- und Berufungskammern bereitfanden[20]). Auch wurde die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen zunehmend mißachtet: das Antifaschismusgebot für Spruchkammermitglieder fand eine großzügige Auslegung, und entgegen der 1. Dienstanweisung[21]) wurde die Verhandlung der „Mitläufer und Minderbelasteten" vorgezogen. In der *Praxis der Spruchkammern* zeigte sich weiterhin, daß die *politische* Auslegung des Gesetzes durch *juristische Techniken* weithin unterlaufen wurde, indem die systematische Kategorieneinstufung durch Einzelfallbehandlung ersetzt wurde, die die Sorge hervorrief, daß „Nationalsozialisten und Militaristen sowie die Kategorie der Nutznießer sich auf Grund ihrer wirtschaftlichen Machtpositionen und gesellschaftlichen Beziehungen genügend Entlastungszeugen verschaffen, gegen die niemand aus dem Kreis derer, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit befinden, aufzutreten wagt."[22])

Durch diese Mechanismen wurde die zunächst sich publizistisch artikulierende positive Haltung zum Befreiungsgesetz[23]) mehr und mehr übertönt von kritischen bzw. ablehnenden Stimmen. Die politische Linke beharrte in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und den verschiedenen Kontrollratsdirektiven und -gesetzen darauf, daß eine wirksame Entnazifizierung mit grundlegenden gesellschaftlichen Struktur- und Machtveränderungen verbunden bleiben müsse[24]), verwarf die unpolitische Spruchkammerpraxis und schätzte sie als einen Versuch ein, verlorene Machtpositionen den alten Eliten zu erhalten und den Demokratisierungswillen zu untergraben. So betonte Leo Bauer beispielsweise: „Aber indem die Spruchkammern es mehr und mehr ablehnten, politisch zu urteilen (politisch heißt hier natürlich nicht parteipolitisch, sondern muß im Sinne der politischen Aufgabenstellung der legalen Revolution verstanden werden), und nur die formale Belastung in Betracht zogen, wobei von krassen Fehlurteilen in dieser grundsätzlichen Betrachtung gar nicht die Rede sein soll, wurden sie zu den direkten Helfern jener, die das reaktionäre Deutschland erhalten wollen."[25])

Die politische Rechte sprach sich für Einzelfallbehandlung und Bestrafung politischer *Schuld* aus, befürwortete, ausgehend von einer Kritik an den (angeblichen) juristischen Widersprüchen der justizierten Spruchkammerpraxis, weitgehende politische Amnestien und redete letztlich einer Beendigung der Entnazifizierung das Wort.

Typisch hierfür sind z. B. die Ausführungen von Maria Fritzle, Amtsrätin in Stuttgart und CDU-Landtagsabgeordnete in Württemberg-Baden[26]). Von einem positivistischen Rechtsverständnis aus lehnten die Rechtskräfte den Gerechtigkeitsbegriff des Befreiungsgesetzes ab, da er auf einem angeblichen metaphysischen Schuldverständnis beruhe, sahen das Prinzip des Rückwirkungsverbots von Strafgesetzen sowie die Schuldfeststellung nach der Tatbestandsmäßigkeit verletzt, wähnten die Unabhängigkeit der Urteilsfindung in Gefahr, weil Richter und Laienrichter eine antifaschistische Vergangeneheit aufweisen sollten, und erklärten die Rechtskräftigkeit des Urteils-

20) Rede des Staatsministers Schmitt vor dem vorläufigen Landesausschuß am 9. 4. 1946, in: H. Schmitt/H. Ehard, a.a.O. (Anm. 13), S. 12–22, bes. S. 15.

21) Dienstanweisung Nr. 1 für den öffentlichen Kläger, in: E. Schullze, a.a.O. (Anm. 10), S. 69–71.

22) Wo steht die Entnazifizierung, in: „Das neue Wort", 18/1946, S. 8–10, zit. S. 8.

23) Beispielsweise: B. Reifenberg, Befreiung durch Gesetz, in: „Die Gegenwart", Nr. 8/9, 1946, S. 11–14. – Die Arbeit der Spruchkammern, in: „Die Selbsthilfe", 18/1946, S. 1/2. – Denazifizierung, in: „Die Zeit", 12/1946.

24) Vgl. z. B. auch die Rede von Kurt Schumacher auf dem 2. Parteitag der SPD in Nürnberg am 29. 6. 1947, in: Protokolle der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands v. 29. 6. bis 2. 7. 1947 in Nürnberg, Hamburg (1948), S. 35–56, bes. S. 49.

25) L. Bauer, Entnazifizierung – Renazifizierung, in: „Wissen und Tat", Darmstadt, 12/13/1947, S. 2–9, zit. S. 5. – Das Scheitern der Entnazifizierung in den Westzonen, bes. im Bildungsbereich, beschrieb auch der linksliberale Sozialwissenschaftler Franz L. Neumann: F. L. Neumann, Die Umerziehung der Deutschen, in: Das sozialistische Jahrhundert 1946/47, Bd. 2, S. 292–295 und 329–330.

26) M Fritzle, Friede und Gerechtigkeit durch das Befreiungsgesetz, in: Schriftenreihe „Neue Politik", Stuttgart (o. J.), (1947), H. 4. – Vgl. auch: R. Haerdter, Im Labyrinth der Säuberung, in: „Die Gegenwart", Freiburg, 2/1947, S. 9–12.

spruchs für unterhöhlt, weil die Befreiungsminister der Länder ein Urteil der Spruchkammern aufheben konnten. Aus all diesen Gründen kam M. Fritzle zu dem Schluß: „Wenn die Besatzungsmacht es für nötig hält, gegen frühere Nationalsozialisten vorzugehen, mag sie es tun, sie hat die Macht dazu. Wir Deutschen sollten uns aber der Verlängerung von Rechtsunsicherheit, der weiteren Verwirrung der Rechtsbegriffe und der Verletzung des Rechtsgefühls anständiger Menschen versagen."[27])

Der heuchlerische Charakter der konservativen Rechtsargumentation gegenüber der Entnazifizierung offenbarte sich in der *Verkehrung von Ursache und Wirkung:* Nicht in der tausendfachen Verletzung des Rechts während der nationalsozialistischen Herrschaft wurde die Ursache der „Untergrabung" des Rechtsbewußtseins des deutschen Volkes gesehen, sondern in dem Versuch, die Grundlagen zur Rechtsstaatlichkeit wieder zu legen. Diese Haltung vertrat u. a. der Juraprofessor und spätere DFG-Vorsitzende L. Raiser: „Aber es hieße kriminelles Unrecht um seine wahre soziale Bedeutung, seine Bestrafung um ihre ethische Begründung und Autorität bringen, wollte man ihm die von einem ganzen Volk millionenfach begangenen ‚Verbrechen' der Partei- oder Formationszugehörigkeit unterschiedlos gleichstellen. Die Folgen einer so mißverstandenen Entnazifizierung zeichnen sich bereits deutlich ab: das soziale Unwerturteil, auf dem jedes Strafrecht beruht, wird nicht etwa auf die bisher nicht als kriminell empfundenen politischen Handlungen erstreckt, sondern auch noch gegenüber den echten kriminellen Verbrechen an Leib, Leben oder Vermögen abgestumpft, das Rechtsbewußtsein des Volkes also weiter geschwächt statt gestärkt."[28])

Tatsächlich entwickelte sich diese angebliche *Rechtsargumentation zur stärksten ideologischen* Waffe gegen die Entnazifizierung und für die Rehabilitierung ehemaliger Nationalsozialisten. Zynisch faßte Wilhelm Clever diese Taktik zusammen: „Die Scheinrevolution der Entnazifizierten hat sich darauf eingelassen, den Gegner mit den Argumenten des Rechts zu wiederlegen. Sie muß sich nun gefallen lassen, selbst mit den Argumenten des Rechts widerlegt zu werden."[29])

III

Wenngleich die Position der rechten, konservativen und reaktionären Kritik an der Entnazifizierung interalliierten Abmachungen und die Rechtsargumentation den ethischen Prinzipien des Völkerrechts widersprach, so wurde sie begünstigt von Entwicklungen in den westlichen Zonen und dem politischen Kurswechsel der US-Besatzungsmacht, die mit ihren wirtschaftlichen Rekonstruktionsplänen für Westeuropa nicht nur das „Gespenst der Depression in Amerika und eine weltweite Stagnation"[30]) der Wirtschaft zu bannen gedachte, sondern auch dem US-Finanzkapital profitable Anlagebereiche sichern wollte. Dieser neue Kurs setzte sich endgültig Mitte 1947 durch und wurde festgeschrieben in der revidierten Besatzungsdirektive vom 15. Juli 1947 sowie dem revidierten Industrieplan vom 26. Agust 1947[31]).

Indirekte Unterstützung erfuhr die konservative und reaktionäre Kritik auch dadurch, daß bekannte Antifaschisten, wie z. B. E. Kogon, in Verkennung der politischen Lage die beschwichtigende Kurzformel „Recht auf politischen Irrtum" prägten und verkündeten: „Wir wollen es ohne Umschweife aussprechen: *Es ist nicht Schuld, sich politisch geirrt zu haben.* Verbrechen zu verüben oder an ihnen teilzunehmen, wäre es auch nur durch Duldung, ist Schuld. Und Fahrlässigkeit ist ebenfalls Schuld, wenn auch eine von anderer geringerer Art als Verbrechen und Verbrechensteilnahme. Aber politischer Irrtum – in allen seinen Schattierungen – samt dem echten Fehl-

27) M. Fritzle, Friede und Gerechtigkeit . . ., a.a.O. (Anm. 26), zit. S. 24.
28) L. Raiser, Entnazifizierung. Politische Säuberung oder Bestrafung?, in: „Göttinger Universitätszeitung", 3/1947, zit. S. 8. – W. Hollander, Ein Jahr Entnazifizierung, in: Nordwestdeutsche Hefte", 2/1947, S. 35–37.
29) W. Clever, Massenstrafe, in: „Die Gegenwart", 3/1948, S. 12–13, zit. S. 13.
30) R. Blum, Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus. Tübingen 1969, zit. S. 188.
31) Richtlinien der amerikanischen Regierung an den Kommandierenden General der Besatzungsstreitkräfte der Vereinigten Staaten in Berlin, General Lucius Clay, sowie der revidierte Industrieplan für die amerikanische und britische Besatzungszone Deutschlands vom 26. August 1947; beide in: W. Cornides/H. Volle, Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941–1948 mit einem Bericht über die Londoner Außenministerkonferenz v. 25. 11. bis 15. 12. 1947, in: Dokumente und Berichte des „Europa-Archivs, Bd. 6, Oberursel 1948, S. 100–105 und S. 105–109.

schluß gehört weder vor Gericht noch vor Spruchkammern. Irren ist menschlich."[32])

Faktisch sah die alte konservative und politisch-ökonomische Elite der Weimarer Republik sowie teilweise die des Nationalsozialismus Kogons Stellungnahme als einen politisch-moralischen „Persilschein" an und benutzte ihn auch in diesem Sinne. Mit Kogons Forderung, die Entnazifizierung auf politische Verbrechen und kriminelle Handlungen zu beschränken sowie das Beschäftigungsverbot für alle übrigen aufzuheben[33]), reihte er sich objektiv in den Kreis derer ein, die grundlegende gesellschaftliche Strukturreformen mittels der Entnazifizierung ablehnten.

Wohl gab es auch Gegenstimmen, die versuchten, das Zerrbild, das von der konservativen und reaktionären Kritik gezeichnet wurde, zurchtzurücken. „Die Angriffe gegen den Rechtscharakter des Gesetzes 104 und damit gegen die Ordnungsmäßigkeit der Befreiungsaktion überhaupt können in keinem Fall als stichhaltig anerkannt werden: I. Das Gesetz 104 verurteilt nicht den politischen Irrtum, sondern die Beteiligung an Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit. II. Diejenigen, die irgendwie mit dem Nazismus gegangen sind, können aus der allgemeinen Situation der zwölf Jahre heraus zwar mildernde Umstände für sich beanspruchen, ihre Verantwortlichkeit selbst kann dadurch nicht aufgehoben sein. III. Die Umkehrung der Beweislast hat, unter Würdigung aller Umstände angewendet (wie das vom Gesetz verlangt wird), zu angemessenen Ergebnissen geführt. IV. Nicht in einer positivistischen Theorie, sondern im gesunden Rechtsempfinden und der politischen Notwendigkeit sind die klaren Grundlagen des Gesetzes Nr. 104 zu erblicken."[34])

Doch insgesamt läßt sich feststellen, daß im Zuge der Westintegration, des verstärkten Antikommunismus und der Werbung der bürgerlichen Parteien um die Stimmen der „Ehemaligen" die Kritik an der Entnazifizierung immer offener, reaktionärer und demagogischer wurde. In einer Zeit der „Diktatur der Mitläufer"[35]), wie Mannzen überspitzt formulierte, war es sogar möglich, die Methoden der Entnazifizierung mit denen des Hitlerfaschismus zu vergleichen, ja sogar beide identifizierend ineinszusetzen: „Soweit daher das Gesetz Nr. 104 Strafcharakter trägt und über den eigentlichen Rahmen von Wiedergutmachungsleistungen sowie den notwendigsten prophylaktischen Maßnahmen gegen die Wiederkehr des Nationalsozialismus hinausgeht, ist es rechtlich unhaltbar, und es ist durchaus verständlich, wenn das Gesetz als ein Gesetz der Nazimethodik bezeichnet wird."[36])

Für die von der Entnazifizierung Betroffenen, z. B. Lehrer, die nichts anderes als „unpolitische" nominelle Mitglieder in nationalsozialistischen Organisationen gewesen sein wollten, wurde sogar Wiedergutmachung für das ihnen angetane „Unrecht" durch den Staat gefordert[37]).

Wenngleich Forderungen dieser Art nicht entsprochen wurde, so verpflichtete doch das Ausführungsgesetz zu Artikel 131 GG vom 11. Mai 1951 zur Wiedereinstellung aller nach 1945 im Zuge der Entnazifizierung entlassenen Beamten, außer solchen zunächst, die durch rechtmäßigen Spruchkammerbescheid für den öffentlichen Dienst als untragbar erklärt wurden[38]).

IV

Nachdem die Entnazifizierung zu Beginn der 50er Jahre abgeschlossen, die Rehabilitierung ehemaliger Nationalsozialisten im Zuge der Rekonstruktion des Kapitalismus in der BRD und des zunehmenden Ost-West-Gegensatzes erfolgreich vollzogen war, ging es nun in der publizistischen Auseinandersetzung um eine *Rückschau* und eine *Bewertung* der erfolglosen politischen Säuberung.

32) E. Kogon, Das Recht auf politischen Irrtum, in: „Frankfurter Hefte", 7/1947, S. 649. – E. Kogon war ab 1942 im KZ-Buchenwald.
33) In diesem Sinne auch: K. Knappstein, Die versäumte Revolution. Wird das Experiment der „Denazifizierung" gelingen?, in: „Die Wandlung", 8/1947, S. 663–677. – Und für den Hochschulbereich: K. Jaspers, Volk und Universität, in: „Die Wandlung", 1/1947, S. 54–64.
34) K. Hammber, Bankrott der Entnazifizierung? Das Vermächtnis einer großen Aktion. Hrsg. von der Vereinigung der Mitarbeiter des Befreiungsgesetzes Land Württemberg-Baden, Stuttgart 1948, zit. S. 11. – Vgl. auch die Argumentation bei: E. Sonntag, Die deutschen Spruchgerichte in der britischen Zone, in: „Die Friedenswarte", Basel, 1/1950.
35) W. Mannzen, Die Technik der Renazifizierung, in: „Neues Europa", 23/1948, zit. S. 27.
36) H. Burneleit, 18 Monate öffentlicher Ankläger, in: Schriftenreihe „Neue Politik", H. 6, Stuttgart 1948, zit. S. 21. – H. Lenz, Der Schlußstrich. Gedanken zur Entnazifizierung, Köln 1948.
37) H. Sievers, Nach vierzig Jahren, in: „Die Sammlung", 5/1950, S. 307.
38) Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen, in: „Bundesgesetzblatt", 22/1951, S. 307–321.

Auf der einen Seite im Zusammenhang mit Graberts Vorstoß zur Renazifizierung der Hochschulen[39]) meldeten sich extreme Rechtskräfte zu Wort, um die Entnazifizierung zu diffamieren: sie wurde von ihnen gleichsam im nachhinein als ein kommunistischer Dolchstoß bezeichnet, ein „kalter Bürgerkrieg" „für eine soziale Umschichtung im kommunistischen Sinne durch möglichste moralische und materielle Vernichtung der Intelligenz, der Wirtschaftskreise und der deutschen Wehrmacht . . ."[40]). Auch wurde die Wissenschaft – insbesondere die Rechtswissenschaften – in apologetischer Absicht dazu benutzt, die angebliche Unrechtsmäßigkeit der Entnazifizierung zu bescheinigen[41]).

Auf der anderen Seite wurden jedoch immer mehr Stimmen laut, die im Mißerfolg der Entnazifizierung den „Sieg der Ehemaligen" aufzeigten. So erkannte nun auch E. Kogon: „Die stille, allmähliche, schleichende, unaufhaltsame Wiederkehr der Gestrigen scheint das Schicksal der Bundesrepublik zu sein. Angetan mit alten und neuen Gesetzesmänteln der Gerechtigkeit, lassen sie sich einzeln auf den hohen, reihenweise auf den mittleren Sesseln der Verwaltung, der Justiz und der Verbände nieder. In der Wirtschaft halten sie ohnehin nicht erst seit heute die Hebel in ihren sicheren Händen, – nun wieder die Hände der Macht. Morgen werden sie auch die Generäle stellen, den Offiziersnachwuchs aus ihren Familien, man wird einander zuprosten, die Abgeordneten, die Richter, die Anwälte, die Militärs, die Generaldirektioren, und alles müßte doch eigentlich gut sein."[42])

Angesichts dieser ziemlich massiven – wenn auch still schleichenden – Bedrohung der Demokratie waren die Vorstellungen zur Abwehr, die E. Kogon vorschlug, resignativ und zielten in der politischen Konsequenz auf bloße innere Emigration „in die Widerstandsbunker des Geistes"[43]).

Auch Walter Dirks sah das Scheitern der Entnazifizierung als einen entscheidenden Faktor an, der die *Entpolitisierung* der Bevölkerung in der Bundesrepublik bewirkte und den Neonazismus nährte: „Soweit im späteren Verlauf ‚Renazifizierungen' feststellbar waren, in der bisher harmloseren Form des ‚Neonazismus' und in der bedenklicheren Form der Assimilierung altnazistischer und restaurativer Elemente, hängen sie ursächlich mit dem Mißlingen der *Entnazifizierung* zusammen."[44])

Als verstärkende Komponente dieser Restauration wirkte darüberhinaus der gleichsam zur Staatsideologie geronnene Antikommunismus. Dies zu analysieren und praktisch abzubauen, sollte jedoch den linken Kräften vorbehalten bleiben: Nemitz schrieb dazu 1955 in der SPD-Zeitschrift „Neue Gesellschaft": „Eine gefährliche Nuancierung erhält die Renazifizierung und die erneute Einflußnahme ehemaliger Funktionäre des nationalsozialistischen Regimes durch das gefährliche Klima des Kalten Krieges. Mit dem Hinweis auf eine gründliche Praxis im militanten Antikommunismus bieten sich jene Kräfte zur Mitarbeit an, die zum größten Teil aktiv an der Zerschlagung der Weimarer Republik mitgearbeitet haben."[45])

Nemitz wies auch den Weg, diesen gefährlichen Strömungen erfolgreich entgegenzutre-

39) H. Grabert, Hochschullehrer klagen an. Von der Demontage deutscher Wissenschaft, Göttingen 1952. – Vgl. L. Elm, Hochschule und Neofaschismus. Zeitgeschichtliche Studien zur Hochschulpolitik der BRD, Berlin (DDR) 1972, S. 23–52.

40) O. Koellreutter, Das Wesen der Spruchkammern und der durch sie durchgeführten Entnazifizierung. Ein Rechtsgutachten (München) 1953, Göttingen 1954, zit. S. 6. – Ders., Über Schuld und Aufgabe der geistigen Führungsschicht im deutschen politischen Leben der Gegenwart, Göttingen 1955. – Ders., Die Entnazifizierung – eine Sünde wider Recht und Ehre, Landau 1954.

41) Vgl. hierzu die juristischen Dissertationen: A. Eberhardt, Die Denunziation im Spiegel des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diss. jur., München 1950. – W. Lachmann, Die Denunziation unter besonderer Berücksichtigung des Kontrollratgesetzes Nr. 10, Diss. jur. München 1951. – R. Metzger, Der Rechtscharakter der Sühnemaßnahmen des in der amerikanischen Zone erlassenen Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus. Diss. jur. Bonn 1951. – E. Schweckendiek, Die Rechtsnatur der Sühnemaßnahmen nach dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946. Diss. jur., Marburg 1953. – Jahre später wurde dann angesichts des offiziell nicht Vorhandenseins des organisierten Sozialismus in der BRD die Entnazifizierung als eine „Verschwörung der New-Dealer" von den Rechtsextremisten ausgegeben. Vgl. hierzu: C. Schrenck-Notzing, Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Rolle, Stuttgart 1965, bes. S. 187–195.

42) E. Kogon, Beinahe mit dem Rücken zur Wand, in: „Frankfurter Hefte", S. 641–645, zit. S. 641.

43) E. Kogon, Beinahe mit dem Rücken zur Wand, a.a.O. (Anm. 42), S. 644.

44) W. Dirks, Folgen der Entnazifizierung in kleinen und mittleren Gemeinden der drei westlichen Zonen (1953), in: Soziologica, hrsg. v. Th. W. Adorno/W. Dirks, Bd. 1, Frankfurt/M. (1955), S. 445–470, zit. S. 445.

45) K. Nemitz, Das Regime der Mitläufer. Soziologische Notizen zur Renazifizierung, in: „Die neue Gesellschaft" 3/1955, S. 39–45, zit. S. 43.

ten: er forderte zu einem energischen *Widerstand* auf, der von den Gewerkschaften und der politischen Linken gemeinsam getragen werden sollte. Diese Forderung hat angesichts der neonazistischen Aktivitäten der späten 70er Jahre nichts an Aktualität verloren.

In der Kritik und der Ablehnung der Entnazifizierung lassen sich zeitgenössische Elemente konservativer, wenn nicht sogar rechtsextremistischer Ideologie ausmachen. Sie verbargen sich damals wie auch heute hinter einem *verbalen* Antifaschismus, einem *verbalen* Rechtsstaatsbekenntnis und der *Vereinnahmung* des bürgerlichen *Rechts für reaktionäre Ziele*, wenden sich jedoch, ausgehend von einem *weltanschaulichen Pragmatismus*, gegen grundlegende demokratische Strukturreformen.

Wilma Albrecht

Tagungsbericht

Frauen als Subjekt und Objekt der Wissenschaft

Bericht über einen Kongreß des VDS-Projektbereichs Frauen vom 30. Juni bis 2. Juli 1978 in Bielefeld

„Frauen als Subjekt und Objekt der Wissenschaft – 70 Jahre Frauenstudium". Unter diesem Motto fand vom 30. Juni bis 2. Juli 1978 in Bielefeld der erste überregionale Kongreß des Projektbereichs Frauen in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) statt.

„Die Mutter" von Brecht, aufgeführt von der Marburger Theatergruppe „Der Sturmvogel", bildete den Auftakt des Kongresses und veranschaulichte so schon zu Beginn, daß nicht allein die Belange der Studentinnen, sondern die der Frauen überhaupt zum Thema gemacht werden sollten. So stand der Kongreß auch im Zeichen der internationalen Solidarität, indem er sich mit der Situation von Chileninnen und ihren Familien auseinandersetzte sowie einen Beitrag zur materiellen Unterstützung des African National Congress (ANC) und damit der südafrikanischen Frauen leistete.

Die Diskussion um die Frauen als Subjekte der Wissenschaft, d. h. als Lernende und Lehrende an der Hochschule, ging über bisherige Ergebnisse hinaus. Wenn auch die Beschäftigung mit der Akademikerinnenarbeitslosigkeit, den Auswirkungen des Hochschul-Rahmengesetzes (HRG), der Praxis des & 218 und der sozialen Versorgung von Studentinnen mit Kindern nach wie vor einen großen Raum einnahm, so wurden insbesondere die Ursachen und Auswirkungen psychischer Belastungssituationen von Frauen in den Vordergrund gerückt. Daß hierbei nicht beim gemeinsamen Erfahrungsaustausch, Konstatieren und Beklagen stehengeblieben, sondern auch aufgezeigt wurde, daß der „Uni-Bluff" längst durchschaut ist und damit auch durchbrochen werden kann, hat deutlich gemacht, daß sich Studentinnen wie Dozentinnen zunehmend von verinnerlichten Anpassungsmustern lösen, sich auf schöpferische Eigenqualitäten zurückbesinnen und – indem sie selbst auf Umdenkungsprozesse drängen – diese offensiver ins Spiel bringen.

Die zweifellos breiteste und auch heftigste Auseinandersetzung entzündete sich an der Frage nach Wissenschaftsinhalten, in denen die ideologische Fortschreibung traditioneller Frauenleitbilder überwunden wird zugunsten einer fundierten Beschäftigung mit der Stellung der Frau, wie sie sich faktisch in der Gesellschaft darstellt und historisch herausgebildet hat. Umstrittenster Kernpunkt dieser Diskussion war das Problem des Wissenschaftsansatzes, der sich in der Kontroverse materialistische versus feministische Wissenschaft zuspitzte. So wurde beispielsweise festgestellt,

daß die herkömmliche Psychologie in geradezu exemplarischer Weise traditionelle Vorurteilsstrukturen gegenüber Frauen untermauert, indem sie sich in erster Linie auf die Beschreibung unmittelbar beobachtbarer und meßbarer Phänomene beschränkt, auf die Analyse der konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen aber verzichtet. Die Berücksichtigung eben dieser elementaren Zusammenhänge schien für die Psychologinnen nur im Rahmen des materialistischen Ansatzes möglich, so daß für sie die Forderung nach der Einbeziehung der Frauenfrage in die Wissenschaft gleichbedeutend war mit der Forderung nach der Verankerung der materialistischen Wissenschaft überhaupt. Im Unterschied hierzu wurde die Reichweite und der Erklärungswert der feministischen Wissenschaft vor allem für die Analyse und Einbeziehung subjektiver Erfahrungsmomente gesehen, die in den Bereichen der Literatur-, Sprach- und Kulturwissenschaften eine besonders große Rolle spielen.

Immer wieder – und hierin machte sich die neue Qualität der Auseinandersetzungen besonders bemerkbar – wurde aber auch auf die Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung eingegangen, die im wesentlichen in der mangelnden Repräsentanz von Frauen im Lehrkörper, in verschulten Studiengängen und den geplanten Reglementierungen durch das HRG begründet sind. Mit diesen Problemen sahen sich vor allem die Juristinnen konfrontiert, deren zunächst wichtigste Forderung in der Durchsetzung des einphasigen Ausbildungsmodells bestand, in dem mit der Einführung eines obligatorischen Grundstudiums in Gesellschaftswissenschaften die Einbeziehung auch der Interessen von Frauen gewährleistet werden soll. Wiederum andere Fragen standen bei den Naturwissenschaftlerinnen und Technikerinnen im Vordergrund. Am Beispiel der Praktika, in denen die männlichen Kommilitonen nach wie vor zur Arbeit mit Geräten und Meßinstrumenten prädestiniert erscheinen, wohingegen sich die Studentinnen oft nur mit Protokollanfertigungen, Aufräumen und Handlangerdiensten begnügen müssen, wurde unzweideutig zum Ausdruck gebracht, wie drastisch in diesen Bereichen sowohl überkommene Einstellungen gegenüber Frauen konserviert als auch Frauen systematisch daran gehindert werden, in den Genuß einer qualifizierten Ausbildung zu gelangen.

Insgesamt hat die Diskussion um Wissenschaftsansätze und -inhalte, deren Umfang und Aspektreichtum hier nicht annähernd umrissen werden konnte, das ungeheure Defizit wissenschaftlicher Untersuchungen über den weiblichen Lebenszusammenhang, über historische Entwicklung jeweils propagierter Frauenleitbilder und -ideologien sowie Frauenaktivitäten in Gesellschafts-, Kultur- und Naturwissenschaften deutlich gemacht. Damit sind das Ausmaß an Verschwendung von geistigen und kreativen Fähigkeiten der Hälfte der Bevölkerung sowie die Ignoranz und Unwissenheit gegenüber deren Lebens- und Entwicklungsbedingungen erkennbar geworden. Indem Studentinnen und Dozentinnen gezielt dazu übergehen, das Defizit nicht nur aufzudecken, sondern auch zu reduzieren, ist aber ein Prozeß ingang gesetzt worden, der nur schwer aufzuhalten sein wird. Frauen strafen auf diese Weise nicht nur Klischees Lügen, sie liefern zugleich Argumente für Forderungen nach Veränderung und nach einer Wissenschaft, die nicht im Elfenbeinturm verkommt oder an den Interessen weniger ausgerichtet ist, sondern die dazu beitragen kann und soll, die konkrete Situation wie auch das Selbstverständnis der Frauen zu verändern.

Erste Schritte in diese Richtung wurden auf dem Kongreß unternommen. Denn 200 Frauen von den verschiedensten Universitäten und Fachhochschulen haben darüber diskutiert, wie sie Impulse in die Studentenschaft und in den Lehrkörper hineintragen können, die möglichst viele dazu motivieren, das, was sie wollen, gegen das, was ist, zu erkämpfen. So sollen Initiativen entwickelt werden zur Einrichtung interdisziplinärer Ringvorlesungen und zur kontinuierlichen Zusammenarbeit von Studentinnen und Dozentinnen. Promotionen, Diplomarbeiten und Examensarbeiten zu Frauenthemen sollen im Rahmen der VDS, des BdWi, der AStA-Frauenreferate und -gruppen bibliographiert und ausgetauscht werden. Diskussionsergebnisse und -prozesse sollen mehr als bisher publiziert und beispielsweise in Form von fachspezifischen Tagungen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Wenngleich alle diese Aktivitäten auch erst einen Anfang darstellen, so hat der Kongreß, der ohne Zweifel ein Erfolg war, bewiesen, daß bereits eine breite Bewegung vorhanden ist, von der die Initiativen getragen und durch die sie auch realisiert werden können.

Kristine v. Soden und Gabi Zipfel

Zur Entwicklung der Sozialhilfe

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

In der öffentlichen Diskussion wird die Entwicklung der Sozialhilfe, vor allem die Zahl der Sozialhilfeempfänger, oft als Indikator für „Armut" benutzt. Dies ist, wie gezeigt werden wird, aus verschiedenen Gründen nur mit großen Einschränkungen möglich. Denn die Konstruktion der gesetzlichen Grundlagen entspricht nicht der sozialen Problematik, die in der Regel mit „Armut" verbunden ist. Zwar besteht inzwischen ein bestimmter Rechtsanspruch auf Sozialhilfe – der allerdings erheblich vom Ermessen der Behörden abhängt –, gerade die Betroffenen bzw. die Berechtigten sind aber wegen ihrer sozialen Situation oft nicht in der Lage, diesen Anspruch auch durchzusetzen. Eine auf die Situation der alten Menschen bezogene Untersuchung stellt fest: „Der formale Rechtsanspruch, den das BSHG (Bundessozialhilfegesetz) gewährt, steht im Widerspruch zu kollektiven Erfahrungen der gesellschaftlichen Gruppe der potentiellen und faktischen Hilfeempfänger." (Bujard/Lange, Armut im Alter, Basel 1978, S. 113.)

Infolgedessen beansprucht ein großer Teil der Berechtigten die ihnen zustehenden Leistungen nicht, erst wesentlich verspätet oder nur teilweise. Die „Dunkelziffer" derjenigen, die ihre Ansprüche nicht geltend machen – d. h. in der Regel mit ihren Einkommen unter den Sozialhilfesätzen liegen – kann nur ungefähr geschätzt werden. Die erwähnte Untersuchung von Bujard/Lange kommt zu dem Ergebnis, daß „die Hälfte aller sozialhilfeberechtigten alten Menschen ihre Sozialhilfeansprüche nicht geltend machen." (Ebd., S. 102.) Würde man diese Annahme auf die Sozialhilfeempfänger über 65 Jahren beziehen, so würde sich die Ziffer allein dadurch um etwa 740 000 erhöhen. Es kann jedoch als sicher angenommen werden, daß die „Dunkelziffer" auch bei den übrigen Altersgruppen nicht wesentlich geringer ist.

Trotz dieser Einschränkungen existiert ein sichtbarer Zusammenhang zwischen der ökonomischen Entwicklung und der Zahl der Sozialhilfeempfänger. Dabei kann angenommen werden, daß die Zahl derjenigen, die mit ihrem Einkommen unter den Sozialhilfesätzen liegen, also an sich Anspruch auf Sozialhilfe hätten, diese Entwicklung noch deutlicher widerspiegeln würde. Doch auch bei Beschränkung auf die ausgewiesenen Zahlen schlägt sich in ihnen der ökonomische Zyklus nieder. Das gilt sowohl für die Krise 1966/67 als auch für 1974/75, wobei die seither anhaltenden Depressionserscheinungen sich ebenfalls deutlich auswirken.

Sozialhilfeempfänger

	Insgesamt	*Je 1000 Einwohner*		
	In 1000	*Insgesamt*	*Männer*	*Frauen*
1965	*1404*	*24*	*19*	*28*
1966	*1445*	*24*	*19*	*29*
1967	*1531*	*26*	*21*	*30*
1968	*1503*	*25*	*20*	*29*
1969	*1479*	*24*	*19*	*29*
1970	*1491*	*25*	*19*	*29*
1971	*1548*	*25*	*20*	*31*
1972	*1645*	*27*	*20*	*32*
1973	*1730*	*28*	*21*	*34*
1974	*1916*	*31*	*24*	*37*
1975	*2049*	*33*	*26*	*39*
1976	*2109*	*34*	*28*	*40*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 4/1978, S. 250.

Die Statistik unterscheidet zwischen „laufender Hilfe zum Lebensunterhalt" und „Hilfe in besonderen Lebenslagen". Zur letzteren Kategorie zählen insbesondere Kranken- und Pflegehilfe. Der Anstieg der Empfängerzahlen bezieht sich insbesondere auf die „laufende Hilfe", auf die 1976 60,5% der Empfänger entfielen. Allein 1976 nahm deren Zahl um 7,2% zu, bei einem Anstieg um insgesamt 2,9%.

Die Annahme, daß der rasche Anstieg insbesondere der Empfänger von „laufender Hilfe" auf die Arbeitsmarktsituation und die Unzulänglichkeiten der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen ist, kann durch die vorliegenden Statistiken nicht belegt werden, da der Empfangsgrund „Arbeitslosigkeit" nicht erhoben wird. Ein – allerdings unzulängliches – Indiz ist der Anstieg des Anteils derjenigen, die neben der Sozialhilfe noch Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe erhalten. Er erhöhte sich zwischen 1974 und 1976 von 4,2 auf 8,1%. Allerdings wird auch ein Teil der Hilfeempfänger ohne ein anderes Einkommen arbeitslos sein. Zudem dürften sich Arbeitslosigkeit, vorzeitige Verrentung und niedrige Renten oft überschneiden, so daß auch diejenigen, die wegen einer unzulänglichen Rente außerdem noch Sozialhilfe beziehen, tatsächlich Opfer der Arbeitslosigkeit sind. Besonders verbreitet ist der Bezug von Sozialhilfe bei jungen und bei alten Menschen.

Sozialhilfeempfänger 1976 nach Altersgruppen

	Je 1000 Einwohner
Unter 7 Jahre	*37*
7–14 Jahre	*47*
14–18 Jahre	*40*
18–21 Jahre	*23*
21–25 Jahre	*22*
25–50 Jahre	*21*
50–60 Jahre	*23*
60–65 Jahre	*32*
Über 65 Jahre	*70*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 4/1978, S. 251.

Die hohe Zahl der Sozialhilfeempfänger in den untersten Altersgruppen hängt mit der Situation der kinderreichen Familien zusammen. Hier ist auch ein rascher Anstieg zu verzeichnen. Besonders deutlich hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger zwischen 18 und 21 Jahren erhöht – eindeutig eine Folge der Jugendarbeitslosigkeit. Zwischen 1970 und 1976 stieg sie von 11 auf 23 je 1000 Einwohner. Gerade jugendliche Arbeitslose haben oft keinen Anspruch auf Arbeitslosenun-

Fälle von Jugendgerichtshilfe[1])

	Insgesamt In 1000	*Je 1000 Jugendliche*	*Arbeitslose unter 20Jahren*[2])
1970	*193*	*34,3*	
1971	*208*	*36,1*	
1972	*219*	*37,2*	
1973	*215*	*35,5*	*21*
1974	*217*	*35,0*	*70*
1975	*228*	*36,8*	*116*
1976	*249*	*38,8*	*103*

1) Jugendliche von 14 bis 21 Jahren, neu gemeldete Fälle im Jahr.
2) Nur registrierte Ziffern, jeweils im September in 1000.

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 11/1977, S. 733.

terstützung. So waren im Mai 1977 von den registrierten Arbeitslosen 82% leistungsberechtigt, bei den Arbeitslosen unter 20 Jahren waren es aber nur 68%. Hinzu kommt, daß nach dem Ergebnis einer Studie des hessischen DGB tatsächlich nur die Hälfte der jugendlichen Arbeitslosen auch als solche registriert sind.

Diese Entwicklung ist aber nicht nur deshalb bedenklich, weil sie Indiz der bedrängten materiellen Lage ist. In unserer Gesellschaft ist mit dem Gang zum Sozialamt auch oft ein Verlust an sozialem Ansehen und Selbstwertgefühl verbunden. Die Lage eines Teils der Jugend spiegelt sich übrigens auch in der Statistik der Jugendgerichtshilfe wider, bei der es in den letzten Jahren absolut und relativ eine rasche Zunahme der Fälle gegeben hat.

Der Zusammenhang zwischen Jugendarbeitslosigkeit, Sozialhilfeempfang und Straffälligkeit kann hier nur vermutet werden. Merkwürdigerweise gibt es bis heute noch keine repräsentative Statistik über dieses Problem, obwohl die Durchführung einer entsprechenden empirischen Untersuchung relativ einfach wäre. Der Umfang der Straffälligkeit ist besonders bei männlichen Jugendlichen groß: 8% aller Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren wurden allein im Jahre 1976 mit den Gerichten konfrontiert. (Doppelzählungen sind hier nicht berücksichtigt.)

Noch rascher als die Zahl der Sozialhilfeempfänger sind die Ausgaben der Sozialhilfe gewachsen.

Sozialhilfeaufwendungen

	In Mio. DM
1965	*2106*
1970	*3335*
1973	*5656*
1974	*7136*
1975	*8405*
1976	*9644*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 9/1977, S. 599.

Allein 1976 erhöhten sich die Aufwendungen um 15%. Der Anstieg ist zum erheblichen Teil den steigenden Kosten bei der Heimunterbringung und bei den Gesundheitsleistungen zu verdanken. So erhöhten sich die Ausgaben im Rahmen der „Hilfe in besonderen Lebenslagen" je Empfänger 1976 um fast 17%, während sie bei der „Laufenden Hilfe" nur um 7% anstiegen.

Daraus können allerdings keine Rückschlüsse darauf gezogen werden, ob sich die materielle Situation der Empfänger insgesamt verbessert hat oder nicht. 1976 entfielen auf jeden Empfänger von „laufender Hilfe" knapp 1900 DM, mit denen diese natürlich nur einen Teil ihres Lebensunterhalts bestreiten konnten. Der Anstieg der Bezüge dürfte daher nicht nur aus der Anhebung der Regelsätze resultieren, die in gewissen Abständen an die steigenden Kosten der Lebenshaltung angepaßt werden, sondern auch aus dem Rückgang anderer Einkommensarten.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus dem komplizierten Finanzierungsmodus der Sozialhilfe. Nur etwa ein Fünftel der Ausgaben wird durch Einnahmen – vor allem „Ersatzleistungen Dritter" – bestritten. Zwar gibt es auch Zuschüsse vom Bund und von den Ländern, der Hauptteil der Kosten muß jedoch von den Gemeinden bzw. den Landkreisen getragen werden. Da gerade dort der finanzielle Spielraum besonders klein und zudem die regionale Verteilung der Bedürftigen sehr ungleich ist – die Ausgaben je Einwohner schwanken zwischen 271 DM in Bremen und 103 DM in Bayern –, versuchen die besonders betroffenen Kommunen, durch Druck auf die Antragsberechtigten die Ausgaben unter Kontrolle zu halten. Das geht so weit, daß die Beamten, die die Antragssteller über ihre Ansprüche umfassend informieren – was ihre Pflicht ist –, unter den Druck ihrer Vorgesetzten geraten. So setzt sich der Konsolidierungsdruck der öffentlichen Haushalte bis auf die Ebene derjenigen durch, die in der Regel am wenigsten in der Lage sind, ihre Interessen und Rechte zu vertreten.

Jörg Goldberg

Dokumente der Weltkonferenz zur Ausmerzung des Rassismus und der Rassendiskriminierung in Basel vom 18.–21. Mai 1978

Auf Einladung des Weltfriedensrates fand vom 18. bis 21. Mai 1978 in Basel eine „Weltkonferenz zur Ausmerzung des Rassismus und der Rassendiskriminierung" statt. An dieser Konferenz nahmen Vertreter der Vereinten Nationen, der Organisation für afrikanische Einheit (OAU), nationaler Befreiungsbewegungen Afrikas, Lateinamerikas und des Nahen Ostens teil sowie Delegationen der Friedensbewegungen und antiimperialistischen Solidaritätsbewegungen der USA und westeuropäischer Länder, darunter aus der Bundesrepublik, und der nationalen Friedenskomitees der sozialistischen Länder. In vier Kommissionen und auf Hearings berichteten die Delegationen der jeweils betroffenen Länder von der heutigen Rassendiskriminierung in Südafrika, Namibia und Zimbabwe, in Lateinamerika, in Israel und in den von Israel okkupierten Gebieten, in den USA, in Großbritannien und in Australien. Die Konferenz ruft in ihrer Schlußdeklaration zum verstärkten Kampf gegen den Rassismus auf und verurteilt die Unterstützung des Rassismus durch multinationale Konzerne und diejenigen Staaten, die darauf ausgehen, den Apartheid-Regimes Zugang zu Atomwaffen zu verschaffen. Die Presse der Bundesrepublik hat sich jeder Berichterstattung über diese Konferenz enthalten. Wir geben nachstehend aus den umfangreichen Konferenzdokumenten den Bericht der Politischen Kommission und die allgemeine Schlußdeklaration wieder. D. Red.

Bericht der politischen Kommission (Wortlaut)

Präambel

In der politischen Kommission, die von Vertretern aller Kontinente besucht wurde, fanden im Verlaufe von drei Tagen fünf Sitzungen unter dem Vorsitz von Prof. Roxanne Ortiz, USA, statt. Besonders stark waren jene Organisationen und Bewegungen aus Ländern vertreten, deren Bevölkerung unter der Krankheit des Rassismus, der Rassentrennung und des Rassenhasses sowie der Rassendiskriminierung leiden. 41 Delegierte sprachen in der Kommission zu folgenden Themen: Frieden und der Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung, Rassismus und Abrüstung, Rassismus und Faschismus, Rassismus, Imperialismus und Kolonialismus, die gegenwärtige Etappe der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, die politischen und militärischen Aspekte rassistischer Regime und die damit verbundenen internationalen Probleme, Erscheinungsformen des Rassismus und der Rassendiskriminierung in verschiedenen Ländern, Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen im Kampf gegen den Rassismus sowie viele weitere wichtige Fragen. In ihren Beiträgen stützten sich die Redner auch auf im voraus angefertigte Arbeitspapiere zu den Themen: Rassismus und Abrüstung, Rassismus in den Vereinigten Staaten und der Kampf gegen politische und rassistische Unterdrückung in den USA, Rassismus und Frieden, Thesen über die Rolle der Bundesrepublik Deutschland.

Vertreter der nationalen Befreiungsbewegungen aus Südafrika (ANC), Namibia (SWAPO) und Simbabwe (Patriotische Front) sowie der Palästinensischen Befreiungsorganisation gaben detaillierte Analysen über die Situation in ihren Ländern. Andere Vertreter sprachen über die von Regierungen, nationalen und internationalen Monopolen angewandten Methoden bei der Ausplünderung der nationalen Ressourcen der Völker und wie sie dabei durch die Ausbeutung der Werktätigen und insbesondere der schwarzen Menschen Riesenprofite erzielen.

Die Redner hoben hervor, daß Rassismus, Rassenhaß und Rassendiskriminierung vom Imperialismus und Faschismus intern und extern angewandte Methoden sind, um ihre Herrschaft im Interesse der multinationalen Konzerne aufrechtzuerhalten. Sie haben Stammeskriege vom Zaune gebrochen, und heute bilden sie Bantustans, mit deren Hilfe sie hoffen, weitere Kriege zwischen den verschiedenen Stämmen auszulösen, um ihre eigene Macht zu behaupten. Der Imperialismus schürt mit Absicht den Rassenhaß, und gegenwärtig ist ein Wiederbeleben von Faschismus und Nazismus nicht nur im südlichen Afrika sondern auch in Lateinamerika sowie in einigen europäischen Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland und Großbritanniens erkennbar. In erster Linie sind die vielen neonazistischen Organisationen und ihre faschistischen Aktivitäten sowie die Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die Aktivitäten der Nationalen Front in Großbritannien Beweise dafür, daß der Imperialismus und seine Begleiterscheinungen vorherrschend sind. Faschismus und Rassismus gehen Hand in Hand. Durch den Faschismus wurde in Zusammenarbeit mit den mächtigen Bankinstitutionen und der Kriegsindustrie die Grundlage für den Zweiten Weltkrieg geschaffen. Heute sind sie wieder dabei, eine ähnliche Situation herbeizuführen.

Empfehlungen der Kommission

1. Die Kommission hat einstimmig empfohlen, die Institution der *Apartheid* in Südafrika und den im südlichen Afrika gegen die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung praktizierten Rassismus und die Rassendiskriminierung zu verurteilen. Die Kommission erkennt den Afrikanischen Nationalkongreß in Südafrika, die Südwestafrikanische Volksorganisation in Namibia und die Patriotische Front in Simbabwe als die legitimen und einzigen Vertreter der Völker in diesem Gebiet an.

2. Die Kommission verurteilte einmütig das herrschende zionistische Regime von Israel und erkennt das Recht des palästinensischen Volkes auf sein Heimatland und auf eine Regierung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation als den legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes an. Die Kommission verurteilte auch die Rassendiskriminierung gegen die in Israel lebenden Palästinenser, die in bezug auf Bildung und Arbeit sozial benachteiligt und der Diskriminierung ausgesetzt sind. Bezüglich einer damit im Zusammenhang stehenden Frage empfahl die Kommission, daß die Probleme des Nahen Ostens und Zyperns durch eine internationale Konferenz gelöst werden sollten, wie es durch die Teilnahme aller beteiligten Parteien angeregt wurde.

3. Die Kommission kam zu der Erkenntnis, daß die Geschichte der Völker des Karibischen Raums gleichzeitig auch eine Geschichte der Kolonialherrschaft und des Imperialismus, der Sklaverei und der rassistischen Unterdrückung, der Entwicklung des Kapitalismus und der klassenmäßigen Ausbeutung ist. Die Geschichte dieser Völker kann man nur dann richtig verstehen, wenn man die Beziehungen zwischen diesen drei historischen Phänomenen erkennt. Im Gegensatz zu der kolonialen und kapitalistischen Herrschaft, die der US-Imperialismus über die Völker des Karibischen Raums und Lateinamerikas ausübt, stellt die sozialistische Republik Kuba ein Modell und einen Ansporn für diese Länder dar. Die Kommission erkannte das Recht der politischen Unabhängigkeit und Anerkennung von Puerto Rico an.

4. In Erwiderung auf Beiträge von Vertretern der Delegation der Vereinigten Staaten verpflichtete sich die Kommission, die amerikanischen Indianerstämme der Vereinigten Staaten zu unterstützen, die unter einer repressiven Bundesgesetzgebung leiden, durch die ihnen der Verlust ihrer Regierungen, ihrer Homelands und des Rechtsstatus, der ihnen besonderen Schutz zubilligt, droht. Die Kommission empfahl die volle Unterstützung für die Rechte der eingeborenen Bevölkerungsteile aller Länder zum Schutz ihres Bodens, ihrer Kulturen, Sprachen und des Rechts weiterzuleben.

5. Die Kommission kam zu der Erkenntnis, daß farbige Minderheiten in einigen kapitalistischen Ländern, insbesondere in Großbritannien und den Vereinigten Staaten, besonders stark unterdrückt und ausgebeutet werden, und unterstützt die Rechte dieser Minderheiten auf gleichberechtigte Bildung, Arbeit und Sozialleistungen. Der gegenwärtige Versuch von Institutionen und der Regierung in den Vereinigten Staaten die schwer erkämpften Errungenschaften der Minderheiten wieder abzubauen, wird schärfstens verurteilt.

6. Die Kommission empfiehlt, die Rechte der Wanderarbeiter insbesondere in Westeuropa, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika zu schützen. Sie empfiehlt, daß allen Bürgern, Einwohnern und Personen ohne Papiere volle gesetzliche und Menschenrechte eingeräumt werden, die durch die Arbeit, die sie in das Wirtschaftsleben verschiedener kapitalistischer Länder einbringen, Anspruch auf jegliche Vergünstigung und Fürsorge haben.

7. Die Kommission verurteilte die Rolle, die bestimmte Länder, wie die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Israel, Südkorea und andere aufgrund ihrer atomaren Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime in Südafrika spielen, das den Frieden bedroht. Sie stellte fest, daß ihre fortgesetzte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika eine direkte Unterstützung des Rassismus bedeutet. In diesem Zusammenhang brachte die Kommission ihre Besorgnis über das erneute Auftreten von neonazistischen Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien zum Ausdruck, die dem Rassenhaß neuen Auftrieb verleihen.

8. Die Kommission brachte ihre Mißbilligung über den Fortbestand des Kolonialsystems zum Ausdruck, das in Lateinamerika existiert, sowie über die imperialistische Kontrolle über verschiedene Regierungen dieser Region, die von der Regierung der Vereinigten Staaten im Zusammenspiel mit den multinationalen Unternehmen ausgeübt wird. In vielen Ländern Lateinamerikas,in denen es eine eingeborene Bevölkerung gibt, sind Fälle von Ausbeutung und Diskriminierung an der Tagesordnung. Die Kommission spricht sich entschieden gegen die vorgeschlagene Emigration tausender rhodesischer Siedler nach Bolivien aus. Das ist eine Aktion, die den bereits bestehenden Rassenhaß noch verstärken und eine rassistische herrschende Klasse ins Land bringen würde, um die Vorherrschaft über die Eingeborenen noch zu verstärken.

9. Die Kommission unterstützt die Freilassung aller politischen Gefangenen, die durch ihre Aktionen und Worte die Sache der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit für unterdrückte Völker vorangetrieben haben. Eine unverhältnismäßig große Zahl solcher Gefangener in den Vereinten Staaten von Amerika, Südafrika, dem Nahen Osten, Mittel- und Südamerika und Großbritannien sind Farbige.

10. Die Kommission entlarvte den betrügerischen Charakter der neokolonialistischen Methoden, die eingesetzt werden, um eine wahre Repräsentation der kolonisierten Völker, insbesondere in Afrika zu torpedieren, und legte weiterhin dar, daß derartige Programme den multinationalen Unternehmen nützen. Diese Methoden teilen das Volk noch stärker, sie verstärken den Rassenhaß und vergrößern die Wahrscheinlichkeit eines Krieges.

11. Die Kommission spricht sich lobend über die sozialistischen Länder aus, die an der Seite der Befreiungsbewegungen stehen und ihnen echte Hilfe leisten und den Kampf gegen den Rassismus unterstützen. Besonders wichtig ist die Arbeit der Patrice-Lumumba-Universität in der Sowjetunion, die technische Ausbildung und andere Fähigkeiten vermittelt.

12. Die Kommission kam zu der Erkenntnis, daß die Einstellung des Wettrüstens und die Herbeiführung der Abrüstung zu einem Schlüsselproblem für die Sicherung der weiteren Entspannung geworden ist, die bereits günstigere Bedingungen für den Kampf um die Beseitigung aller Überreste des Kolonialismus und aller Formen des Rassismus und der nationalen Unterdrückung geschaffen hat. Andererseits ist ein dauerhafter Frieden auf der Welt unmöglich ohne die vollständige Ausrottung aller Formen des Kolonialismus, der Rassendiskriminierung und der imperialistischen Vorherrschaft.

13. Die Kommission sichert ihre Unterstützung für das Jahrzehnt der Aktionen zur Bekämpfung des Rassismus und der Rassendiskriminierung zu und fordert ein striktes und wirksames Waffenembargo von seiten der Vereinten Nationen in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts gegen alle rassistischen Regime und jene, die sie unterstützen.

Schlußfolgerung

Der Kampf gegen den Rassismus kann vom Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus ebensowenig getrennt werden wie von den Kämpfen, die die Arbeiter und Bauern, insbesondere in den am weitesten fortgeschrittenen und am besten organisierten Teilen der Arbeiterklasse, führen. Die ethnischen Minderheiten kämpfen Hand in Hand zusammen mit den Bauern und Arbeitern gegen Rassismus, Rassendiskriminierung und soziale Ungerechtigkeit. Äußerungen von Ge-

sellschaftswissenschaftlern, die den Rassismus nicht im Rahmen von Kolonialismus, Kapitalismus und Imperialismus analysieren, müssen als unexakt, falsch und für die um ihre Befreiung kämpfenden Menschen gefährlich angesehen werden. Alle demokratischen, fortschrittlichen und revolutionären Parteien werden dringend aufgefordert, in ihre Programme den Kampf gegen Rassismus und für den Schutz ethnischer und nationaler Minderheiten aufzunehmen. Die politische Kommission richtet diese Aufforderung an alle politischen Kräfte.

Anmerkung: Die politische Kommission brachte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß die farbigen Frauen besonders unter den rassistischen Regimen leiden. Ihrer zweifachen Ausbeutung und Unterdrückung ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Deklaration (Wortlaut)

Die vom Weltfriedensrat in der Mitte der UNO-Aktionsdekade des Kampfes gegen Rassismus und Rassendiskriminierung vom 18.–21. Mai 1978 nach Basel (Schweiz) einberufene Weltkonferenz zur Ausmerzung des Rassismus und der Rassendiskriminierung, auf der internationale und nationale Organisationen und Befreiungsbewegungen, die sich dem Kampf gegen den Rassismus auf allen Kontinenten verschrieben haben, zusammengekommen sind, verpflichtet sich zu vermehrten Anstrengungen seitens aller Teilnehmer, um den Rassismus in all seinen Erscheinungsformen und auf allen Erdteilen endgültig und vollständig auszumerzen.

Sie appelliert an alle Regierungen und alle Völker, sich diesem Kampf anzuschließen.

Die Siege zur Erringung von Frieden und Freiheit, gegen imperialistische Aggression und Vorherrschaft, gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, die Fortschritte der nationalen Befreiungsbewegungen, das Anwachsen der Bewegungen, die gegen Rassendiskriminierung kämpfen, die riesige Ausbreitung der Kräfte des Friedens und des Fortschritts sowie ihres gemeinsamen Sieges und die zugunsten der internationalen Entspannung errungenen Erfolge haben die Tür aufgestoßen für einen letzten und abschließenden Angriff zur totalen Beseitigung des Rassismus durch die Völker der Welt.

Die Weltkonferenz erklärt, daß der Rassismus ein Verbrechen gegen die Menschheit und eine Bedrohung für den Frieden ist.

Es kann keinen sicheren Frieden und keine wirkliche internationale Zusammenarbeit geben, solange der Rassismus in all seinen Erscheinungsformen nicht beseitigt ist.

Es ist nun dringend geboten, so schnell wie möglich alle Kräfte des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit, der Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Fortschritts für die Befreiung Südafrikas, für die Beseitigung des Kolonialismus, für die Rechte der ihres Landes beraubten und der Rassendiskriminierung insbesondere in Amerika und Südasien ausgesetzten Eingeborenen, für die volle Anwendung der Menschenrechte auf Wanderarbeiter insbesondere in Westeuropa und den USA sowie für die Bekämpfung und Bestrafung rassistischer Verbrechen und rassistischer Propaganda zu mobilisieren.

Die Konferenz brandmarkt die Verbrechen, die das *Apartheid*-Regime in Südafrika und das Smith-Regime in Salisbury unausgesetzt begehen, sowie ihre verbrecherischen Aggressionen gegen unabhängige afrikanische Länder. Sie brandmarkt auch das Vorgehen der imperialistischen Mächte, das darauf abzielt, den *Apartheid*-Regimen Zugang zu Atomwaffen zu verschaffen.

Die Konferenz brandmarkt Israels fortgesetzte Aggression gegen die arabischen Völker, seine andauernde Okkupation arabischer Gebiete und die Weigerung, dem palästinensischen Volk seine legitimen nationalen Rechte zuzugestehen.

Sie brandmarkt die Achse zwischen den rassistischen Regimen in Südafrika, Rhodesien und Israel.

Sie brandmarkt die Allianz zwischen rassistischen und faschistischen Regimen.

Sie brandmarkt die multinationalen Unternehmen, die sich des Rassismus bedienen und ihn noch anfachen, um die Ausbeutung und Ausplünderung der Bodenschätze in den Entwicklungs-

ländern fortzusetzen. Die Konferenz brandmarkt die Militaristen, die mit rassistischen Regimen verbündet sind.

Sie fordert militante Aktionen der Öffentlichkeit in allen Ländern gegen rassistische Verbrechen und gegen das Wiedererstehen faschistischer Kräfte.

Sie unterstützt die Aktionsdekade des Kampfes gegen Rassismus und Rassendiskriminierung und fordert von den Vereinten Nationen in der zweiten Hälfte der Dekade entschlossene und wirksame Aktionen gegen alle rassistischen Regime und Kräfte und gegen diejenigen, die sie ermutigen.

Die Weltkonferenz fordert die Vereinten Nationen auf, die Zustände in allen Zentren des Rassismus auf ihre Tagesordnung zu setzen, die Aufmerksamkeit der Welt auf die dort herrschende Lage zu lenken und auf internationale Ebene energische Aktionen einzuleiten, damit die betreffenden Regierungen gezwungen werden, der Rassendiskriminierung ein Ende zu setzen.

Sämtliche Konferenzteilnehmer senden Grüße an alle Freiheitskämpfer, an alle, die gegen den Rassismus in den Ländern kämpfen, wo er existiert, und an alle, die im Kampf gegen Rassismus verfolgt und eingesperrt werden.

Jetzt ist es an der Zeit, zu handeln.

Gebietet denen Einhalt, die vom Rassismus profitieren.

Bestraft die rassistischen Verbrecher.

Vereinigt Euch, um Rassismus und Rassendiskriminierung auszurotten.

Rede des Präsidenten der Vereinigten Republik Tansania, Julius Nyerere, vor dem Diplomatischen Corps in Daressalam über „westliche Manöver in Afrika" vom 8. Juni 1978

(Wortlaut)

Ich bin in der Tat sehr betroffen gewesen über die Reaktionen der Welt auf die jüngsten Ereignisse in Afrika, und es erscheint mir notwendig, den Standpunkt Tansanias klarzumachen. Denn die Ereignisse der letzten Wochen haben erneut gezeigt, daß, obgleich unsere legale Unabhängigkeit offiziell anerkannt ist, unser Bedürfnis und unser Recht, unsere Länder und unseren Kontinent unseren eigenen Interessen entsprechend zu entwickeln, uns praktisch noch nicht zugestanden werden. Die Gewohnheit, Afrika als Anhängsel von Westeuropa zu betrachten, ist noch ungebrochen.

In Angola kämpfte die MPLA fast ganz allein gegen die portugiesischen Kolonialisten. Als nach der Revolution in Portugal die Unabhängigkeit (Angolas) in Sichtweite rückte, entschieden sich mehrere westliche Länder – geführt von den USA – für den Versuch, die Bildung einer MPLA-Regierung zu verhindern. Sie konspirierten mit Südafrika und gaben heimlich finanzielle Mittel und Waffen an rivalisierende nationalistische Bewegungen, die vorher fast untätig gewesen waren. Angesichts dieser Verschwörung und der fortgesetzten Attacken auf Angola von Südafrika

aus und über die Grenze von Zaire her suchte die MPLA-Regierung Hilfe von denjenigen, die ihre Bewegung während des Unabhängigkeitskampfes unterstützt hatten. Kuba und die Sowjetunion reagierten auf diese Bitten. Mit ihrer Hilfe überwand die angolanische Regierung die unmittelbare militärische Bedrohung ihrer Existenz, schlug die südafrikanischen Truppen über die Grenze nach Namibia und die FNL-Truppen dorthin zurück, woher sie gekommen waren – aus Zaire.

Kubanische Truppen sind noch in Angola, und die Sowjetunion gibt weiterhin militärischen Beistand. Die angolanische Regierung ist gezwungen, um die Fortsetzung des Beistands zu bitten, weil die Bedrohung der Integrität Angolas immer noch besteht. Erst letzten Monat drangen wieder südafrikanische Truppen in Angola ein und verursachten schwere Opfer unter den Flüchtlingen aus Namibia. Die UNITA erhält weiterhin Unterstützung von außen. Es hat fortgesetzt Angriffe von FNLA-Truppen über die Grenze zwischen Angola und Zaire gegeben; sie wurden von ausländischen Kräften finanziert und mit Waffen unterstützt und operierten mit der aktiven oder stillschweigenden Unterstützung der Regierung von Zaire. Das alles ist den Geheimdiensten Südafrikas und denen der USA, Frankreichs und einiger anderer westlicher Länder bekannt. Es würde nicht geschehen ohne ihre Zustimmung und ihr Zutun. Es wäre nicht glaubhaft, daß die Regierungen jener Länder nicht wüßten, was ihre Geheimdienste tun.

Die Geschichte der Ex-Katanga-Gendarmen beginnt vor der Unabhängigkeit von Angola. Es waren keine Aktionen der MPLA, die sie nach Angola brachten, noch wurden sie von der MPLA ausgebildet. Sie sind für Afrika eine lebende Mahnung an den entschiedenen und schamlosen Versuch des Westens, den ehemaligen Kongo (Leopoldville) für seine eigenen ökonomischen Interessen zu zerstückeln. Als dieser Versuch zunichte gemacht worden war, zogen sich einige dieser Gendarmen nach Angola zurück und blieben dort als Flüchtlinge. Jetzt haben sich die Dinge geändert; der Westen beurteilt Zaire anders und benutzt es, um Angola zu destabilisieren. Es wäre deshalb nicht verwunderlich, wenn Angola sich seinerseits gezwungen fühlte, die Beschränkungen, die es den zairischen Flüchtlingen in Nordangola auferlegte, aufzuheben.

Ob eine solche Politik korrekt oder klug ist – das bleibt der Beurteilung überlassen; nichtsdestotrotz ist sie verständlich. Aber eins ist klar. Es gibt keinen Anhaltspunkt, daß Kuba oder die Sowjetunion in diese Vergeltung verwickelt sind. Das US-Außenministerium soll das einmal gesagt haben; die Kubaner haben solche Behauptungen unablässig und überzeugend zurückgewiesen.

Kuba und die Sowjetunion sind also aus verständlichen Gründen nach Angola gekommen und noch dort, und zwar auf Ersuchen der angolanischen Regierung. Es gibt keinerlei Beweis, daß sie direkt oder indirekt in irgendwelche Kämpfe innerhalb Zaires verwickelt waren.

Kubanische und sowjetische Truppen befinden sich auch in Äthiopien, und zwar auf Ersuchen der äthiopischen Regierung. Die Ursachen ihrer Anwesenheit sind wohlbekannt. Sie haben den Äthiopiern geholfen, ihr Land gegen ausländische Aggression zu verteidigen. Sie waren nicht – ebensowenig wie die äthiopische Regierung – in irgendwelche Kämpfe außerhalb der äthiopischen Grenzen verwickelt. Und es gibt einige Anhaltspunkte für die Vermutung, daß die kubanische Regierung jedenfalls einen Unterschied macht zwischen den Kämpfen im Ogaden und den Kämpfen in Eritrea.

Wo sonst gibt es, von diesen beiden Ländern abgesehen, in Afrika sowjetische oder kubanische Truppen? Es gibt einige kubanische und sowjetische Staatsbürger und einige chinesische Staatsbürger, die dabei helfen, die südafrikanischen Freiheitskämpfer im Gebrauch von Waffen zu unterrichten, die Afrika von kommunistischen Ländern für den Freiheitskampf in Rhodesien und Namibia erhält. Abgesehen von vagen Gemeinplätzen und Gerüchten, die darauf basieren, welche Art Jacken die Leute tragen, gibt es keine seriösen Annahmen dafür, daß diese Truppen außerdem irgendwo anders in Afrika operieren oder stationiert sind.

So wird also auf der Basis, daß sich sowjetische und kubanische Truppen in zwei afrikanischen Staaten aufhalten, im Westen mächtig Furore gemacht über die sogenannte sowjetische Durchdringung Afrikas. Und diese Truppen sind in den beiden genannten Ländern auf Ersuchen der legitimen und anerkannten Regierungen und aus Gründen, die für jeden vernünftigen Menschen wohlbekannt und völlig verständlich sind. Dennoch erheben die westlichen Länder Einspruch und halten Versammlungen ab, vorgeblich, um zu ergründen, wie die Freiheit Afrikas gegen das verteidigt werden kann, was sie die sowjetische Durchdringung nennen.

Lassen Sie es mich ganz klarmachen. Tansania will nicht, daß irgendwer von außerhalb Afrikas Afrika regiert. Wir bedauern, selbst in dem Moment, wo wir es anerkennen, daß gelegentlich die Notwendigkeit für eine afrikanische Regierung besteht, militärische Hilfe von einem nichtafrikanischen Land zu erbitten, nämlich dann, wenn es seine nationale Integrität von außen bedroht sieht.

Wir wissen, daß die Reaktion auf ein solches Ersuchen bei jeder der Großmächte von dem bestimmt wird, was die betreffende Großmacht für in ihrem eigenen Interesse liegend hält. Wir haben uns zu der Erkenntnis genötigt gesehen, daß die meisten als Großmächte bekannten Länder es nicht für unter ihrer Würde halten, bestehende und genuin afrikanische Probleme und Konflikte zu verschärfen, wenn sie sich dadurch einen Vorteil versprechen. Wir in Tansania glauben, daß die afrikanischen Länder sich einzeln und durch die OAU vor solchen Aktionen schützen müssen. Aber wir müssen Afrika vor der Gefahr schützen, daß es durch irgendeine andere Nation oder Nationengruppe benutzt wird. Die Gefahr für Afrika kommt nicht allein von den Staaten des Ostblocks. Der Westen betrachtet Afrika immer noch als Teil seiner Einflußsphäre und handelt dementsprechend. Die gegenwärtigen Entwicklungen zeigen, daß die größere unmittelbare Gefahr für Afrikas Freiheit von Staaten aus diesem westlichen Block ausgeht.

Fünfte Kolonne

Es wäre gut, wenn die OAU genügend geeint wäre, um in Afrika ein Oberkommando und eine Panafrikanische Sicherheitstruppe einzurichten. Wenn dies geschehen wäre und wenn sich dann die OAU entscheiden würde, ausländische Unterstützung für diese Truppe anzufordern, könnte man ernsthaft etwas dagegen einwenden. Aber die OAU hat keine solche Entscheidung getroffen. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die OAU-Versammlung in Karthoum in der Lage sein wird, einstimmig der Schaffung einer solchen militärischen Truppe zuzustimmen – oder, falls sie es täte, daß sie in der Lage sein würde, einstimmig zu vereinbaren, welche Länder man um Hilfe bitten würde, falls dies notwendig würde.

Bis jedoch Afrika auf der Ebene der OAU nicht eine solche Entscheidung getroffen hat, kann es keine Panafrikanische Truppe zur Verteidigung Afrikas geben. Es ist darüber hinaus nur zu offensichtlich, daß diejenigen, die die Idee vorangetrieben und versucht haben, eine solche Truppe einzurichten, nicht an Afrikas Freiheit interessiert sind. Es war Paris, von wo dies Gerede über eine Panafrikanische Sicherheitstruppe ausging. Es war Paris und später Brüssel, wo man sich traf, um diese und damit zusammenhängende Fragen, die „Freiheit" Afrikas betreffend, zu diskutieren. Die OAU trifft sich im Juli in Karthoum; aber uns erzählt man, daß die Freiheit Afrikas und ihre Verteidigung im Juni in Paris und Brüssel diskutiert werden.

Es gibt nur einen Grund, warum die Idee Europas, eine Panafrikanische Sicherheitstruppe oder eine Afrikanische Friedenstruppe zu errichten oder zu initiieren, nicht augenblicklich und weltweit Erstaunen und Bestürzung auslöst. Dieser eine Grund ist die fortbestehende Anmaßung, daß Afrika Teil der westeuropäischen „Einflußsphäre" sei und immer bleiben müsse. Diese Anmaßung ist bis heute kaum in Frage gestellt worden. Selbst einige afrikanische Staaten halten sie für ausgemacht.

Wir alle kennen die machtpolitischen Tatsachen in der Welt. Aber man kann von uns nicht erwarten, daß wir diese neue Beleidigung Afrikas und der Afrikaner ohne Einwand hinnehmen. Wir mögen schwach sein, aber wir sind Menschen; wir wissen sehr wohl, wann man uns vorsätzlich provoziert und beleidigt.

Die Franzosen haben Truppen in vielen Ländern Afrikas. Im Tschad, in der Westsahara, in Mauretanien, und jetzt auch in Zaire, stehen französische Truppen im Kampf gegen Afrikaner. Frankreich hält weiter Mayotte besetzt. Aber es gibt keine Versammlungen in Washington oder selbst in Moskau, um die Bedrohung der afrikanischen Freiheit durch die französische Durchdringung Afrikas zu erörtern. Noch sollte es solche Versammlungen geben. Aber nicht einmal Afrika diskutiert diese Frage, nicht einmal in Afrika. Der Grund ist sehr einfach. Es ist die fortgesetzt bestehende Annahme, es sei nur natürlich, wenn französische, belgische oder britische Truppen sich in Afrika aufhalten; aber der Aufenthalt von Truppen eines Nicht-Mitgliedstaates des westlichen Blocks in Afrika gilt als eine Bedrohung.

Eine Bedrohung für wen? Für Afrikas Freiheit oder für die Beherrschung Afrikas durch die früheren Kolonialmächte und ihre Alliierten, die heute mit viel subtileren Mitteln und mit Hilfe einer afrikanischen Fünften Kolonne operieren? Die Antworten auf solche Fragen sind ganz klar. Es hat laufend Einfälle Südafrikas und Rhodesiens nach Angola, Botswana, Zambia und Moçambique gegeben. Der Westen hat sich darüber nicht sehr betroffen gezeigt, ebenso wenig wie seine neuentdeckten Stellvertreter in Afrika.

Als die UdSSR 1968 ihre Truppen in die CSSR schickte, war Tansania eines der vielen Länder, die protestierten. Wird erwartet, daß wir nicht protestieren sollten, wenn westliche Mächte ihre Truppen in ein afrikanisches Land schicken? Diese „Rettungsoperationen" scheinen fast immer mit dem Tod einer Menge unschuldiger Menschen und der Rettung der Regierung zu enden. Aber das wird offensichtlich in Europa nicht als Einmischung in afrikanische Angelegenheiten betrachtet. Stattdessen beruft dasselbe Land, das die militärische Expedition ingangsetzte, hinterher eine Versammlung ein, um, wie man sagt, die Freiheit Afrikas zu diskutieren.

Sowjetische Frontlinie

Man sollte keinen Irrtum erliegen. Was auch immer die offizielle Tagesordnung sein mag – die Pariser und Brüsseler Konferenzen diskutieren nicht die Freiheit Afrikas. Sie diskutieren die fortbestehende Beherrschung Afrikas und die anhaltende Ausnutzung Afrikas durch westliche Mächte. Zusammengenommen sollen sie eine Art 2. Berliner Konferenz darstellen.

Die tatsächliche Tagesordnung, innerhalb und außerhalb der offiziellen Sitzungen, befaßt sich mit zwei Punkten. Sie befaßt sich mit dem Neokolonialismus in Afrika aufgrund wirtschaftlicher Zielsetzungen – der wirklichen Kontrolle Afrikas und der afrikanischen Staaten. Das werden die Franzosen übernehmen. Sie befaßt sich auch mit der Nutzung Afrikas im Ost-West Konflikt. Das werden die USA anführen.

Diese beiden Vorhaben werden koordiniert, so daß sie sich wechselseitig fördern, und man wird die Aufteilung der erwarteten Profite – und Kosten – ausarbeiten. An diesem Punkt – die Teilung der Beute – werden sehr wahrscheinlich Streitigkeiten auftreten.

Aber es mag sein, daß die Kosten höher sind, als die Teilnehmer ahnen. Tansania ist nicht der einzige nationalistische Staat in Afrika. Nationalisten gibt es überall. Früher oder später – und so lange es nötig sein wird – wird Afrika gegen Neiokolonialismus kämpfen, so wie es gegen Kololonialismus gekämpft hat. Und am Ende wird es gewinnen. Länder des Westblocks, die versuchen, dem Kampf gegen den Neokolonialismus Widerstand zu leisten, sollten zur Kenntnis nehmen, daß nicht allein afrikanische Länder im Verlauf dieses Kampfes leiden werden.

Noch wird sich Afrika als ganzes damit abfinden, in der Ost-West Auseinandersetzung benutzt zu werden. Wir sind schwach, aber schwache Länder haben durchaus schon Großmächte in große Verlegenheit und manche Schwierigkeit gebracht. Wenn der Westen beweisen will, sei es den Russen oder den eigenen Völkern gegenüber, daß er dem Kommunismus gegenüber nicht nachgiebig ist, dann sollte er seine Aufmerksamkeit dahin richten, wo die sowjetischen Panzer stehen und die sowjetische Frontlinie verläuft. Sie sollten keine Entschuldigung dafür erfinden, den Ost-West Konflikt nach Afrika zu tragen. Denn wenn sie damit Erfolg haben, wird Afrika leiden, und Afrikas Freiheit wird leiden; aber es kann sich auch als sehr kostspielig für diejenigen erweisen, die Afrika als neues Feld für die Ost-West-Konfrontation auswählen.

Die afrikanischen Völker haben denselben Wunsch wie jedes andere Volk auch, frei zu sein und ihre Freiheit zum eigenen Nutzen zu gebrauchen. Sie haben dieselbe Entschlossenheit, für dieses Ziel zu arbeiten und zu kämpfen. Die Afrikaner wissen, daß außer ihnen niemand an ihrer Freiheit interessiert ist. Dieses Gerede in Europa über eine Panafrikanische Sicherheitstruppe ist eine Beleidigung für Afrika und eine Herabwürdigung der afrikanischen Freiheit.

Es macht kaum einen Unterschied, ob die europäischen Initiatoren dieses Planes Afrikaner finden, die den Kampf für sie führen. Es gab Afrikaner, die mit den Kolonial-Invasoren kämpften, es gab Afrikaner, die bei der Versklavung ihrer afrikanischen Brüder halfen, und es gab Afrikaner, die gegen die Freiheitsbewegungen kämpften. Aber wir bitten jene afrikanischen Regierungen, die zugestimmt haben mögen, bei diesem Plan mitzuwirken, gut nachzudenken, bevor sie weitergehen. Wir haben die OAU. Mit all ihren Fehlern und Unzulänglichkeiten ist sie die ein-

zige panafrikanische Organisation, die es gibt und der es um die Freiheit Afrikas geht. Verhindern wir, daß wir sie – und Afrika – spalten, in jene, die militärisch mit dem Westen alliiert sind und jene, die sich in der Folge davon gezwungen sehen könnten, Hilfe woanders gegen den afrikanisch unterstützten Neokolonialismus zu suchen.

Wir leugnen nicht das Prinzip, daß jeder afrikanische Staat das Recht hat, Hilfe, sei es militärische, sei es wirtschaftliche, von einem Land seiner Wahl zu erbitten. Im Gegenteil, wir bestehen auf diesem Recht. Angola, Äthiopien, Tschad, Zaire – wir alle haben dieses Recht. Es steht dem Westen nicht an, Einwände vorzubringen, wenn Angola Beistand von der UdSSR erbittet. Es steht dem Osten nicht an, zu protestieren, wenn Djibuti Hilfe von Frankreich erbittet. Und das angesprochene Land hat immer das Recht zu entscheiden, ob es diese Hilfe gewährt.

Wir streiten auch nicht ab, daß alle afrikanischen Regierungen von einigen Rebellen bedroht werden können, die möglicherweise von ausländischen Elementen finanziert werden, selbst wenn sie (die Regierungen) von der Masse ihres Volkes voll unterstützt werden. Unter solchen Umständen sucht eine Regierung sicherlich zu Recht Beistand, um eine vorübergehende Krise zu überwinden und ein Land, das darauf eingeht, sollte deshalb nicht des Neokolonialismus' angeklagt werden. Andere Regierungen in Afrika treten das Erbe chaotischer Verhältnisse an und brauchen etwas längerfristige Unterstützung, um währenddessen zu versuchen, ihrem Volk wirklich Frieden zu bringen und ihr Land im Interesse dieses Volkes zu entwickeln.

Aber wir müssen das Prinzip zurückweisen, daß ausländische Kräfte das Recht haben, afrikanische Regierungen an der Macht zu halten, die überall als korrupt oder unfähig oder als eine Bande von Mördern erkannt sind, wenn ihre Völker versuchen, Wandel zu schaffen. Afrika kann nicht zulassen, daß seine gegenwärtigen Regierungen durch den Neokolonialismus oder weil es Kalten Krieg oder ideologische Konflikte zwischen Großmächten gibt, für alle Zeiten einzementiert werden. Die Völker jedes einzelnen afrikanischen Landes haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ebenso das Recht, eine korrupte Regierung abzulösen, wie in der Vergangenheit die Völker Englands, Frankreichs und Rußlands das Recht hatten, ihre eigenen verrotteten Regimes zu stürzen. Das chinesische Volk hat einen langen, historisch bedeutsamen und exemplarischen Kampf gegen die Lakaien und „rennenden Hunde" des Imperialismus im sogenannten unabhängigen China geführt. Will man den Völkern Afrikas das gleiche Recht verweigern?

Zu welcher Kategorie diese oder jene Krise einer afrikanischen Regierung zu zählen ist, mag Gegenstand ernsthafter Meinungsverschiedenheiten sein. Aber wenn ein und dieselbe Regierung ständig zu ausländischer Hilfe Zuflucht nehmen muß, um ihre Kontrolle über das Land aufrecht zu erhalten, würden die meisten Menschen anfangen sich zu fragen, ob die Regierung wirklich den Rückhalt ihrer Bürger hat. Jene ausländischen Mächte, die wirklich an der Freiheit Afrikas und nicht an seiner Beherrschung interessiert sind, werden dann entscheiden, daß die Zeit gekommen ist, Halt zu machen. Und wenn sie nicht so handeln, dürfen sie nicht überrascht sein, wenn das restliche Afrika ihre Intervention als Ausdruck neokolonialer Beherrschung versteht und als Äußerung ihrer Absicht, die Kontrolle über diesen Teil Afrikas aufrechtzuerhalten.

Westeuropa und die USA sind daran interessiert, ständig freien Zugang zu den Bodenschätzen Afrikas zu haben, um ihre eigene Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Aber dieser Zugang wird nicht durch Korruption oder durch Unterstützung für Korruption gesichert; er wird durch solche Unterstützung vielmehr gefährdet. Der Zugang ist auch nicht abhängig von der Ideologie, für die die einzelnen afrikanischen Regierungen Partei ergreifen. Die augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen Realitäten Afrikas zwingen alle afrikanischen Länder, ihre Bodenschätze dort zu verkaufen, wo sie die besten Preise erzielen und wo sie im Austausch die Güter erhalten, die sie selber brauchen. Für beide Behauptungen spricht vieles.

Die Absicht dieser Erklärung ist es, klar zu machen, daß wir ein Recht westeuropäischer Länder, Afrika zu beherrschen, nicht anerkennen. Genauso würden wir Versuche von Ostblockländern, Afrika zu beherrschen, zurückweisen. Insbesondere wollen wir klarmachen, daß Tansania die Arroganz und die Verachtung jener verurteilt, die vorgeben, eine Panafrikanische Sicherheitstruppe oder eine Afrikanische Friedenstruppe zugunsten Afrikas schaffen zu wollen. Entweder wird Afrika dies selbst tun, oder es wird keine Panafrikanische Truppe, die die Freiheit Afrikas verteidigt, geben; höchstens wird es etwas geben, das sich selbst so nennt und ein Instrument erneuter ausländischer Beherrschung dieses Kontinents ist.

Tansania weist die Behauptung zurück, daß Afrikas Freiheit von einer Sicherheitstruppe verteidigt werden kann, die europäische Mächte organisiert oder initiiert haben. Wir werden eine solche Truppe als Instrument des Neokolonialismus in unserem Kontinent betrachten.

Das Ziel der Unabhängigkeitskämpfe in Afrika war die Freiheit Afrikas und der Afrikaner. Unsere unabhängigen Regierungen dürfen nicht Instrumente zur Aufrechterhaltung der ausländischen Beherrschung in neuer Form werden. Vielmehr müssen sie Instrumente werden, mit denen die Völker Afrikas sich und ihre Länder entwickeln und ihre Freiheit derart ausweiten, daß sie schließlich ein Leben in Würde für jeden einzelnen Afrikaner bedeutet. Wir müssen einen langen Weg gehen – wir alle, in jeder afrikanischen Nation. Aber Tansania wird jedem Versuch widerstehen, unsere Entwicklung einzuschränken und zu verhindern, daß sie sich in die genannte Richtung bewegt. Tansania wird jedem Versuch Widerstand entgegensetzen, die Beherrschung Afrikas unter dem Deckmantel einer vorgeblichen Verteidigung Afrikas zu erneuern und zu verstärken.

Rede des Präsidenten der USA, Jimmy Carter, über das amerikanisch-sowjetische Verhältnis in Annapolis/Maryland am 7. Juni 1978

(Wortlaut)

US-Präsident Jimmy Carter hat in einer Grundsatzrede vor der amerikanischen Marineakademie in Annapolis im Staate Maryland am 7. Juni 1978 zum Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion Stellung genommen. Teile dieser Rede sind als Versuch, die von den USA seit 1972 in verschiedenen Dokumenten mit der Sowjetunion vereinbarten Grundlagen der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zur Disposition zu stellen, verstanden worden und auf entsprechende internationale Kritik gestoßen. Diese Kritik hat Washington offenbar nicht unbeeindruckt gelassen. Nachstehend dokumentieren wir Carters Annapolis-Rede im Wortlaut und im Anschluß daran eine Stellungnahme der „Prawda". D. Red.

Admiral McKee, Gouverneur Lee, sehr verehrte Gäste, Angehörige der Abschlußklasse, Freunde:

Wir haben heute viele Ehrengäste. Ich habe meinen früheren Chef, Admiral Hyman Rickover, eingeladen, hierher zu kommen. Er hat mir geschrieben, daß er selbstverständlich meinem Befehl als Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte Folge leisten würde, daß er aber glaube, seine Arbeit in Washington sei wichtiger als meiner Rede zuzuhören.

Ich freue mich, wieder einmal bei einer Abschlußfeier an der Marineakademie dabei zu sein, obwohl ich mit einem anderen Rang zurückkehre. Ich erinnere mich, daß mich vor 32 Jahren die gleichen Gefühle bewegten, wie die meisten von Ihnen heute. Ich war noch nicht Leutnant. Die meisten von Ihnen sind noch keine Offiziere. Ich dachte mehr an Urlaub und Heirat als an die Weltpolitik oder eine ferne Zukunft. Ich glaube, vielen von Ihnen wird es nicht anders gehen.

Über mein erstes Kommando war ich ziemlich enttäuscht. Wir zogen Lose, wer wohin abkommandiert werden wollte. Ich wollte auf einen neuen Zerstörer im Pazifik. Ich kam auf das älteste Schiff im Atlantik – die USS Wyoming – die schon so heruntergekommen war, daß sie aus Sicherheitsgründen nicht im Hafen von Norfolk an der Pier festmachen durfte, sondern draußen in Hampton Roads für sich allein vor Anker gehen mußte.

Wir hatten damals einen guten Redner, Admiral Chester Nimitz. Aber so wie es Ihnen ergehen wird, ich erinnere mich an kein Wort mehr.

Meine einzige Hoffnung damals war, daß die Abschlußfeier kurz sein möge; aber ähnlich wie es Ihnen ergehen wird, ich wurde auch darin enttäuscht.

Ich darf Ihnen im Vertrauen verraten, daß ich damals nicht damit rechnete, eines Tages als Präsident der Vereinigten Staaten hierher zurückzukehren.

Sieben Jahre später habe ich unter Zögern die Marine verlassen. Aber ich kann rückblickend sagen, daß die Marineakademie und mein Dienst in der amerikanischen Marine eine gute Vorbereitung für die Laufbahn waren, die ich später einschlug.

Ich beglückwünsche Sie als Angehörige der Crew 78. Obwohl Ihre Ausbildung aus der Sicht eines älteren Mannes gerade erst begonnen hat, haben Sie die Grundlage für eine Laufbahn gelegt, die so lohnend und interessant sein kann, wie nur eine Laufbahn in der Welt. Als Offiziere der modernen Marine werden Sie Akteure in einem weltweiten politischen und militärischen Schauspiel sein. Sie werden nicht nur aufgerufen sein, die technischen Probleme der Militärwissenschaft und Führung zu meistern, sondern auch ein feinfühliges Verständnis für die internationale Gemeinschaft aufzubringen, in deren Rahmen die Marine operiert.

Ich möchte heute zu Ihnen über einen der wichtigsten Aspekte dieses internationalen Zusammenhangs sprechen – das Verhältnis zwischen den beiden größten Mächten der Welt, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Wir müssen erkennen, daß unser Verhältnis zur Sowjetunion auf sehr lange Zeit hinaus ein konkurrierendes sein wird. Diese Konkurrenz muß konstruktiv sein, wenn wir Erfolg haben wollen. Sie könnte stattdessen gefährlich und potentiell verheerend sein. Dann muß unser Verhältnis auch ein kooperatives sein.

Wir müssen uns vor übertriebenen Ausschlägen in der Stimmung der Öffentlichkeit hüten – von der Euphorie, wenn es gut läuft, und der Verzweiflung, wenn es schlecht läuft; vor einem übertriebenen Gefühl der Verträglichkeit und einem offenen Ausdruck der Feindseligkeit.

Die Entspannung zwischen unseren beiden Ländern ist von zentraler Bedeutung für den Weltfrieden. Es ist wichtig für die Welt, für die amerikanische Öffentlichkeit und für Sie als künftige Marineoffiziere, daß Sie die komplexe und delikate Natur dieser Entspannung verstehen.

Das Wort „Entspannung" (Detente) wird vereinfacht als „eine Lockerung von Spannungen zwischen Nationen" definiert. In der Praxis geht die Definition aufgrund der Erfahrungen weiter, wenn diese Nationen neue Mittel und Wege entwickeln, wie sie in Frieden miteinander leben können.

Wenn die Entspannung stabil sein soll, wenn sie vom amerikanischen Volk unterstützt werden soll und wenn sie die Grundlage für eine erweiterte Zusammenarbeit sein soll, dann muß sie weitreichend definiert werden und auf echter Gegenseitigkeit beruhen. Beide Nationen müssen in unruhigen Gebieten und turbulenten Zeiten Zurückhaltung üben. Beide müssen haargenau jene Abkommen einhalten, die bereits erzielt worden sind, um die Kooperation auszuweiten, beiderseits die Produktion von Kernwaffen zu begrenzen, die Freizügigkeit von Personen und die Gedankenfreiheit zu erlauben und die Menschenrechte zu schützen.

Keiner von uns beiden sollte die Vorstellung hegen, daß er eine militärische Überlegenheit gewinnen könne, oder daß irgendein vorübergehender militärischer Vorteil politisch ausgeschlachtet werden könne.

Unser Hauptziel besteht darin, zur Gestaltung einer Welt beizutragen, die stärker auf den Wunsch der Menschen überall nach wirtschaftlichem Wohlergehen, sozialer Gerechtigkeit, politischer Selbstbestimmung und den grundlegenden Menschenrechten eingeht.

Wir streben nach einer Welt des Friedens. Aber in einer solchen Welt muß die soziale, politische und ideologische Vielfalt wohnen können. Nur dann kann es eine echte Zusammenarbeit unter Nationen und Kulturen geben.

Wir wollen niemanden beherrschen. Wir werden weiterhin unsere Zusammenarbeit mit den positiven neuen Kräften in der Welt ausweiten.

Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ausbauen, aber auch mit den aufstrebenden Nationen, mit den Ländern Osteuropas und mit der Volksrepublik China. Wir haben uns besonders der echten Selbstbestimmung und Mehrheitsherrschaft in jenen Teilen der Welt verschrieben, wo diese Ziele noch erreicht werden müssen. Unser langfristiges Ziel muß darin bestehen, die Sowjetunion von den Vorteilen der Zusammenarbeit und den Nachteilen eines störenden Verhaltens zu überzeugen.

Wir erinnern uns, daß im Zweiten Weltkrieg die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion Verbündete waren. Eine der großen historischen Leistungen der amerikanischen Marine bestand darin, die gewaltigen Lieferungen von Waffen und Versorgungsgütern von unserem Lande nach Murmansk und anderen sowjetischen Häfen zur Unterstützung unserer gemeinsamen Anstrengung zur Überwindung der Nazibedrohung zu lenken und zu schützen.

In der Agonie dieses Massenkonflikts starben 20 Millionen Bewohner der Sowjetunion. Millionen in der Sowjetunion erinnern sich noch an den Schrecken und an den Hunger jener Zeit. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung der Sowjetunion den Frieden will. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß sie den Krieg wollte.

Im Laufe der Jahre hat unser Land eine Annäherung an die Sowjetunion gesucht, wie aus dem österreichischen Friedensvertrag, dem Viermächte-Abkommen über Berlin, der Einstellung von Kernversuchen in der Atmosphäre, der gemeinsamen wissenschaftlichen Erforschung des Weltraums, Handelsabkommen, dem Vertrag über die Raketenabwehr-(ABM)-Systeme und den Interimsabkommen über strategische Offensivwaffen und dem Abkommen über das begrenzte Versuchsverbot hervorgeht.

Die Bemühungen gehen heute weiter mit Verhandlungen über ein SALT II-Abkommen, ein umfassendes Versuchsverbot, eine Verringerung der Lieferung konventioneller Waffen an andere Länder, ein Verbot von Angriffen auf Satelliten im Weltraum, und ein Abkommen zur Stabilisierung des Standes der Dislozierung von Streitkräften im Indischen Ozean und Abkommen über verstärkten Handel und verstärkten wissenschaftlichen und kulturellen Austausch.

Wir müssen bereit sein, trotz der grundlegenden Fragen die uns trennen, solche Wege der Zusammenarbeit zu suchen. Allein die Risiken eines Nuklearkrieges treiben uns in diese Richtung.

Die Zahlen und das Zerstörungspotential der Nuklearwaffen haben sich in einem alarmierenden Tempo erhöht. Darum ist ein SALT-Abkommen, das die Sicherheit beider Nationen fördert, von fundamentaler Bedeutung.

HANDWÖRTERBUCH INTERNATIONALE POLITIK
Herausgeber W. Woyke

Aktuell * umfassend * handlich * unentbehrlich
70 Stichwörter von Abrüstung bis Zypernkrise *
rund 400 Seiten * Sach- und Personenregister *
gb. 36,- DM * kt. UTB 702: 22,80 DM * **Leske**

Wir und die Sowjetunion verhandeln fast jeden Tag in gutem Glauben, weil wir beide wissen, daß ein Mißerfolg die Wiederaufnahme eines massiven nuklearen Wettrüstens einleiten würde. Ich freue mich, berichten zu können, daß die Aussichten für ein SALT II-Abkommen gut sind.

Über diese wichtige Bemühung hinaus gehören ein verbesserter Handel und ein verbesserter technologischer und kultureller Austausch zu den unmittelbaren Vorteilen der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern.

Diese Bemühungen um eine Zusammenarbeit löschen jedoch unsere signifikanten Unterschiede nicht aus.

Worin bestehen diese Unterschiede?

Für die Sowjetunion scheint Entspannung ein anhaltender aggressiver Kampf um politische Vorteile und wachsenden Einfluß mit einer Vielfalt von Methoden zu bedeuten.

Die Sowjetunion betrachtet militärische Macht und Militärhilfe offensichtlich als das beste Mittel, ihren Einfluß in der Welt auszudehnen. Es liegt auf der Hand, daß Gebiete der Instabilität in der Welt ein verlockendes Ziel für ihre Bemühungen bieten, und nur allzu oft scheint sie bereit zu sein, jede solche Gelegenheit zu nutzen.

Wie sich in Korea, Angola und, wie Sie wissen, in jüngerer Zeit auch in Äthiopien gezeigt hat, zieht sie es vor, Stellvertreter-Streitkräfte einzusetzen, um ihre Ziele zu erreichen.

Anderen Ländern erscheint die militärische Aufrüstung der Sowjets als übertrieben – jedenfalls als weit über alle legitimen Verteidigungserfordernisse für die Sowjetunion selbst oder ihrer Verbündeten hinausgehend. Seit über 15 Jahren haben die Sowjets dieses Programm des militärischen Wachstums aufrechterhalten und fast 15 Prozent ihres Bruttosozialprodukts in die Rüstung investiert, und diese nachhaltige Anstrengung geht weiter.

Die Mißachtung grundlegender Menschenrechte in ihrem eigenen Lande unter Verletzung des in Helsinki erreichten Übereinkommens, hat den Sowjets die Verurteilung durch all die Menschen eingebracht, die die Freiheit lieben. Durch ihre Handlungen haben sie gezeigt, daß das sowjetische System frei zum Ausdruck gebrachte Ideen, Gedanken einer loyalen Opposition und die Freizügigkeit von Personen nicht tolerieren kann.

Die Sowjetunion versucht eine totalitäre und repressive Regierungsform zu exportieren, die zu einer geschlossenen Gesellschaft führt. Einige dieser Eigenschaften und Ziele schaffen Probleme für die Sowjetunion.

Außerhalb eines streng kontrollierten Blocks hat es die Sowjetunion mit politischen Beziehungen zu anderen Nationen schwer. Ihre kulturellen Bindungen zu anderen sind gering und sporadisch. Ihre Regierungsform wird in zunehmendem Maße unattraktiv für andere Nationen, so daß selbst marxistisch-leninistische Gruppen die Sowjetunion nicht mehr länger als ein nachahmenswertes Modell betrachten.

Viele Länder geraten in Besorgnis, daß die blockfreie Bewegung durch Kuba unterwandert werden könnte, das ganz offensichtlich in seinem wirtschaftlichen Bestand und hinsichtlich der politischen und militärischen Führung und Leitung eng mit der Sowjetunion verbunden und von dieser abhängig ist.

Obwohl die Sowjetunion über das zweitgrößte Wirtschaftssystem der Welt verfügt, läßt ihr Wachstum stark nach, und ihr Lebensstandard steht in keinem günstigen Vergleich zu dem anderer Nationen auf einer entsprechenden Entwicklungsstufe.

Die landwirtschaftliche Erzeugung bleibt noch immer ein ernstes Problem für die Sowjetunion, so daß in Zeiten durchschnittlicher oder schlechter Erntebedingungen sie sich wegen Lebensmittellieferungen an uns oder andere Länder wenden muß.

Wir sind in unserem Lande in einer sehr viel günstigeren Position. Unsere industrielle Basis und unsere Produktivität sind unerreicht.

Unsere wissenschaftliche und technologische Fähigkeit ist der aller anderen überlegen. Unsere Bündnisse mit anderen freien Nationen sind stark und werden zunehmend stärker. Unsere militärische Kapazität steht heute hinter keiner anderen zurück und wird hinter keiner zurückstehen.

Im Gegensatz zur Sowjetunion sind wir von freundlichen Nachbarn und weiten Meeren umgeben. Unsere gesellschaftliche Struktur ist stabil und zusammenhaltend, und unsere Außenpolitik erfreut sich einer überparteilichen öffentlichen Unterstützung, die ihr Kontinuität verleiht.

Wir sind stark aufgrund der Dinge, für die wir als Nation einstehen: die realistische Chance für jedermann, sich ein besseres Leben zu schaffen; Schutz durch Recht und Gewohnheit vor willkürlicher Ausübung der Regierungsmacht; das Recht jedes einzelnen, seine Meinung zu sagen, sich voll am Regierungsprozeß zu beteiligen und politische Macht mitzubesitzen.

Unsere Lebensanschauung beruht auf persönlicher Freiheit, der mächtigsten aller Ideen, und unsere demokratische Lebensweise verdient die Bewunderung und die Nacheiferung durch andere Völker in der Welt.

Unser Eintreten für die Menschenrechte läßt uns Teil einer ständig stärker werden internationalen Woge werden. Indem wir ein Teil dieser Bewegung sind, werden wir selbst gestärkt.

Unsere wirtschaftliche Stärke bedeutet ebenfalls einen wichtigen politischen Faktor, einen potentiellen Einfluß zum Wohle anderer. Unser Bruttosozialprodukt übersteigt das aller neun Länder der Europäischen Gemeinschaft und ist doppelt so hoch wie das der Sowjetunion. Darüber hinaus beginnen wir jetzt zu lernen, unsere Ressourcen klüger zu nutzen und eine neue Harmonie zwischen unserer Bevölkerung und unserer Umwelt zu schaffen.

Unsere Analyse der militärischen Stärke Amerikas bietet ebenfalls eine Basis des Vertrauens. Wir wissen, daß weder die Vereinigten Staaten noch die Sowjetunion einen nuklearen Angriff gegen den anderen vortragen können, ohne einen vernichtenden Gegenangriff hinnehmen zu müssen, der den Aggressorstaat zerstören könnte.

Obwohl die Sowjetunion über mehr Raketenabschußrampen, höhere Nutzlasten und eine größere kontinentale Luftverteidigungskapazität verfügt, besitzen die Vereinigten Staaten mehr Gefechtsköpfe, eine allgemein größere Treffsicherheit, mehr schwere Bomber, eine ausgewogenere Nuklearstreitmacht, bessere Raketenunterseeboote und eine überlegene Unterseebootabwehrkapazität.

Ein erfolgreiches SALT II-Abkommen wird beide Nationen auf einen gleichen, aber niedrigeren Höchststand von Raketenabschußrampen und Raketen mit Mehrfachgefechtsköpfen bringen. Wir rechnen bei SALT III sogar mit einer noch größeren beiderseitigen Verringerung der Kernwaffen.

Bei einer im wesentlichen nuklearen Gleichwertigkeit hat die relative Stärke der konventionellen Streitkräfte jetzt an Bedeutung gewonnen. Tatsache ist, daß die militärische Kapazität der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten ausreicht, um jeder vorhersehbaren Bedrohung begegnen zu können.

Es ist möglich, daß jede Seite dazu neigt, die militärische Kapazität der anderen zu überschätzen. Genaue Analysen sind wichtig als Grundlage für die Entscheidungen der Zukunft.

Falsche oder übertriebene Einschätzungen der sowjetischen Stärke oder amerikanischer Schwächen tragen zur Wirksamkeit der sowjetischen Propagandaanstrengungen bei.

So haben beispielsweise kürzlich alarmierende Zeitungsberichte über Vorschläge im Militärhaushalt für die amerikanische Marine die Tatsache außer acht gelassen, daß wir den höchsten Verteidigungshaushalt in unserer Geschichte haben und daß der größte Teil dieser Mittel an die Marine gehen wird. Sie hier reihen sich in eine lange Tradition überlegener Führung, Seemannschaft, Taktik und Schiffsbaukunst ein. Ich bin sicher, daß die amerikanische Marine heute auf den Meeren nicht ihresgleichen hat und daß Sie und ich und andere immer dafür sorgen werden, daß die Marine stark bleibt.

Niemand soll an unserer heutigen und künftigen Stärke zweifeln. Dieser kurze Überblick, den ich gegeben habe, zeigt, daß wir wegen unserer Fähigkeit, konkurrieren und erfolgreich konkurrieren zu können, keine übertriebenen Besorgnisse zu hegen brauchen. Es gibt sicherlich keinen Grund zur Panik. Die gesunde Selbstkritik und die freie Debatte, die zum Wesen einer Demokratie gehören, sollten niemals mit Schwäche, Verzweiflung oder mangelnder Zielsetzung verwechselt werden.

Welches sind die Hauptelemente der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion?

Ich möchte sie kurz aufzählen: Wir werden auch weiterhin eine gleichwertige nukleare Stärke aufrechterhalten, weil wir der Überzeugung sind, daß angesichts des Fehlens einer weltweiten nuklearen Abrüstung ein derartiges Gleichgewicht die am geringsten bedrohliche und damit stabilste Situation für die Welt bedeutet.

Wir halten ein kluges und tragbares Maß an Militärausgaben aufrecht, das auf eine stärkere NATO, mehr mobile Streitkräfte und eine unverminderte Präsenz im Pazifik ausgerichtet sein wird. Wir und unsere Verbündeten müssen und werden imstande sein, jeder vorhersehbaren Herausforderung unserer Sicherheit entweder durch strategische Nuklearstreitkräfte oder durch konventionelle Streitkräfte zu begegnen. Amerika besitzt die Fähigkeit, diese Verpflichtung zu erfüllen, ohne übermäßige Opfer von unseren Bürgern verlangen zu müssen – und diese Verpflichtung zur militärischen Stärke wird erfüllt werden.

Über unser Bündnis hinaus werden wir weltweite und regionale Organisationen unterstützen, die sich der Stärkung der internationalen Harmonie widmen, wie beispielsweise die Vereinten Nationen, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und die Organisation für afrikanische Einheit (OAU).

Wir und unsere afrikanischen Freunde wünschen uns Afrika als einen Kontinent, der frei ist von der Herrschaft fremder Mächte, frei von der Bitterkeit rassischer Ungerechtigkeiten, frei von Konflikten und frei auch von der Bürde der Armut, des Hungers und der Krankheit. Wir sind überzeugt, daß die beste Methode, auf diese Ziele hinzuarbeiten, in einer positiven Politik besteht, die den afrikanischen Hoffnungen und Erwartungen Rechnung trägt.

Das anhaltende und zunehmende militärische Engagement der Sowjetunion und Kubas in Afrika könnte diese hoffnungsvolle Vision zunichte machen. Wir sind zutiefst besorgt über diese Bedrohung des regionalen Friedens und der Autonomie von Ländern, in denen diese ausländischen Truppen permanent stationiert zu sein scheinen. Aus diesem Grunde habe ich dieses Thema heute aufgegriffen. Das ist auch der Grund, warum ich und das amerikanische Volk die afrikanischen Bemühungen unterstützen werden, ein solches Vordringen zu verhindern, wie wir dies kürzlich in Zaire getan haben.

Ich appelliere einmal mehr an alle anderen Mächte, sich uns in dem Bemühen anzuschließen, in ihrer Afrika-Hilfe Werken des Friedens statt Waffen des Krieges Vorrang einzuräumen. Möge sich die Sowjetunion jetzt uns anschließen in der Suche nach einem friedlichen und raschen Übergang zur Herrschaft der Mehrheit in Rhodesien und in Namibia. Wollen wir doch unsere Anstrengungen darauf richten, die Streitigkeiten in Eritrea und Angola auf friedlichem Wege beizulegen. Wollen wir uns doch alle anstrengen – nicht um Afrika zu teilen und die Herrschaft über es zu gewinnen, sondern um jenen Nationen zu helfen, ihr großes Potential voll auszuschöpfen.

Wir streben nach Frieden, nach der Verbesserung der Kommunikation und des Verstehens, nach Kultur- und Wissenschaftsaustausch und einer Ausweitung des Handels mit der Sowjetunion und anderen Ländern.

Wir werden den Versuch unternehmen, die Weiterverbreitung (Proliferation) von Kernwaffen auf jene Länder zu verhindern, die heute keine nukleare Kapazität besitzen.

Wir werden auch weiterhin konstruktiv und beharrlich auf ein faires Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen hinarbeiten. Wir wissen, daß keine Seite durch die Anwendung von Kernwaffen einen ideologischen Sieg davontragen kann. Wir haben nicht den Wunsch, diese Verhandlungen mit anderen wettbewerbsorientierten Beziehungen zu verknüpfen oder diesem Prozeß andere besondere Bedingungen aufzuerlegen. In einer demokratischen Gesellschaft, in der die öffentliche Meinung integraler Faktor der Gestaltung und Durchführung der Außenpolitik ist, müssen wir jedoch einsehen, daß Spannungen, scharfe Streitigkeiten oder Bedrohungen des Friedens die Suche nach einem erfolgreichen Abkommen komplizieren. Das ist keine Frage, wie wir es gerne hätten, sondern einfach eine Erkenntnis der Tatsachen.

Die Sowjetunion kann wählen zwischen Konfrontation oder Kooperation. Die Vereinigten Staaten sind hinreichend darauf vorbereitet, sich ihrer Wahl zu stellen.

Wir würden der Kooperation durch eine Entspannung den Vorzug geben, die in zunehmendem Maße ähnliche Beschränkungen für beide Seiten mit sich bringt, eine ähnliche Bereitschaft, Streitigkeiten durch Verhandlungen statt durch Gewalt zu bereinigen, und den ähnlichen Willen, friedlich und nicht militärisch miteinander zu konkurrieren. Alles was darunter bleibt, ist nur dazu angetan, die Entspannung zu unterminieren. Das ist der Grund, warum ich hoffe, daß niemand die Besorgnisse unterschätzen möge, die ich heute hier zum Ausdruck gebracht habe.

Ein Wettstreit ohne Mäßigung und ohne gemeinsam anerkannte Regeln wird in noch größere Spannungen ausarten, und unsere Beziehungen zur Sowjetunion als Ganzes werden darunter leiden. Ich wünsche nicht, daß dies geschieht – und ich glaube nicht, daß Herr Breschnew dies wünscht. Das ist der Grund, warum es heute für uns an der Zeit ist, offen zu sprechen und die bestehenden Probleme unmittelbar anzugehen.

Durch die Kombination aus ausreichender amerikanischer Stärke, bescheidener Mäßigung in der Anwendung derselben, der Ablehnung des Glaubens an die Unvermeidbarkeit des Krieges und einer geduldigen und beharrlichen Entwicklung aller friedlicher Alternativen hoffen wir, schließlich die internationale Gesellschaft in eine stabilere und hoffnungsvollere Zukunft führen zu können.

Sie und ich werden heute von hier weggehen, um unsere gemeinsame Pflicht zu tun – die lebenswichtigen Interessen unserer Nation, womöglich, durch friedliche Mittel, falls notwendig aber auch durch entschlossenes Handeln zu schützen.

Wir gehen fort von hier, ernüchtert durch die Verantwortung, aber voll von Vertrauen in unsere Stärke. Wir gehen fort von hier in dem Wissen, daß die Zielsetzungen unserer Nation – Friede, Sicherheit und Freiheit für uns und andere – unsere Zukunft entscheiden und daß wir zusammen obsiegen werden. Um diese Ziele zu erreichen, wird unser Land genau jener Eigenschaften des Mutes, der Opferbereitschaft, des Idealismus und der Disziplin bedürfen, die Sie sich als Seekadetten hier in Annapolis so gut angeeignet haben. Das ist der Grund, weshalb Ihr Land so viel von Ihnen erwartet, und warum Sie soviel zu geben haben.

Ich verlasse Sie mit meinen Glückwünschen und mit dem Gebet, daß Sie und ich sich der Aufgabe würdig erweisen werden, die vor uns und der Nation liegt, der zu dienen wir geschworen haben.

Ich danke Ihnen!

Artikel der „Prawda", Moskau, vom 17. Juni 1978: Über die derzeitige Politik der USA-Regierung"

(Wortlaut)

Das Parteiorgan „Prawda" und andere zentrale Zeitungen der Sowjetunion veröffentlichten am 17. Juni 1978 eine umfangreiche Stellungnahme, die als eine Erwiderung auf die Annapolis-Rede des US-Präsidenten vom 7. Juni 1978 verstanden worden ist. In der bundesdeutschen Presse wurde die Argumentation des „Prawda"-Artikels nur sehr verkürzt und vergröbert wiedergegeben, während die jüngsten Bemühungen Präsident Carters um eine Entschärfung seiner Annapolis-Thesen auf eine aufmerksame Analyse der sowjetischen Argumentation schließen lassen. Nachstehend dokumentieren wir den Wortlaut des „Prawda"-Artikels. D. Red.

Tatsachen der letzten Zeit sprechen dafür, daß sich in der Politik der USA für die Sache des Friedens gefährliche Veränderungen vollziehen. In den herrschenden Kreisen dieses Landes wird nicht erst seit einem Jahr eine heftige Auseinandersetzung um die Fragen der Entspannung sowie

der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern geführt. Und je länger das geht, um so mehr häufen sich Anzeichen dafür, daß in diesem Kampf die Vertreter jener Gruppierungen die Oberhand gewinnen, die die Entspannung untergraben und die Welt in die Zeit des Kalten Krieges zurückversetzen, es erneut zu Konfrontation und hemmungsloser militärischer Rivalität kommen lassen möchten. Davon zeugen nicht nur Reden des Präsidenten und einiger anderer hoher Persönlichkeiten der USA, sondern auch konkrete Taten Washingtons.

Entgegen dem Streben der Völker, dem Wettrüsten ein Ende zu setzen, nehmen die USA Kurs auf seine Verstärkung, beschließen sie neue umfangreiche Pläne für einen Ausbau der militärischen Stärke – und das auf Jahrzehnte im voraus. Gleichzeitig werden die Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen vorsätzlich gebremst.

Die USA-Regierung unternimmt zudem Schritte, deren Ziel man schwerlich anders als eine vorsätzliche Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zur UdSSR bewerten kann. Die Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten unseres Landes einzumischen, nehmen kein Ende. Die Verbindungen und Kontakte zwischen beiden Ländern werden durch einseitige Aktivitäten der USA eingeschränkt. Die Gegner guter Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR suchen eine gemeinsame Sprache mit dem aggressiven Antisowjetismus der Machthaber Chinas, die lauthals Entspannung und Frieden als Betrug, den Krieg aber als einzig reale Perspektive darstellen.

Die USA sind schließlich zu dem Hauptinspirator eines neuen Kolonialismus in Afrika – einer Politik bewaffneter Interventionen und offener Einmischung in die Angelegenheiten der afrikanischen Staaten sowie der Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegungen – geworden.

Alle diese Tendenzen in der derzeitigen Politik der USA traten mit besonderer Deutlichkeit auf der jüngsten Tagung des NATO-Rats zutage. Die USA ermunterten ihre Gesinnungsgenossen, spornten die Schwankenden an und übten auf die kritisch gesinnten Teilnehmer dieses Blocks Druck aus, wobei sie sich bemühten, ihn erneut auf den Weg des Kalten Krieges und eines verstärkten Wettrüstens zu führen.

Eine Wende in der Politik an einer derart breiten Front ist natürlich nicht einfach. Sie muß schon irgendwie „begründet" werden. Zu diesem Zweck werden auch diesmal Versuche unternommen, die Schuld für die Verschlechterung der internationalen Lage auf die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder abzuwälzen. Die Schöpfer der „neuen" Politik Washingtons bemühen sich, ihr eine „theoretische" Grundlage zu geben, indem sie in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA nach Kräften Elemente der Rivalität hervorheben und die Bedeutung der Zusammenarbeit herunterspielen. Einige Vertreter der Administration, zum Beispiel der Sicherheitsberater des Präsidenten, Brzezinski, taten das so grobschlächtig und ungeschickt, daß sie in den Köpfen sowohl der Verbündeten der USA als auch ihrer Mitbürger nicht geringe Verwirrung auslösten.

Die jüngste Rede des USA-Präsidenten Carter in Annapolis sollte, wie mitgeteilt wurde, diese Verwirrung zerstreuen. Aber auch dem USA-Präsidenten gelang es bestimmt nicht, Klarheit in die amerikanische Politik, vor allem in die Politik gegenüber der UdSSR, hineinzubringen. Es gelang ihm aus dem einfachen Grunde nicht, weil in der Rede der Versuch unternommen wurde, Unvereinbares miteinander zu verbinden: das Treuebekenntnis zu den Ideen der Entspannung und der Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen mit unverhüllten Ausfällen gegen die Sowjetunion, Respekt vor der Friedensliebe und Standhaftigkeit des Sowjetvolkes, das 20 Millionen seiner Söhne und Töchter im Krieg gegen die hitlerfaschistische Aggression verloren hat, mit einer derart voreingenommenen und verzerrten Schilderung der sowjetischen Wirklichkeit, wie man sie seit dem Kalten Krieg selbst in den böswilligsten amerikanischen Zeitungen nicht oft angetroffen hat.

Der USA-Präsident und seine Berater können gewiß sein: In der Sowjetunion hat man diese Rede aufmerksam gelesen und objektiv beurteilt. Nicht unbemerkt blieben dabei auch die in ihr enthaltenen positiven Äußerungen, die davon zeugen, daß die Führer der USA einfach berücksichtigen müssen, welch breite Unterstützung die Entspannung sowohl in politischen Kreisen des Landes als auch in der amerikanischen Öffentlichkeit genießt.

Wenn diese Rede aber als „programmatisch" verstanden werden soll, als die sie vorher angekündigt worden war, so hat sie die Zweifel hinsichtlich des eingeschlagenen Kurses der USA nicht zerstreut, sondern eher verstärkt. Es genügt, auf die in ihr enthaltene Erklärung des USA-Präsidenten Carter zu verweisen, daß die Sowjetunion die „Wahl zwischen Konfrontation und Zusammenarbeit" zu treffen hat und daß die USA ihrerseits bereit sind, jeden dieser Wege zu gehen. Eine solche Fragestellung ist an die falsche Adresse gerichtet – die Sowjetunion hat ihre Wahl schon seit langem eindeutig zugunsten von Frieden und Zusammenarbeit getroffen. Daß der USA-Präsident diese Frage stellt, kann also nur ein Beweis dafür sein, daß gerade die USA, genauer die gegenwärtige amerikanische Administration, sich noch nicht endgültig entschieden hat oder, richtiger gesagt, daß sie versucht, von den früher gemeinsam mit der UdSSR ausgearbeiteten Prinzipien der Beziehungen abzugehen.

Diese Prinzipien schließen die Anerkennung der Tatsache ein, daß es im nuklearen Zeitalter keine akzeptable Alternative zur friedlichen Koexistenz gibt. Es dürfte kein Zufall sein, daß der Präsident, als er in der gleichen Rede die guten Taten der Vereinigten Staaten zugunsten der Entspannung aufzählte, zwei sehr wichtige Dokumente unterschlug: die Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA und das Abkommen über die Verhütung eines Kernwaffenkrieges. Indes werden gerade in diesen Dokumenten nachdrücklich die Tatsache, daß sich beide Mächte für die Entspannung entschieden haben, wie auch die sich daraus ergebenden gegenseitigen Verpflichtungen hervorgehoben.

Gegenwärtig zeichnet sich in der USA-Politik deutlich eine Linie ab, die auf eine Verstärkung des Wettrüstens, das ohnehin schon ein Riesenausmaß angenommen hat, sowie auf eine ständige Erhöhung der Rüstungsausgaben abzielt. Nicht zufrieden mit der Verabschiedung eines Rekordmilitärbudgets, das fast 130 Milliarden Dollar im Jahr erreicht, und mit der Entwicklung immer neuer Systeme von Massenvernichtungswaffen, einschließlich der Neutronenwaffe, haben die Vereinigten Staaten mit einer Art Mobilisierung des Westens zur Forcierung der Kriegsvorbereitungen begonnen.

Davon zeugen anschaulich die Ergebnisse der jüngsten NATO-Ratstagung in Washington, die noch dazu mit einer zynischen und die Welt herausfordernden Offenheit während der Sondertagung der UNO-Vollversammlung über ABRÜSTUNG ABGEHALTEN WURDE. Das Treffen in Washington ging mit der Annahme eines zusätzlichen Programms für das Wettrüsten zu Ende, dessen Kosten die Riesensumme von 80 Milliarden Dollar betragen werden.

Entsprechend einer althergebrachten Praxis versuchte man, diese Maßnahmen mit der verlogenen Behauptung zu rechtfertigen, sie seien lediglich die „Antwort" auf die Politik der Sowjetunion, die angeblich versuche, sich die „militärische Überlegenheit" über den Westen zu verschaffen. Daß derartige Behauptungen durch und durch haltlos sind, haben führende Persönlichkeiten der KPdSU und des Sowjetstaates schon mehr als einmal gesagt. So bestätigte erst vor kurzem Leonid Breschnew in seinem Interview für die BRD-Zeitung „Vorwärts" ein weiteres Mal: „Die Sowjetunion ist ihrerseits der Ansicht, daß eine annähernde Gleichheit und Ausgewogenheit für Verteidigungszwecke ausreichen. Wir setzen uns nicht das Ziel, militärische Überlegenheit zu erlangen. Wir wissen außerdem, daß dieser Begriff angesichts der gegenwärtigen riesigen Bestände bereits gehorteter Kernwaffen und ihrer Trägermittel an und für sich sinnlos wird."

In den USA muß man doch diese und andere derartige verantwortungsbewußte Erklärungen kennen, die von der Führung der Sowjetunion abgegeben wurden.

Und in der Tat: Sobald es zu einer allgemeinen Einschätzung des Kräftegleichgewichts kommt – ob es sich um die strategischen Rüstungen oder um die Streitkräfte und die Rüstungen in Mitteleuropa handelt –, entbehren die Behauptungen von einer sowjetischen „militärischen Bedrohung" und einer „sowjetischen Überlegenheit" jeder Grundlage. Davon zeugen nicht nur sowjetische Erklärungen, sondern auch offizielle amerikanische Dokumente sowie Äußerungen von führenden Persönlichkeiten der USA selbst. In keinem von ihnen gibt es Angaben, die von einer sowjetischen Überlegenheit sprechen. Im Gegenteil: Es wird zwar nicht gerne, aber doch die Gleichheit und die annähernde Parität zugegeben. Worüber sind nun eigentlich die amerikanischen und die NATO-Führer beunruhigt? Man sagt, daß es nicht um das Heute, sondern um das Morgen geht, darum, daß die Sowjetunion in Zukunft nicht eine militärische Überlegenheit erlangt. (Gerade so wurde übrigens diese Frage auch in der Rede von Präsident Carter auf der NATO-Ratstagung im Mai aufgeworden.)

Aber die UdSSR und ihre Verbündeten haben, insbesondere angesichts der langfristigen NATO-Programme zur Modernisierung und Forcierung des Rüstungspotentials, nicht weniger Grund, um die Zukunft besorgt zu sein. Doch wichtiger ist etwas anderes: Haben denn die Ereignisse der letzten Jahrzehnte nicht gezeigt, daß die Versuche vergeblich sind, die erfundene Bedrohung durch ein Anheizen des Wettrüstens zu beseitigen? Zeugen diese Erfahrungen nicht davon, daß eine friedliche und sichere Zukunft nur auf einem anderen Wege erreicht werden kann – auf dem Wege eines Abkommens über eine Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen? Und je mehr man sich um die Zukunft sorgt, um so konsequenter und beharrlicher muß man nach solchen Abkommen streben.

Und hier ist es angebracht, eine sehr wichtige Frage zu behandeln: die Einstellung zu den Abrüstungsverhandlungen. Das ist eine Frage, die man als Prüfstein für die Klärung der wahren Absichten der Seiten betrachten kann.

Beginnen wir mit den Verhandlungen in Wien über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa. Am 19. April dieses Jahres haben die westlichen Länder dort neue Vorschläge unterbreitet, die, wenn auch einen kleinen, so doch immerhin einen Schritt nach vorn bedeuteten. So wurden sie von den Ländern des Warschauer Vertrages bewertet, die erklärten, daß sie in nächster Zeit Gegenvorschläge machen würden, um die Verhandlungen aus der Sackgasse herauszubringen. Und diese Vorschläge haben sie dann auch am 8. Juni vorgelegt. Das sind konstruktive Vorschläge, die dem Westen einen großen Schritt entgegenkommen und darauf gerichtet sind, schließlich ein gegenseitig akzeptables Abkommen zu erreichen. Der Westen machte sich jedoch nicht einmal die Mühe, diese Vorschläge abzuwarten. Er nahm auf der Maitagung des NATO-Rats, begleitet von einer ohrenbetäubenden Kampagne über eine „Verstärkung" der Streitkräfte des Warschauer Vertrages, das bereits erwähnte langfristige Rüstungsprogramm an. Kann ein solches Vorgehen zum Erfolg der Verhandlungen beitragen? Auch eine andere Frage ist angebracht. Warum wird seit vier Jahren der Vorschlag der Länder des Warschauer Vertrages nicht angenommen, die Streitkräfte in Mitteleuropa bis zum Abschluß eines Abkommens auf dem gegenwärtigen Stand einzufrieren? Was könnte die Furcht im Hinblick auf die Zukunft wirksamer beseitigen?

Wenden wir uns jetzt den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen zu. Diese Verhandlungen zur Ausarbeitung eines neuen Abkommens über die Begrenzung der strategischen Rüstungen werden bekanntlich schon seit mehreren Jahren geführt, und bei der überwältigenden Mehrheit der Fragen wurde auch schon Einvernehmen erzielt. Die Sowjetunion unternimmt alles in ihrer Kraft Stehende, um die noch verbliebenen Fragen auf gegenseitig annehmbarer Grundlage erfolgreich zu klären und die Ausarbeitung des Abkommens so schnell wie möglich abzuschließen. Zu diesem Zweck legt sie ständig konkrete und konstruktive Vorschläge vor. Solche Vorschläge wurden auch während der jüngsten Verhandlungen des Außenministers der UdSSR, Andrej Gromyko, mit USA-Präsident Carter und USA-Außenminister Vance unterbreitet.

Die amerikanische Führung jedoch, die zwar verbal die Bedeutung der Abschlüsse eines Abkommens anerkennt, hat in Wirklichkeit keine Bereitschaft bekundet, die noch ungeklärten Fragen konkret zu erörtern. Sie hat überhaupt keine eigenen Vorschläge gemacht. Damit nicht genug, wurden auch noch absurde Erklärungen abgegeben, die selbst die amerikanische Presse nur als unannehmbar für die Sowjetunion bewerten konnte: Die USA werden angeblich so lange warten, bis die UdSSR die amerikanischen Vorschläge akzeptiert.

Auch etwas anderes lenkt das Augenmerk auf sich. In den USA – darunter in Regierungskreisen – spricht man gegenwärtig viel davon, daß die Ratifizierung eines künftigen Abkommens im Senat auf Schwierigkeiten stoßen kann.

Doch auch die Regierung selbst beeilt sich offensichtlich nicht, eine eindeutige Haltung zu beziehen und damit zu beginnen, das Abkommen sowohl im Kongreß als auch vor der Öffentlichkeit zu verteidigen, indem sie alle Heuchelei zurückweist, zu der die Gegner einer Rüstungsbegrenzung in bezug auf das künftige Abkommen greifen. Im Gegenteil, viele Mitglieder der Regierung sind in dieser komplizierten Situation nur damit beschäftigt, Mißtrauen zur Sowjetunion zu entfachen und die Lüge von der „sowjetischen militärischen Bedrohung" aufzubauschen. Ist es da verwunderlich, daß sich die Atmosphäre um das künftige Abkommen nicht klärt, sondern eher komplizierter wird?

Künstliche Komplikationen werden auch in andere Abrüstungsverhandlungen hineingetragen. Ungeachtet offizieller Dementis, fährt man faktisch damit fort, die Abrüstungsverhandlungen mit anderen Fragen zu verknüpfen, die überhaupt nichts damit zu tun haben. Es sieht so aus, als sollen die anderen Verhandlungen lediglich als Deckmantel für ihre militaristische Politik benutzt werden.

So lieferten die USA nach offiziellen Angaben – sich mit einer Diskussion über eine Einschränkung des internationalen Waffenhandels tarnend und den Wahlversprechungen des Präsidenten zuwiderhandelnd – 1977 Waffen für 11,3 Milliarden Dollar ins Ausland. 1978 soll der Verkauf auf 13,2 Milliarden Dollar erhöht werden.

Angesichts aller dieser Tatsachen darf man wohl fragen, welchen Grund die USA eigentlich haben, wegen eines Strebens der UdSSR nach „militärischer Überlegenheit" Alarm zu schlagen. Keinen. Was Washington wirklich fürchtet, ist nicht diese imaginäre Gefahr, sondern gerade die Gleichheit, die Parität. Deren Aufrechterhaltung wollen sie nicht zulassen, weil sie mit Hilfe neuer Schritte beim Wettrüsten und durch ein Verzögern der Verhandlungen ihre eigene militärische Überlegenheit zu erreichen hoffen. Natürlich steht das im Widerspruch zu dem zwischen der UdSSR und den USA vereinbarten Grundprinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit der Seiten. Die UdSSR beabsichtigt nicht, dieses Prinzip zu untergraben, sie wird aber auch nicht zulassen, daß es von anderen verletzt wird.

Neben einer Verstärkung der Kriegsvorbereitungen finden die Veränderungen im Kurs der USA ihren Ausdruck auch im Übergang zu einer offenen interventionistischen und neokolonialistischen Politik gegenüber den afrikanischen Ländern. Das beweisen die Ereignisse in Zaire, wo sich mehrere westliche Länder unter politischer und militärischer Führung von Washington bewaffnet in die inneren Angelegenheiten dieses Landes einmischten, die Pläne, denen zufolge die einen oder die anderen afrikanischen Länder in den Wirkungsbereich der NATO einbezogen werden sollen, und die Versuche, gemeinsame Streitkräfte mehrerer imperialistischer Länder zur Unterdrückung des Befreiungskampfes auf diesem Kontinent aufzustellen. Außerdem werden als Ablenkungsmanöver Erfindungen von einer „sowjetischen Bedrohung" Afrikas, über eine „sowjetisch-kubanische Einmischung" in die afrikanischen Angelegenheiten in Umlauf gesetzt. Selbst die entlarvten Erfindungen werden nach wie vor ungeniert verteidigt.

Von den Ereignissen in Zaire hatte man indes in Moskau erst aus Berichten westlicher Nachrichtenagenturen erfahren. In Shaba gibt es überhaupt keine Sowjetbürger oder Kubaner in irgendeiner Eigenschaft. Ebenso wie es in diesem Lande auch keine der UdSSR gehörenden Kupfer-, Kobalt- oder Urangruben gibt. Das alles steht westlichen Ländern, vor allem den USA, zur Verfügung.

Auch in anderen Fällen werden die Fakten in grober Weise verdreht. Die Sowjetunion und Kuba haben Angola, gegen dessen Unabhängigkeit Truppen der Republik Südafrika und weiße Söldner aus NATO-Ländern aufmarschierten, militärische Hilfe erwiesen. Ebenso leisteten sie auch Äthiopien, das einer Aggression von seiten Somalias ausgesetzt war, die erforderliche Unterstützung. Diese Hilfe erfolgte auf Bitte der legitimen Regierung und in völliger Übereinstimmung mit den Normen des Völkerrechts und der UNO-Charta. Gegen eine solche Hilfe können sich nur diejenigen wenden, die anstelle eines unabhängigen Angola in diesem Lande lieber die Herrschaft der südafrikanischen Rassisten sehen und die eine Zersplitterung Äthiopiens oder sogar seine Beseitigung als selbständigen Staat begrüßen würden. Möglich ist, daß sowohl das eine als auch das andere manchen in Washington zufriedengestellt hätte. Was aber haben damit die Interessen Afrikas und die Interessen der Entspannung zu tun?

In Afrika gibt es reale Probleme, aber nicht solche erdachten wie die „sowjetisch-kubanische Einmischung". Kompliziert sind jene Probleme, die die Beseitigung der Folgen der Kolonialherrschaft, die Festigung des Staatswesens der jungen Länder, die Beschleunigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung betreffen. Es gibt hier auch solche explosiven Probleme wie die Beibehaltung der Rassenunterdrückung, die Herrschaft der weißen Minderheit in Rhodesien, Namibia und Südafrika. Und wenn die USA-Regierung wenigstens einen kleinen Teil jenes Eifers und jener Bemühungen, mit denen sie gegen die erfundene „sowjetisch-kubanische Bedrohung" kämpft, für die Lösung der genannten Probleme verwenden würde, so würde dies helfen, den leidgeprüften afrikanischen Kontinent von Elend und Blutvergießen zu befreien. In Washing-

ton ist man aber gegenwärtig mit anderen Dingen beschäftigt. So kämpft man für die Aufhebung der 1975 vom Kongreß angenommenen Beschränkungen bezüglich einer bewaffneten Einmischung der USA in Afrika, für die Schaffung eines Mechanismus innerhalb einer Gruppe von Ländern mit kolonialistischen und rassistischen Ambitionen, mit dessen Hilfe unter der heuchlerischen Losung „afrikanische Solidarität" Helfershelfer aus Vertretern reaktionärer, bestechlicher und aggressiver Regimes geworben werden können. Ein solcher Mechanismus soll es ermöglichen, eine kolonialistische Gendarmenfunktion auf diesem Kontinent wahrzunehmen.

Aber in unserer Epoche ist dieser Politik kein Erfolg beschieden. Sie scheitert am einheitlichen Willen der unabhängigen Staaten und der freiheitliebenden Völker Afrikas, an ihrer Entschlossenheit, für die Selbständigkeit ihrer Länder und für ihre freie innere Entwicklung einzutreten.

Die Veränderungen in der Politik der jetzigen USA-Administration betrafen, wie oben erwähnt wurde, auch die bilateralen sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, und zwar auf vielen Ebenen. Man kann nicht umhin festzustellen, daß all das zur Erosion der vorläufig noch bescheidenen Grundlage des beiderseitigen Vertrauens führt, die um den Preis großer Arbeit, Anstrengungen und Geduld geschaffen wurde und die für die Festigung des Friedens, die Einstellung des Wettrüstens und die Weiterentwicklung der Entspannung so notwendig ist.

Besonders verheerend sind für das gegenseitige Vertrauen die Versuche, sich in innere Angelegenheiten der anderen Seite einzumischen. Solche Versuche sind aber jetzt in den USA in den Rang einer Staatspolitik erhoben worden. Als Vorwände dafür werden, wie es scheint, wohlklingende Worte gewählt: „Menschenrechte", „Humanismus", „Schutz der Freiheit". In Wirklichkeit geht es aber immer um jene Bestrebungen, mit denen unser Volk in diesen oder jenen Formen seit 1917 mehr als einmal konfrontiert wurde: die sozialistische Ordnung zu untergraben. Es sei jedoch nachdrücklich daran erinnert, daß die Sowjetgesellschaft einheitlich und geschlossen ist und daß diese Geschlossenheit weder durch eine böswillige Propaganda aus dem Ausland noch durch subversive Aktionen der Geheimdienste des Westens untergraben werden kann. Im übrigen wissen das die Anhänger einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR selbst sehr gut. Das Problem ist ein anderes: Solche Aktionen rufen immer neue Zweifel an den wahren Absichten der führenden Vertreter der USA und einiger ihrer verbündeten Länder hervor, vergiften die politische Atmosphäre und erschweren die Zusammenarbeit.

Der Festigung des Vertrauens dienen auch in keiner Weise die jüngsten Intrigen oder, genauer gesagt, das Ränkespiel Washingtons um China. Der Versuch, die „chinesische Karte" im globalen Spiel auszuspielen, ist nichts Neues für die amerikanischen Politiker. Es schein aber so, daß sich die führenden Politiker der USA bisher darüber im klaren waren, daß diese Karte nicht ausgespielt werden kann, wenn man weder den Frieden noch sich selbst und auch nicht die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten gefährden will.

Einige Führer jedoch, die in Washington hohe Ämter bekleiden, sind jetzt – nach allem zu urteilen – so stark von antisowjetischen Emotionen beherrscht, daß sie diese Gefahren übersehen. Diese Politiker wollen nicht wahrhaben, daß ein Paktieren mit China auf antisowjetischer Grundlage die Möglichkeit für eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hinsichtlich einer Verringerung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges und natürlich auch einer Reduzierung der Rüstungen verbauen würde. Diese Politiker vergessen ferner, daß die chinesischen Führer hierbei ihr eigenes Spiel spielen. Während die USA und die NATO-Länder nicht abgeneigt sind, die Schwierigkeiten in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen für ihre Interessen auszunutzen, haben die Pekinger Führer etwas ganz anderes im Sinn: Sie wollen nämlich die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA aufs äußerste zuspitzen und diese Zuspitzung dann keineswegs im amerikanischen, sondern ausschließlich in ihrem eigenen Interesse nutzen. Eine sowjetisch-amerikanische Konfrontation und noch besser ein Krieg – das ist Pekings sehnlichster Traum. Vielleicht sollte man in Washington in aller Ruhe und Gelassenheit darüber nachdenken.

Jede politische Wandlung, jede Veränderung der Politik – um so mehr, wenn sie die wichtigsten Fragen der gegenwärtigen internationalen Beziehungen berührt – müssen ihre Ursachen haben. Womit erklärt man in Washington die eingetretenen Veränderungen in der USA-Politik?

Die offizielle Version Washingtons, der zufolge alles bei der Sowjetunion und bei den sozialistischen Ländern liege und es von deren Wahl abhänge, ob die Entwicklung der Beziehungen auf

dem Wege der Entspannung oder auf dem Wege des Kalten Krieges verläuft, hält keiner Kritik stand. Diese Version kann von ihren Urhebern durch nichts bekräftigt werden, sie können für sie keinerlei Fakten vorbringen. Es scheint, daß sogar supernaive Menschen, die den Erfindungen über eine „sowjetische Einmischung" in Zaire glauben mögen, kaum damit einverstanden sein werden, daß die USA als Antwort beispielsweise die Entspannung torpedieren, zum Kalten Krieg zurückkehren und die Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen komplizieren – wenn nicht noch mehr – müßten.

Es ist offensichtlich, daß die Ursachen für die Veränderungen in der amerikanischen Politik in den USA selbst zu suchen sind. Und diese Ursachen liegen keinesfalls in den Stimmungen der amerikanischen Öffentlichkeit, des Volkes der USA, auf die sich gewisse Washingtoner Repräsentanten angebracht und unangebracht gerne berufen. Sämtliche Meinungsumfragen in den USA in jüngster Zeit beweisen das Gegenteil: Trotz systematischer sowjetfeindlicher Propaganda sind die meisten Amerikaner für eine Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR, für das alsbaldige Zustandekommen einer Vereinbarung bei den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen und für den Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion. Darin zeigt sich der gesunde Menschenverstand, das Begreifen der Notwendigkeit, mit der Sowjetunion im Interesse der USA selbst zusammenzuarbeiten.

Sicherlich handelt es sich hier um etwas anderes, und zwar um den Einfluß, den die immer aktiver werdende buntscheckige und lautstarke Koalition der Entspannungsgegner auf die USA-Politik ausübt: der sogenannte militärisch-industrielle Komplex, die ultrarechten Kreise, die Organisation konterrevolutionärer Emigranten aus Osteuropa und andere Kräfte, die an der Sabotierung jener positiven Tendenzen interessiert sind, die sich in den letzten Jahren in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen abzeichnen. Die Aktivierung dieser Kräfte zeugt keinesfalls von einer Verstärkung ihrer Positionen. Sie zeugt vielmehr von der wachsenden Angst davor, daß der Entspannungsprozeß in kurzer Zeit Dimensionen erreicht hat, von denen aus die weitere Entwicklung unumkehrbar gemacht werden kann.

Zunächst hatten diese Kräfte die Entspannung nicht ernst genommen, gab es doch schon früher Flut und Ebbe im internationalen Entspannungsprozeß. Doch nach der Vereinbarung von Wladiwostok, nach den darauf folgenden Fortschritten in Richtung auf das Ziel, die nicht nur die Konturen des nächsten Abkommens über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen umrissen, sondern auch die Perspektive ihrer Einschränkung näherrückten, nach den radikalen Veränderungen in der politischen Lage in Europa und nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki ist die Situation eine völlig andere. In Frage wurde alles Gewohnte für diejenigen gestellt, die Karriere machten, aufgestiegen waren und sich an der Politik des Kalten Krieges gesundgestoßen hatten. Und diese Kräfte sind zum Gegenangriff übergegangen in dem Versuch, Revanche zu nehmen für den erzwungenen Rückzug und für die erlittenen Niederlagen.

Offenkundig sind auch die Ursachen, weshalb diese Kräfte derzeit imstande sind, einen derart großen Einfluß auf die offizielle Politik der USA auszuüben. Eine dieser Ursachen ist die Zählebigkeit der Überbleibsel des Kalten Krieges, die nicht nur damit zusammenhängt, daß der Kalte Krieg jahrzehntelang währte, während die Entspannung erst einige Jahre andauert. Man muß auch berücksichtigen, daß der Kalte Krieg fest mit den alten imperialistischen Traditionen verbunden ist. Er stellt ein für den Kapitalismus klassisches, wenn auch in unserer Epoche hoffnungslos veraltetes und gefährliches Element dar. Er ist die Antwort des Kapitalismus auf die für ihn unerwünschten Veränderungen in der Welt, eine militaristische und gewalttätige Antwort, die den Erwartungen der Völker widerspricht. Zudem erweisen sich die Postulate des Kalten Krieges, die in den USA in der Epoche des McCarthyismus traurigen Andenkens besonders üppige Blüten trieben, als äußerst einfach: Man braucht nicht über komplizierte Probleme nachzudenken und Antwort darauf zu suchen. Die Quelle allen Übels ist der „äußere Feind", der Kommunismus, und er muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Und wer anders denkt, ist selbst Handlanger des Feindes. Diese gefährlich-trügerische Einfachheit ist auch heute noch für viele amerikanische Politiker verlockend, jedenfalls für diejenigen, denen es schwerfällt oder die nicht gewillt sind, die Kompliziertheit und Vielfalt der realen Welt zu akzeptieren, die zum Vorschein kommen, sobald der Nebel der Kriegshysterie und der antikommunistischen Psychose weicht.

Von nicht geringer Bedeutung ist offensichtlich auch die innere Lage in den USA – die Zuspitzung der Probleme der Inflation und der Arbeitslosigkeit, des Elends von Millionen farbigen und wei-

ßen Bürgern des reichsten Landes der kapitalistischen Welt und der Massenkriminalität. Die Zuspitzung dieser Probleme, von denen man so gerne durch künstlich geschürte äußere Beunruhigung ablenken möchte, und die Unfähigkeit der Regierung, mit ihnen fertig zu werden, sowie die darauf zurückzuführenden Beschuldigungen, sie sei „schwach" und „weich", rufen bei gewissen amerikanischen Repräsentanten den unwiderstehlichen Wunsch hervor, ihre „Stärke" zu beweisen. Diese „Stärke" beispielsweise im Kampf gegen die Inflation oder Arbeitslosigkeit zu demonstrieren, ist nicht einfach, sie aber auf die Außenpolitik zu übertragen oder dies zumindest zu versuchen, scheint ihnen einfacher zu sein.

Es ist so, als ob die Begriffe „Stärke" und „harte Linie" in Amerika zu äußerst populären Wörtern und zu einer neuen Mode geworden sind, insbesondere am Vorabend der nächsten Wahlen zum Kongreß und in weiterer Sicht auch der Präsidentschaftswahlen. Zwischen einigen Politikern begann so etwas wie ein Wettstreit darüber, wer in internationalen Fragen eine „härtere" Position bezieht und wer mit der Sowjetunion „unnachgiebiger" reden wird.

Offensichtlich gibt es in Washington Politiker, die dies als eine brauchbare Taktik betrachten, die man mit der Zeit auch gegen eine andere – gemäßigtere und ausgewogenere – austauschen könnte. Doch bei weitem nicht alles, was in der amerikanischen Innenpolitik von der Hand geht, ist für die Außenpolitik annehmbar. Wie wir bereits heute sehen, hat die „harte Linie" hier alle Chancen, aus einer Taktik zu einem gefährlichen und unkontrollierten politischen Kurs zu werden, ein schwer überwindbares Trägheitsmoment zu werden und eine entsprechende Gegenwirkung in der Welt hervorzurufen. Und die Quittung für eine Fehlkalkulation bei einer derartigen Wendung der Dinge würde nicht einfach ein Popularitätsverlust sein. Sie droht bereits, zu einer neuen kostspieligen Runde des Wettrüstens, zu politischen Krisen, größeren Steuerlasten, wenn nicht zu noch schwerwiegenderen Folgen – darunter auch für das Volk der USA – zu führen.

Natürlich sind Festigkeit und Mut für jeden Politiker gute Eigenschaften. Jedoch nur dann, wenn sie guten Zielen dienen, mit politischer Weisheit verbunden sind, mit der Fähigkeit, sich von den höchsten Interessen leiten zu lassen und sie von unbedeutenden, augenblicklichen Vorteilen abzugrenzen mit dem Können und dem Wunsch, in das Morgen zu sehen und die Folgen seiner Handlungen von heute im voraus einzuschätzen. Mut in der Politik ist bei weitem nicht gleichbedeutend mit Großtuerei und der Bereitschaft, kräftige Ausdrücke zu gebrauchen und die Keule zu schwingen. Politischer Mut ist etwas anderes – ist das Können, einen prinzipiellen politischen Kurs abzustecken und ihn konsequent zu verwirklichen, ist das Können, seine Emotionen unter Kontrolle zu halten, Ausdauer und Zurückhaltung an den Tag zu legen ohne Angst vor einem Pfeifkonzert politischer Opportunisten zu haben und ohne sich von Abenteurern überreden zu lassen.

Die Veränderungen in der Politik Washingtons rufen verstärkt Besorgnis sowohl in Amerika selbst als auch bei seinen Verbündeten hervor. Wie werden die Folgen der zur Zeit von Präsident Carter durchgeführten Politik sein, wohin führt er sein Land und die gesamte »atlantische Gemeinschaft« – diese Fragen sind immer wieder in den Spalten der Westpresse zu finden. Immer stärker wird auch die Kritik an der Außenpolitik Washingtons. Die ihr eigene Gefahr einer Rückkehr zum Kalten Krieg und einer Verschärfung der internationalen Spannungen lösen wachsende Besorgnis aus.

Die Weltöffentlichkeit bewegt die Frage, wie die Sowjetunion auf die Verhärtung der USA-Politik reagieren wird. Diese Frage gewinnt um so größere Aktualität, als der ungenügend durchdachte, zuweilen auch geradezu provokatorische Charakter vieler Aktionen der Vereinigten Staaten immer offenkundiger wird. Das betrifft insbesondere die Versuche, unser Land in neue Runden des Wettrüstens, in dem Geist des Kalten Krieges entsprechende Wortgefechte, in einen Abbau wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen usw. hineinzuziehen. Die Absicht der Initiatoren solcher Aktionen ist sehr durchsichtig: Sie möchten nicht nur den Entspannungsprozeß hintertreiben, sondern dies nach Möglichkeit auch noch von anderen tun lassen. Die Verantwortung dafür wird ihnen aber keiner abnehmen.

Die Sowjetunion ist nicht gewillt, den Urhebern derartiger Vorhaben zu helfen. Unser Volk hat zu viel gesehen und zu viel durchgemacht, als daß es sich in die Knie zwingen ließe und vor einem Säbelgerassel zurückschrecken würde. Es hat den Weg des Friedens gewählt und wird sich von diesem Weg nicht abdrängen lassen. Wir lehnen die Einladung ab, uns daran zu beteiligen, die

Entspannung und die Hoffnungen von Millionen Menschen auf eine friedliche Zukunft, auf die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens für sich und ihre Kinder zu begraben.

Die Entspannung, der Kampf für Frieden und Abrüstung haben ihre große Lebenskraft bewiesen. Sie erfreuen sich größter Unterstützung der Völker. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder sind fest entschlossen, dafür konsequent und beharrlich auf allen Gebieten und vor allem auf einem solchen, wie es die Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen ist, zu kämpfen. Leonid Breschnew hat unlängst in der CSSR gesagt: „Die sozialistischen Länder haben viel getan, um die Abrüstung voranzubringen. Und wie groß die Hindernisse auch immer sein mögen: Wir werden gemeinsam mit allen Anhängern der Politik des Friedens und der guten Nachbarschaft weiter vorwärtsschreiten, werden nach einer zuverlässigen und vollständigen Lösung dieses brennenden Problems suchen."

In der durch die USA-Politik erschwerten Situation bekräftigt die Sowjetunion erneut ihren Kurs auf die internationale Entspannung und auf Entwicklung guter, für beide Seiten vorteilhafter Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, wenn die USA ebenfalls dazu bereit sind. Für das erfolgreiche Vorankommen in dieser Richtung, die nicht nur den Lebensinteressen beider Länder, sondern auch den Interessen der ganzen Menschheit, den Interessen des Friedens in der ganzen Welt entspricht, bedarf es des gegenseitigen Verständnisses und eines verantwortungsbewußten Verhaltens zur Weltpolitik auch seitens der Führer der USA-Administration.

Man kann nicht die vom USA-Präsidenten verkündeten Ziele – Festigung des Friedens, Begrenzung der Rüstungen und normale Beziehungen zur Sowjetunion – erreichen, wenn man gleichzeitig die antisowjetische Hysterie schürt und versucht, seine eigenen Probleme, äußere, innere und sogar persönliche, durch Angriffe auf die UdSSR zu lösen. Der gegenwärtige Kurs der USA birgt ernste Gefahren in sich, Gefahren für die USA selbst, für alle am Frieden interessierten Länder, für die gesamte Entwicklung der internationalen Beziehungen. Es ist wünschenswert, daß man in Washington diese Binsenwahrheit möglichst bald begreift.

Es ist wichtig, daß die Länder, die Staatsmänner und die Öffentlichkeit die sich aus der gegenwärtigen internationalen Lage ergebenden Forderungen verstehen und danach handeln. In den internationalen Beziehungen gibt es keine wichtigeren Ziele als die Aufrechterhaltung und Vertiefung der Entspannung, die Festigung des Friedens und die Abrüstung. Und es gibt keine anderen Ziele, die es in gleichem Maße verdienen würden, daß im Kampf für sie alle Kräfte und Möglichkeiten eingesetzt werden.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 50,–; öS 360,–; hfl 55,–; bfrs 792,–; FF 114,–; £ 12,60; Lit 21 000,–; dkr 140,–; nkr 125,–; skr 115,–; Yen 6000; $ 24,50. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051. Konten: Postscheckamt Köln 6514-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. *ISSN 0006 – 4416*

Autoren dieses Heftes

Hans Günter SCHUMACHER, geb. 1934 in Köln, seit 1972 in Bürgerinitiativen tätig, z. Z. geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. (BBU) • • • *Dr. Nikolai POLJANOW,* geb. 1921, Studium der Philosophie an der Universität Moskau, Vizepräsident des Sowjetischen Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. • • • *Jürgen OSTROWSKY,* geb. 1945 in Kattowitz, Studium der wissenschaftlichen Politik und der Soziologie, Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Wolfgang PFAFFENBERGER,* geb. 1940 in Berlin, Studium der Volkswirtschaft in München und Berlin, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Oldenburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Martin MEYER-RENSCHHAUSEN,* geb. 1950 in Wilhelmshaven, Studium der Soziologie in Marburg, Abschluß als Dipl.-Soziologe, z. Z. Promotion in Oldenburg; Buchveröffentlichung: Energiepolitik in der BRD von 1950 bis heute. Analyse und Kritik, Köln 1977. • • • *Dr. Kurt GOSSWEILER,* geb. 1917 in Stuttgart, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Kristine v. SODEN,* geb. 1950, Dipl.-Pädagogin; Zeitschriftenveröffentlichungen zur Jugendarbeit und zur psychoanalytischen Theorie. • • • *Gabi ZIPFEL,* geb. 1952, Studium der Germanistik und der Politologie an der Universität Hamburg, Leiterin des VDS-Projektbereichs Frauen; Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Frauenfrage. • • • *Wilma ALBRECHT,* geb. 1947 in Ludwigshafen, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik, Lehrerin, z. Z. arbeitslos.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (7/1978)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Wolf Graf v. Baudissin
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Fenner Brockway
Zbigniew Brzezinski
Vittorio de Caprariis
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Walter Fabian
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Hans-Jochen Gamm
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Walter Kreck
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Muelman
Daniil Melnikow
Jütta Menschik
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Friedrich Müller
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Gustav Obermair
László Márton Pákozdy
Linus Pauling
Helveg Petersen
Wolfgang Pfaffenberger
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Peter Römer
Roman Rudenko
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
May Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
Imre Vajda
Fritz Vilmar
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
James P. Warburg
Günther Weisenborn
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Hans-Helmuth Wüstenhagen
Erich Wulff
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

Hans Günter SCHUMACHER, geb. 1934 in Köln, seit 1972 in Bürgerinitiativen tätig, z. Z. geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. (BBU) • • • *Dr. Nikolai POLJANOW,* geb. 1921, Studium der Philosophie an der Universität Moskau, Vizepräsident des Sowjetischen Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. • • • *Jürgen OSTROWSKY,* geb. 1945 in Kattowitz, Studium der wissenschaftlichen Politik und der Soziologie, Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Wolfgang PFAFFENBERGER,* geb. 1940 in Berlin, Studium der Volkswirtschaft in München und Berlin, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Oldenburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Martin MEYER-RENSCHHAUSEN,* geb. 1950 in Wilhelmshaven, Studium der Soziologie in Marburg, Abschluß als Dipl.-Soziologe, z. Z. Promotion in Oldenburg; Buchveröffentlichung: Energiepolitik in der BRD von 1950 bis heute. Analyse und Kritik, Köln 1977. • • • *Dr. Kurt GOSSWEILER,* geb. 1917 in Stuttgart, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Kristine v. SODEN,* geb. 1950, Dipl.-Pädagogin; Zeitschriftenveröffentlichungen zur Jugendarbeit und zur psychoanalytischen Theorie. • • • *Gabi ZIPFEL,* geb. 1952, Studium der Germanistik und der Politologie an der Universität Hamburg, Leiterin des VDS-Projektbereichs Frauen; Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Frauenfrage. • • • *Wilma ALBRECHT,* geb. 1947 in Ludwigshafen, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik, Lehrerin, z. Z. arbeitslos.